Klimaschutzteilkonzept
Integrierte Wärmenutzung in den
Kommunen Münster und Groß-Umstadt
des Landkreis Darmstadt-Dieburg

- Endbericht -

Darmstadt, den 15. Dezember 2015



Gefördert durch:







INHALTSVERZEICHNIS

1	Aufgabenstellung und Ziel der Untersuchung	1
2	Energie-Bestandsanalyse und CO ₂ -Bilanz	3
2.1	Datengrundlagen	3
2.2	Methodische Vorbemerkungen	4
2.3	Energie- und CO ₂ -Bilanz für den Wärmesektor der Stadt Groß-Umstadt	7
2.3.1	Gesamter Wärmeverbrauch in Groß-Umstadt nach Verbrauchergruppen und Energieträgern	7
2.3.2	Wärmeverbrauch der Haushalte in Groß-Umstadt	10
2.3.3	Wärmeverbrauch des Wirtschaftssektors (inkl. kommunaler Gebäude) in Groß-Umstadt	12
2.3.4	Nutzung erneuerbarer Energien und KWK zur Wärmebereitstellung in Groß- Umstadt	13
2.3.5	CO ₂ -Emissionen des Wärmeverbrauchs in Groß-Umstadt	13
2.4	Energie- und CO ₂ -Bilanz für den Wärmesektor der Gemeinde Münster	15
2.4.1	Gesamter Wärmeverbrauch in Münster nach Verbrauchergruppen und Energieträgern	15
2.4.2	Wärmeverbrauch der Haushalte in Münster	18
2.4.3	Wärmeverbrauch des Wirtschaftssektors (inkl. kommunaler Gebäude) in Münster	20
2.4.4	Nutzung erneuerbarer Energien und KWK zur Wärmebereitstellung in Münster	21
2.4.5	CO ₂ -Emissionen des Wärmeverbrauchs in Münster	21
2.5	Vergleich der beiden Kommunen, spezifischer Wärmeverbrauch	23
3	Wärmekataster	24
3.1	Grundlagen	24
3.2	Auswertungen	26
3.2.1	Wärmebedarfs- und Wärmeverbrauchskarten	26
3.2.2	Analyse sonstiger relevanter Strukturen	26
3.3	Wärmekataster Groß-Umstadt	29
3.3.1	Räumliche Verteilung des spezifischen Wärmebedarfs für Wohngebäude in Groß-Umstadt	29



3.3.2	Wärmeverbrauchsdichten in Groß-Umstadt	31
3.3.3	Sonstige Relevante Strukturen in Groß-Umstadt	32
3.4	Wärmekataster Münster	37
3.4.1	Räumliche Verteilung des spezifischen Wärmebedarfs für Wohnflächen in Münster	37
3.4.2	Wärmeverbrauchsdichten in Münster	38
3.4.3	Sonstige Relevante Strukturen in Münster	40
4	Potenzialanalyse	44
4.1	Stadtentwicklung	44
4.1.1	Neubaugebiete	47
4.1.2	Stadtumbau und energetische Quartierssanierung	47
4.1.3	Nachverdichtung	48
4.1.4	Konversionsflächen	48
4.2	Einsparpotenziale durch Sanierung des Gebäudebestands	49
4.2.1	Wohngebäude	49
4.2.2	Kommunale Liegenschaften und Einrichtungen	52
4.2.3	Industrie, Gewerbe/Handel/Dienstleistungen	53
4.3	Potenziale zur Wärmeerzeugung aus regenerativen Quellen und Kraft-Wärme-Kopplung	54
4.3.1	Solarthermie	54
4.3.2	Biomasse	56
4.3.3	Geothermie / Umweltwärme	58
4.3.4	Abwasser-Wärme	60
4.3.5	Kraft-Wärme-Kopplung	62
4.3.6	Zusammenfassung der Potenziale zur Wärmeerzeugung aus erneuerbaren Energien und Kraft-Wärme-Kopplung	63
4.4	Potenziale zur objektübergreifenden Wärmeversorgung – Wärmenetze und Wärmeinseln	65
5	Szenarien	67
5.1	TREND Szenario	67
5.2	AKTIV Szenario	68



5.3	Ergebnisse der Szenarien	70
5.3.1	Szenarien zum Energieverbrauch in Groß-Umstadt	70
5.3.2	Szenarien zum Energieverbrauch in Münster	72
5.3.3	Szenarien zur Entwicklung der CO ₂ -Emissionen	74
6	Maßnahmenkatalog	76
6.1	Maßnahmengruppen	76
6.1.1	Übergeordnete Maßnahmen	77
6.1.2	Kommunales Energiemanagement	78
6.1.3	Beratungsangebote "Energieeinsparung und Effizienz" (Eff)	79
6.1.4	Erneuerbare Energien (EE)	80
6.1.5	Öffentlichkeitsarbeit, Aktivierung und Beteiligung (AB)	80
6.2	Kurzübersicht der Maßnahmen	82
6.3	Prioritäten / Einordnung in ein Gesamtkonzept	83
7	Konzept für die Öffentlichkeitsarbeit	85
8	Monitoring- und Controlling-Konzept	87
9	Dokumentation Akteursbeteiligung	91
Quell	lenverzeichnis	92

ANLAGENVERZEICHNIS

Anlage 1: Kartendarstellung Wärmekataster

Anlage 2: Wärmesteckbriefe

Anlage 3: Maßnahmensteckbriefe

Anlage 4: Dokumentation der Workshops

Klimaschutzteilkonzept integrierte Wärmenutzung Landkreis Darmstadt-Dieburg



TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1:	Wohnfläche und Wärmeverbrauch der Wohngebäude in Groß- Umstadt nach Baualtersklasse	10
Tabelle 2:	Wohnfläche und Wärmeverbrauch der Wohngebäude in Münster nach Baualtersklasse	18
Tabelle 3:	Vergleich des spezifischen Wärmeverbrauchs Groß-Umstadt und Münster in den Jahren 2013 und 2014	23
Tabelle 4	Abschätzung der Gasversorgungsgrade (Anteil der gasversorgten Wohn- bzw. Nutzeinheiten) in Groß-Umstadt	34
Tabelle 5	Abschätzung der Gasversorgungsgrade (Anteil der gasversorgten Wohn- bzw. Nutzeinheiten) in Münster	41
Tabelle 6	Wärmeverbrauch und Einsparpotenzial der betrachteten kommunalen Liegenschaften	52
Tabelle 7	Solarthermie-Potenzial in Groß-Umstadt und Münster	55
Tabelle 8:	Potenziale fester Biomasse in den beiden Kommunen	57
Tabelle 9:	Maßnahmenübersicht Übergeordnete Maßnahmen (UM)	77
Tabelle 10:	Maßnahmenübersicht Kommunales Energiemanagement (KE)	78
Tabelle 11:	Maßnahmenübersicht Beratungsangebote "Energieeinsparung und Effizienz" (Eff)	79
Tabelle 12:	Maßnahmenübersicht Erneuerbare Energien (EE)	80
Tabelle 13:	Maßnahmenübersicht Öffentlichkeitsarbeit, Aktivierung und Beteiligung (AB)	81
Tabelle 14:	Übersicht aller vorgeschlagenen Maßnahmen	82
Tabelle 15:	Indikatoren für das Monitoring des Klimaschutzteilkonzepts	88



ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1	Wärmeverbrauch in Groß-Umstadt nach Energieträgern	7
Abbildung 2	Wärmeverbrauch in Groß-Umstadt nach Verbrauchssektoren	8
Abbildung 3:	Wärmeverbrauch in den Ortsteilen von Groß-Umstadt	9
Abbildung 4:	Anteile der Wohnfläche und des Wärmeverbrauchs nach Baualtersklassen der Wohngebäude in Groß-Umstadt	10
Abbildung 5:	Wärmeverbrauch der Haushalte in Groß-Umstadt	11
Abbildung 6:	Wärmeverbrauch des Wirtschaftssektors in Groß-Umstadt (inkl. kommunaler Gebäude)	12
Abbildung 7:	Erneuerbare Energien und KWK zur Wärmebereistellung in Groß- Umstadt	13
Abbildung 8:	resultierende CO ₂ -Emissionen aus dem Wärmeverbrauch in Groß- Umstadt	14
Abbildung 9	Wärmeverbrauch in Münster nach Energieträgern	15
Abbildung 10	Wärmeverbrauch in Münster nach Verbrauchssektoren	16
Abbildung 11:	Wärmeverbrauch in den Ortsteilen von Münster	17
Abbildung 12:	Anteile der Wohnfläche und des Wärmeverbrauchs nach Baualtersklassen der Wohngebäude in Münster	18
Abbildung 13:	Wärmeverbrauch der Haushalte in Münster	19
Abbildung 14:	Wärmeverbrauch des Wirtschaftssektors in Münster (inkl. kommunaler Gebäude)	20
Abbildung 15:	Erneuerbare Energien und KWK zur Wärmebereistellung in Münster	21
Abbildung 16:	resultierende CO ₂ -Emissionen aus dem Wärmeverbrauch in Münster	22
Abbildung 17	Darstellung der Siedlungstypologie und der Altersstruktur am Beispiel der Gemeinde Münster	25
Abbildung 18	Darstellung der Gasanschlussquoten am Beispiel der Gemeinde Münster	27
Abbildung 19	Darstellung der Abwasserleitungen mit einem Querschnitt > DN 800 am Beispiel der Gemeinde Münster	28
Abbildung 20	Darstellung des spezifischen Heizwärmebedarf für Wohnflächen am Beispiel der Stadt Groß-Umstadt	29
Abbildung 21	Darstellung der Arbeitsdichten am Beispiel von Groß-Umstadt	31
Abbildung 22	Darstellung der öffentlichen Einrichtungen mit dem jeweiligen Wärmeverbrauch in Groß-Umstadt	33



Abbildung 23	Darstellung des Gasanschlussgrades am Beispiel der Stadt Groß- Umstadt	.35
Abbildung 24	Darstellung der Versorgungsstruktur am Beispiel von Groß-Umstadt	.36
Abbildung 25	Darstellung des spezifischen Heizwärmebedarf für Wohnflächen am Beispiel der Gemeinde Münster	.37
Abbildung 26	Darstellung der Arbeitsdichten am Beispiel von Münster	.38
Abbildung 27	Darstellung der öffentlichen Einrichtungen mit dem jeweiligen Wärmeverbrauch in Münster	.40
Abbildung 28	Darstellung des Gasanschlussgrades am Beispiel der Gemeinde Münster	.42
Abbildung 29	Darstellung der Versorgungsstruktur am Beispiel von Münster	.43
Abbildung 30	Städtebauliche Einflussgrößen auf die verfügbaren Solargewinne und Solarverluste	.45
Abbildung 31	Entwicklung des Wärmeverbrauchs der Wohngebäude in Groß- Umstadt bei Erhöhung der Sanierungsquote auf 2,5 %, differenziert nach den Baualtersklassen	.49
Abbildung 32:	Entwicklung des Wärmeverbrauchs der Wohngebäude in Münster bei Erhöhung der Sanierungsquote auf 2,5 %, differenziert nach den Baualtersklassen	.50
Abbildung 33:	Kosten eingesparter Kilowattstunden bei verschiedenen Sanierungsmaßnahmen	.51
Abbildung 34:	Wasserwirtschaftliche Bewertung gemäß HLUG	.59
Abbildung 35	Zusammenfassung der Potenziale zur Wärmeerzeugung aus erneuerbaren Energien und KWK in Groß-Umstadt	.63
Abbildung 36:	Zusammenfassung der Potenziale zur Wärmeerzeugung aus erneuerbaren Energien und KWK in Münster	.64
Abbildung 37:	Szenarien zur Entwicklung des Wärmeverbrauchs in Groß-Umstadt nach Verbrauchssektoren	.70
Abbildung 38:	Szenarien zur Entwicklung des Wärmeverbrauchs in Groß-Umstadt nach Energieträgern	.71
Abbildung 39:	Szenarien zur Entwicklung des Wärmeverbrauchs in Münster nach Verbrauchssektoren	.72
Abbildung 40:	Szenarien zur Entwicklung des Wärmeverbrauchs in Groß-Umstadt nach Energieträgern	.73
Abbildung 41:	Szenarien zur Entwicklung der CO ₂ -Emissionen aus dem Wärmeverbrauch in Groß-Umstadt	.74

Klimaschutzteilkonzept integrierte Wärmenutzung Landkreis Darmstadt-Dieburg



•	Szenarien zur Entwicklung der CO ₂ -Emissionen aus dem Wärmeverbrauch in Münster	.74
•	Szenarien zu den CO ₂ -Emissionen aus dem Wärmeverbrauch in Groß-Umstadt	.75
•	Szenarien zu den CO ₂ -Emissionen aus dem Wärmeverbrauch in Münster	.75
Abbildung 45	Musterblatt für das Maßnahmencontrolling	.90



1 Aufgabenstellung und Ziel der Untersuchung

Der Landkreis Darmstadt-Dieburg trägt die grundsätzlichen Ziele der Bundesregierung und des Landes Hessen in der Energiepolitik mit. Er bekennt sich zu der Notwendigkeit, Energie einzusparen und effizient einzusetzen und den Anteil erneuerbarer Energien am Verbrauch zu stärken, nicht zuletzt aufgrund der Endlichkeit der fossilen Energieträger.

Im Landkreis Darmstadt-Dieburg werden schon seit vielen Jahren von Privaten, dem Gewerbe und der Verwaltung Maßnahmen umgesetzt, mit denen Energie gespart, die Erneuerbaren Energien ausgebaut und stärker genutzt werden. Beispielsweise hat der Kreistag bereits am 02. Oktober 2007 beschlossen, Schul- und Sporthallendächer für Photovoltaik-Anlagen zu verpachten und auch für die Einrichtung von Bürger-Solar-Anlagen zu nutzen. Im Jahr 2010 hat der Landkreis eine Potenzialanalyse erstellen lassen, um die Möglichkeiten zum zügigen Ausbau Erneuerbarer Energien zu untersuchen. Für die kreiseigenen Schul- und Verwaltungsgebäude hat der Landkreis Leitlinien für nachhaltiges Bauen entwickelt, die u.a. vorsehen, dass grundsätzlich Passivhaus-Komponenten einzusetzen sind. Die Wärmeversorgung soll so weit wie möglich durch Pellet- und Holzhackschnitzelanlagen gewährleistet und Potenziale für Nahwärmenetze ausgelotet werden. Seit Januar 2011 bietet der Landkreis in Kooperation mit der Verbraucherzentrale eine kostengünstige und neutrale Energieberatung im Kreishaus in Dieburg an.

Auch in etlichen Kommunen werden Anstrengungen unternommen, die vereinbarungsgemäß vom Landkreis gebündelt und unterstützt werden sollen.

Bereits im Jahr 2011 hat der Kreistag folgenden Beschluss gefasst:

- Der Kreisausschuss wird beauftragt, das bei den kreiseigenen Liegenschaften eingeleitete nachhaltige Umsteuern hin zu einer Ressourcen schonenden, klimaneutralen, regenerativen und effizienten Energieversorgung für den gesamten Landkreis zu initiieren.
- 2. Zu diesem Zweck soll der Kreisausschuss eine Bündelungsfunktion für lokale und regionale Projekte übernehmen.

Das vorliegende Klimaschutzteilkonzept betrachtet beispielhaft die Wärmeversorgung in zwei Modellkommunen des Landkreises. Grundlage des Konzepts ist eine Energie- und CO₂-Bilanz sowie eine Potenzialanalyse zur Energieeinsparung, Energieeffizienz und Nutzung erneuerbarer Energien. Auf Basis von Szenarien mit dem Zeithorizont 2030 werden Ziele und Leitlinien für die zukünftige Entwicklung der Wärmeversorgung formuliert. Kernstück ist ein handlungsorientierter Maßnahmenkatalog, der den Kommunen verschiedene Handlungsoptionen zur Erreichung der Ziele bereitstellt. Komplettiert wird das



Konzept von einem Monitoring- und Controlling-Konzept sowie einer Kommunikationsstrategie.

Als Modellkommunen wurden die Stadt Groß-Umstadt sowie die Gemeinde Münster ausgewählt. Das hat folgende Gründe:

 Groß-Umstadt gehört bezüglich der Nutzung Erneuerbarer Energien im Landkreis Darmstadt-Dieburg zu den Vorreiter-Kommunen. Groß-Umstadt ist seit 1992 Mitglied im "Klimabündnis" und hat in 1996 ein erstes Klimaschutzkonzept erarbeitet. In der Zwischenzeit wurden diverse Maßnahmen umgesetzt und insbesondere im Bereich der kommunalen Gebäude und Liegenschaften Erfolge erzielt. Insgesamt steht die Stadt Groß-Umstadt damit keineswegs am Anfang ihrer Bemühungen zum Klimaschutz.

Aufgrund aktueller Entwicklungen (insbesondere zum Thema Windkraft) hat Groß-Umstadt im Zeitraum zwischen 1.5.2012 und 31.7.2013 ein "Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept" erarbeitet (gefördert durch das BMU im Rahmen der NKI; FKZ 03KS3128). Die Stadtverordneten haben das Integrierte Klimaschutzkonzept am 13.12.2013 beschlossen und somit den erarbeiteten Zielen und Vorstellungen zugestimmt. Der Energieausschuss wird sich damit befassen und entscheiden, wie das Konzept in kommunales Handeln umgesetzt werden kann.

Im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes für Groß-Umstadt wurde als ein zentrales Handlungsfeld die Minderung des Primärenergieeinsatzes und des CO₂-Ausstoßes für Wärmenutzungen benannt. Ein Integriertes Wärmenutzungskonzept kann an diese Vorarbeiten nahtlos anknüpfen und die vorgeschlagenen Maßnahmen ergänzen, weiter konkretisieren und insgesamt die Umsetzung sinnvoller, klimaschützender Aktivitäten im Bereich der Integrierten Wärmeversorgung voranbringen.

• In der Gemeinde Münster werden die Themen Klimaschutz und Energie sehr engagiert bearbeitet. So ist es beispielsweise Vorgabe des Parlamentes, auf jeder Sitzung des Bauausschusses mindestens einen Tagesordnungspunkt zu dieser Thematik zu bearbeiten. Die Gemeinde Münster hat im Sommer letzten Jahres einen Energietisch gegründet, welcher sich für seine Arbeit insbesondere auch Schwerpunkte im Bereich der Integrierten Wärmenutzung gesetzt hat. Daher ist die Teilnahme als Modellkommune für die Gemeinde Münster eine gute Ergänzung und Bereicherung zu diesen aktuellen politischen Bestrebungen.

Die beiden Kommunen stehen beispielhaft für die übrigen Kommunen im Landkreis. Sowohl im Hinblick auf die strukturellen Voraussetzungen als auch auf die bisherigen Aktivitäten im Bereich Energie und Klimaschutz bilden sie eine Bandbreite, in der sich die anderen Kommunen des Kreises wiederfinden bzw. einordnen können. Dadurch ist gewährleistet, dass die Ergebnisse des vorliegenden Konzepts auch auf andere Kommunen des Kreises übertragbar sind.



2 Energie-Bestandsanalyse und CO₂-Bilanz

2.1 Datengrundlagen

Die Energie- und CO₂-Bilanz bildet die Grundlage des Klimaschutzteilkonzepts Wärmenutzung. Entsprechend der Aufgabenstellung konzentriert sich die Bilanzierung auf die Wärmeversorgung. Stromverbräuche werden nur berücksichtigt, sofern sie für Wärmeanwendungen genutzt werden (insb. Heizung und Warmwasser). Bei der Energie- und CO₂-Bilanz wurden die Jahre 2011 bis 2014 betrachtet. Damit knüpft die Bilanz in Groß-Umstadt an die Bilanz des Integrierten Klimaschutzkonzepts aus dem Jahr 2013 (Datenstand 2010) an. In Münster wurde bisher keine umfassende Energie- und CO₂-Bilanz erstellt.

Um ein möglichst gutes Abbild der Situation vor Ort zu erhalten, wurden verschiedene Echtdaten zum Energieverbrauch und dem Bestand an Heizungsanlagen gesammelt:

- Die Stadt Groß-Umstadt und die Gemeinde Münster sowie der Landkreis Darmstadt-Dieburg stellten umfangreiche Energieverbrauchsdaten der eigenen Liegenschaften zur Verfügung.
- Vom regionalen Gasnetzbetreiber wurden Daten zum Erdgasverbrauch der Jahre 2011 bis 2014 je Kommune bereitgestellt.
- Der regionale Stromnetzbetreiber stellte ebenfalls Daten zum Gesamtstromverbrauch von 2011 bis 2014 bereit. Dabei ist der Heizstromverbrauch gesondert ausgewiesen, so dass dieser in die Bilanz des Wärmeverbrauchs aufgenommen werden kann.
- Die Bezirksschornsteinfegermeister machten Angaben zur Anzahl der Heizungsanlagen in den Kommunen. Die Daten wurden auf Ebene der Ortsteile bereitgestellt, so dass eine ortsteilscharfe Auswertung erfolgen konnte.
- Vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) wurden Daten zu den im Rahmen des Marktanreizprogramms geförderten Solarthermieanlagen in Münster und Groß-Umstadt bereitgestellt.
- Der Landkreis Darmstadt-Dieburg stellte eine Liste der genehmigten Erdwärmesonden in den beiden Kommunen zur Verfügung. Damit kann die Nutzung von Geothermie und Umweltwärme abgeschätzt werden.
- Auf Basis der räumlichen Analysen (vgl. Kapitel 3) konnten Daten zum Wohngebäudebestand nach Baualtersklassen und Gebäudetyp generiert werden. Diese stellen die Grundlage für die Berechnung des Wärmeverbrauchs der privaten Haushalte dar.

Mit Hilfe dieser umfangreichen Echtdaten wird der Energieverbrauch für Wärmeanwendungen in Groß-Umstadt und Münster berechnet. Eine Beschreibung der Methodik folgt im nächsten Abschnitt.



2.2 Methodische Vorbemerkungen

Grundlage der Energiebilanzen sind die zuvor genannten Daten, mit denen der gesamte Wärmeverbrauch analysiert werden kann. Die Bilanzierung erfolgt anhand des Territorial-prinzips. Das bedeutet, es wird der Energieverbrauch mit Treibhausgasemissionen bewertet, der vor Ort in den Kommunen stattfindet. Auf Basis der Energieverbrauchsanalyse erfolgt die CO₂-Bilanzierung, die anhand von spezifischen CO₂-Emissionswerten der einzelnen Energieträger die Gesamtemissionen in den beiden Kommunen darstellt. Die CO₂-Bilanzierung wird nach der LCA-Methode durchgeführt. Dabei werden auch die Vorketten der Energieträgerbereitstellung berücksichtigt (siehe auch Kapitel 2.3.5).

Die zuvor genannten Schornsteinfeger-Daten liegen auf Ortsteilebene vor. Daher können auf Ortsteilebene Auswertungen zur Anzahl und installierten Leistung der Feuerungsanlagen aufgeteilt nach Energieträger, Leistungsklasse und Altersklasse durchgeführt werden. Darauf aufbauend kann der Wärmeverbrauch der Feuerungsanlagen je Ortsteil berechnet werden. Diese Auswertungen werden in sogenannten *Wärmesteckbriefen je Ortsteil* zusammengefasst. Die Steckbriefe finden sich in Anlage 2 zum vorliegenden Konzept.

Um eine Grundlage für die Festlegung von Handlungsschwerpunkten zu schaffen, ist neben der (räumlichen) Auswertung des Gesamtwärmeverbrauchs eine Aufteilung in die Verbrauchssektoren Haushalte, Wirtschaft und Kommunale Gebäude erforderlich.

Der Wärmeverbrauch des Wohngebäudebestandes ist sowohl abhängig von der Altersstruktur der Gebäude als auch von der Verteilung zwischen Ein- und Zweifamilienhäusern (EFH/ZFH) auf der einen und Mehrfamilienhäusern (MFH) auf der anderen Seite. Aus diesem Grunde ist eine Aufschlüsselung des Gebäudebestandes nach diesen Kriterien eine wichtige Grundlage zur Ermittlung und Beurteilung des Wärmeverbrauchs.

Die Ergebnisse des Wärmekatasters (siehe Kapitel 3) ermöglichen eine Auswertung des Gebäudebestands bzw. der Wohnflächen nach Baualtersklassen und Gebäudetyp. Der Gebäudebestand vor 1979 hat in der Regel geringere Wärmeschutzstandards, da er vor Inkrafttreten der Wärmeschutzverordnung gebaut wurde. Gleichzeitig ist davon auszugehen, dass ein gewisser Anteil des alten Gebäudebestands bereits energetisch saniert und damit auf einem besseren energetischen Standard ist. Es wurde angenommen, dass ca. 15 % des gesamten Gebäudebestands (Diefenbach, Enseling 2007) bereits energetisch saniert wurden, dabei wird davon ausgegangen, dass bisher v.a. Gebäude mit Baujahr vor 1979 energetisch saniert wurden.

Mit spezifischen Wärmeverbrauchswerten je Quadratmeter Wohnfläche (aus Diefenbach, Enseling 2007) kann in Abhängigkeit der Baualtersklasse und des Gebäudetyps der



Wärmeverbrauch berechnet werden. Die berechneten Werte geben einen durchschnittlichen Verbrauch wieder und sind nicht auf die klimatischen Verhältnisse angepasst. Zur Abschätzung des tatsächlichen Verbrauchs in einem bestimmten Jahr werden die Werte daher mit den lokalen Klimafaktoren des Deutschen Wetterdienstes verrechnet.

Der gewerbliche Sektor ist inhomogener als der Sektor der privaten Haushalte. Verschiedene Branchen weisen teils deutlich unterschiedliche spezifische Energieverbräuche auf. Im Gegensatz zu den privaten Haushalten kann daher bei gewerblichen Verbrauchern nicht generell von der Gebäudefläche auf den Wärmebedarf geschlossen werden.

Es liegen die Echtdaten zu den leitungsgebundenen Energieträgern Erdgas, Strom und Nah-/Fernwärme vor, die von den regionalen Energieversorgern bereitgestellt wurden. Diese werden für die Berechnungen als Ausgangsgröße genutzt. Weiterhin fließen die bundesweiten statistischen Angaben zum Energieverbrauch für Wärmeanwendungen nach Energieträger in den Sektoren Industrie und GHD (AGEB 2013) und die Ergebnisse der Schornsteinfegerbefragung ein. Auf Grundlage dieser Daten kann der Energieverbrauch und der Energieträgermix abgeschätzt werden.

Für die *öffentlichen Gebäude und Einrichtungen* wurden von den Kommunen und vom Kreis zu fast allen Liegenschaften die jeweiligen Energieverbrauchswerte zur Verfügung gestellt, so dass diese direkt in die Berechnungen einfließen konnten.

Wie bereits erwähnt, *hat die Stadt Groß-Umstadt* neben der hier dargestellten Energieund CO₂-Analyse der Wärmeversorgung im Rahmen eines Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes *bereits im Jahr 2013 eine Gesamtbilanz erstellt*. Zum damaligen Stand waren weniger Daten für die Abschätzung des Wärmeverbrauchs vorhanden. Daraus *ergeben sich Abweichungen* bei den Ergebnissen der Bilanzen. Dies betrifft insbesondere die folgenden Punkte:

- Die Schornsteinfeger-Daten waren in der Analyse zum Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept aus dem Jahr 2013 unvollständig. Auf Basis der damals vorhandenen Daten wurde eine Abschätzung für die gesamte Stadt durchgeführt. Für das vorliegende Klimaschutzteilkonzept Wärmenutzung konnten nun vollständige Daten der
 Schornsteinfeger genutzt werden, was zu einer veränderten Verteilung der Energieträger führt.
- Die Daten der Netzbetreiber, die für das Klimaschutzteilkonzept Wärmenutzung verwendet werden, weisen den Anteil an Heizstrom separat aus. Dies war bei den Daten zum Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept nicht der Fall. Die jetzt vorhandenen Echtdaten erlauben eine bessere Abschätzung des Stromverbrauchs für Heizzwecke. In der Bilanz des Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzepts wurde der Heizstrom-Anteil demzufolge überschätzt.

Klimaschutzteilkonzept integrierte Wärmenutzung Landkreis Darmstadt-Dieburg



Durch das aktualisierte und detaillierte Wärmekataster (Kapitel 3) liegen genauere Information zum Gebäudebestand vor, als dies beim Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept der Fall war. Dadurch gibt es im Bereich der Wohngebäude teilweise Verschiebungen bei den Altersklassen und Gebäudetypen.



2.3 Energie- und CO₂-Bilanz für den Wärmesektor der Stadt Groß-Umstadt

2.3.1 Gesamter Wärmeverbrauch in Groß-Umstadt nach Verbrauchergruppen und Energieträgern

In Abbildung 1 ist der Wärmeverbrauch in Groß-Umstadt nach Energieträgern für die Jahre 2011 bis 2014 dargestellt. Die Energieträger Heizöl und Erdgas / Flüssiggas haben den höchsten Anteil am Verbrauch, zusammen machen sie ca. zwei Drittel aus. Erneuerbare Energien in Form von (Rest-)Holz, Umweltwärme und Sonnenkollektoren tragen etwa 19 % zum Wärmeverbrauch bei (2014). Dieser Wert liegt deutlich über dem bundesweiten Durchschnitt von ca. 10 % (AGEB 2014). Neben einem hohen Anteil von Biomasseheizungen und -öfen in Wohngebäuden ist dafür vor allem der hohe Anteil der energetischen Nutzung von Restholz und Produktionsresten verantwortlich.

Es ist zu beachten, dass für die Nutzung von Restholz / Produktionsresten und Kohle keine Echtdaten, sondern nur Abschätzungen vorliegen. Da es mit der vorhandenen Datengrundlage keine Möglichkeit gibt, den Verbrauch der letzten Jahre zu rekonstruieren, wurden konstante Werte für die beiden Energieträger angenommen.

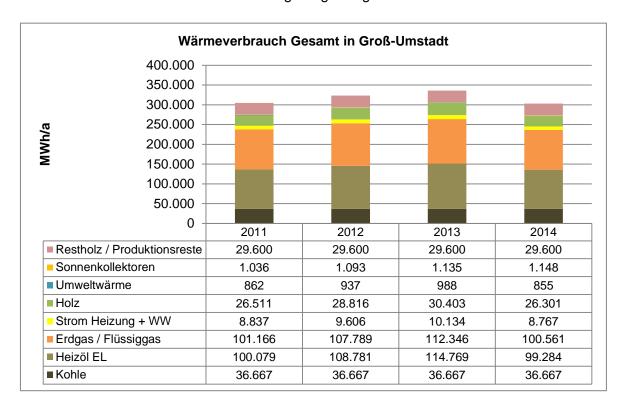


Abbildung 1 Wärmeverbrauch in Groß-Umstadt nach Energieträgern



Abbildung 2 zeigt die Entwicklung des Wärmeenergieverbrauchs in Groß-Umstadt in den Jahren 2011 bis 2014 nach Verbrauchergruppen. Der Wirtschaftssektor – also Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistung – hat den größten Anteil des Verbrauchs. Die privaten Haushalte liegen knapp darunter. Die städtischen Gebäude machen nur etwa 1 % des Gesamtwärmeverbrauchs aus.

Die Entwicklung des Wärmeverbrauchs zeigt sowohl konjunkturelle als auch klimatische Schwankungen. Das Jahr 2014 war ein verhältnismäßig warmes Jahr, dementsprechend gering ist auch der Wärmeverbrauch ausgefallen.

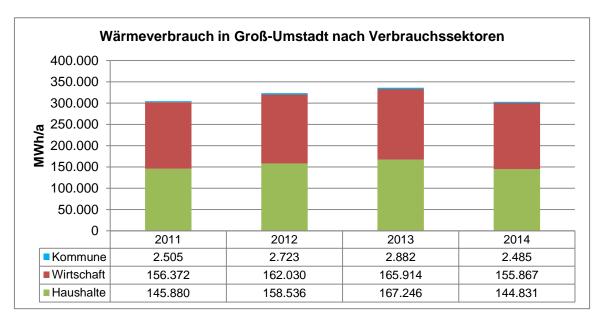


Abbildung 2 Wärmeverbrauch in Groß-Umstadt nach Verbrauchssektoren



Die Daten der Schornsteinfeger zu den Feuerungsanlagen ermöglichen eine Differenzierung nach Ortsteilen. Damit kann der Wärmeverbrauch je Ortsteil abgeschätzt werden. Es ist zu beachten, dass hierbei nur der Wärmeverbrauch berücksichtigt ist, der sich direkt aus den Schornsteinfeger-Daten zu den Feuerungsanlagen ergibt. Sonstige Energieträger, wie bspw. Solarthermie, und industrielle Großanlagen sind damit nicht abgedeckt. Dadurch ergibt sich eine Differenz zum zuvor dargestellten gesamten Wärmeverbrauch.

Die folgende Abbildung gibt einen Überblick über den Wärmeverbrauch der Feuerungsanlagen in den einzelnen Ortsteilen. Im Anhang sind ausführlich die Ergebnisse der Auswertungen der Schornsteinfegerdaten in "Wärmesteckbriefen" für jeden Ortsteil zusammengestellt.

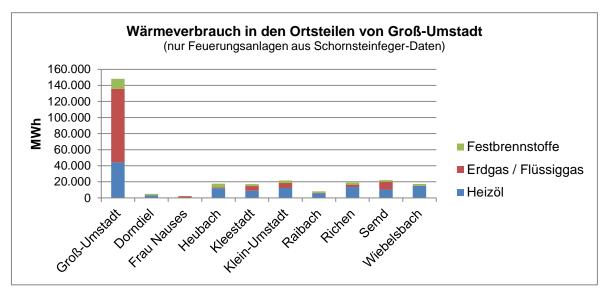


Abbildung 3: Wärmeverbrauch in den Ortsteilen von Groß-Umstadt (nur Feuerungsanlagen aus Schornsteinfeger-Daten)



2.3.2 Wärmeverbrauch der Haushalte in Groß-Umstadt

Tabelle 1 und Abbildung 4 zeigen die Wohnfläche und den berechneten Wärmeverbrauch der Haushalte in Groß-Umstadt aufgeteilt nach Baualtersklassen. Die Datengrundlage stammt aus der räumlichen Analyse (Kapitel 3) sowie aus der Hessischen Gemeindestatistik¹. Die Tabelle zeigt die absoluten Werte für Wohnfläche in Quadratmetern und Wärmeverbrauch in Megawattstunden, die Abbildung zeigt die relative Verteilung in Prozent. Etwa 791.000 Quadratmeter Wohnfläche und damit knapp 80 % der Gesamtwohnfläche in Groß-Umstadt wurden vor dem Jahr 1979 gebaut.

Tabelle 1: Wohnfläche und Wärmeverbrauch der Wohngebäude in Groß-Umstadt nach Baualtersklasse

Baualtersklasse	Wohnfläche in m²	Wärmeverbrauch in MWh
bis 1948	135.572	31.805
1949-1957	262.382	62.254
1958-1968	73.241	13.826
1969-1978	319.476	50.896
1979-1983	31.142	3.955
1984-1994	80.706	11.214
1995-2001	69.167	6.194
ab 2002	21.314	2.075
SUMME ¹	993.000	182.219

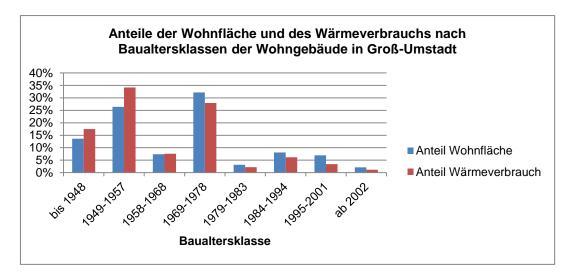


Abbildung 4: Anteile der Wohnfläche und des Wärmeverbrauchs nach Baualtersklassen der Wohngebäude in Groß-Umstadt

KSTK-Wärme-LaDaDi_Bericht-Rev-D2.docx; 15.12.2015

Hinweis: In der Hessischen Gemeindestatistik gibt es zwischen den Jahren 2011 und 2012 einen sprunghaften Anstieg der Wohnfläche um über 100.000 m², der sich nicht aus Bautätigkeiten erklären lässt, sondern vermutlich auf methodische Abweichungen zurückzuführen ist.



In Abbildung 5 ist der Wärmeverbrauch der Haushalte in Groß-Umstadt in den Jahren 2011 bis 2014 dargestellt. Entgegen der zuvor dargestellten durchschnittlichen Verbrauchswerte erfolgt hierbei eine Verrechnung mit den lokalen Klimafaktoren des Deutschen Wetterdienstes (siehe Erläuterung zur Methodik in 2.2). Heizöl und Erdgas / Flüssiggas sind die wichtigsten Energieträger zur Wärmebereitstellung, gefolgt von Holz und Strom. Sonnenkollektoren und Umweltwärme spielen eine untergeordnete Rolle. Die Entwicklung des Verbrauchs spiegelt vor allem die klimatische Entwicklung wieder. Das Jahr 2014 war gegenüber dem Jahr 2013 deutlich wärmer, entsprechend lag der Verbrauch auch deutlich niedriger.

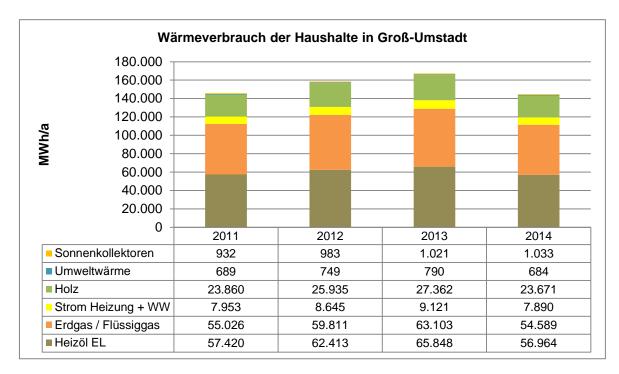


Abbildung 5: Wärmeverbrauch der Haushalte in Groß-Umstadt



2.3.3 Wärmeverbrauch des Wirtschaftssektors (inkl. kommunaler Gebäude) in Groß-Umstadt

Die folgende Abbildung 6 zeigt den Wärmeverbrauch des Wirtschaftssektors in Groß-Umstadt in den Jahren 2011 bis 2014. Dieser ist geprägt von den fossilen Energieträgern Heizöl, Erdgas / Flüssiggas und Kohle. Eine wichtige Rolle spielt zudem die Restholznutzung bzw. Nutzung von Produktionsresten. Die weiteren erneuerbaren Energien haben nur sehr geringe Anteile.

Es ist zu beachten, dass für die Nutzung von Restholz / Produktionsresten und Kohle keine Echtdaten, sondern nur Abschätzungen vorliegen. Da es mit der vorhandenen Datengrundlage keine Möglichkeit gibt, den Verbrauch der letzten Jahre zu rekonstruieren, wurden konstante Werte für die beiden Energieträger angenommen.

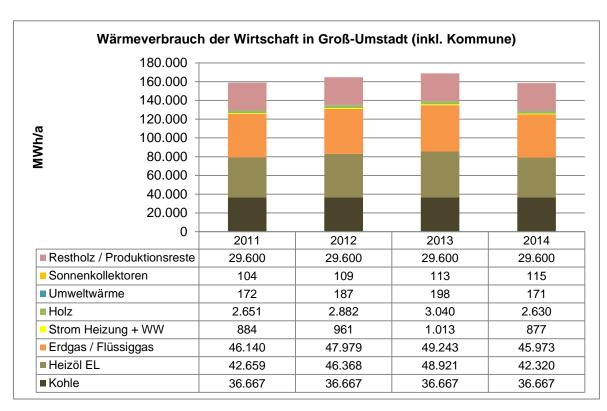


Abbildung 6: Wärmeverbrauch des Wirtschaftssektors in Groß-Umstadt (inkl. kommunaler Gebäude)



2.3.4 Nutzung erneuerbarer Energien und KWK zur Wärmebereitstellung in Groß-Umstadt

Die Abbildung 7 zeigt die Nutzung erneuerbarer Energien und Kraft-Wärme-Kopplung zur Wärmeerzeugung in Groß-Umstadt. Deutlich mehr als 90 % der Wärmebereitstellung aus erneuerbaren Energien erfolgt durch Holz in Form von Waldholz- oder Restholznutzung. Umweltwärme und Solarenergie spielen eine untergeordnete Rolle, ebenso wie (erdgasbetriebene) Kraft-Wärme-Kopplung). Mit etwa 58.000 MWh Wärmeproduktion decken die erneuerbaren Energien und KWK ca. 19 % des Wärmeverbrauchs in Groß-Umstadt.

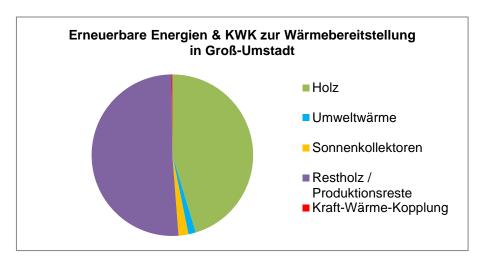


Abbildung 7: Erneuerbare Energien und KWK zur Wärmebereistellung in Groß-Umstadt

2.3.5 CO₂-Emissionen des Wärmeverbrauchs in Groß-Umstadt

Bei der CO₂-Bilanzierung wird jedem Energieträger ein spezifischer CO₂-Emissionsfaktor zugewiesen und damit die Gesamtemissionen berechnet. Es wird die Life-Cycle-Assessment-(LCA)-Methode angewandt. Diese berücksichtigt neben den CO₂-Emissionen, die bei der Nutzung des Energieträgers vor Ort entstehen auch die Emissionen, die bei der Gewinnung und Verteilung des Energieträgers entstehen. Bei Heizöl wird beispielsweise die komplette Vorkette inklusive der Erdölförderung, Raffination und Verteilung berücksichtigt. Beim Stromverbrauch zählt dazu auch die Stromerzeugung in Kraftwerken. Die CO₂-Emissionsfaktoren stammen aus der aktuellen GEMIS-Datenbank.

Die Ergebnisse der CO₂-Bilanzierung sind in Abbildung 8 dargestellt. Bei Heizöl, Kohle und insb. Strom fallen unter Berücksichtigung der Vorketten die relativ hohen Emissionswerte auf. Im Vergleich zum Energieverbrauch sind ihre Anteile an den CO₂-Emissionen größer – Energieeinsparungen lohnen sich hier in Bezug auf die CO₂-Emissionen beson-



ders. Erneuerbare Energien haben einen sehr geringen spezifischen Emissionswert, so dass die gesamten CO₂-Emissionen ebenfalls vernachlässigbar sind.

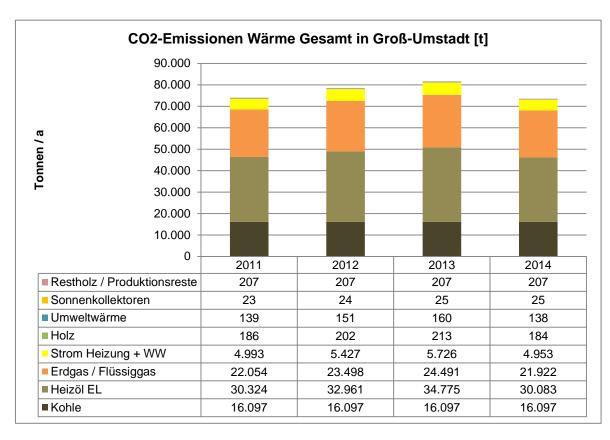


Abbildung 8: resultierende CO₂-Emissionen aus dem Wärmeverbrauch in Groß-Umstadt



2.4 Energie- und CO₂-Bilanz für den Wärmesektor der Gemeinde Münster

2.4.1 Gesamter Wärmeverbrauch in Münster nach Verbrauchergruppen und Energieträgern

In Abbildung 9 ist der Wärmeverbrauch in Münster nach Energieträgern für die Jahre 2011 bis 2014 dargestellt. Die Energieträger Erdgas / Flüssiggas und Heizöl haben den höchsten Anteil am Verbrauch, zusammen machen sie über 85 % aus. Erneuerbare Energien in Form von Holz, Umweltwärme und Sonnenkollektoren tragen etwa 9 % zum Wärmeverbrauch bei (2014) und liegen damit etwa im bundesweiten Durchschnitt von ca. 10 % (AGEB 2014).

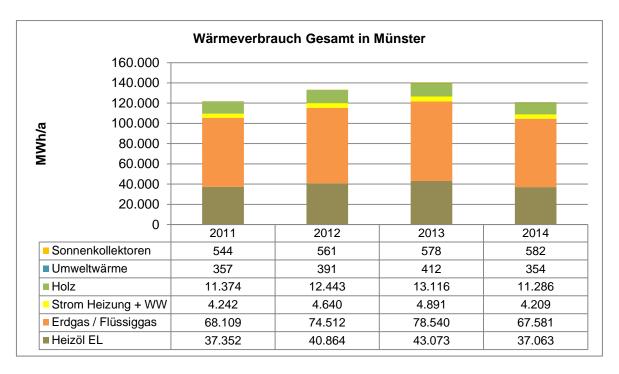


Abbildung 9 Wärmeverbrauch in Münster nach Energieträgern

Abbildung 10 zeigt die Entwicklung des Wärmeenergieverbrauchs in Münster in den Jahren 2011 bis 2014 nach Verbrauchergruppen. Die privaten Haushalte machen über 70 % des gesamten Wärmeverbrauchs aus. Der Wirtschaftssektor (Industrie & Gewerbe) ist im Jahr 2014 für rund 23 % des Wärmeverbrauchs verantwortlich. Der Anteil des Wärmeverbrauchs der Gebäude der Gemeinde liegt bei etwa 4 %.

Im Vergleich zu Groß-Umstadt spielt der Wirtschaftssektor in Münster eine deutlich geringere Rolle. Dies ist auf die Zahl der Arbeitsplätze, sowie die Wirtschaftsstruktur und die ansässigen Unternehmen zurückzuführen.



Die Entwicklung des Wärmeverbrauchs zeigt sowohl konjunkturelle als auch klimatische Schwankungen. Das Jahr 2014 war ein verhältnismäßig warmes Jahr, dementsprechend gering ist auch der Wärmeverbrauch ausgefallen.

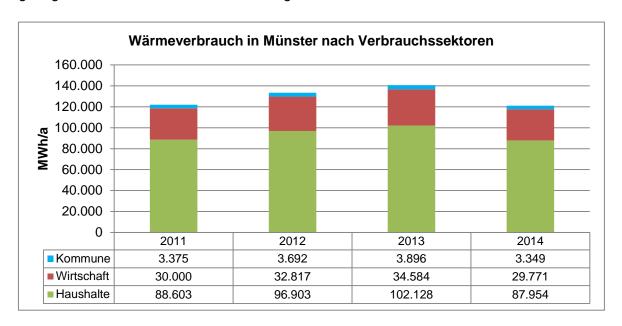


Abbildung 10 Wärmeverbrauch in Münster nach Verbrauchssektoren

Die Daten der Schornsteinfeger zu den Feuerungsanlagen ermöglichen eine Differenzierung nach Ortsteilen. Damit kann der Wärmeverbrauch je Ortsteil abgeschätzt werden. Es ist zu beachten, dass hierbei nur der Wärmeverbrauch berücksichtigt ist, der sich direkt aus den Schornsteinfeger-Daten zu den Feuerungsanlagen ergibt. Sonstige Energieträger, wie bspw. Solarthermie, und industrielle Großanlagen sind damit nicht abgedeckt. Dadurch ergibt sich eine Differenz zum zuvor dargestellten gesamten Wärmeverbrauch. Abbildung 11 zeigt die Ergebnisse für Münster. Hinweis: Für Breitefeld liegen keine detaillierten Schornsteinfeger-Daten vor. Der Energieverbrauch wurde daher hochgerechnet.



Die folgende Abbildung gibt einen Überblick über den Wärmeverbrauch der Feuerungsanlagen in den einzelnen Ortsteilen. Im Anhang sind ausführlich die Ergebnisse der Auswertungen der Schornsteinfegerdaten in "Wärmesteckbriefen" für jeden Ortsteil zusammengestellt.

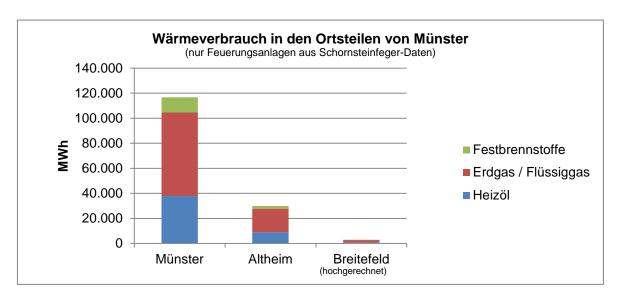


Abbildung 11: Wärmeverbrauch in den Ortsteilen von Münster (nur Feuerungsanlagen aus Schornsteinfeger-Daten)



2.4.2 Wärmeverbrauch der Haushalte in Münster

Tabelle 2 und Abbildung 12 zeigen die Wohnfläche und den berechneten Wärmeverbrauch der Haushalte in Münster aufgeteilt nach Baualtersklassen. Die Datengrundlage stammt aus der räumlichen Analyse (Kapitel 3). Die Tabelle zeigt die absoluten Werte für Wohnfläche in Quadratmetern und Wärmeverbrauch in Megawattstunden, in der Abbildung ist die Verteilung in Prozent dargestellt. In Münster wurden knapp 450.000 m² Wohnfläche und damit knapp 70 % der Gesamtwohnfläche vor 1979 gebaut.

Tabelle 2: Wohnfläche und Wärmeverbrauch der Wohngebäude in Münster nach Baualtersklasse

Wohnfläche und Wärmever- brauch nach Baualtersklasse	Wohnfläche in m²	Wärmeverbrauch in MWh
brauch hach bauaiterskiasse	wonnnache in m²	warmeverbrauch in wwn
bis 1948	112.600	25.591
1949-1957	87.876	18.978
1958-1968	111.592	21.387
1969-1978	136.955	22.050
1979-1983	103.290	13.118
1984-1994	30.248	5.293
1995-2001	26.055	3.221
ab 2002	38.385	3.671
SUMME	647.000	113.309

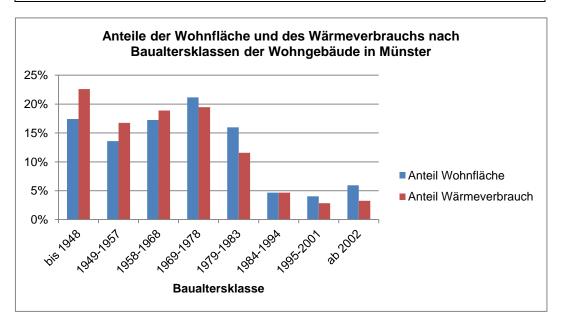


Abbildung 12: Anteile der Wohnfläche und des Wärmeverbrauchs nach Baualtersklassen der Wohngebäude in Münster



In Abbildung 13 ist der Wärmeverbrauch der Haushalte in Münster in den Jahren 2011 bis 2014 dargestellt. Entgegen der zuvor dargestellten durchschnittlichen Verbrauchswerte erfolgt hierbei eine Verrechnung mit den lokalen Klimafaktoren des Deutschen Wetterdienstes (siehe Erläuterung zur Methodik in 2.2). Heizöl und Erdgas / Flüssiggas sind die wichtigsten Energieträger zur Wärmebereitstellung, gefolgt von Holz und Strom. Sonnenkollektoren und Umweltwärme spielen eine untergeordnete Rolle. Die Entwicklung des Verbrauchs spiegelt vor allem die klimatische Entwicklung wieder. Das Jahr 2014 war gegenüber dem Jahr 2013 deutlich wärmer, entsprechend lag der Verbrauch auch deutlich niedriger.

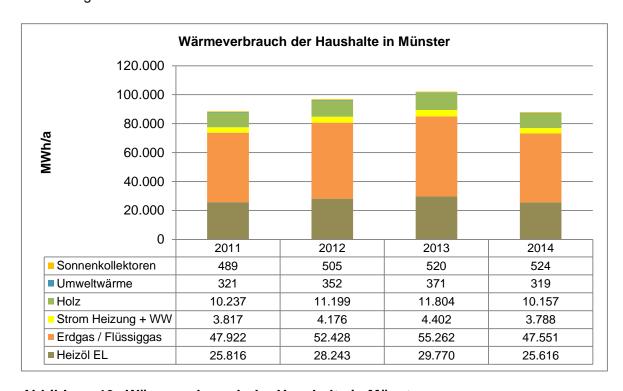


Abbildung 13: Wärmeverbrauch der Haushalte in Münster



2.4.3 Wärmeverbrauch des Wirtschaftssektors (inkl. kommunaler Gebäude) in Münster

Die folgende Abbildung 14 zeigt den Wärmeverbrauch des Wirtschaftssektors in Münster in den Jahren 2011 bis 2014. Der Verbrauch ist geprägt von den fossilen Energieträgern Erdgas / Flüssiggas und Heizöl, die zusammen mehr als 90 % des Wärmeverbrauchs der Wirtschaft ausmachen. Die erneuerbaren Energien haben hingegen nur sehr geringe Anteile.

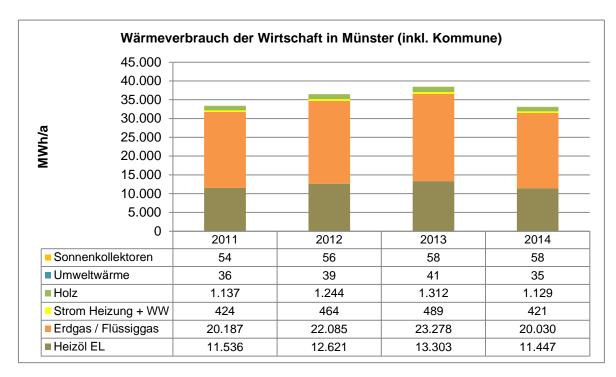


Abbildung 14: Wärmeverbrauch des Wirtschaftssektors in Münster (inkl. kommunaler Gebäude)



2.4.4 Nutzung erneuerbarer Energien und KWK zur Wärmebereitstellung in Münster

Abbildung 15 zeigt die Nutzung erneuerbarer Energien und Kraft-Wärme-Kopplung zur Wärmeerzeugung in Münster. Etwa 88 % der Wärmebereitstellung aus erneuerbaren Energien erfolgt durch Holz. Solarenergie und (erdgasbetriebene) Kraft-Wärme-Kopplung machen jeweils ca. 5 % aus, Umweltwärme etwa 2 %. Mit etwa 13.000 MWh Wärmeproduktion decken die erneuerbaren Energien und KWK ca. 11 % des Wärmeverbrauchs in Münster.

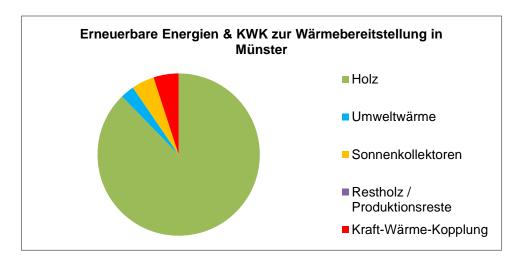


Abbildung 15: Erneuerbare Energien und KWK zur Wärmebereistellung in Münster

2.4.5 CO₂-Emissionen des Wärmeverbrauchs in Münster

Bei der CO₂-Bilanzierung wird jedem Energieträger ein spezifischer CO₂-Emissionsfaktor zugewiesen und damit die Gesamtemissionen berechnet. Es wird die Life-Cycle-Assessment-(LCA)-Methode angewandt. Diese berücksichtigt neben den CO₂-Emissionen, die bei der Nutzung des Energieträgers vor Ort entstehen auch die Emissionen, die bei der Gewinnung und Verteilung des Energieträgers entstehen. Bei Heizöl wird beispielsweise die komplette Vorkette inklusive der Erdölförderung, Raffination und Verteilung berücksichtigt. Beim Stromverbrauch zählt dazu auch die Stromerzeugung in Kraftwerken. Die CO₂-Emissionsfaktoren stammen aus der aktuellen GEMIS-Datenbank.

Die Ergebnisse der CO₂-Bilanzierung sind in Abbildung 16 dargestellt. Bei Heizöl, Kohle und insb. Strom fallen unter Berücksichtigung der Vorketten die relativ hohen Emissionswerte auf. Im Vergleich zum Energieverbrauch sind ihre Anteile an den CO₂-Emissionen größer – Energieeinsparungen lohnen sich hier in Bezug auf die CO₂-Emissionen beson-



ders. Erneuerbare Energien haben einen sehr geringen spezifischen Emissionswert, so dass die gesamten CO₂-Emissionen ebenfalls vernachlässigbar sind.

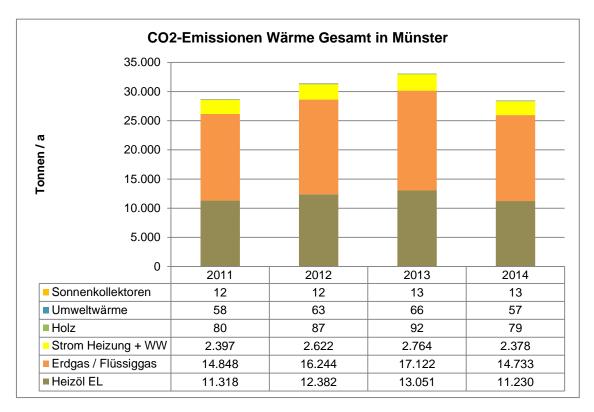


Abbildung 16: resultierende CO₂-Emissionen aus dem Wärmeverbrauch in Münster



2.5 Vergleich der beiden Kommunen, spezifischer Wärmeverbrauch

Der spezifische Wärmeverbrauch je Einwohner gibt weitere Auskunft über die Effizienz und erlaubt eine Vergleichbarkeit zwischen Kommunen und Regionen. Bezogen auf die Verbrauchssektoren teilt sich der spezifische Wärmeverbrauch in Groß-Umstadt und Münster wie in Tabelle 3 dargestellt auf. Als Vergleichswert sind weiterhin die bundesweiten Durchschnittswerte angegeben, diese liegen allerdings nur für 2013 vor.

Es wird deutlich, dass in Groß-Umstadt der spezifische Wärmeverbrauch des Wirtschaftssektors deutlich höher ist als in Münster. Das ist auf die Wirtschaftsstruktur und die Arbeitsplatzzahl zurückzuführen. Bei den Haushalten ist der spezifische Verbrauch in Münster etwas niedriger als in Groß-Umstadt. Dies ist in der Gebäudestruktur und den Baualtersklassen begründet.

Tabelle 3: Vergleich des spezifischen Wärmeverbrauchs Groß-Umstadt und Münster in den Jahren 2013 und 2014

Spezifischer Wärmever- brauch je Einwohner	Groß-Ui	mstadt	dt Münster		Bundes- durchschnitt
(KWh/EW)	2013	2014	2013	2014	2013
Private Haushalte	8.100	7.000	7.300	6.300	7.200
Industrie und Gewerbe (inkl. öff. Einrichtungen)	8.400	7.700	2.500	2.400	13.900



3 Wärmekataster

Ziel des Wärmekatasters ist es, die räumliche Verteilung des Wärmeverbrauchs und der Versorgungsstrukturen in den Kommunen aufzuzeigen. Dazu werden die zuvor erhobenen Verbrauchsdaten der öffentlichen Liegenschaften soweit vorhanden adressscharf und die Verbräuche der privaten Haushalte und im Sektor Industrie, Gewerbe/Handel/Dienstleistungen mit einem flächenbezogen Ansatz auf kleinräumige Gebiete verteilt.

3.1 Grundlagen

Zur räumlich differenzierten Abschätzung und Darstellung der Wärmeverbräuche wurde im konkreten Fall ein siedlungstypologischer Ansatz gewählt. Grundlage war eine Siedlungsstrukturanalyse, die die (zumindest überwiegend) zum Wohnen genutzten Bauflächen der beiden Kommunen in nach Gebäudetyp und Baualter homogene, siedlungstypologische Einheiten einteilt.

Als Grundlage für die Gebäudetypisierung wurde die Datenbasis des Allgemeinen Liegenschaftskatasters (ALKIS 2014) verwendet und durch Luftbildauswertungen und Vor-Ort-Analysen wie folgt weiter spezifiziert:

- Einfamilien- und Doppelhäuser
- Reihenhäuser
- Mehrfamilienhäuser

Die sog. Nicht-Wohngebäude, also

- Gebäude für öffentliche Zwecke und
- Gebäude für Wirtschaft oder Gewerbe (nur Mischnutzung aus Wohnen u. Gewerbe im innerörtlichen Bereich)

wurden direkt aus den ALKIS-Daten übernommen und der Analyse zugrunde gelegt.

Die stadthistorische Entwicklung – unterteilt in die verschiedenen Altersklassen – wurde in enger Abstimmung mit den beiden Kommunen erarbeitet und in die Geodatenbank integriert. Die Daten wurden nach den o.g. Strukturtypen untergliedert und zeitlich differenzierten Altersklassen zugewiesen.



Dazu wurde folgende Altersklasseneinteilung in Anlehnung an die Deutsche Gebäudetypologie des Instituts Wohnen und Umwelt (IWU 2011) vorgenommen:

- bis 1859
- 1860 bis 1918
- 1919 bis 1948
- 1949 bis 1957
- 1958 bis 1968
- 1969 bis 1978
- 1979 bis 1983
- 1984 bis 1994
- 1995 bis 2001
- 2001 bis 2009
- ab 2009

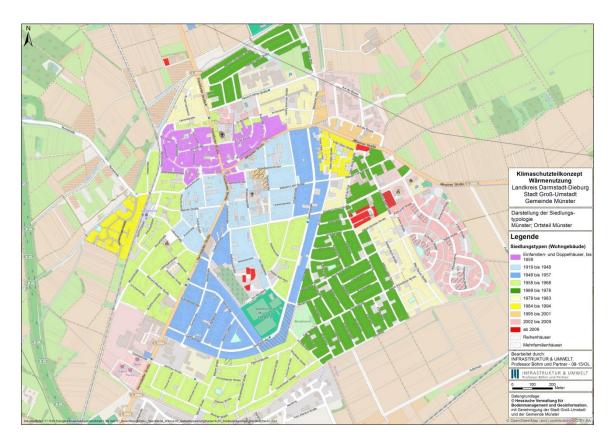


Abbildung 17 Darstellung der Siedlungstypologie und der Altersstruktur am Beispiel der Gemeinde Münster

Die Detailkarten zur Siedlungstypologie und der Altersstruktur für alle Ortsteile innerhalb der beiden Kommunen sind den Anlagen 1.1.1 bis 1.1.11 zu entnehmen.



3.2 Auswertungen

3.2.1 Wärmebedarfs- und Wärmeverbrauchskarten

Um den Wärmebedarf bzw. -verbrauch und dessen räumliche Verteilung aufzuzeigen wurden entsprechende Karten erstellt. Ziel der Karten ist es, die räumliche Verteilung der Wärmebedarfe und -verbräuche darzustellen. Im Hinblick auf die Bewertung von Einsparpotenzialen und klimaeffiziente Versorgungsstrukturen lassen die Karten eine differenzierte Aussage zu räumlichen Handlungsschwerpunkten zu.

Zur Ermittlung der Wohnflächen je Siedlungsstrukturtyp wurde der Gebäudedatensatz des Allgemeinen Liegenschaftskatasters (ALKIS) zugrunde gelegt und auf Grundlage von Erfahrungswerten eine Umrechnung von Gebäudegrundfläche auf Wohn- bzw. Nutzfläche vorgenommen. Die so ermittelten Wohn-/ Nutzflächen wurden mit den Daten der Hessischen Gemeindestatistik abgeglichen.

Auf Grundlage der siedlungstypologischen Einstufung wurde den Gebietsclustern ein spezifischer Heizwärmebedarf für Wohngebäude und gemischt genutzte Gebäude zugewiesen und über die ermittelten Wohn-/ Nutzflächen der Wärmeverbrauch je Gebietscluster ermittelt.

Bei den Gebäuden öffentlicher Nutzung konnten größtenteils Echtverbrauchsdaten adressscharf zugeordnet werden. Die stadteigenen Gebäude konnten überwiegend über die realen Verbrauchsdaten, die von den Kommunen und dem Landkreis zur Verfügung gestellt wurden, zugrunde gelegt werden.

Auf die räumliche Zuordnung des Wärmeverbrauchs der Gebäude für Wirtschaft und Gewerbe (reine Nicht-Wohngebäude / Gewerbe- bzw. Industriegebiete) wurde im Rahmen dieses Konzeptes verzichtet.

3.2.2 Analyse sonstiger relevanter Strukturen

Insbesondere im Hinblick auf die Ansatzpunkte für Wärmenetze wurden weitergehende Strukturanalysen vorgenommen. Diese Analysen umfassen die

- öffentlichen Einrichtungen und kommunale Wohngebäude,
- Gasanschlussquoten und Gasversorgungsgrade,
- Abwasserleitungen mit einem Querschnitt > DN 800.



öffentliche Einrichtungen und kommunale Wohngebäude

Durch die adressscharfe Zuordnung der öffentlichen Liegenschaften und ihrer entsprechenden jährlichen Wärmeverbräuche, lassen sich erste Aussagen darüber treffen, an welchen Orten größere Verbraucher vorzufinden sind, die somit als Wärmeabnehmer, aber auch als mögliche Wärmeerzeuger zur Einspeisung in ein Wärmenetz fungieren könnten.

Gasanschlussquoten und Gasversorgungsgrade

Durch Auswertung der von dem örtlichen Netzbetreiber bereitgestellten Daten zur Anzahl von Gasanschlüssen und Gaszählern wurde der teilräumliche Anschlussgrad abgeschätzt. Die Daten wurden aus Gründen des Datenschutzes vom Netzbetreiber jeweils nur für gesamte Straßen bereitgestellt. Die ausgewerteten Anschlussgrade (Anteil der gasversorgten Gebäude am gesamten Gebäudebestand) beziehen sich also auf den gesamten Straßenzug und berücksichtigen bei langen Straßen, die mehrere siedlungstypologische Einheiten umfassen ggf. vorhandene kleinräumige Unterschiede der Anschlussgrade nicht.

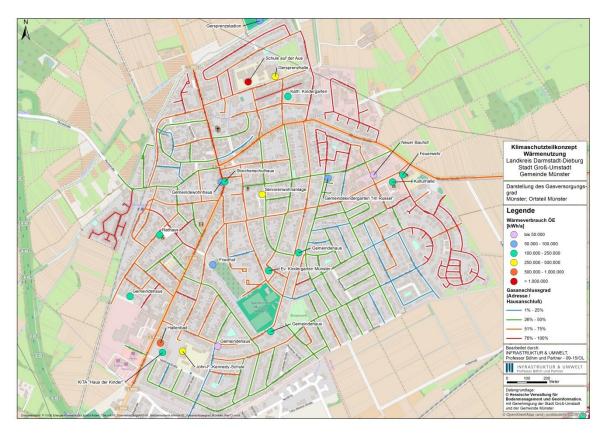


Abbildung 18 Darstellung der Gasanschlussquoten am Beispiel der Gemeinde Münster



Darüber hinaus wurden vom Netzbetreiber auf Ebene der Ortsteile Informationen zur Anzahl der installierten Strom- und Gaszähler geliefert und daraus eine Abschätzung der Gasversorgungsgrade (im Sinne: Anteil der gasversorgten Wohn- bzw. Nutzeinheiten) vorgenommen.

Abwasserleitungen mit einem Querschnitt > DN 800

In Hinblick auf die Nutzung von Abwasserwärme mit Wärmetauschersystemen wurde das Abwassernetz und die verbauten Rohrdurchmesser untersucht. Voraussetzung für eine wirtschaftliche Nutzung der Abwasserabwärme ist nach Literaturangaben ein Mindest-durchmesser von DN 800 und einer Kanallänge ab 20 m, je nach Anlagengröße (DBU 2009).

Ausgehend von allen Kanalformen ab DN 800 wurde kartografisch dargestellt, in welchen Gebieten diese Durchmesser verbaut sind und somit ein mögliches Potenzial zur Nutzung von Abwasserwärme darstellen.

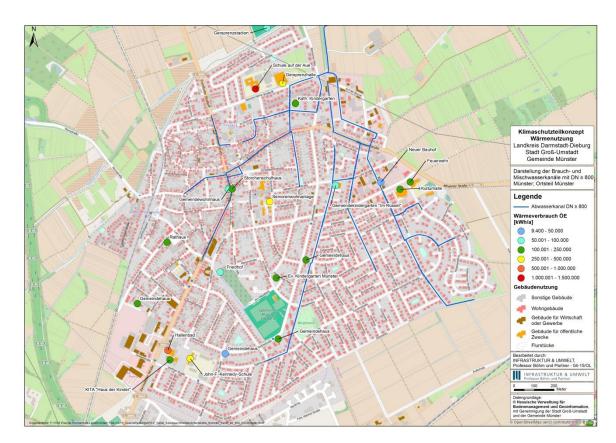


Abbildung 19 Darstellung der Abwasserleitungen mit einem Querschnitt > DN 800 am Beispiel der Gemeinde Münster



3.3 Wärmekataster Groß-Umstadt

3.3.1 Räumliche Verteilung des spezifischen Wärmebedarfs für Wohngebäude in Groß-Umstadt

Bei der räumlichen Verteilung des spezifischen Heizwärmebedarfs im Wohnbereich ist zu erkennen, dass erwartungsgemäß die Gebiete der überwiegend älteren Baualtersklassen den höchsten Bedarf aufzeigen. Dies zeigt sich besonders in den Stadt- und Dorfkerngebieten und in den Gebieten mit Altersklassen zwischen 1949 bis 1978. Schon bei der Gebäudestrukturanalyse hat sich gezeigt, dass der Einfamilien-, Doppel- und Reihenhaustyp "älteren" Baualters prägend für die Siedlungsstruktur in Groß-Umstadt ist. Im Hinblick auf Sanierungsgrad und Gebäudehülle sind diese Gebäudetypen im unsanierten Zustand mit einem hohen spezifischen Wärmebedarf beziffert.

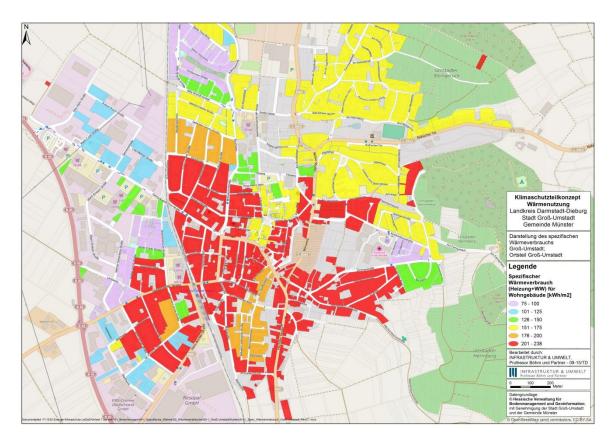


Abbildung 20 Darstellung des spezifischen Heizwärmebedarf für Wohnflächen am Beispiel der Stadt Groß-Umstadt

Auch die Gebiete mit überwiegendem Anteil an Mehrfamilien-, Blockrand-, Zeilen- und Hochhausbebauung sind größtenteils älter, sodass auch diese einen höheren Heizwärmebedarf aufweisen.

Klimaschutzteilkonzept integrierte Wärmenutzung Landkreis Darmstadt-Dieburg



Gebäude jüngeren Baualters verfügen meist über einen höheren energetischen Gebäudestandard sowie homogenere Gebäudestrukturen, sodass der Wärmebedarf geringer ausfällt.

Die Detailkarten mit dem spezifischen Heizwärmebedarf für alle Ortsteile innerhalb der Stadt Groß-Umstadt sind den Anlagen 1.2.3 bis 1.2.11 zu entnehmen.



3.3.2 Wärmeverbrauchsdichten in Groß-Umstadt

Abgeleitet aus dem gesamten Wärmeverbrauch für die Sektoren Wohnen, Mischnutzung aus Gewerbe, Handel und Wohnen (innerörtlich) sowie Öffentliche Liegenschaften werden die Arbeitsdichten je Gebietsfläche in MWh/(a*ha) dargestellt. Im Hinblick auf den wirtschaftlichen Betrieb von Wärmenetzen z.B. zur Identifikation von sog. "fernwärmewürdigen" Gebieten ist diese Betrachtung von Bedeutung. Unter Zugrundelegung und Berücksichtigung zukünftiger Maßnahmen zur Energieeinsparung im Gebäudebestand liegt die Untergrenze für die Wirtschaftlichkeit von Wärmenetzen bei etwa 300 MWh/(a*ha)².

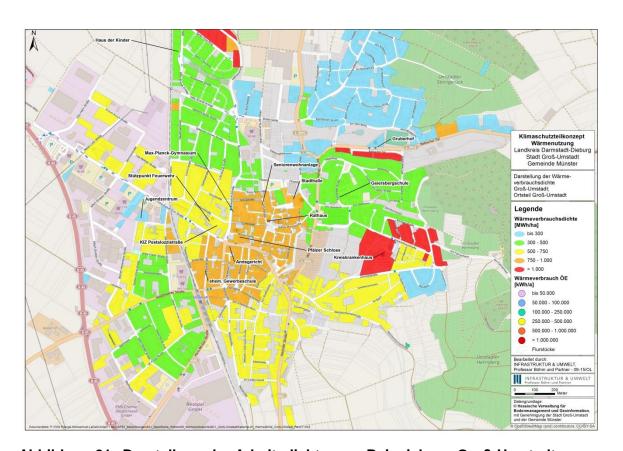


Abbildung 21 Darstellung der Arbeitsdichten am Beispiel von Groß-Umstadt

Die Detailkarten mit den Arbeitsdichten für alle Ortsteile innerhalb der Stadt Groß-Umstadt sind den Anlagen 1.3.3 bis 1.3.11 zu entnehmen.

KSTK-Wärme-LaDaDi_Bericht-Rev-D2.docx; 15.12.2015

² das Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit (StMUG) nennt als "überschlägigen Schwellenwert der Wärmebedarfsdichte zur Identifizierung von für Wärmenetze grundsätzlich geeigneten bzw. ungeeigneten Gebieten: 150 MWh/(ha*a)" (StMUG et al 2011, Leitfaden Energienutzungsplan, S. 48)



An dieser Stelle muss darauf hingewiesen werden, dass für die Entscheidungsfindung für z.B. Wärmenetze die Informationen zum Wärmeverbrauch lediglich als Grundlage dienen können. Die gebietsspezifischen Aussagen geben mögliche Hinweise, an welcher Stelle entsprechende Dichten verfügbar sind. Konkrete Aussagen zur Wirtschaftlichkeit können erst nach detaillierten Gebietsstrukturanalysen getätigt werden. Dies ist aber nicht Gegenstand dieser Untersuchung.

In Groß-Umstadt sind dies überwiegend die Stadt- und Ortskernlagen, die hohe Arbeitsdichten aufweisen. Unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit für z.B. Wärmenetze müssen aber weitere Parameter wie

- · derzeitiges Versorgungsnetz,
- momentaner Mix an Energieträgern,
- Anzahl versorgungsrelevanter Großverbraucher
- und sonstige Energieerzeugungsanlagen

berücksichtigt werden.

3.3.3 Sonstige Relevante Strukturen in Groß-Umstadt

3.3.3.1 Öffentliche Einrichtungen und kommunale Wohngebäude in Groß-Umstadt

Für die öffentlichen Einrichtungen lagen die witterungsbereinigten Echtverbrauchsdaten für das Jahr 2013 vor. Über die Adresse konnten die Verbrauchswerte den jeweiligen Gebieten räumlich zugeordnet werden.

Die Stadt Groß-Umstadt besitzt keine kommunalen Wohngebäude. Aus diesem Grund wurde der Wärmeverbrauch für die Wohngebäude wie in Kap. 3.2.1 beschrieben plausibel abgeschätzt. Es lagen keine Echtverbrauchsdaten zu Wohngebäuden, insbesondere den Wohngebieten mit Geschosswohnungsbau und den sonstigen verdichteten Wohngebieten vor.

Die Lage der öffentlichen Einrichtungen in Groß-Umstadt wird in Abbildung 22 dargestellt.

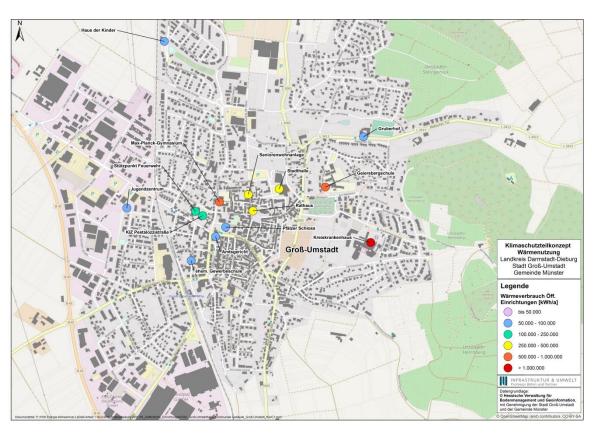


Abbildung 22 Darstellung der öffentlichen Einrichtungen mit dem jeweiligen Wärmeverbrauch in Groß-Umstadt



3.3.3.2 Gasversorgungsgrade und Gasanschlussquoten in Groß-Umstadt

Nicht alle Stadtteile von Groß-Umstadt sind gasversorgt. Die Stadteile Dorndiel, Heubach, Raibach und Wiebelsbach, verfügen nicht über ein Gasnetz. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die abgeschätzten Gasversorgungsgrade (Anteil der gasversorgten Wohn- bzw. Nutzeinheiten) in den einzelnen Stadtteilen Groß-Umstadts:

Tabelle 4 Abschätzung der Gasversorgungsgrade (Anteil der gasversorgten Wohn- bzw. Nutzeinheiten) in Groß-Umstadt

Dorndiel	0%
Groß-Umstadt	21%
Heubach	0%
Kleestadt	12%
Klein-Umstadt	14%
Raibach	0%
Richen	16%
Semd	19%
Wiebelsbach	0%
Groß-Umstadt Gesamt	15%

Im Mittel sind ca. 15% der Wohn- bzw. Nutzeinheiten Groß-Umstadts gasversorgt. Die höchsten Versorgungsgrade sind in der Kernstadt zu verzeichnen.

In der folgenden Abbildung ist die Gasanschlussquote (Anteil der gasversorgten Gebäude) für die einzelnen Straßenzüge für die Kernstadt Groß-Umstadts dargestellt. Es wird deutlich, dass

- auch innerhalb der Kernstadt keine flächendeckende Gasversorgung vorhanden ist; die nordöstlichen Gebiete verfügen nicht über Gasleitungen,
- innerhalb der gasversorgten Gebiete die Anschlussgrade stark variieren; die höchsten Anschlussgrade sind im Stadtzentrum und in den westlichen (Werner-Heisenberg-Straße) und nordwestlichen Quartieren (Willy-Brand-Anlage, Adenauerring

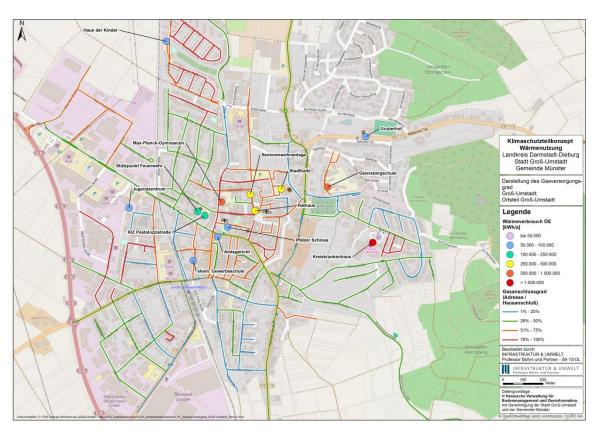


Abbildung 23 Darstellung des Gasanschlussgrades am Beispiel der Stadt Groß-Umstadt

Die Detailkarten mit dem Gasanschlussgrad für alle Ortsteile innerhalb der Stadt Groß-Umstadt sind den Anlagen 1.4.3 bis 1.4.7 zu entnehmen.



3.3.3.3 Analyse des Abwassernetzes in Groß-Umstadt

In Hinblick auf die Nutzung von Abwasserwärme wurde das Abwassernetz auf relevante Haltungen hin untersucht. Voraussetzung für eine wirtschaftliche Nutzung der Abwasserabwärme ist nach Literaturangaben ein Mindestdurchmesser von DN 800 und einer Kanallänge ab 20 m, je nach Anlagengröße (DBU 2009).

Die folgende Karte zeigt die Kanalhaltungen mit einem Durchmesser größer oder gleich DN 800. Eine wirtschaftlich sinnvolle Abwasserwärmnutzung setzt darüber hinaus größere Abnehmer in erreichbarer Nähe voraus. Aus diesem Grund werden in der Karte auch die kommunalen Liegenschaften und deren Wärmeverbrauch dargestellt.

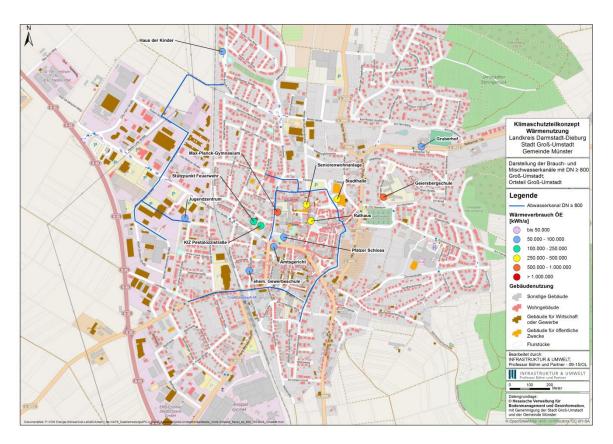


Abbildung 24 Darstellung der Versorgungsstruktur am Beispiel von Groß-Umstadt

Die Detailkarten zur Versorgungsstruktur für Groß-Umstadt, Klein-Umstadt und Richen sind den Anlagen 1.5.3 bis 1.5.5 zu entnehmen.



3.4 Wärmekataster Münster

3.4.1 Räumliche Verteilung des spezifischen Wärmebedarfs für Wohnflächen in Münster

Bei der räumlichen Verteilung des spezifischen Heizwärmebedarfs im Wohnbereich ist zu erkennen, dass erwartungsgemäß die Gebiete der überwiegend älteren Baualtersklassen den höchsten Bedarf aufzeigen. Dies zeigt sich besonders im historischen Ortskern und in den Gebieten mit Altersklassen zwischen 1949 bis 1978. Schon bei der Gebäudestrukturanalyse hat sich gezeigt, dass der Einfamilien- und Doppelhaustyp "älteren" Baualters prägend für die Siedlungsstruktur in Münster ist. Im Hinblick auf Sanierungsgrad und Gebäudehülle sind diese Gebäudetypen im unsanierten Zustand mit einem hohen spezifischen Wärmebedarf beziffert.

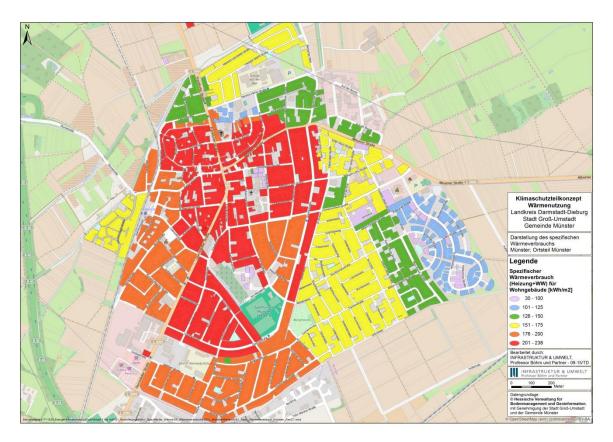


Abbildung 25 Darstellung des spezifischen Heizwärmebedarf für Wohnflächen am Beispiel der Gemeinde Münster

Ein Gebiet mit überwiegendem Anteil an Mehrfamilien- und Hochhausbebauung ist größtenteils älter, sodass auch dieses einen höheren Heizwärmebedarf aufweist. Gebäude jüngeren Baualters verfügen meist über einen höheren energetischen Gebäudestandard sowie homogenere Gebäudestrukturen, sodass der Wärmebedarf geringer ausfällt.



Die Detailkarten mit dem spezifischen Heizwärmebedarf für Münster und Altheim sind den Anlagen 1.2.1 bis 1.2.2 zu entnehmen.

3.4.2 Wärmeverbrauchsdichten in Münster

Abgeleitet aus dem gesamten Wärmeverbrauch für die Sektoren Wohnen, Mischnutzung aus Gewerbe, Handel und Wohnen (innerörtlich) sowie Öffentliche Einrichtungen werden die Arbeitsdichten je Gebietsfläche in MWh/(a*ha) dargestellt. Im Hinblick auf den wirtschaftlichen Betrieb von Wärmenetzen z.B. zur Identifikation von sog. "fernwärmewürdigen" Gebieten ist diese Betrachtung von Bedeutung. Unter Zugrundelegung und Berücksichtigung zukünftiger Maßnahmen zur Energieeinsparung im Gebäudebestand liegt die Untergrenze für die Wirtschaftlichkeit von Wärmenetzen bei etwa 300 MWh/(a*ha)³.

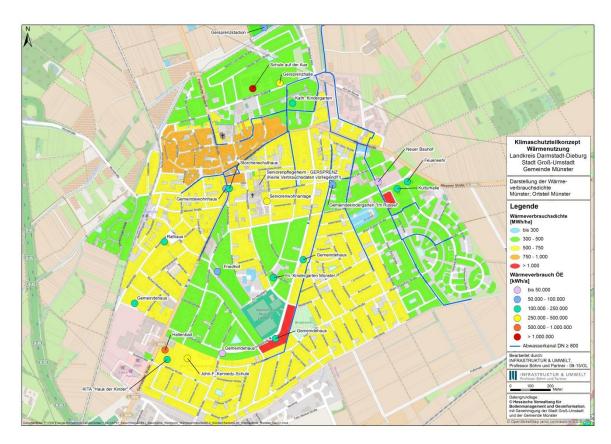


Abbildung 26 Darstellung der Arbeitsdichten am Beispiel von Münster

Die Detailkarten mit den Arbeitsdichten für Münster und Altheim sind den Anlagen 1.3.1 bis 1.3.2 zu entnehmen.

KSTK-Wärme-LaDaDi_Bericht-Rev-D2.docx; 15.12.2015

das Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit (StMUG) nennt als "überschlägigen Schwellenwert der Wärmebedarfsdichte zur Identifizierung von für Wärmenetze grundsätzlich geeigneten bzw. ungeeigneten Gebieten: 150 MWh/(ha*a)" (StMUG et al 2011, Leitfaden Energienutzungsplan, S. 48)

Klimaschutzteilkonzept integrierte Wärmenutzung Landkreis Darmstadt-Dieburg



An dieser Stelle muss darauf hingewiesen werden, dass für die Entscheidungsfindung für z.B. Wärmenetze die Informationen zum Wärmeverbrauch lediglich als Grundlage dienen können. Die gebietsspezifischen Aussagen geben mögliche Hinweise, an welcher Stelle entsprechende Dichten verfügbar sind. Konkrete Aussagen zur Wirtschaftlichkeit können erst nach detaillierten Gebietsstrukturanalysen getätigt werden. Dies ist aber nicht Gegenstand dieser Untersuchung.

In Münster ist dies überwiegend die Ortskernlage und die Gebiete mit Mehrfamilienhäusern, die hohe Arbeitsdichten aufweisen. Unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit für z.B. Wärmenetze müssen aber weitere Parameter wie

- · derzeitiges Versorgungsnetz,
- momentaner Mix an Energieträgern,
- Anzahl versorgungsrelevanter Großverbraucher
- und sonstige Energieerzeugungsanlagen

berücksichtigt werden.



3.4.3 Sonstige Relevante Strukturen in Münster

3.4.3.1 Öffentliche Einrichtungen und kommunale Wohngebäude in Münster

Für die öffentlichen Einrichtungen lagen überwiegend Echtverbrauchsdaten für das Jahr 2012/2013 vor. Über die Adresse konnten die Verbrauchswerte den jeweiligen Gebieten räumlich zugeordnet werden.

Die Gemeinde Münster ist Eigentümer von Mehrfamilienhäusern in der Goethestraße, einem Gebiet mit überwiegendem Anteil an Mehrfamilien- und Hochhausbebauung. Für diese Gebäude lagen die Echtverbrauchsdaten vor.

Die Lage der öffentlichen Einrichtungen wird in Abbildung 27 dargestellt.

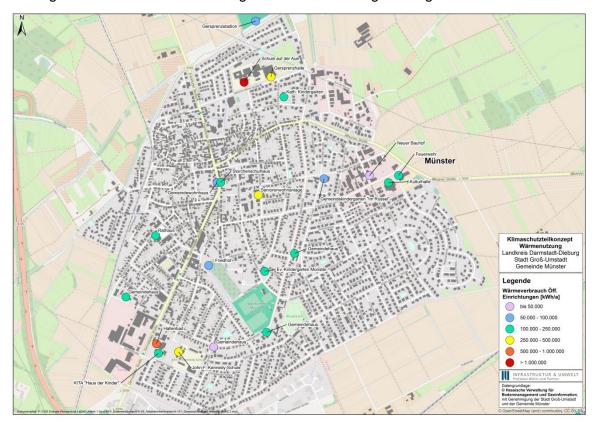


Abbildung 27 Darstellung der öffentlichen Einrichtungen mit dem jeweiligen Wärmeverbrauch in Münster



3.4.3.2 Gasanschlussquoten und Gasversorgungsgrade in Groß-Umstadt

Anders als in Groß-Umstadt sind in Münster alle Ortsteile gasversorgt. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die abgeschätzten Gasversorgungsgrade (Anteil der gasversorgten Wohn- bzw. Nutzeinheiten) in den einzelnen Ortsteilen Münsters:

Tabelle 5 Abschätzung der Gasversorgungsgrade (Anteil der gasversorgten Wohn- bzw. Nutzeinheiten) in Münster

Münster Münster Gesamt	28% 30%
N 4 " 1	200/
Breitefeld	26%
Altheim	39%

Im Mittel sind ca. 30% der Wohn- bzw. Nutzeinheiten Groß-Umstadts gasversorgt. Die höchsten Versorgungsgrade sind in Altheim zu verzeichnen.



In der folgenden Abbildung ist die Gasanschlussquote (Anteil der gasversorgten Gebäude) für die einzelnen Straßenzüge für den Ortsteil Münster dargestellt. Es wird deutlich, dass

- auch innerhalb der Kerngemeinde eine flächendeckende Gasversorgung vorhanden ist.
- innerhalb der gasversorgten Gebiete die Anschlussgrade stark variieren;
 - anders als in Groß-Umstadt sind im historischen Zentrum auch Straßenzüge mit vergleichsweise geringen Anschlussgraden vorhanden,
 - insbesondere in den Gebieten, die in den sechziger und siebziger Jahren entwickelt wurden sind die Anschlussgrade vergleichsweise gering; vor allem hier ist davon auszugehen, dass Ölheizungen noch vergleichsweise häufig anzutreffen sind,
 - die höchsten Anschlussgrade haben die neueren Quartiere der neunziger Jahren und danach

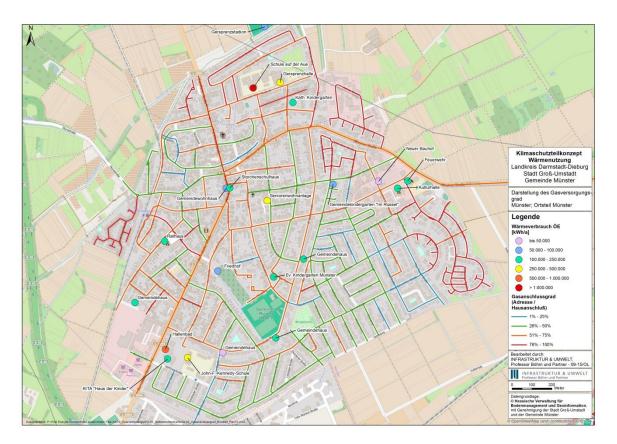


Abbildung 28 Darstellung des Gasanschlussgrades am Beispiel der Gemeinde Münster

Die Detailkarten mit dem Gasanschlussgrad für Münster und Altheim sind den Anlagen 1.4.1 bis 1.4.2 zu entnehmen.



3.4.3.3 Analyse des Abwassernetzes in Münster

In Hinblick auf die Nutzung von Abwasserwärme wurde das Abwassernetz auf relevante Haltungen hin untersucht. Voraussetzung für eine wirtschaftliche Nutzung der Abwasserabwärme ist nach Literaturangaben ein Mindestdurchmesser von DN 800 und einer Kanallänge ab 20 m, je nach Anlagengröße (DBU 2009).

Die folgende Karte zeigt die Kanalhaltungen mit einem Durchmesser größer oder gleich DN 800. Eine wirtschaftlich sinnvolle Abwasserwärmnutzung setzt darüber hinaus größere Abnehmer in erreichbarer Nähe voraus. Aus diesem Grund werden in der Karte auch die kommunalen Liegenschaften und deren Wärmeverbrauch dargestellt.

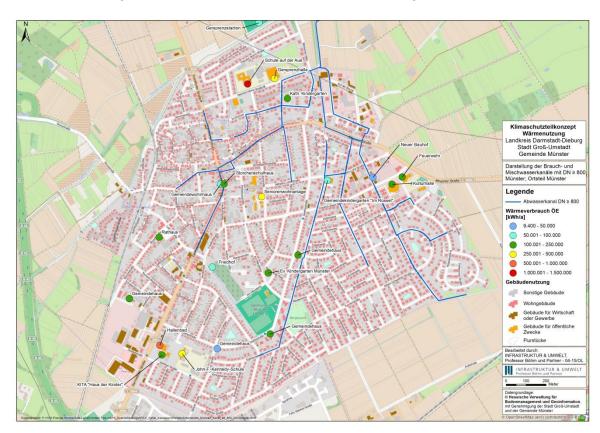


Abbildung 29 Darstellung der Versorgungsstruktur am Beispiel von Münster

Die Detailkarten zur Versorgungsstruktur für Münster und Altheim sind den Anlagen 1.5.1 bis 1.5.2 zu entnehmen.



4 Potenzialanalyse

4.1 Stadtentwicklung

Klimaschutz kann im Zusammenhang mit Sanierungsmaßnahmen im Gebäudebereich und bei der Entwicklung von Neubaugebieten nur dann effektiv praktiziert werden, wenn über die Ebene einzelner Gebäude hinaus das Stadtquartier als Ganzes mit seinen vielfachen Funktionsverflechtungen betrachtet wird (NRW 2011). Dabei ist besonders zu bedenken, dass Entscheidungen der Stadtplanung extrem langfristig wirken. Dies ist vielfach in den Kernen unserer Städte und Gemeinden abzulesen, insbesondere dort, wo noch ein mittelalterlicher Kern vorhanden ist. Daraus ergibt sich die Verantwortung, in laufenden und zukünftigen Stadtentwicklungs- und Stadtplanungsprozessen die städtebaulichen Potenziale des Klimaschutzes sorgfältig zu berücksichtigen, um nicht Optionen für eine nachhaltige Entwicklung über Jahrzehnte hinaus im wahrsten Sinne des Wortes zu verbauen.

In der Stadtentwicklungs- und städtebaulichen Planung wird der Klimaschutz u. a. durch folgende Maßnahmen unterstützt:

- Festsetzungen in Flächennutzungs- und Bebauungsplänen,
- Regelungen in städtebaulichen Verträgen,
- Pilotprojekte,
- Auslobungskriterien in Wettbewerben,
- siedlungsbezogene Energiekonzepte und
- solarenergetische Optimierung von Bebauungskonzepten (DST 2011).

Die Erschließung von zusätzlichen Reduktionspotenzialen ergibt sich im städtebaulichen Bereich grundsätzlich für

- Neubaugebiete,
- verschiedene Konversionsflächen,
- Nachverdichtungen in Bestandsgebieten und
- beim Umbau von bestehenden Quartieren.

Folgende generelle Leitlinien, die eine klimaschutzorientierte Planung für alle städtebaulichen Entwicklungen unterstützen, können genannt werden:

- städtebauliche Kompaktheit
- Nutzungsmischung
- Stellung der Baukörper (Orientierung von Fassaden/Fensterflächen zur Sonne)
- Dachformen und -ausrichtung



- Anordnung der Baukörper (Vermeidung gegenseitiger Verschattung)
- Berücksichtigung der Topographie
- Anordnung der Bepflanzung (Vermeidung der Verschattung von Fassaden)
- Energetische Standards für Gebäude
- Wahl der Versorgungssysteme
- Berücksichtigung der Anforderungen an eine nachhaltige Mobilität

Die städtebauliche Kompaktheit eines Gebietes ergibt sich aus der beabsichtigten (städte)baulichen Dichte verknüpft mit der Kompaktheit der Baukörper, die den Heizwärmebedarf der Gebäude entscheidend beeinflussen, das heißt den Energiebedarf reduzieren. Eine verdichtete Bauweise ermöglicht Energiedichten, die eine wirtschaftlich günstige Nahwärmeversorgung zulässt. Darüber hinaus wird damit Kraft-Wärme-Kopplung und der Einsatz erneuerbarer Energien unterstützt.

Die Ausrichtung der Baukörper, Dachgestaltung und -ausrichtung sowie die Vermeidung von Verschattung tragen zur Optimierung solarer Gewinnmöglichkeit bei. Dies gilt sowohl für die passive Nutzung (z. B. Nutzung solarer Einstrahlung über Fenster) als auch für die aktive Nutzung (z. B. Nutzung solarer Einstrahlung für Solaranlagen).

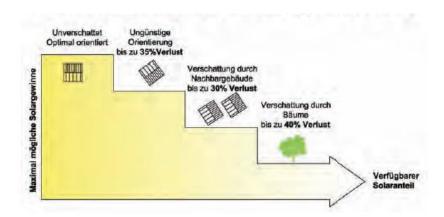


Abbildung 30 Städtebauliche Einflussgrößen auf die verfügbaren Solargewinne und Solarverluste⁴

Die Festlegung von hohen energetischen Standards, wie z. B. Passivhaus und Plus-Energiehaus, reduziert den Energiebedarf für Heizung und Warmwasser so deutlich, dass hier bereits Einsparungen von zusätzlich 60 % gegenüber dem EnEV 2009- bzw. 40 % gegenüber dem EnEV 2014-Standard bestehen. Werden derartige hohe Standards um-

⁴ Amt für Stadtplanung und Bauordnung Essen



gesetzt, dann entfalten zentrale Wärmeversorgungsstrukturen deutlich geringere positive Effekte und ihre Wirtschaftlichkeit steht infrage.

Energetische Gebäudestandards und Wärmeversorgungssysteme sind daher aufeinander abzustimmen, um die Potenziale zur Energieeinsparung und zur CO₂-Minderung optimal zu erschließen. Deswegen sollte jede Bauleitplanung oder jedes Stadtumbauprojekt durch Energiekonzepte unterstützt werden. In diesen Konzepten sollte eine Energieplanung unter Berücksichtigung von möglichen Alternativen vorgelegt werden, in denen für die jeweiligen Planungsräume das Zusammenwirken zwischen energetischen Gebäudestandards, Bedarfe für eine Wärmeversorgung, Einsatzmöglichkeiten erneuerbarer Energien und das Zusammenspiel zwischen zentralen und dezentralen Versorgungsstrukturen dargestellt werden.

Die Nutzungsmischung trägt dazu bei, dass Wege zu Infrastruktureinrichtungen, Dienstleistungen oder zur Arbeit vermindert werden können. Letztlich eröffnet die Nähe zu öffentlichen Verkehrsmitteln die Option, auf ein eigenes Auto verzichten bzw. verstärkt auf Verkehrsmitteln des ÖPNV bei Fahrten zurückgreifen zu können (s. Reduktionspotenziale Mobilität).

Eine kompakte, funktionsgemischte und polyzentrale "Stadt der kurzen Wege" ist ein entscheidendes Reduktionspotenzial im Handlungsfeld Stadtentwicklung. Da Wiesbaden in einem klimatisch sensiblen Gebiet liegt, welches besonders negativ vom Klimawandel betroffen ist bzw. sein wird, ist es eine besondere Herausforderung Belange des Klimaschutzes mit denen der Klimaanpassung in Übereinstimmung zu bringen. Dies ist bei Konzepten der baulichen Kompaktheit und Nachverdichtung mit zu berücksichtigen.

Im Handlungsfeld "Stadtentwicklung" ergeben sich in den zwei Modellkommunen (wie in den meisten anderen Kommunen des Landkreises Darmstadt-Dieburg auch) insbesondere folgende Möglichkeiten:

- Neubaugebiete,
- beim Umbau von bestehenden Quartieren.

Die Entwicklung von Konversionsflächen sowie die Nachverdichtungen in Bestandsgebieten ist demgegenüber nachgeordnet oder spielt nur in wenigen Kommunen eine Rolle.



4.1.1 Neubaugebiete

Bei Neubaugebieten sind planerisch in der Regel alle Optionen gegeben, den obigen Leitlinien zu folgen. Für alle laufenden und zukünftigen Planungen sollte daher geprüft werden, ob und wie die Potenziale zu einer nachhaltigen Wärmeversorgung ausgeschöpft werden.

Das heißt:

- weiter gehende energetische Standards Gebäude Reduktion gegenüber derzeitigem Standard bis 40 %,
- optimierte Ausrichtung der Gebäude, Vermeidung von Verschattung sowie Berücksichtigung der Topographie Reduktion gegenüber schlecht orientierter Gebäude von über 30 %,
- optimierte energetische Versorgung über Nahwärmenetze und KWK und/oder erneuerbare Energien– Reduktion des Energieverbrauchs gegenüber getrennter Energieversorgung bei KWK ca. 10 %; Primärenergie- bzw. CO₂-Einsparung bis zu 80%.

Für zu planende Neubaugebiete sollte immer geprüft werden, ob das Ziel Klimaneutralität verwirklicht werden kann. In diesem Fall wird in Bezug auf CO₂-Emissionen bilanziell der Wert 0 angestrebt.

4.1.2 Stadtumbau und energetische Quartierssanierung

Quartiersorientierte Ansätze, die Verknüpfungen zum Handlungsfeld Verkehr und Konsum sowie zur Klimaanpassung und Freiraumqualität herstellen, sind vor allem in den Bestandsgebieten wichtige Strategieansätze (Berlin 2014). Die Einsparpotenziale ergeben sich aus den Einsparungen im Bereich der Gebäude, der Wärmeversorgungsstrukturen wie Fernwärme bzw. Nahwärmeinseln, der Nutzung von gebäudebezogenen Anlagen für erneuerbare Energien. In energetischen Quartierskonzepten sollen die Potenziale der einzelnen Handlungsfelder zusammengeführt werden.

Energetische Quartierskonzepte sollten dort vorrangig entwickelt werden, wo die größten Einsparpotenziale bestehen, wo durch demographischen Wandel Umbrüche in der Eigentümerstruktur erfolgen und wo durch städtebauliche Förderprogramme größere Investitionen zum Stadtumbau eingesetzt werden. Solche Quartierskonzepte sind wichtige Motoren des Klimaschutzes und der Klimaanpassung im Bestand.



4.1.3 Nachverdichtung

Nachverdichtung fördert das Ziel einer kompakten Stadt und eröffnet Optionen, verstärkt BHKWs und oder Wärmenetze einzusetzen. Weitere Potenziale werden erschlossen, wenn bei Neubauten in Bestandsgebieten Gebäude mit Niedrigstenergiestandards errichtet werden. Das heißt, hier bestehen Möglichkeiten durch planerische Vorsorge, Beratungsgespräche mit Investoren und Bereitstellung guter Informationshilfen Reduktionspotenziale im Vergleich zu Standardneu-bauten nach EnEV09 zu erschließen.

Nachverdichtung ist jedoch auch mit Risiken verbunden und kann auch im Hinblick auf den Klimaschutz negative Effekte hervorrufen. Zum Beispiel dann, wenn Wärmeinseln verstärkt werden und so der Bedarf nach sommerlicher Kühlung erhöht wird und dieser Bedarf durch den vermehrten Einsatz von Klimaanlagen befriedigt wird. Oder, wenn Freiraumqualitäten verloren gehen und die Bewohnerinnen und Bewohner dazu veranlassen, vermehrt Erholung im Umland zu suchen. Es können auch durch neue Baukörper zusätzliche Verschattungen auftreten, die die Nutzung von Solaranlagen verhindern oder die passive Nutzung solarer Einstrahlung beschränken.

Um energetische Reduktionspotenziale für städtebaulich erwünschte Nachverdichtungsgebiete zu erschließen und um Klimaschutz- und Klimaanpassungsziele gleichermaßen zu unterstützen, ist es wichtig, anstehende Nachverdichtungsprozesse frühzeitig zu erkennen. Hierfür kann die Auswertung von sozio-ökonomischen Kenndaten (z. B. Alter der Haushaltsvorstände, Bevölkerungsdynamik) hilfreich sein. Unter Einschluss von Daten zur Situation der Haushalte, zum demografischen Wandel usw. lassen sich von städtischer Seite vorsorgende und maßgeschneiderte Zielsetzungen definieren und es ist eine zielgerechte Kommunikationsstrategie gegenüber Bauinvestoren und einzelnen Bauherren möglich.

Die erschließbaren Potenziale stellen sich ähnlich dar, wie in den beiden vorhergehenden Kapiteln.

4.1.4 Konversionsflächen

Sofern auf den Konversionsflächen Neubau umgesetzt werden soll, gelten die Leitlinien für Neubaugebiete. Sofern eine Sanierung von Bestandgebäuden und/oder eine Nachverdichtung geplant ist, gelten die dazu gemachten Aussagen.



4.2 Einsparpotenziale durch Sanierung des Gebäudebestands

4.2.1 Wohngebäude

4.2.1.1 Einsparpotenziale

Untersuchungen des Instituts Wohnen und Umwelt (IWU) aus Darmstadt kommen zu dem Ergebnis, dass Sanierungsmaßnahmen entsprechend der EnEV Anforderungen bei Wohngebäuden in der Regel wirtschaftlich sinnvoll⁵ sind (Details siehe Abschnitt 4.2.1.2). Daraus kann ein erschließbares Einsparpotenzial in der Größenordnung von 50 % abgeleitet werden. Aktuelle energetische Sanierungsraten liegen bei rund 0,75 % pro Jahr bezogen auf den gesamten Wohngebäudebestand. Diese Rate ist zu gering, um die angestrebten Klimaschutzziele zu erreichen. Auf Landesebene soll entsprechend der Ziele des Hessischen Energiegipfels eine Verdreifachung der Sanierungsrate erreicht werden.

Bei der Potenzialanalyse wurde der Energieverbrauch für Heizung und Warmwasser für die verschiedenen Baualtersstrukturen und Gebäudetypen jeweils spezifisch berechnet. Es wurde weiterhin berücksichtigt, dass ein Teil des Altbestandes vor 1979 bereits energetisch saniert worden ist. Die Potenzialanalyse geht davon aus, dass die Sanierungsquote auf 2,5 % erhöht und die Sanierungseffizienz deutlich gesteigert wird. Weiterhin wird eine erhöhte Ersatzneubaurate angenommen. Die Ergebnisse der Potenzialanalyse für Groß-Umstadt und Münster sind in Abbildung 31 und Abbildung 32 dargestellt.

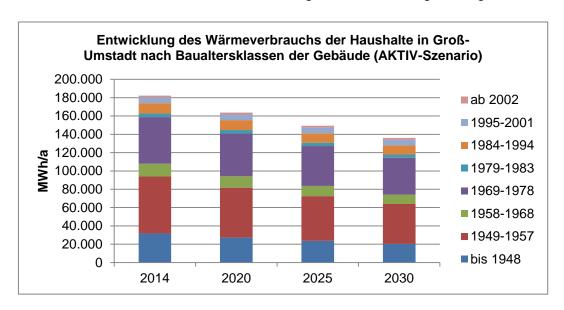


Abbildung 31 Entwicklung des Wärmeverbrauchs der Wohngebäude in Groß-Umstadt bei Erhöhung der Sanierungsquote auf 2,5 %, differenziert nach den Baualtersklassen

KSTK-Wärme-LaDaDi_Bericht-Rev-D2.docx; 15.12.2015

⁵ IWU: "Kurzgutachten zur wirtschaftlichen Vertretbarkeit ausgewählter Maßnahmen nach EnEV 2014, Anlage 3"



Bezüglich der Baualtersklassen unterstreicht die Abbildung noch einmal, wie wichtig es ist, dass gerade bei den Altersklassen bis 1978 die Sanierungstätigkeit erhöht wird, um tatsächlich die wesentlichen Reduktionspotenziale zu erschließen. In Groß-Umstadt liegt das Einsparpotenzial bis zum Jahr 2030 über alle Wohngebäude betrachtet bei ca. 25 %, in Münster bei etwa 24 %.

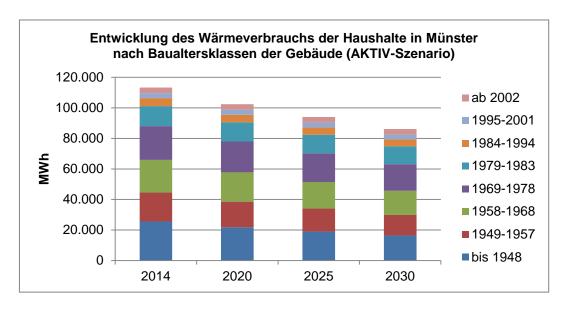


Abbildung 32: Entwicklung des Wärmeverbrauchs der Wohngebäude in Münster bei Erhöhung der Sanierungsquote auf 2,5 %, differenziert nach den Baualtersklassen



4.2.1.2 Kosten für energetische Sanierungen

Das Institut für Wohnen und Umwelt (IWU) aus Darmstadt hat in einem Kurzgutachten zur aktuellen Energieeinsparverordnung analysiert, inwiefern ausgewählte Sanierungsmaßnahmen nach EnEV 2014, Anlage 3, wirtschaftlich vertretbar sind⁶. Dabei wurden die im Vergleich zu früheren Berechnungen veränderten Rahmenbedingungen berücksichtigt. Dies betrifft insbesondere den Kalkulationszinssatz, die aktuellen Energiepreise sowie die zukünftige Energiepreissteigerung, die allesamt niedriger angesetzt wurden.

Das Kurzgutachten berechnet die Kosten, die für eine eingesparte Kilowattstunde aufgebracht werden müssen und vergleicht diese mit den aktuellen und zukünftigen Energiepreisen. Das Ergebnis ist in Abbildung 33 für Einfamilienhäuser und Mehrfamilienhäuser dargestellt. Bis auf die Maßnahme Dämmung der Kellerdecke bei Einfamilienhäusern sind alle Maßnahmen bei heutigen bzw. zukünftigen Energiepreisen (Preissteigerung 2,4 %) wirtschaftlich. Steigen die Energiepreise etwas stärker als 2,4 %, dann wäre auch die Dämmung der Kellerdecke im Einfamilienhaus wirtschaftlich sinnvoll.

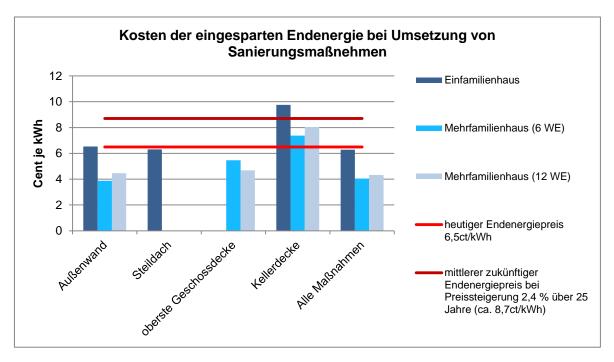


Abbildung 33: Kosten eingesparter Kilowattstunden bei verschiedenen Sanierungsmaßnahmen

Die Ergebnisse verdeutlichen, dass die im vorherigen Abschnitt dargestellten Einsparpotenziale nicht nur technisch umsetzbar, sondern auch wirtschaftlich sinnvoll sind.

_

⁶ IWU: "Kurzgutachten zur wirtschaftlichen Vertretbarkeit ausgewählter Maßnahmen nach EnEV 2014, Anlage 3"



4.2.2 Kommunale Liegenschaften und Einrichtungen

Die kommunalen Liegenschaften und Einrichtungen spielen zwar bezogen auf den Gesamtwärmeverbrauch in den Kommunen nur eine untergeordnete Rolle, allerdings sind sie im Hinblick auf die Vorbildfunktion der Kommunen wichtig. Wenn die Kommunen von ihren Bürgerinnen und Bürgern die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen erwarten, dann müssen sie auch selbst mit gutem Beispiel vorangehen.

Als kurzfristiges Sanierungsziel für kommunale und öffentliche Einrichtungen sollte prinzipiell ein Standard entsprechend EnEV-Niveau angestrebt werden, mittelfristig sollte ein Niedrigenergiegebäudestandard (KfW-Effizienzhaus 55) oder sogar Passivhausstandard für Bürgerzentren, Verwaltungsgebäude, Kindertagesstätten und Schulen die Zielgröße sein. Für alle Neubauten sollte entsprechend des Vorbildes der Stadt Frankfurt am Main Passivhausstandard bzw. mittelfristig sogar der Energie-Plus-Haus-Standard umgesetzt werden. Das Land Hessen hat sich zum Ziel gesetzt, die Liegenschaften des Landes bis 2050 klimaneutral zu gestalten, wobei über Verbesserung der Energieeffizienz und Substitution fossiler Energieträger Zweidrittel bis Dreiviertel der CO₂-Emissionen vermieden werden solle. Der Rest soll über Kompensation (Zertifikate) klimaneutral gestellt werden.

Von den beiden Kommunen wurden Energieverbräuche der kommunalen Gebäude und Liegenschaften auf Einzelgebäudeebene bereitgestellt. Mit Hilfe der Nutzfläche kann der spezifische Wärmeverbrauch berechnet werden. Anhand eines Benchmarks bezogen auf den EnEV-Standard wird abgeschätzt, wie groß das Einsparpotenzial des Gebäudebestands bei Sanierung auf den EnEV-Standard ist. Ausgehend davon wird abgeschätzt, wie groß das Einsparpotenzial bei Sanierung auf KfW-Effizienzhaus-55-Standard ist. Die Ergebnisse finden sich in Tabelle 6.

Tabelle 6 Wärmeverbrauch und Einsparpotenzial der betrachteten kommunalen Liegenschaften

Abschätzung der Einsparpotenziale kommunaler Liegenschaften	Groß-Umstadt	Münster
Aktueller Wärmeverbrauch der betrachteten kommunalen Liegenschaften (klimabereinigt)	3.145 MWh	4.326 MWh
Referenz-Wärmeverbrauch entsprechend EnEV	2.368 MWh	2.301 MWh
Einsparpotenzial entsprechend EnEV-Niveau	777 MWh (25%)	2.025 MWh (47 %)
Einsparpotenzial entsprechend KfW-55-Niveau	1.302 MWh (59 %)	1.265 MWh (71 %)

In Münster spielt das Hallenbad beim Wärmeverbrauch eine große Rolle (Verbrauch über 1.000 MWh). Hier ist die Grobabschätzung des Einsparpotenzials anhand der Nutzfläche mit größeren Unsicherheiten behaftet, da der Wärmeverbrauch nicht unbedingt in Korrela-



tion zur Nutzfläche steht. Dies gilt es bei der Interpretation der Ergebnisse zu berücksichtigen. Die relativen Einsparpotenziale in Prozent sind allerdings ähnlich groß – egal ob das Hallenbad einberechnet wird oder nicht.

4.2.3 Industrie, Gewerbe/Handel/Dienstleistungen

Wie bei den Haushalten, gehören Wärmeanwendungen auch im industriellen und gewerblichen Bereich zu den Anwendungen mit dem höchsten Energieverbrauch. Im Sektor Gewerbe, Handel, Dienstleistung machen Wärmeanwendungen durchschnittlich etwa 61 % des Endenergieverbrauchs aus, wobei über drei Viertel davon auf die Bereitstellung von Raumwärme entfällt (AGEB 2013). Im industriellen Bereich dominiert hingegen die Prozesswärme den Endenergieverbrauch mit durchschnittlich etwa 64 % Anteil am Endenergieverbrauch (AGEB 2013).

Für die Bereitstellung von Raumwärme wird angenommen, dass im Wirtschaftssektor grundsätzlich dieselben Einsparpotenziale bestehen, wie im Haushaltssektor. Vor allem im Gewerbe-/Dienstleistungs-Bereich, der einen hohen Raumwärmeanteil am Endenergieverbrauch hat, sind die Voraussetzungen betreffend Dämmstandards und Heizanlagentechnik oft ähnlich wie in Wohngebäuden, insbesondere wenn eine Mischnutzung von Gebäuden stattfindet. Es werden daher für den Raumwärmebedarf im gewerblichen Sektor dieselben Entwicklungen in den Szenarien angenommen wie im Wohnbereich.

Prozesswärme wird im verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor für verschiedenste Arbeiten genutzt. Allerdings gibt es keine Datengrundlage zur Bewertung dieser Verbräuche in Groß-Umstadt und Münster. Die Bestimmung von Effizienz- und Einsparpotenzialen ist deshalb nur auf übergeordneter Ebene anhand von durchschnittlichen Werten möglich. Für Prozesswärme und sonstige Anwendungen sind daher folgende Pauschalannahmen zur Potenzialanalyse getroffen worden:

- Jährliche Steigerung der Energieproduktivität wird von 1,5 % (Durchschnitt seit 1990) auf 2,1 % erhöht. Dies entspricht dem Ziel der Bundesregierung zur Erfüllung der Europäischen Energieeffizienzrichtlinie.
- Gleichzeitig wird ein jährliches Wirtschaftswachstum von 1,1 % unterstellt.

Das ergibt ein Reduktionspotenzial von 17 % bis zum Jahr 2030.



Um die Einsparpotenziale zu heben, schlägt die Deutsche Energieagentur allgemein folgende Schritte vor:

- 1. Zuerst erfolgt eine Analyse und Optimierung des Wärmebedarfs. Hierbei sollen Einsparpotenziale auf der Bedarfsseite aufgedeckt werden.
- 2. Im zweiten Schritt werden die Wärmeerzeugungsanlage und die Wärmeverteiltechnik energetisch optimiert.
- 3. Durch ein Wärmerückgewinnungssystem können kann die Wärme genutzt werden, die ansonsten in Form von Abwärme ungenutzt an die Umgebung abgegeben würde.
- 4. Im letzten Schritt kann eine neue Umwandlungs- und Erzeugungstechnologie für die Wärmebereitstellung eine weitere Senkung des Energiebedarfs bewirken.

4.3 Potenziale zur Wärmeerzeugung aus regenerativen Quellen und Kraft-Wärme-Kopplung

Neben der Reduktion des Energieverbrauchs durch Energieeinsparung und Energieeffizienz bietet die Nutzung regenerativer Energiequellen große Potenziale zur Senkung der CO₂-Emissionen. Nachfolgend werden die Potenziale der unterschiedlichen erneuerbaren Energiequellen für Groß-Umstadt und Münster analysiert. Neben Solarthermie, Biomasse und Geothermie werden auch die Themen Abwasserwärmenutzung sowie die Nutzung von Kraft-Wärme-Kopplung betrachtet.

4.3.1 Solarthermie

Solarthermische Anlagen wurden zu Beginn ihrer Markteinführung meist nur zur Erwärmung des Brauchwassers genutzt. Mit solchen Anlagen sind solare Deckungsraten von 50 % bis 65 % möglich (SolarZentrum Hamburg). Das heißt, dass 50 % - 65 % des jährlichen Energieverbrauchs zur Warmwasserbereitung durch die Solarthermieanlage bereitgestellt werden können. Mittlerweile kommen verstärkt Systeme zum Einsatz, die gleichzeitig die Heizanlage für die Raumwärmebereitstellung unterstützen und solare Deckungsgrade von rund 15 % bis 25 % bezogen auf den gesamten Endenergieverbrauch für Heizung und Warmwasser ermöglichen (u.a. BDH 2011b).

Die Potenzialanalyse für Solarthermie erfolgt anhand typischer Anlagengrößen, die sich an Gebäudetypen orientieren. Das gesamte Dachflächenpotenzial ist zwar in der Regel größer als die typische Anlagengröße, in der Realität wird die Anlagengröße aber anhand des Wärmeverbrauchs und nicht anhand der maximal zur Verfügung stehenden Dachfläche ausgelegt. Der spezifische Ertrag einer solarthermischen Anlage hängt von mehreren Faktoren ab. Je größer der Pufferspeicher für Warmwasser ist, desto höher ist theoretisch der potenzielle solare Deckungsgrad, weil die Anlage dann mehr Wärme zwischenspeichern und bei Bedarf abgeben kann. Es gibt jedoch ein wirtschaftliches Optimum, ab dem es keinen Sinn mehr ergibt, in einen größeren Speicher zu investieren. Auch Platzbe-



schränkungen können den Einsatz eines großen Pufferspeichers verhindern. Daneben spielen die Auslegung und Einbindung der Anlage ins bestehende Heizungssystem und das Verbraucherverhalten eine entscheidende Rolle. Bei Mehrfamilienhäusern wird von einem höheren spezifischen Ertrag ausgegangen, da das Nutzungsprofil über alle Bewohner hinweg konstanter ist und somit mehr solarthermische Wärme genutzt werden kann als bei einem Einfamilienhaus. Die Annahmen zum spezifischen Verbrauch stützen sich auf die Angaben des Solarzentrums Hamburg (SolarZentrum Hamburg).

Tabelle 7 zeigt die Annahmen und Ergebnisse der Potenzialanalyse für Solarthermie. Das Gesamtpotenzial beträgt in Groß-Umstadt ca. 19.500 MWh und in Münster etwa 12.600 MWh. Jeweils etwa die Hälfte des Potenzials entfällt auf Einfamilienhäuser, die zahlenmäßig mit Abstand am häufigsten vertreten sind.

Das für Groß-Umstadt berechnete Potenzial liegt etwas unterhalb des Potenzials, das im Integrierten Klimaschutzkonzept abgeschätzt wurde. Im Vergleich zum Klimaschutzkonzept wurde die Berechnungsmethodik im vorliegenden Wärmenutzungskonzept verfeinert, was eine detailliertere Abschätzung des Potenzials ermöglicht. Die Grundaussage des Ergebnisses bleibt aber erhalten: Es gibt ein sehr großes, bisher ungenutztes Potenzial zur Steigerung der Solarthermie-Nutzung.

Tabelle 7 Solarthermie-Potenzial in Groß-Umstadt und Münster

	EFH	ZFH	MFH 3-6	MFH 7-12	MFH 13+
Annahme typische Anlagen- größe in m²	10	15	20	30	75
Groß-Umstadt					
Anzahl der Gebäude nach Gebäudetyp (Mikrozensus)	3.731	1.393	561	67	3
Münster					
Anzahl der Gebäude nach Gebäudetyp (Mikrozensus)	2.326	886	382	65	3
Annahme: Anteil der Gebäude, die für Solarthermie geeignet sind	90%	90%	70%	70%	70%
Annahme durchschnittliche Wärmeerzeugung der Anla- gen in kWh/m²	300	325	350	350	350
Groß-Umstadt Gesamtpo- tenzial Solarthermie in MWh	10.074	6.112	2.749	492	55
Münster Gesamtpotenzial Solarthermie in MWh	6.280	3.887	1.872	478	55



4.3.2 Biomasse

Biomasse ist die vielseitigste erneuerbare Energiequelle. Sie kann in gasförmiger, fester oder flüssiger Form sowohl zur Wärme- als auch zur Stromerzeugung genutzt werden. In flüssiger Form dient sie außerdem als Kraftstoff zum Antrieb von Fahrzeugen. Bei der Wärmeversorgung in Gebäuden kommt vor allem Holz als Rohstoff zum Einsatz. Dementsprechend ist Holz bei der Betrachtung von Biomassepotenzialen zur Wärmeversorgung der wichtigste Energieträger.

Aus den Daten der Schornsteinfeger lässt sich berechnen, dass Waldholz in Groß-Umstadt momentan in einem Umfang von ca. 33.000 MWh genutzt wird. Dieser Wert liegt deutlich über der Abschätzung aus dem Integrierten Klimaschutzkonzept der Stadt. Wie eingangs erwähnt liegt dies vor allem an der veränderten Datengrundlage. Hinzu kommen Energiemengen aus Restholz in einem Umfang von geschätzt etwa 30.000 MWh.

In Münster beträgt die aktuelle Nutzung von Waldholz etwa 14.600 MWh.

Legt man die Waldfläche von Groß-Umstadt bzw. Münster mit ca. 3.100 bzw. 860 ha zugrunde, dann würden sich bei einem angenommenen nachhaltigen Energieholzpotenzial von 1,5 Rm je Hektar und Jahr (HMUELV 2010) 5.930 Rm (nass) bzw. etwa 3.360 Tonnen (trocken) ergeben. Bei einem durchschnittlichen Energieinhalt von 4,0 MWh je Tonne ergibt das ein energetisches Potenzial von bis zu 13.400 MWh. Davon entfallen etwa 10.500 MWh auf Groß-Umstadt und ca. 2.900 MWh auf Münster.

Die Zahlen zeigen, dass die aktuelle Nutzung von Holz sowohl in Groß-Umstadt als auch in Münster deutlich über den auf Grundlage der Biomassepotenzialstudie berechneten Potenzialen liegt. Dabei ist zu beachten, dass das Nutzungspotenzial von Holz nicht auf die vor Ort verfügbaren Potenziale beschränkt ist. Holz lässt sich gut transportieren. Es ist davon auszugehen, dass ein (mitunter großer) Teil des zur Wärmeerzeugung eingesetzten Holzes nicht in Groß-Umstadt oder Münster selbst produziert wird. Dies trifft insbesondere auf Holzpellets und Holzhackschnitzel zu. Weiterhin ist zu beachten, dass die Zahlen der Biomassepotenzialstudie nicht differenziert für einzelne Kommunen vorliegen. Es wurden daher die Durchschnittswerte für Hessen bzw. für den Landkreis anhand der Flächenkulisse auf die beiden Kommunen heruntergerechnet. Auf der kommunalen Ebene kann es daher Sonderaspekte geben, die zu Abweichungen gegenüber der Biomassepotenzialstudie führen. Hierzu liegen jedoch keine Daten vor, so dass hier nicht abschließend beantwortet werden kann, wie viel des Energieholzpotenzials in den beiden Kommunen heute tatsächlich schon genutzt wird.

Betrachtet man statt des Angebots an Holz die mögliche Nutzung in Gebäuden, dann ist davon auszugehen, dass die Verwendung von Holz als Brennstoff weiter gesteigert wer-



den kann. Technisch wäre es möglich, dass nahezu jede Ölheizung ohne größere Schwierigkeiten durch eine Holzpelletheizung ersetzt wird, da die Räumlichkeiten für eine Brennstofflagerung bereits vorhanden sind. Die Holzpellets müssten nicht aus den Kommunen selbst stammen, sondern könnten aus der Region bzw. auch überregional bezogen werden.

Es ist allerdings zu beachten, dass bei landes- und bundesweit steigender Nutzung von Holz als Energieträger auch der Preisdruck steigen wird und daher das Potenzial aus wirtschaftlicher Sicht begrenzt ist. Zudem gibt es Nutzungskonkurrenzen in Bezug auf die vorhandenen Flächen, so dass die energetische Holznutzung nicht unbegrenzt ausgebaut werden kann. Gleichzeitig wird der Wärmeverbrauch der Gebäude zukünftig durch Sanierung sinken, so dass auch der Bedarf an Holz für die einzelnen Gebäude sinkt. Da eine belastbare Abschätzung dieser Entwicklungen auf lokaler Eben nicht möglich ist, wird für die Potenzialabschätzung aus Nutzungssicht das bundesweite Leitszenario der Bundesregierung zugrunde gelegt. Dieses gibt an, wie stark die Holznutzung in Wohngebäuden zukünftig ansteigen kann. In diesem Szenario werden die vorher genannten Aspekte berücksichtigt (Nutzungskonkurrenz, Reduktion des Wärmeverbrauchs durch Sanierungstätigkeiten, etc.).

Neben Waldholz gibt es prinzipiell weitere Möglichkeiten für eine energetische Biomasse-Nutzung. So können auch Stroh sowie der holzige Anteil des Grünabfalls und explizit für Energienutzung angebaute Pflanzen wie Miscanthus (Chinaschilf) oder Kurzumtriebsplantagen (KUP) eingesetzt werden. Es wird angenommen, dass maximal knapp 5 Prozent der gesamten Ackerflächen als obere Potenzialgrenze für den Anbau dieser Festbrennstoff-Energiepflanzen zur Verfügung stehen. Das entspricht in Groß-Umstadt einer gesamten Fläche von etwa 100 Hektar und in Münster einer Fläche von etwa 20 Hektar. Insgesamt ergeben sich entsprechend der Annahmen der Biomassepotenzialstudie die folgenden Potenziale (siehe Tabelle 8).

Tabelle 8: Potenziale fester Biomasse in den beiden Kommunen

Potenziale zur energetischen Nutzung von fester Biomasse in MWh/a	Groß-Umstadt	Münster
Waldholz	10.500	2.900
Landschaftspflegeholz & Trassenbegleitgrün	620	150
Stroh (Getreide & Raps)	10.200	2.200
KUP & Miscanthus	4.900	1.000
Summe	26.200	6.300



Hinzu kommt in Groß-Umstadt die energetische Verwertung von Reststoffen aus industriellen Produktionsprozessen, die momentan in einem Umfang von geschätzt etwa 30.000 MWh erfolgt und auch in Zukunft in dieser Größenordnung als Potenzial angesetzt wird.

4.3.3 Geothermie / Umweltwärme

Geothermie wird in diesem Wärmenutzungskonzept als oberflächennahe oder mitteltiefe Geothermie verstanden. Das bedeutet Bohrtiefen von bis zu ca. 200 Meter (oberflächennah) bzw. ca. 800 m (mitteltief) und eine ausschließliche Wärmenutzung i.d.R. im Zusammenhang mit Wärmepumpen. Die oberflächennahe Geothermie gehört heute zum Stand der Technik und ist prinzipiell überall umsetzbar, wo entsprechende Bohrungen durchgeführt bzw. Erdwärmekollektoren eingebracht werden können. Für die mitteltiefe Geothermie wurden im Rahmen eines Pilotprojektes in Heubach, das maßgeblich durch das Land Hessen gefördert wurde, erste erfolgversprechende Erfahrungen gesammelt.

Bei der Nutzung der oberflächennahen und mitteltiefen Geothermie wird prinzipiell angenommen, dass diese auf Neubauten bzw. Totalsanierungen beschränkt ist, da Wärmepumpen zur Nutzung von geothermischer Wärme nur bei niedrigen Vorlauftemperaturen wirklich effizient sind. Die Vorlauftemperaturen sollten in der Größenordnung von ca. 50 °C oder niedriger liegen, da sonst die Wärmepumpe wenig effizient arbeitet und demzufolge viel Strom benötigt. Daher muss das komplette Heizsystem auf diese niedrigen Vorlauftemperaturen ausgelegt sein. Das gelingt in erster Linie mit Flächenheizungen und bei gut gedämmten Gebäuden. Im Gebäudebestand ist das nur mit hohem Aufwand möglich und wird deshalb in diesem Wärmenutzungskonzept nicht weiter betrachtet. In der Realität ist davon auszugehen, dass Wärmepumpen vereinzelt auch bei schlecht gedämmten Bestandsgebäuden und bei hohen Vorlauftemperaturen klassischer Heizsysteme eingesetzt werden. Hier besteht nach wie vor Informationsbedarf bei Gebäudeeigentümern.

Eine weitere Restriktion bei der Nutzung der Geothermie ist die hydrogeologische und wasserwirtschaftliche Standortbeurteilung für die Errichtung von Erdwärmesonden in Hessen. Hierzu wurden die Analysen des Hessischen Landesamts für Umwelt und Geologie räumlich ausgewertet (HLUG2012). In Groß-Umstadt liegen etwa 27 % aller Gebäude in wasserwirtschaftlich ungünstigen bzw. unzulässigen Gebieten. Für diese Gebiete ist eine Nutzung der Geothermie mittels Erdwärmesonden nur eingeschränkt bzw. nicht möglich. Münster liegt hingegen komplett in wasserwirtschaftlich ungünstigem Gebiet. Eine geothermische Wärmenutzung ist damit nur eingeschränkt möglich.

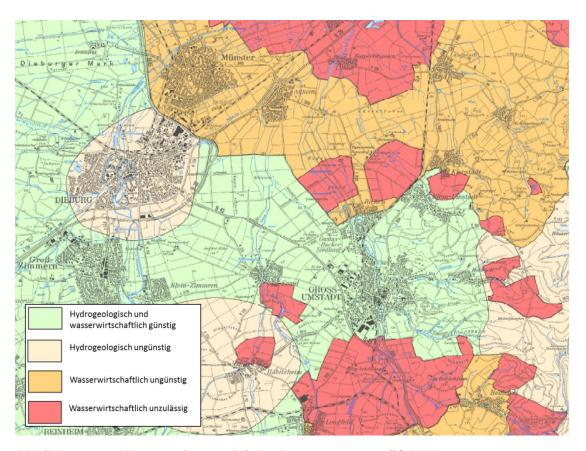


Abbildung 34: Wasserwirtschaftliche Bewertung gemäß HLUG

(Karten-Ausschnitt aus: "Hydrogeologische und wasserwirtschaftliche Standortbeurteilung für die Errichtung von Erdwärmesonden in Hessen Darmstadt und Kreis Darmstadt-Dieburg", Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie)

Neben der Nutzung des Erdreichs als Wärmequelle (=Geothermie) besteht auch die Möglichkeit, mit einer Luft-Wärmepumpe die Außenluft als Wärmequelle zu nutzen. Solche Anlagen haben aber eine geringere Arbeitszahl als geothermische Systeme, sie arbeiten also weniger effizient und sind damit aus Klimaschutzsicht nicht zu favorisieren. Insbesondere bei Neubauten kommen sie dennoch häufig zum Einsatz. Die Verkaufszahlen sind laut Bundesverband Wärmepumpe e.V. mittlerweile höher als die von geothermischen Systemen, was vermutlich nicht zuletzt an der einfachen Installation und dem geringen Platzbedarf der Anlagen liegt.

Im Rahmen des Klimaschutzteilkonzepts wird angekommen, dass Wärmepumpen nur bei Totalsanierungen und Neubauten zum Einsatz kommen. Auswertungen des Statistischen Bundesamts zum Thema Bauen und Wohnen zeigen, dass im Bundesdurchschnitt zwischen 2008 und 2012 etwa 25 bis 33 % der Neubauten mit Wärmepumpen beheizt werden (destatis 2014).



Für die Abschätzung des Potenzials für Groß-Umstadt wird davon ausgegangen, dass maximal 40 % der zukünftigen Neubauten mit Wärmepumpen beheizt werden. Diese Annahme weicht vom integrierten Klimaschutzkonzept für die Stadt Groß-Umstadt ab. Im integrierten Klimaschutzkonzept erfolgte die Betrachtung eher im Sinne eines technischen Potenzials, es wurde angenommen, dass 100 % der Neubauten mit Wärmepumpen beheizt werden könnten. Dies ist aus technischer Sicht möglich, scheint aber nach den Erfahrungen der letzten Jahre weder praktisch umsetzbar, noch unbedingt sinnvoll. Daher wurde der Wert für das vorliegende Konzept im Sinne eines technisch-wirtschaftlichen Potenzials nach unten korrigiert. Im integrierten Klimaschutzkonzept für Groß-Umstadt wurde zusätzlich exemplarisch aufgezeigt, welche Größenordnungen möglich wären, wenn der komplette Stadtteil Heubach mit mitteltiefer Geothermie versorgt werden würde. Auf diese Betrachtung wird hier verzichtet. Das technisch-wirtschaftliche Potenzial für Groß-Umstadt liegt damit bei etwa 5.000 MWh.

Für Münster sind die Potenziale deutlich niedriger einzuschätzen, da quasi die gesamte Gemeinde in wasserwirtschaftlich ungünstigem Gebiet liegt. Die Nutzung von Erdwärmesonden ist daher stark eingeschränkt. Luft-Wärmepumpen sind davon allerdings nicht betroffen. Für die Potenzialanalyse wird für Münster angenommen, dass maximal 20 % der künftigen Neubauten mit Wärmepumpen beheizt werden können. Dies ergibt ein technisch-wirtschaftliches Potenzial von bis zu 1.200 MWh.

4.3.4 Abwasser-Wärme

Die Nutzung der Wärme von Abwasser ist eine bisher wenig genutzte Möglichkeit der Energierückgewinnung. In Zusammenspiel mit einer Wärmepumpe können damit Gebäude beheizt werden.

Damit die Abwasserwärmenutzung technisch und wirtschaftlich sinnvoll umgesetzt werden kann, sollten folgende Rahmenbedingungen erfüllt sein (DBU 2009):

- die Abwasser-Temperatur sollte ganzjährig bei mindestens 10 °C liegen
- der Trockenwetterabfluss des Abwassersammlers sollte mindestens 15 I / sec betragen

Diese Kriterien werden meist erfüllt, wenn ein Abwassersammler der Größe DN 800 in einer Stadt >10.000 Einwohner genutzt wird (DBU 2005). Aus diesem Grund wird auch für das vorliegende Wärmenutzungskonzept ein Durchmesser von DN 800 als Mindestgröße für die Potenzialbetrachtung der Abwasserwärmenutzung angesetzt. In Abschnitt 3.3.3.3 findet sich eine entsprechende räumliche Analyse dieser Abwassersammler. Die Karten zeigen Abwassersammler mit entsprechendem Durchmesser DN 800 bzw. größer.



Das energetische Potenzial der Abwasserwärmenutzung liegt bei ungefähr 1,5 kWh je Kubikmeter Wasser, wenn das Abwasser um 1 K abgekühlt wird. Mehr als 1 K sollte das Abwasser nicht abgekühlt werden, da sonst die biologischen Prozesse in der Kläranlage gestört werden könnten. Sofern die Temperatur im Kläranlagen-Zulauf durch die Wärmeentnahme im Durchschnitt der Wintermonate Dezember, Januar und Februar 10 °C unterschreitet und/oder durch die Wärmeentnahme die Temperatur im Kläranlagen-Zulauf um mehr als 0,5 K abgekühlt wird, ist eine detaillierte Überprüfung des Einflusses auf den Kläranlagenbetrieb notwendig.

In Bezug auf die Gebäude, die durch Abwasserwärmenutzung beheizt werden sollen, gelten u.a. folgende Anforderungen: (DBU 2009)

- die Heizleistung sollte mindestens in einer Größenordnung von 100 kW liegen
- die Systemtemperaturen im Gebäude sollten möglichst niedrig sein, damit die Wärmepumpe effizient arbeiten kann. Das bedeutet, dass sich besonders gute Voraussetzungen für Neubauten bzw. sanierte Gebäude mit Niedertemperatur-Heizsystemen (z.B. Fußbodenheizung) ergeben.

Weiterhin ist es vorteilhaft, wenn

- die zu versorgenden Gebäude nahe am Kanal stehen und eine dichte Bebauung vorherrscht, so dass das Verteilnetz möglichst klein gehalten werden kann
- der Wärmebedarf möglichst gleichmäßig übers ganze Jahr besteht, damit die Anlage möglichst gut ausgelastet ist
- sowieso die Heizungsanlage(n) des/der Gebäude(s) ausgetauscht werden müssen, da sich dann interessante Kostensynergien ergeben können
- sowieso Sanierungsarbeiten am Kanalnetz anstehen, da dann die Kosten für die Installation von Wärmetauschern deutlich geringer ausfallen.

Im Rahmen dieses Wärmenutzungskonzepts geben die kartografischen Darstellungen der Abwassersammler mit Querschnitt >= DN 800 einen Überblick über die Möglichkeiten zur Nutzung der Abwasserabwärme. Die entsprechende Analyse findet sich in Kapitel 3 bzw. im Anhang.

Für die Abwasserwärmenutzung sind zwar in beiden Gemeinden grundsätzlich nutzbare Haltungen vorhanden. Aktuell ist aber im Gebäudebestand kein größeres nutzbares Potenzial erkennbar. In Münster sollte bei den Planungen "Am Mäuseberg" sowie "Altheimer Straße" sowie bei einer ggf. anstehenden Modernisierung/Sanierung öffentlicher Einrichtungen (insbesondere Schule auf der Aue, Gersprenzhalle, Kulturhalle, Feuerwehr) eine Abwasserwärmenutzung in Erwägung gezogen werden. Eine Quantifizierung der Abwasserwärmepotenziale ist im Rahmen dieses Klimaschutzteilkonzepts nicht möglich.



4.3.5 Kraft-Wärme-Kopplung

Der Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen (KWK), die gleichzeitig Strom und Wärme produzieren, führt zu Primärenergieeinsparungen und ist daher aus Klimaschutzsicht prinzipiell sinnvoll. Aus technisch-wirtschaftlicher Sicht gibt es jedoch Einschränkungen bei den Nutzungsmöglichkeiten. In Ein- und Zweifamilienhäusern sind KWK-Anlagen beispielsweise nur bedingt sinnvoll einsetzbar, da sie wärmegeführt nur geringe Vollbenutzungsstunden erreichen und daher oftmals nicht wirtschaftlich betrieben werden können. Stromgeführt kommt die Energieeinsparung nicht wie erwünscht zum Tragen, wenn die Anlage im Sommer läuft um Strom zu produzieren, obwohl keine entsprechende Wärmenachfrage vorhanden ist.

Sinnvoller einsetzbar sind KWK-Anlagen hingegen in Gebäuden bzw. Objekten, die einen relativ konstanten Wärmeverbrauch über das ganze Jahr haben. Das können beispielsweise Betriebe mit einem gleichmäßigen Bedarf an Prozesswärme sein. Aber auch in größeren Mehrfamilienhäusern oder in öffentlichen Einrichtungen können KWK-Anlagen zur Deckung der Wärmegrundlast sinnvoll genutzt werden, da hier über das Mittel der Bewohner / Nutzer ein relativ gleichmäßiger Grund-Bedarf vorhanden ist. Zudem haben solche größeren Objekte auch einen entsprechend höheren Stromverbrauch, so dass die KWK-Anlage zur Eigenstromerzeugung eingesetzt werden kann. Neben den Lösungen auf Einzelgebäudeebene sind KWK-Anlagen auch als Grundlasterzeuger zur Wärmeerzeugung in Wärmenetzen sehr gut geeignet. Dabei erreichen sie hohe Vollbenutzungsstunden und können durch die hohe Auslastung wirtschaftlich betrieben werden.

Die Potenzialabschätzung für die Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung erfolgt auf Basis der Schornsteinfegerdaten zu den Heizungsanlagen. Dabei liegt der Fokus auf den großen Feuerungsanlagen, weil sich hier der Einsatz von KWK-Anlagen i.d.R. wirtschaftlich besser darstellt als bei Kleinanlagen. Es wurde angenommen, dass 50 % der Heizungsanlagen in der Leistungsklasse größer 100 kW und 25 % der Heizungsanlagen in der Leistungsklasse 50 bis 100 kW mit einer KWK-Anlage ergänzt werden könnten. Das bedeutet, die KWK-Anlage ersetzt die Heizungsanlage nicht komplett, sondern wird nur zur Deckung der Grundlast genutzt.

In der Summe ergibt sich ein Wärmeerzeugungspotenzial aus KWK von bis zu 23.500 MWh für Groß-Umstadt und 4.800 MWh für Münster. Die großen Unterschiede der beiden Kommunen liegen v.a. darin begründet, dass es in Groß-Umstadt deutlich mehr größere Heizungsanlagen gibt als in Münster.



4.3.6 Zusammenfassung der Potenziale zur Wärmeerzeugung aus erneuerbaren Energien und Kraft-Wärme-Kopplung

In den folgenden Abbildungen sind die Potenziale zur Wärmeerzeugung aus erneuerbaren Energien und Kraft-Wärme-Kopplung zusammengefasst und dem aktuellen Gesamtwärmeverbrauch gegenübergestellt. Dabei ist auch das Einsparpotenzial beim Wärmeverbrauch bis zum Jahr 2030 als Pfeil dargestellt. Die dunkleren Teile der einzelnen Potenzial-Balken in den Abbildungen zeigen die heute bereits genutzten Potenziale, die hellen Teile das noch verfügbare Potenzial.

Abbildung 35 zeigt die Ergebnisse für Groß-Umstadt. Es wird deutlich, dass in allen Bereichen noch erhebliche Potenziale bestehen. Die größten Steigerungsmöglichkeiten ergeben sich bei Solarthermie, Biomasse und Kraft-Wärme-Kopplung. Aber auch die Nutzung der Umweltwärme / Geothermie kann noch deutlich gesteigert werden.

Wärmeverbrauch aktuell Einsparpot. (klimabereinigt) Wärmeerzeugungspotenzial: genutztes Potenzial ungenutztes Potenzial Geothermie / Umweltwärme Solarthermie Biomasse (inkl. Restholz) Kraft-Wärme-Kopplung 0 100.000 200.000 300.000 400.000 MWh/Jahr

Potenziale zur Nutzung erneuerbarer Energien / KWK in Groß-Umstadt

Abbildung 35 Zusammenfassung der Potenziale zur Wärmeerzeugung aus erneuerbaren Energien und KWK in Groß-Umstadt

Insgesamt betrachtet zeigt sich allerdings, dass die erneuerbaren Energien in Groß-Umstadt selbst bei kompletter Ausnutzung der Potenziale den Wärmeverbrauch nicht decken könnten. Würden alle Potenziale umgesetzt, dann läge die maximale Deckungsquote der erneuerbaren Energien bei knapp 40 %, unter Berücksichtigung der Kraft-Wärme-Kopplung bei etwa 50 %.

In Abbildung 36 sind die Ergebnisse für Münster dargestellt. Die grundsätzlichen Ergebnisse sind sehr ähnlich zu denen von Groß-Umstadt. Die größten Potenziale bestehen ebenso bei Solarthermie, Kraft-Wärme-Kopplung und Biomasse. Insgesamt könnten in



Münster bei Umsetzung aller Potenziale bis zu ca. 30 % des Wärmeverbrauchs durch erneuerbare Energien und KWK gedeckt werden.

Wärmeverbrauch aktuell (klimabereinigt) Wärmeerzeugungspotenzial: Geothermie / Umweltwärme Solarthermie Biomasse Kraft-Wärme-Kopplung 0 50.000 100.000 150.000 200.000 MWh/Jahr

Potenziale zur Nutzung erneuerbarer Energien / KWK in Münster

Abbildung 36: Zusammenfassung der Potenziale zur Wärmeerzeugung aus erneuerbaren Energien und KWK in Münster

Die Ergebnisse verdeutlichen, dass die Potenziale zur Nutzung erneuerbarer Energien und Kraft-Wärme-Kopplung in beiden Kommunen begrenzt sind. Daher sind Energieeinsparung und Energieeffizienz von enormer Bedeutung für die wirksame Reduktion der CO₂-Emissionen im Wärmebereich.



4.4 Potenziale zur objektübergreifenden Wärmeversorgung – Wärmenetze und Wärmeinseln

Der aktuelle Gebäudebestand hat im Durchschnitt deutlich höhere Wärmebedarfe als es den Anforderungen für Neubauten und den technischen Möglichkeiten der energetischen Gebäudesanierung entspricht. Mit den aktuellen Sanierungsraten und Sanierungseffizienzen kann der Wärmeverbrauch für Wohnzwecke in den kommenden Jahren lediglich geringfügig gesenkt werden. Zur Erreichung der bundes- und landesweiten Ziele – den Primärenergieverbrauch für Wärmezwecke bis 2050 um 80% zu senken – müssen deutliche Mehranstrengungen gegenüber dem Status Quo unternommen werden.

Neben der Sanierung des Gebäudebestands bieten Wärmenetze die Möglichkeit, mit "großem Hebel" Effizienz- und Klimaschutzmaßnahmen im Bestand umzusetzen. Zum Beispiel sind hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen vor allem dann sinnvoll einsetzbar, wenn durch verschiedene Nutzerprofile ein möglichst gleichmäßiges Lastprofil übers Jahr erreicht und die Anlage somit gut ausgelastet werden kann. Dies lässt sich mit einem Wärmenetz mit unterschiedlichen Verbrauchertypen oftmals gut realisieren. Auch beim Einsatz regenerativer Energieträger (z.B. Solarthermie, mitteltiefe Geothermie oder Biomasse) sowie bei der Abwärmenutzung ergeben sich durch Wärmenetze weiter gehende innovative Möglichkeiten der Wärmeerzeugung, die gegenüber einer objektbezogenen Versorgung das Lösungs-Spektrum deutlich erhöhen.

Im Hinblick auf den wirtschaftlichen Betrieb von Wärmenetzen z.B. zur Identifikation von sog. "fernwärmewürdigen" Gebieten ist die Betrachtung von Arbeitsdichten von Bedeutung (siehe Kapitel 3). Da die Beispielkommunen in den Kernorten, in denen hohe Wärmeverbräuche zu erwarten sind, über ein sehr gut ausgebautes Erdgasnetz verfügen und der Aufbau einer großflächigen Parallel-Infrastruktur wenig sinnvoll ist, stehen großflächige Fernwärmenetze weniger im Fokus. Vielmehr können an geeigneten Standorten kleinere Nahwärmeinseln im Gebäudebestand interessant sein und sich dann auch gut mit dem Erdgasnetz ergänzen, wenn beispielsweise gasbefeuerte KWK-Anlagen zum Einsatz kommen.

Für solche kleineren Nahwärmelösungen bieten sich im Gebäudebestand insbesondere größere Verbraucher, wie beispielsweise öffentliche Einrichtungen, größere Mehrfamilienhäuser und Industrie- bzw. Gewerbebetriebe mit größeren Wärmeverbräuchen als "Ankerpunkte" an.

Klimaschutzteilkonzept integrierte Wärmenutzung Landkreis Darmstadt-Dieburg



Im Rahmen des KSTK wurden für die beiden Modellkommunen bereits erste Analysen durchgeführt. In den folgenden Quartieren ergeben sich interessante Strukturen, die ggf. vertiefend zu untersuchen wären:

- Groß-Umstadt (Kernstadt): Kreiskrankenhaus und Umfeld, Altstadt sowie verdichtete Wohnbebauung im Adenauerring
- Münster: Wohnbebauung im Bereich verdichtete Goethestraße, alter Ortskern, Bereich Kulturhalle/Feuerwehr/Bauhof (ggf. auch für solare Großanlage interessant)

Ob und inwieweit in den oben genannten Gebieten tatsächlich eine objektübergreifende Wärmeversorgung zu tragen kommen kann, ist im Rahmen vertiefender Untersuchungen zu beleuchten. Darüber hinaus gilt der Grundsatz, dass bei der Erneuerung/Sanierung öffentlicher Gebäude die Möglichkeit einer objektübergreifenden Wärmeversorgung ernsthaft geprüft werden sollte.



5 Szenarien

Im vorherigen Kapitel wurden die Potenziale zur Senkung der CO₂-Emissionen durch Energieeinsparung, -effizienz und Nutzung erneuerbarer Energiequellen untersucht. Es ist jedoch unklar, in welchem Umfang diese Potenziale zukünftig tatsächlich umgesetzt werden. Eine Prognose der zukünftigen Entwicklung ist nicht möglich. Deshalb wird mit Hilfe von zwei Szenarien eine Bandbreite möglicher Entwicklungen unter Zugrundelegung verschiedener Annahmen aufgezeigt.

Die Szenarien stellen dar, wie sich die Wärmeerzeugung und -nutzung und die damit verbundenen CO₂-Emissionen unter vorher definierten Annahmen in Zukunft entwickeln können. Der Zeithorizont der Szenarien liegt beim Jahr 2030. Im TREND Szenario wird davon ausgegangen, dass die Trends der letzten Jahre sich auch in Zukunft ähnlich fortsetzen werden. Dagegen wird im AKTIV Szenario von verstärkten Klimaschutzbemühungen ausgegangen, die sich positiv auf die Energie- und CO₂-Bilanz auswirken. In den beiden Szenarien wird von einer unterschiedlich starken Umsetzung der zuvor beschriebenen technisch-wirtschaftlichen Potenziale ausgegangen.

5.1 TREND Szenario

Das TREND Szenario geht vereinfacht gesagt von einem "Weiter so wie bisher…" aus. Das bedeutet, dass die momentan vorhandenen Klimaschutzaktivitäten fortgesetzt werden und die Rahmenbedingungen auf Bundes- und Landesebene mehr oder weniger unverändert bleiben. Für die einzelnen Bereiche der Wärmeversorgung ergeben sich die folgenden Entwicklungen.

Kommunale Liegenschaften

Für die kommunalen Liegenschaften wird es auf Grund der Fortsetzung der baulichen Sanierungen zu einem weiteren – jedoch nur mäßigen – Rückgang des Heizenergiebedarfs kommen. In einzelnen Fällen kommen regenerative Energieträger und BHKW-Lösungen zum Einsatz. Es wird angenommen, dass bis 2030 etwa ein Drittel der kommunalen Gebäude saniert ist.

Wohngebäude und Privathaushalte

Die fortschreitenden energetischen Gebäudesanierungen werden zu einer kontinuierlichen Abnahme des Energiebedarfs pro Quadratmeter Wohnfläche und pro Kopf für die Raumwärme führen. Die Reduktion fällt insgesamt aber nur gering aus, da die Sanierungsraten bei unter 1 % pro Jahr bleiben und auch die Sanierungseffizienz relativ gering ist. Im Neubaubereich setzt sich der aktuelle EnEV Standard durch, ab 2020 werden deutlich verstärkt Passivhäuser gebaut. Die Zielwerte des Erneuerbaren-Energien-



Wärmegesetzes (EEWärmeG) für Neubauten werden erreicht. Darüber hinaus kommen bei Sanierungen auch im Gebäudebestand verstärkt erneuerbare Energien zum Einsatz.

Gewerbe / Industrie

Auf Grund des Kostendrucks wird sich im gewerblichen Bereich die Entwicklung der Energieeffizienz bei Prozessenergie und Wärme weiter fortsetzen. Gleichzeitig steigt die Produktivität, so dass Einsparungen zum Teil kompensiert werden. Für den Bereich der Raumwärme wird angenommen, dass die Entwicklungen ähnlich verlaufen wie im Bereich der Wohngebäude. Für den weiteren Energieverbrauch wird von einer Steigerung der Energieeffizienz um 1,5 % je Jahr ausgegangen, was in etwa einer Trendfortschreibung entspricht. Gleichzeitig wird von einem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von 1,1 % je Jahr ausgegangen Die Nutzung erneuerbarer Energien im gewerblichen Bereich wird nur langsam gesteigert.

Energieversorgung

Der Anteil erneuerbarer Energien zur Wärmeversorgung wird weiter ansteigen, da bei Neubauten durch das EEWärmeG entsprechende Regelungen gelten und auch bei Sanierungen verstärkt regenerative Erzeugungstechniken zum Einsatz kommen. Die Nutzung von Geothermie / Umweltwärme spielt vor allem bei Neubauten eine wichtige Rolle. Kraft-Wärme-Kopplung kommt mehr und mehr zum Einsatz, wobei die Potenziale bei weitem nicht ausgeschöpft werden. Insgesamt erfolgt eine moderate Steigerung der Nutzung erneuerbarer Energien und Kraft-Wärme-Kopplung.

5.2 AKTIV Szenario

Kommunale Liegenschaften und Straßenbeleuchtung

Die kommunalen Liegenschaften werden beschleunigt saniert, wobei der KfW-Effizienzhaus-55-Standard zum Sanierungsstandard wird. Es wird angenommen, dass bis 2030 etwa die Hälfte der kommunalen Gebäude saniert ist. Beim Neubau ist dieser Standard sogar überschritten, denn die neuesten Verwaltungsgebäude sind Passiv- bzw. Energie-Plus-Häuser. Darüber hinaus werden intelligente und besonders energiesparende Gebäude- und Arbeitsgerätetechnologien eingesetzt.

Wohngebäude und Privathaushalte

Durch Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit, Ausbau der Energieberatung, Durchführung von Kampagnen, spezielle ökonomische Anreize und Förderungen wird die energetische Sanierungsquote - entsprechend den Zielsetzungen des Bundes und des Landes- deutlich auf ca. 2,5 % je Jahr.



Ebenso übertrifft der energetische Modernisierungsstandard den bisherigen Durchschnitt. Der durchschnittliche energetische Standard bei Neubauten liegt deutlich unter dem aktuellen EnEV Standard. Ab 2020 werden großflächig Passivhäuser gebaut. Auch die Zielwerte des Erneuerbaren-Energien-Wärmegesetzes (EEWärmeG) für Neubauten werden übertroffen und bei Sanierungen im Gebäudebestand kommen erneuerbare Energien auch deutlich verstärkt zum Einsatz.

Gewerbe / Industrie

Im AKTIV Szenario wird von einer größeren Steigerung der Energieeffizienz bei Prozessenergie und Wärme ausgegangen als im TREND Szenario. Gleichzeitig steigt die Produktivität, so dass Einsparungen zum Teil kompensiert werden. Für den Bereich der Raumwärme wird angenommen, dass die Entwicklungen ähnlich verlaufen wie im Bereich der Wohngebäude. Für den weiteren Energieverbrauch wird im Gegensatz zum TREND Szenario von einer höheren Steigerung der Energieeffizienz um 2,1 % je Jahr ausgegangen. Dies entspricht den Zielen der Bundesregierung zur Erfüllung der Europäischen Energieeffizienzrichtlinie. Gleichzeitig wird von einem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von 1,1 % je Jahr ausgegangen Die Nutzung erneuerbarer Energien im gewerblichen Bereich wird stärker gesteigert als im TREND Szenario. In Groß-Umstadt wird Kohle als Energieträger im Wirtschaftssektor komplett durch Erdgas ersetzt.

Energieversorgung

Der Anteil erneuerbarer Energien zur Wärmeversorgung wird deutlich gesteigert, da bei Neubauten die aktuellen Anforderungen des EEWärmeG übertroffen werden und auch bei Sanierungen deutlich verstärkt regenerative Erzeugungstechniken zum Einsatz kommen. Die Nutzung von Geothermie / Umweltwärme spielt vor allem bei Neubauten eine wichtige Rolle. Kraft-Wärme-Kopplung wird deutlich stärker eingesetzt als bisher. Insgesamt erfolgt eine deutliche Steigerung der Nutzung erneuerbarer Energien und Kraft-Wärme-Kopplung.



5.3 Ergebnisse der Szenarien

5.3.1 Szenarien zum Energieverbrauch in Groß-Umstadt

In Abbildung 37 ist die Entwicklung des gesamten Wärmeenergieverbrauchs für Groß-Umstadt in den Szenarien ausgehend vom aktuellen Stand dargestellt. Die Abbildung zeigt die Aufteilung nach Verbrauchssektoren. Im TREND Szenario ist bis zum Jahr 2030 nur wenig Veränderung zu erkennen. Der Wärmeverbrauch sinkt insgesamt um etwa 7 %, wobei in allen Verbrauchssektoren ein leichter Rückgang zu verzeichnen ist. Im AKTIV Szenario hingegen werden durch verstärkte und effizientere Sanierungstätigkeiten und eine deutlichere Steigerung der Energieeffizienz Einsparungen in einem Umfang von etwa 22 % erzielt. Der größte Rückgang wird im Bereich der privaten Haushalte erzielt.

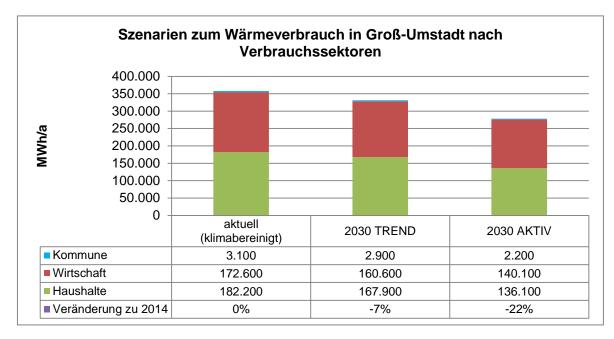


Abbildung 37: Szenarien zur Entwicklung des Wärmeverbrauchs in Groß-Umstadt nach Verbrauchssektoren

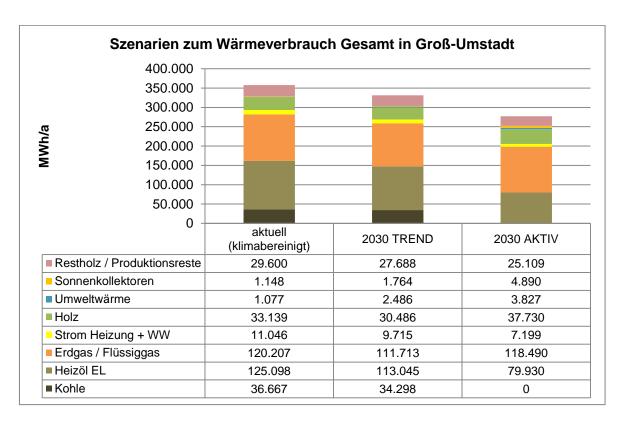


Abbildung 38: Szenarien zur Entwicklung des Wärmeverbrauchs in Groß-Umstadt nach Energieträgern

Abbildung 38 zeigt die Entwicklung des Wärmeverbrauchs in den Szenarien nach Energieträgern. Im TREND Szenario gibt es kaum Veränderungen. Der Anteil erneuerbarer Energien bleibt nahezu unverändert bei etwa 18 bis 19 %. Im AKTIV Szenario gibt es deutlich stärkere Verschiebungen in Richtung erneuerbare Energien (Deckungsbeitrag 26 %), der Heizöl-Anteil reduziert sich von ca. 35 % aktuell auf ca. 29 % in 2030. Kohle wird durch Erdgas ersetzt, dadurch steigt der absolute und der relative Anteil von Erdgas deutlich an.



5.3.2 Szenarien zum Energieverbrauch in Münster

In Abbildung 39 ist die Entwicklung des gesamten Wärmeverbrauchs in den Szenarien nach Verbrauchssektoren für Münster dargestellt. Auch hier ist im TREND Szenario nur ein sehr geringer Rückgang des Energieverbrauchs zu verzeichnen (-7 %). Im AKTIV Szenario fällt dieser in allen Verbrauchssektoren deutlich stärker aus (-23 %). Insgesamt spielt der Verbrauch der Haushalte in Münster eine größere Rolle als in Groß-Umstadt, die Haushalte sind damit auch bei der Entwicklung des Wärmeverbrauchs der mit Abstand wichtigste Verbrauchssektor.

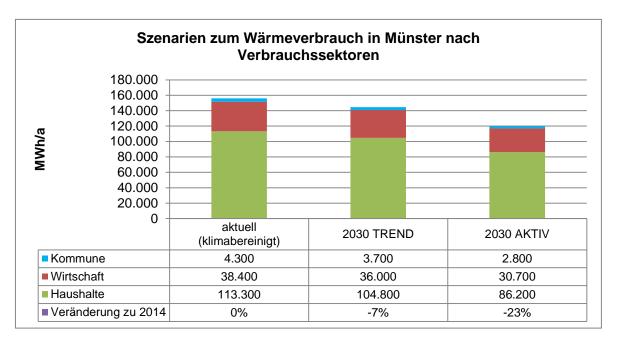


Abbildung 39: Szenarien zur Entwicklung des Wärmeverbrauchs in Münster nach Verbrauchssektoren



Die Entwicklung des Wärmeverbrauchs in den Szenarien für Münster ist in Abbildung 40 aufgeteilt nach Energieträgern dargestellt. Im TREND Szenario sind kaum Veränderungen zu erwarten. Der Anteil erneuerbarer Energien liegt im TREND Szenario im Jahr 2030 bei ungefähr 10 % und ist damit mehr oder weniger unverändert im Vergleich zu heute. Im AKTIV Szenario erfolgt eine deutliche Zunahme erneuerbarer Energieträger. Dies betrifft sowohl Holz, als auch Umweltwärme und Solarthermie. Insgesamt erreichen die erneuerbaren Energien im AKTIV Szenario einen Deckungsbeitrag von knapp 20 %, was etwa einer Verdopplung zu heute entspricht. Im Gegenzug geht der Anteil von Heizöl von heute etwa 30 % auf etwa 25 % zurück. Auch der Anteil von Erdgas reduziert sich etwas.

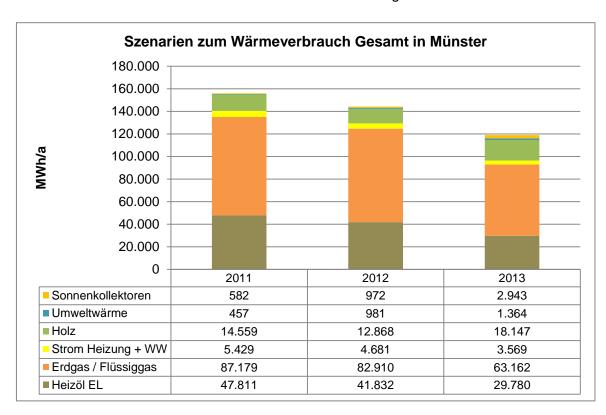


Abbildung 40: Szenarien zur Entwicklung des Wärmeverbrauchs in Groß-Umstadt nach Energieträgern



5.3.3 Szenarien zur Entwicklung der CO₂-Emissionen

Die Szenarien zur Entwicklung der CO₂-Emissionen aus dem Wärmeverbrauch sind in Abbildung 41 und Abbildung 42 nach Energieträgern dargestellt. Die Bilanzierung erfolgt analog der Energie- und CO₂-Bilanz in Abschnitt 2.4.5 nach der LCA-Methode. In Groß-Umstadt gehen die Emissionen im TREND Szenario um insgesamt 7.000 Tonnen zurück (-8 %), im AKTIV Szenario um 33.000 Tonnen (-36 %).

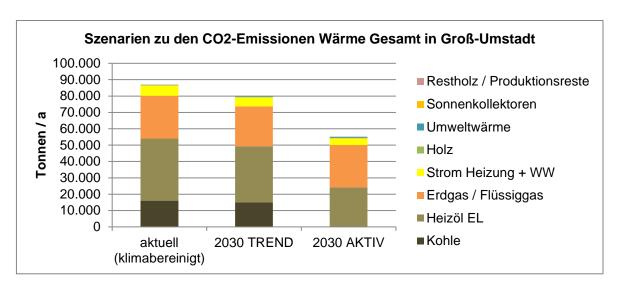


Abbildung 41: Szenarien zur Entwicklung der CO₂-Emissionen aus dem Wärmeverbrauch in Groß-Umstadt

In Münster ist eine Reduktion der CO₂-Emissionen um knapp 3.000 Tonnen im TREND Szenario (-8 %) und um etwa 11.500 Tonnen (-31 %) im AKTIV Szenario möglich.

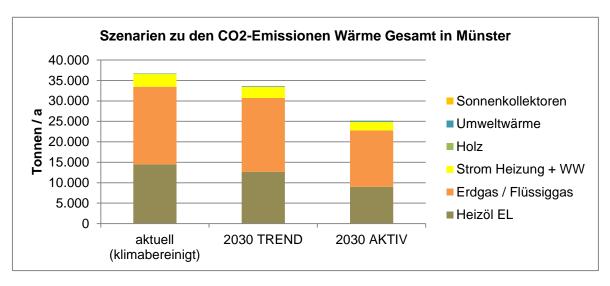


Abbildung 42: Szenarien zur Entwicklung der CO₂-Emissionen aus dem Wärmeverbrauch in Münster



Die Entwicklung der CO₂-Emissionen aufgeteilt nach Verbrauchssektoren ist in Abbildung 43 und Abbildung 44 dargestellt. Es wird deutlich, dass die CO₂-Emissionen in Groß-Umstadt im Szenario AKTIV vor allem aufgrund des im Verhältnis stärkeren Rückgangs im Wirtschaftsbereich stärker sinken als in Münster. Dies ist auf die Annahme zurückzuführen, dass im AKTIV Szenario in Groß-Umstadt keine Kohle mehr genutzt wird.

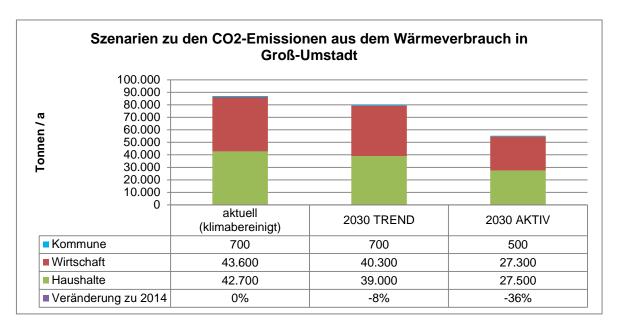


Abbildung 43: Szenarien zu den CO₂-Emissionen aus dem Wärmeverbrauch in Groß-Umstadt

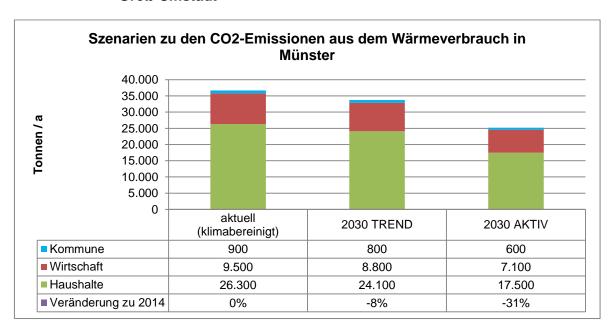


Abbildung 44: Szenarien zu den CO₂-Emissionen aus dem Wärmeverbrauch in Münster



6 Maßnahmenkatalog

Die vorhergehenden Kapitel haben gezeigt, dass es in den betrachteten Kommunen große Potenziale gibt, um die CO₂-Emissionen zu senken und damit einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Diese Ziele werden jedoch nicht ohne weiteres erreicht, vielmehr sind aktives Handeln und wirksame Maßnahmen in allen Handlungsfeldern notwendig.

Daher wurde im Rahmen des Klimaschutzteilkonzepts mit Vertretern und wichtigen Akteuren im Landkreis Darmstadt-Dieburg in zwei gemeinsamen Workshops⁷ ein umfangreicher Maßnahmenkatalog entwickelt, der verschiedene Handlungsfelder bedient und sich dementsprechend in verschiedene Maßnahmengruppen unterteilt.

Insgesamt wurden 34 Einzelmaßnahmen identifiziert und fünf Maßnahmengruppen zugeordnet. Nachfolgend werden die Handlungsfelder beschrieben und die Maßnahmen der
Handlungsfelder gelistet. In der **Anlage 2** des Konzepts finden sich die **Maßnahmen- steckbriefe**, in denen die Maßnahmen ausführlich beschrieben und hinsichtlich ihrer Kosten und Wirkungen – soweit möglich – quantitativ bewertet sind. Einige Maßnahmen können dabei auf bestehenden Aktivitäten aufbauen, da bereits verschiedene Aktionen zum
Themenfeld Energie und Klimaschutz in den Kommunen umgesetzt wurden bzw. werden.
Die Voraussetzungen in den beiden Beispielkommunen sind dabei zum Teil unterschiedlich. Dies wird bei der Maßnahmenbeschreibung berücksichtigt.

6.1 Maßnahmengruppen

Der Maßnahmenkatalog des Klimaschutzkonzeptes ist in die folgenden fünf Maßnahmengruppen unterteilt:

- Übergeordnete Maßnahmen (UM)
- Kommunales Energiemanagement (KE)
- Energieeinsparung und Effizienz (Eff)
- Erneuerbare Energien (EE)
- Öffentlichkeitsarbeit, Aktivierung und Beteiligung (AB)

_

siehe dazu Anlage 4: Dokumentation der Workshops



6.1.1 Übergeordnete Maßnahmen

Im Handlungsfeld "Übergeordnete Maßnahmen" sind die Maßnahmen zusammengefasst, die das Thema Klimaschutz / Wärmeversorgung allgemein beziehungsweise übergeordnet behandeln. Das Handlungsfeld ist in zwei Unterbereiche aufgegliedert. Der Bereich "Strukturen, Leitbilder und Ziele" enthält diejenigen Maßnahmen, die rahmensetzend für Energieund Klimaschutzthemen wirken. Hierbei geht es darum, Strukturen in Politik und Verwaltung zu schaffen, die eine dauerhafte Verankerung von Klimaschutzthemen in der Kommune ermöglichen (UM 1). Darüber hinaus können durch die Schaffung einer Klimaschutzmanagement-Stelle zusätzliche Personalkapazitäten für die Bearbeitung der entsprechenden Themen bereitgestellt werden (UM 2). Die Formulierung energie- und klimapolitischer Leitbilder und Zielsetzungen ist erforderlich, um verbindliche Vorgaben zu schaffen und zukünftig eine Erfolgskontrolle zu ermöglichen (UM 3). Da die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen in vielen Fällen durch Privatpersonen, Unternehmen, Verbände und Vereine erfolgen muss, ist die Einbindung von bürgerschaftlichem Engagement in die Arbeit der Verwaltung / Politik wichtig und hilfreich, um den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit einer Beteiligung zu bieten (UM 4).

Tabelle 9: Maßnahmenübersicht Übergeordnete Maßnahmen (UM)

Übergeordnete Maßnahmen - Strukturen, Leitbilder und Ziele			
UM 1	Schaffung von Strukturen in Politik und Verwaltung		
UM 2	Klimaschutzmanagement		
UM 3	Energie- und klimapolitisches Leitbild und Ziele		
UM 4	Einbindung bürgerschaftlichen Engagements		
Übergeordnete Maßnahmen - Vernetzung der Kommunen und des Kreises			
UM 5	Regelmäßige Vernetzungstreffen auf Steuerungs- und Arbeitsebene zwischen Kreis und den Kommunen		
UM 6	Umsetzung einer energieoptimierten Stadtplanung und Bauleitplanung		
UM 7	Berücksichtigung von Energieeffizienz bei Dorf- und Stadtentwicklung		
UM 8	Energie-Leitplan / Wärmeversorgungskonzept		
UM 9	Gebäudetypologie / Steckbriefe typischer Gebäude für den Landkreis Darmstadt Dieburg		

Der Bereich "Vernetzung der Kommunen und des Kreises" umfasst Maßnahmen, die eine verstärkte Zusammenarbeit des Kreises und der Kommunen bezwecken und bei denen sowohl die Kommunen voneinander als auch der Kreis von den Kommunen bzw. umgekehrt lernen können und Synergien geschaffen werden sollen. Dazu sollen regelmäßige Vernetzungstreffen zu Energie- und Klimaschutzthemen auf Steuerungs- und Arbeitsebene zwischen dem Kreis und der Kommunen durchgeführt werden (UM 5). Weiterhin sollen bei der Stadt- und Bauleitplanung ebenso wie bei der Dorf- und Stadtentwicklung verstärkt Energie und Klimaschutz berücksichtigt werden (UM 6, UM7). Mit Hilfe eines Energie-



Leitplans oder Wärmeversorgungskonzepten (für die Kommunen, die ein solches Konzept noch nicht haben) können die fachlichen Grundlagen für zielgerichtetes Handeln in der Kommune geschaffen werden (UM 8). Ein weiteres Instrument sowohl für die Arbeit der Kommunen als auch für die Bürgerinnen und Bürger (insb. Hauseigentümer) kann durch eine Gebäudetypologie und Steckbriefe typischer Gebäude für den Landkreis Darmstadt-Dieburg erstellt werden (UM 9). Ziel ist es, den Gebäudebestand im Kreis besser zu kennen und Hauseigentümern Informationen zum energetischen Standard und möglichen Sanierungsmaßnahmen zu geben.

6.1.2 Kommunales Energiemanagement

Das kommunale Energiemanagement enthält die Maßnahmen, bei denen die Kommunen und der Kreis selbst Energieeinsparung und Energieeffizienz in ihrem eigenen Gebäudebestand umsetzen können. Grundlage hierfür ist ein kommunales Energiemanagement, das die Verbrauchsdaten erfasst und eine Berichterstattung über die erzielten Erfolge umsetzt (KE 1). Um die Vorbildwirkung der Kommunen zu stärken, soll die energetische Sanierung der Gebäude vorangetrieben und es sollen verstärkt Niedrigenergiegebäude-Standards bei Sanierung und Neubau von öffentlichen Gebäuden umgesetzt werden (KE 2, KE 3). Damit Investitionskosten verringert bzw. vermieden werden, sind zukünftig verstärkt Contracting-Lösungen für öffentliche Gebäude zu prüfen und umzusetzen (KE 4).

Tabelle 10: Maßnahmenübersicht Kommunales Energiemanagement (KE)

Kommu	Kommunales Energiemanagement				
KE 1	Etablierung bzw. Fortführung kommunales Energiemanagement				
KE 2	Verstärkte Umsetzung von Niedrigenergiegebäude-Standards für Neubau und Sanierung öffentlicher Gebäude				
KE 3	Fortführung der energetischen Sanierung kommunaler Gebäude / Aufstellung und Beschluss eines mehrjährigen Handlungsprogramms				
KE 4	Verstärkter Einsatz von Contracting-Lösungen für kommunale Gebäude				
KE 5	Hausmeister- und Nutzerschulungen				
KE 6	Energieeinsparmodelle an Schulen und Kindertagesstätten (z.B. "fifty-fifty-Modell")				

Da auch in kommunalen Gebäuden und Einrichtungen große Einsparpotenziale durch "energiebewusstes" Nutzerverhalten vorhanden sind, sollen die Nutzer und die Hausmeister der Gebäude für das Thema sensibilisiert und geschult werden (KE 5). Darüber hinaus sollen an Schulen und Kindertagesstätten Energieeinsparmodell geprüft und ggf. umgesetzt werden (KE 6).



6.1.3 Beratungsangebote "Energieeinsparung und Effizienz" (Eff)

Übergeordnetes Ziel des Handlungsfeldes ist die Senkung des Energieverbrauchs durch Einspar- und Effizienzmaßnahmen. Die derzeit durchschnittliche Sanierungsquote von unter 1 % reicht nicht aus, um die angestrebten Klimaschutzziele zu erreichen. Diese Quote muss deutlich um das Zwei- bis Dreifache erhöht werden. Wichtigste Akteure sind dabei die privaten Haus- und Wohnungseigentümer, da ein großer Teil des Energieverbrauchs in Groß-Umstadt und Münster in den Privathaushalten anfällt. Die Möglichkeiten der Kommunen sind an dieser Stelle allerdings begrenzt. Eine finanzielle Förderung von Sanierungsmaßnahmen ist auf kommunaler Ebene aufgrund der knappen Haushaltsmittel nicht umsetzbar. Auf Landes- und Bundesebene gibt es jedoch Fördermöglichkeiten in Form von zinsgünstigen Krediten und Zuschüssen zu bestimmten Sanierungsmaßnahmen.

Tabelle 11: Maßnahmenübersicht Beratungsangebote "Energieeinsparung und Effizienz" (Eff)

Beratungsangebote "Energieeinsparung und Effizienz" (Eff)			
Eff 1	bessere Vernetzung und Kommunikation vorhandener Beratungsangebote		
Eff 2	Förderung und Ausbau einer niederschwelligen Erstberatung		
Eff 3	Stärkung der Konzeptberatung zur schrittweisen Sanierung		
Eff 4	aufsuchende Beratung		
Eff 5	Kampagnen zum Thema "Geld und Energiesparen durch optimierte Heizungsanlagen"		
Eff 6	Effizienzmaßnahmen und Erneuerbare Energien bei Wohnungsbaugesellschaften		

Die Maßnahmen dieses Handlungsfeldes zielen daher vor allem darauf ab, Haus- und Wohnungseigentümer zu informieren, zu beraten und zu motivieren. Dazu sollen insbesondere die vorhandenen Energieberatungsangebote besser vernetzt, erweitert und aktiv beworben werden (Eff 1 bis Eff 3). Darüber hinaus ist die Umsetzung von zeitlich und örtlich konzentrierten Energieberatungskampagnen, z.B. nach dem Vorbild "Energiekarawane", zu prüfen (Eff 4). Mit Kampagnen speziell zum Thema Heizungsanlagen soll das Bewusstsein für die Einsparmöglichkeiten durch den Austausch und die Optimierung der Heizungsanlage bei Hauseigentümern gestärkt werden (Eff 5). Neben Privatpersonen als Gebäudeeigentümer sind aber auch Wohnungsbaugesellschaften als Zielgruppe für entsprechende Maßnahmen zu berücksichtigen (Eff 6).



6.1.4 Erneuerbare Energien (EE)

Zur Senkung der CO₂-Emissionen ist neben der Senkung des Energieverbrauchs (siehe vorheriges Handlungsfeld "Energieeinsparung und Effizienz") ein Wechsel hin zu emissionsärmeren Energieträgern anzustreben. Die Maßnahmen dieses Handlungsfeldes zielen daher darauf ab, die Nutzung erneuerbarer Energien vor Ort zu steigern. Potenziale werden hier vor allem im Bereich der Solarthermie gesehen (EE 1). Aber auch die Nutzung von Abwasser-Abwärme kann in Zukunft – zumindest bezogen auf einzelne Objekte – gesteigert werden (Eff 2). Neben der Beratung und Information von privaten Gebäudeeigentümern sollen auch die Kommunen und der Kreis verstärkt entsprechende Maßnahmen bei den eigenen Gebäuden umsetzen. Zudem sind die Wohnungsbaugesellschaften eine Zielgruppe (EE 4).

Generell liegt der Fokus in diesem Handlungsfeld neben den Einzelgebäuden auch auf kleinen Nahwärmenetzlösungen. Insbesondere für die Ortsteile, die über kein Gasnetz verfügen, ist es sinnvoll, eine Wärmeversorgung über Nahwärmenetze zu prüfen (Eff 3). Im Bereich der kombinierten Strom- und Wärmeversorgung über BHKW oder die Nutzung von Abwasser/ -wärme und sonstigen erneuerbaren Energien sind kleinere Netzlösungen sowohl für Groß-Umstadt als auch Münster durchaus denkbar.

Tabelle 12: Maßnahmenübersicht Erneuerbare Energien (EE)

Erneuerbare Energien (Eff)		
EE 1	Förderung der Solarthermie	
EE 2	Systematische Prüfung der Abwasserwärmenutzung	
EE 3	Machbarkeitsanalyse Nahwärmenetze	
EE 4	Verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien (Wärme) und KWK bei öffentlichen Gebäuden und Wohnungsunternehmen	

Potenziale zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien werden im Rahmen des Klimaschutzteilkonzepts "integrierte Wärmenutzung" nicht betrachtet.

6.1.5 Öffentlichkeitsarbeit, Aktivierung und Beteiligung (AB)

Grundlage für eine erfolgreiche Umsetzung des Klimaschutzteilkonzepts ist eine zielgruppenorientierte und kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit. Die wesentlichen Aufgaben im Handlungsfeld Aktivierung und Beteiligung (AB) bestehen darin, Impulse zu setzen, Informationen bereitzustellen und die richtigen Akteure zusammenzubringen, damit diese aus eigenem Interesse heraus Klimaschutzaktivitäten umsetzen. Hierbei wird unterschieden in drei Unterbereiche "allgemeine Öffentlichkeitsarbeit", "anlassbezogene Information" und "Kampagnen".



Im Rahmen der allgemeinen Öffentlichkeitsarbeit sollen die Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen ebenso zu Energie- und Klimaschutzthemen informiert werden (AB 1). Dabei können vielfältige vorhandene Informationsangebote, beispielsweise der Hessischen Energiespar-Aktion, eingebunden und genutzt werden. Neben dem Internet als Medium soll auch die lokale Presse eingebunden werden, damit die Reichweite erhöht werden kann. Hierzu bieten sich Medienpartnerschaften an (AB 4). Mit Fachvorträgen und Informationsveranstaltungen sollen aktuelle Themen beleuchtet und die Bürgerinnen und Bürger zur Umsetzung von Maßnahmen motiviert werden (AB 2 und AB 3).

Tabelle 13: Maßnahmenübersicht Öffentlichkeitsarbeit, Aktivierung und Beteiligung (AB)

Öffentlichkeitsarbeit, Aktivierung und Beteiligung – allgemeine Öffentlichkeitsarbeit						
AB 1	Öffentlichkeitsarbeit					
AB 2	Organisation von Fachvorträgen und Informationsveranstaltungen					
AB 3	Kommunikation guter Beispiele von Gebäudesanierungen					
AB 4	Aufbau von Medienpartnerschaften					
Öffentlichkeitsarbeit, Aktivierung und Beteiligung – anlassbezogene Information						
AB 5	Neubürgeransprache					
AB 6	Zielgerichtete Energieberatung beim Eigentümerwechsel					
Öffentli	Öffentlichkeitsarbeit, Aktivierung und Beteiligung – Kampagnen					
AB 7	Organisation und Durchführung von Kampagnen					
AB 8	Klimabildung an Schulen					
AB 9	Spielend Energiesparen in Kindertagesstätten					

Neben der allgemeinen Öffentlichkeitsarbeit gibt es zwei Ansatzpunkte zur gezielten Ansprache von Bürgerinnen und Bürgern. Einerseits sollen Neubürger gezielt zum Thema Mobilität und zu Informations- und Beratungsangeboten im Bereich Energie und Klimaschutz informiert werden, wenn sie sich in den Kommunen anmelden (AB 5). Andererseits soll beim Eigentümerwechsel von Gebäuden / Wohnungen zielgerichtet zu Möglichkeiten der energetischen Gebäudesanierung informiert werden (AB 6).

Darüber hinaus wird empfohlen, Energie- und Klimaschutzthemen im Rahmen verschiedener Kampagnen immer wieder in die Öffentlichkeit zu tragen (AB 7). Hier sollte eine enge Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Landkreis erfolgen. Dies gilt ebenso für den Bereich der Bildung, da Klimaschutz auch in Schulen und in Kindertagesstätten spielerisch thematisiert werden kann und sollte. Die Schülerinnen und Schüler können wichtige Multiplikatoren sein, die die Themen in die Familien tragen und damit ins Bewusstsein der Bevölkerung.



6.2 Kurzübersicht der Maßnahmen

Tabelle 14: Übersicht aller vorgeschlagenen Maßnahmen

Gruppe	Nr.	Bezeichnung der Maßnahme					
Übergreifende Maßnahmen	UM 1	Schaffung von Strukturen in Politik und Verwaltung					
	UM 2	Klimaschutzmanagement					
	UM 3	Energie- und klimapolitisches Leitbild und Ziele					
	UM 4	Einbindung bürgerschaftlichen Engagements					
	UM 5	Regelmäßige Vernetzungstreffen auf Steuerungs- und Arbeitsebene zwischen Kreis und den Kommunen					
	UM 6	Umsetzung einer energieoptimierten Stadtplanung und Bauleitplanung					
ergr	UM 7	Berücksichtigung von Energieeffizienz bei Dorf- und Stadtentwicklung					
Übe	UM 8	Energie-Leitplan / Wärmeversorgungskonzept					
	UM 9	Gebäudetypologie / Steckbriefe typischer Gebäude für den Landkreis Darmstadt Dieburg					
4	KE 1	Etablierung bzw. Fortführung kommunales Energiemanagement					
Kommunales Energie- management	KE 2	Verstärkte Umsetzung von Niedrigenergiegebäude-Standards für Neubau und Sanierung öffentlicher Gebäude					
	KE 3	Fortführung der energetischen Sanierung kommunaler Gebäude / Aufstellung und Beschluss eines mehrjährigen Handlungsprogramms					
nun nan	KE 4	Verstärkter Einsatz von Contracting-Lösungen für kommunale Gebäude					
omr	KE 5	Hausmeister- und Nutzerschulungen					
ž	KE 6	Energieeinsparmodelle an Schulen und Kindertagesstätten (z.B. "fifty-fifty-Modell")					
te: Jg	Eff 1	bessere Vernetzung und Kommunikation vorhandener Beratungsangebote					
ebo arur enz	Eff 2	Förderung und Ausbau einer niederschwelligen Erstberatung					
gsangebo eeinsparu effizienz	Eff 3	Stärkung der Konzeptberatung zur schrittweisen Sanierung					
Beratungsangebote: Energieeinsparung und -effizienz	Eff 4	aufsuchende Beratung					
atun ergie und	Eff 5	Kampagnen zum Thema "Geld und Energiesparen durch optimierte Heizungsanlagen"					
Ber	Eff 6	Effizienzmaßnahmen und Erneuerbare Energien bei Wohnungsbaugesellschaften					
Φ	EE 1	Förderung der Solarthermie					
bar ien	EE 2	Systematische Prüfung der Abwasserwärmenutzung					
rneuerbaı Energien	EE 3	Machbarkeitsanalyse Nahwärmenetze					
Erneuerbare Energien	EE 4	Verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien (Wärme) und KWK bei öffentlichen Gebäuden und Wohnungsunternehmen					
ф	AB 1	Öffentlichkeitsarbeit					
tivić g	AB 2	Organisation von Fachvorträgen und Informationsveranstaltungen					
ntlichkeitsarbeit, Akti rung und Beteiligung	AB 3	Kommunikation guter Beispiele von Gebäudesanierungen					
beit	AB 4	Aufbau von Medienpartnerschaften					
tsar Bei	AB 5	Neubürgeransprache					
nkei und	AB 6	Zielgerichtete Energieberatung beim Eigentümerwechsel					
tlich	AB 7	Organisation und Durchführung von Kampagnen					
Öffentlichkeitsarbeit, Aktivie- rung und Beteiligung	AB 8	Klimabildung an Schulen					
	AB 9	Spielend Energiesparen in Kindertagesstätten					



6.3 Prioritäten / Einordnung in ein Gesamtkonzept

Der Maßnahmenkatalog ist so ausgelegt, dass er nicht nur auf den Landkreis und die beiden Modellkommunen anwendbar ist. Er reflektiert vielmehr die Handlungsmöglichkeiten und Notwendigkeiten, die in allen kreisangehörigen Kommunen grundsätzlich vorhanden sind. Da in den Kommunen die Voraussetzungen und Schwerpunkte aber sehr unterschiedlich sein können, ist eine allgemeine Priorisierung nicht möglich. Auf Grundlage des Maßnahmenkatalogs kann und muss jede Kommune eigene Prioritäten setzen und ein eigenes Handlungsprogramm aufstellen. Unabhängig von diesen Unterschieden in den Kommunen gilt aber, dass aber in aller Regel die übergeordneten Maßnahmen (Ziele/Leitbilder/ Strukturen) und die Maßnahmen des kommunalen Energiemanagements besondere Relevanz haben. Darüber hinaus spielen selbstverständlich für die Aktivierung der großen Potenziale, die im Wohngebäudebestand vorhanden sind die Fortentwicklung der Beratungsangebote und eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit eine herausragende Rolle.

Da viele der anstehenden Aufgaben und vorgeschlagenen Maßnahmen in allen Kommunen in ähnlicher Weise anfallen und da insbesondere kleinere Kommunen häufig mit der Wahrnehmung der Aufgaben überfordert sind hat die Vernetzung zwischen Kreis und kreisangehörigen Kommunen sowie eine aktive, unterstützende und koordinierende Funktion des Kreises ein hohes Gewicht. Vor diesem Hintergrund ist insbesondere auf die vorgeschlagene Maßnahme UM 2 "Klimaschutzmanagement" hinzuweisen. Grundsätzlich sind mit dem vorliegenden Klimaschutzteilkonzept (nach dessen Beschlussfassung) die Voraussetzungen für die Förderung der Schaffung einer Stelle für Klimaschutzmanagement sowohl beim Kreis als auch bei den beiden Modellkommunen gegeben.⁸ Mit einer entsprechenden Stelle könnte der Landkreis Darmstadt-Dieburg sämtliche kreisangehörigen Kommunen aktiv unterstützen.

Der Landkreis Darmstadt-Dieburg beabsichtigt im Jahr 2016 auf Grundlage eines entsprechenden Förderbescheids eine "Integriertes Klimaschutzkonzept für den Landkreis Darmstadt-Dieburg und die kreisangehörigen Städte und Gemeinden" zu erstellen. Eine wichtige Aufgabe des "Integrierten Klimaschutzkonzeptes" wird es sein, die Maßnahmen, die im Rahmen der beiden Klimaschutzteilkonzepte

- Integrierte Wärmenutzung und
- Erneuerbare Energien

_

Siehe dazu: BMU; Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative vom 22.09.2015; Merkblatt – Förderung einer Stelle für Klimaschutzmanagement

Klimaschutzteilkonzept integrierte Wärmenutzung Landkreis Darmstadt-Dieburg



sowie darüber hinausgehende Maßnahmen zu den weiter gehenden Themen (z.B. Energieeffizienz, Mobilität ...) zu einem Gesamtkonzept zu bündeln.

Vor dem Hintergrund der anstehenden Erstellung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes wird daher empfohlen, dass der Kreis eine ggf. beabsichtigte Beantragung für ein "Klimaschutzmanagement" erst auf Grundlage eines umfassenden Maßnahmenplanes und eines darauf aufbauenden Handlungsprogramms durchführt.



7 Konzept für die Öffentlichkeitsarbeit

Aufgaben und Ziele:

Die Umsetzung des Klimaschutzteilkonzepts im Gesamten und der zuvor dargestellten Maßnahmen im Einzelnen sollte mit einer durchdachten, zielgruppenorientierten und kontinuierlichen Öffentlichkeitsarbeit begleitet werden. Die wesentlichen Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit bestehen darin, Impulse zu setzen, Informationen bereitzustellen und die richtigen Akteure zusammenzubringen, damit diese aus eigenem Interesse heraus Klimaschutzaktivitäten umsetzen.

Dabei muss das Rad nicht neu erfunden werden: Bereits bestehende Aktivitäten und Institutionen sollten weitestgehend einbezogen werden. Auf dem Markt vorhandene Infomaterialien, Werkzeuge für die Öffentlichkeitsarbeit und Webtools, wie sie zum Beispiel die Hessische Energiesparaktion, der BINE-Informationsdienst oder die Deutsche Energieagentur in hoher Qualität anbieten, werden genutzt und auf die örtlichen Verhältnisse zugeschnitten.

Wichtige Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen des Klimaschutzteilkonzepts sind:

- Schaffung eines guten, einfachen und motivierenden Zugangs zu zielgruppenorientierten Informationen rund um Energie- und Klimaschutzthemen (dabei ist nicht nur der Wärmesektor zu berücksichtigen, sondern es sind neben energieeffizientem Bauen und Sanieren auch Themen wie Stromsparen im Haushalt, Energieeffizienz in Gewerbe, Handel und Dienstleistung, erneuerbare Energien und Mobilität abzudecken)
- Kontinuierliche Pressearbeit und Umsetzung von Kampagnen mit dem Ziel, den Klimaschutz als wichtiges Thema in den Köpfen zu verankern
- Organisation von zielgruppenspezifischen Aktionen und Veranstaltungen

Internetseite:

Auf einer zentralen Internetseite soll über aktuelle Entwicklungen im Bereich Energie und Klimaschutz berichtet und auf anstehende Termine hingewiesen werden. Gleichzeitig sollen bestehende Informationsangebote (Hessische Energiesparaktion, BINE Informationsdienst, Deutsche Energieagentur etc.) eingebunden und beworben werden. Diese allgemeinen Informationen sollen um regionale Besonderheiten und Schwerpunkte ergänzt werden. So kann mit relativ geringem Aufwand ein Informationsangebot aufgebaut werden, das den Klimaschutz im Kreis Darmstadt-Dieburg greifbar macht, motiviert und die regionale Netzwerkbildung und Wertschöpfung fördert.



Kampagnen:

Klimaschutz ist ein vielschichtiges Thema, das verschiedene Bereiche umfasst, die sich in den Handlungsfeldern und Maßnahmen des Wärmenutzungskonzepts widerspiegeln. Zur Unterstützung der Klimaschutzaktivitäten sollen Medienkampagnen zu klimaschutzrelevanten Themen durchgeführt werden. Dabei wird unterschieden in langfristig angelegte Kampagnen über mehrere Jahre, die bspw. entsprechende Einspareffekte erzielen sollen, und kurzfristig angelegte Kampagnen, die vor allem das Ziel haben, ein Thema ins Bewusstsein zu rücken.

Die Kampagnen sollen themenorientiert und zielgruppenspezifisch ausgerichtet werden. Dabei sind je nach Schwerpunktsetzung die übergeordneten Themenkomplexe "Energiesparen", "Energieeffizienz", "Erneuerbare Energien" und ggf. "Suffizienz" zu bedienen. Konkrete Themen für einzelne Kampagnen könnten beispielsweise sein:

- "Reduzierung der Raumtemperatur um 1°C" (Stichwort "Suffizienz")
- "Geld und Energiesparen durch optimierte Heizungsanlagen"
- "Solarthermie: Hol' dir die Sonne ins Haus"

Die Kampagnen stellen eine spezielle Form der Öffentlichkeitsarbeit dar. Hier ist von Fall zu Fall zu entscheiden, ob diese Kampagnen nur für einzelne Kommunen oder kreisweit angelegt sein sollten. In jedem Fall ist es sinnvoll, die Kampagnen übergreifend zu planen und zu koordinieren, damit das Rad nicht jedes Mal von neuem erfunden werden muss. Hier sollte der Landkreis nach Möglichkeit für die Arbeit in den Kommunen eine koordinierende und unterstützende Rolle einnehmen.

Weitere Maßnahmenvorschläge im Bereich Öffentlichkeitsarbeit, Aktivierung und Beteiligung:

Im Maßnahmenkatalog des vorliegenden Klimaschutzteilkonzepts (Kap. 6) sind im Handlungsfeld "Öffentlichkeitsarbeit, Aktivierung und Beteiligung" weitere konkrete Maßnahmen definiert, die zur Information und Motivation der Bürgerinnen und Bürger dienen. Neben der allgemeinen Öffentlichkeitsarbeit und der Durchführung von Kampagnen zu speziellen Themen spielt dabei auch der Bereich der Bildung eine wichtige Rolle. Bereits im Kindergartenalter können die Themen spielerisch behandelt und energiesparendes Verhalten gelernt werden.



8 Monitoring- und Controlling-Konzept

Mit dem Monitoring- und Controlling-System soll zukünftig überprüft werden, ob die Ziele des Wärmenutzungskonzepts erreicht und in welchem Umfang die Maßnahmen des Konzepts umgesetzt werden. Dazu wird ein praxistaugliches Controlling-System benötigt, das mit verhältnismäßig geringem Aufwand integrierbar ist, so dass es tatsächlich regelmäßig durchgeführt werden kann. Weiterhin sind die Zuständigkeiten klar zu definieren, damit jeder Akteur seine Aufgaben kennt und das Controlling damit wirksam umgesetzt werden kann.

Für das Monitoring und Controlling des Wärmenutzungskonzepts werden konkret die folgenden Bestandteile empfohlen:

- 1. Fortschreibbare Energie- und CO₂-Bilanz
- 2. Indikatoren-Analyse
- 3. Maßnahmen-Monitoring

Fortschreibbare Energie- und CO₂-Bilanz

Mit Hilfe der fortschreibbaren Energie- und CO₂-Bilanz kann auch in Zukunft die Entwicklung der Energieverbräuche, der Energieerzeugung sowie der CO₂-Emissionen analysiert werden. Das ist insbesondere deshalb wichtig, damit regelmäßig ein Gesamtüberblick über die klimarelevanten Faktoren dargestellt und die Erreichung der gesetzten Ziele überprüft werden kann. Es wird empfohlen, die Energie- und CO₂-Bilanz etwa alle drei Jahre zu aktualisieren.

Im Kapitel 2 zur Energie- und CO₂-Bilanz sind die Daten, die für eine Fortschreibung der Bilanz benötigt werden, beschrieben. Das vorliegende Konzept hat den Wärmesektor detailliert auf Basis einer räumlichen Analyse untersucht. Die hier gewonnenen Erkenntnisse können für die Fortschreibung der Bilanzen genutzt werden. Da im Rahmen des Konzepts auf die Nutzung eines externen Bilanzierungstools (z.B. EcoRegion) verzichtet wurde, sind die entsprechenden Datenquellen bei einer Fortschreibung zu aktualisieren. Dies betrifft insbesondere die Emissionsfaktoren aus der GEMIS Datenbank. Die GEMIS Datenbank wird regelmäßig aktualisiert, so dass bei einer Fortschreibung der Bilanzen auf die aktuellsten Faktoren zurückgegriffen werden kann.

Es wird darüber hinaus empfohlen, dass die Kommunen das Energie-Monitoring der kommunalen Gebäude und Liegenschaften fortschreiben, um den Kenntnisstand über die Energieverbräuche und die Energieeffizienz zu erhalten und daraus potenzielle Maßnahmen ableiten zu können. In Groß-Umstadt wird dies bereits erfolgreich umgesetzt, in Münster muss ein entsprechendes System erst noch etabliert werden.



Indikatoren-Analyse

Aufbauend auf der Fortschreibung der Energie- und CO₂-Bilanz soll eine Indikatoren-Analyse durchgeführt werden, die aufzeigt, wie die Entwicklung in verschiedenen Bereichen vorangeht. Für die Auswahl geeigneter Indikatoren wird der erste Fortschrittsbericht zur Energiewende des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie herangezogen (BMWi 2014). Dieser führt eine umfangreiche Liste von Indikatoren für das Monitoring der bundesweiten Energiewende. Aus dieser Liste wurden diejenigen Indikatoren ausgewählt und ggf. auf das Thema Wärme spezifiziert bzw. angepasst, die für den Landkreis Darmstadt-Dieburg bzw. für die Kommunen relevant sind (siehe Tabelle 15). Ausgehend vom aktuellen Stand kann zukünftig anhand der Indikatoren die Entwicklung im Kreis abgebildet werden.

Tabelle 15: Indikatoren für das Monitoring des Klimaschutzteilkonzepts

Indikator
Strukturdaten
Einwohnerzahl
Erwerbstätigenzahl insgesamt und je Einwohner
Flächennutzung
Wohnfläche insgesamt und je Einwohner
Energieeffizienz
Wärme-Endenergieverbrauch nach Energieträgern
Wärme-Endenergieverbrauch nach Verbrauchssektoren
Spezifischer Wärme-Endenergieverbrauch je Einwohner nach Verbrauchssektoren
Erneuerbare Energien und Kraft-Wärme-Kopplung
Wärmeerzeugung aus erneuerbaren Energien und Kraft-Wärme-Kopplung nach
Technologien
Anteil erneuerbarer Energien am Wärmeverbrauch
Anteil Kraft-Wärme-Kopplung am Wärmeverbrauch
Treibhausgasemissionen
CO ₂ -Emissionen aus dem Wärmeverbrauch insgesamt und je Einwohner
CO ₂ -Emissionen aus dem Wärmeverbrauch je Verbrauchssektor



Maßnahmen-Controlling

Das Maßnahmen-Controlling dient dazu, die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen des Wärmenutzungskonzepts zu überprüfen. Dabei wird jährlich dokumentiert, welche Maßnahmen bereits umgesetzt wurden oder sich in der Umsetzung befinden und wie erfolgreich diese waren beziehungsweise sind.

Beispielhaft wurde dazu ein Musterbogen entworfen, mit dessen Hilfe die einzelnen Maßnahmen bewertet werden können (siehe Abbildung 45). Zur Bewertung einzelner Maßnahmen gibt es "harte" Indikatoren, wie zum Beispiel die Menge der eingesparten CO₂-Emissionen oder die Anzahl von durchgeführten Informationsveranstaltungen sowie weiche Indikatoren, wie beispielsweise die Resonanz der Teilnehmer oder der Gesamteindruck aus Sicht des Veranstalters. Es ist zu beachten, dass nicht alle Indikatoren bei jeder Maßnahme angewandt werden können. So ist es zum Beispiel nicht möglich, einer Informationsveranstaltung eine direkte Auswirkung in Bezug auf die CO₂-Emissionen zuzusprechen.

Bei der Planung und Umsetzung von Maßnahmen ist frühzeitig darauf zu achten, dass der Bewertungsbogen von einer verantwortlichen Person auszufüllen ist. Nur wenn diese Dokumentation mit Engagement umgesetzt wird, ist ein Controlling der Maßnahmen möglich. Auf Basis der gewonnenen Erkenntnisse können Maßnahmen verbessert und ergänzt werden. Zudem wird bei einer Gesamtschau der umgesetzten Maßnahmen ersichtlich, in welchen Bereichen die Kommunen bzw. der Kreis besonders stark ist und wo möglicherweise verstärkter Handlungsbedarf besteht.



Nummer:	Titel:					
Kurzbeschri	eibung der / des durchgeführten Maßnahme / Pro	iekt	s:			
	The state of the s	jent	<u>. </u>			1
					1	j
1	Wurde die Maßnahme bereits umgesetzt?	L	JA	NEIN		
2	Falls Ja: Umsetzungszeitraum	[DATUM	7/15-2: 14/2-4-45-	latatan T	
2a 2b	5	-	DATUM	-1 '	DATUM	ermir 1
				-	DATON	1
	ertungsfaktoren (soweit zuordenbar, siehe gesond	г		7		
3 3a	Energieeinsparung Wärme / Brennstoff	F	ZAHL kWh/a BEZEICHNUNG DES BRENNSTOFFS ZAHL kWh/a BEZEICHNUNG DES BRENNSTOFFS			ī
3a 4	Welcher Brennstoff wird eingespart? Substitution eines Brennstoffs (z.B. Solar statt Ö					1
4a	Welcher Brennstoff wird substituiert?	· 1				ī
5	Energieeinsparung Strom	F	ZAHL	kWh/a		1
6	(berechnete) CO2-Einsparung	F	ZAHL	tCO2/a		
7	Häufigkeit der Umsetzung	-	ZAHL] '		
	z.B. Anzahl Informationsveranstaltungen - bitte kurz	erlä	utern:	=		_
]
8	Anzahl Teilnehmer (bei mehreren Veranstaltun	gen,	letzte Durch	nführung):	ZAHL	1
8a	bei mehreren Veranst.: Teilnehmer insgesamt ü	ber	alle Veranst	altungen:	ZAHL]
	z.B. Teilnehmer Beratungsgespräche; Teilnehmer be	i Info	overanstaltun	gen - bitte kurz	erläutern:	_
]
Weiche Bev	wertungsfaktoren					
9	Gesamteindruck aus Sicht des Veranstalters / Ur	nset	zenden:			_
						J
10	Resonanz aus der Zielgruppe:					
		_				1
Weitere An	-	_	- / N C C :			
11	Positiv hervorzuheben, für weitere Veranstalgu	nger	n / Maßnahm	nen merken:		1
		-				_
12	Verbesserungsvorschläge für nächste Durchführung / ähnliche Maßnahmen:					7
						4

Abbildung 45 Musterblatt für das Maßnahmencontrolling



9 Dokumentation Akteursbeteiligung

Im Rahmen des Klimaschutzteilkonzepts wurden die verschiedenen Akteure sowohl in den beiden Pilotkommunen, als auch im Landkreis Darmstadt-Dieburg in den Erarbeitungsprozess von Handlungsmöglichkeiten und entsprechenden Maßnahmen mit eingebunden.

Hierzu wurden zwei Workshops durchgeführt. Der erste Workshop mit dem Titel "Potenziale und Handlungsmöglichkeiten einer klimaschonenden Wärmeversorgung in Münster" hatte zum Ziel am Beispiel der Gemeinde Münster Potenziale, Handlungsmöglichkeiten und konkrete Handlungsansätze für eine klimaschonende Wärmeversorgung in Form von

- · Energetische Gebäudesanierung,
- Einsatz erneuerbarer Energien,
- Wärmenetze,
- usw.

zu diskutieren.

Ziel der Diskussion war es, Maßnahmen abzuleiten die weitere bzw. eigene Schritte zur gemeinsamen Umsetzung definieren unter Berücksichtigung von möglichen Hilfestellungen, die die Gemeinde Münster weiteren Akteuren hierbei geben kann. Die Ergebnisse des 1. Workshops sind in Anlage 3 dokumentiert.

Der zweite Workshop mit dem Titel "Energieeffizienz Gebäude" wurde gemeinsam mit ausgewählten Akteuren aus dem gesamten Landkreis durchgeführt. Er hatte zum Ziel die Frage zu diskutieren: Was kann und muss getan werden, um Gebäudeeigentümer zu motivieren, verstärkt energetische Sanierungen durchzuführen und bei Neubauten beste energetische Standards umzusetzen? Ziel der Diskussion war es, weitere bzw. eigene Schritte, insbesondere innerhalb der Kreiskommunen herauszustellen und daraus Maßnahmen zur Umsetzung zu definieren. Hinzukommend wurden mögliche Hilfestellungen, die der Landkreis selbst und weitere (Kreis)Akteure geben können, erarbeitet. Die Ergebnisse des 2. Workshops sind in Anlage 3 dokumentiert.

Die Inhalte und Ergebnisse der beiden durchgeführten Workshops wurden in Form von Maßnahmen zur Umsetzung aufbereitet und in dieses Klimaschutzkonzept (s. Kap. 6) integriert.

Klimaschutzteilkonzept integrierte Wärmenutzung Landkreis Darmstadt-Dieburg



Quellenverzeichnis

AGEB 2013 Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (AGEB), Hrsg.: "Auswer-

tungstabellen zur Energiebilanz für die Bundesrepublik Deutsch-

land 1990 bis 2012", Berlin, Juli 2013

ALKIS 2014 Hessische Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation

(HVBG): Geodaten zu Adressen, Gebäuden und Flurstücken,

Heppenheim, 2014

BDH 2011 Bundesindustrieverband Deutschland Haus-, Energie- und Um-

welttechnik e. V (BDH): "Solare Heizungsunterstützung", Informati-

onsblatt Nr. 27, März 2011

BMWi 2014 Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), Hrsg.: "Ein

gutes Stück Arbeit. Die Energie der Zukunft. Erster Fortschrittsbe-

richt zur Energiewende.", Berlin, 2014

DBU 2005 Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU), Hrsg.: "Energie aus Ka-

nalabwasser - Leitfaden für Ingenieure und Planer", Osnab-

rück/Bern, 2005

DBU 2009 Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU), Hrsg.: "Energie aus Ka-

nalabwasser – Ratgeber für Bauträger und Kommunen", Osnab-

rück, 2009

HMUELV 2010 Hessisches Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und

Verbraucherschutz (HMUELV), Hrsg.: "Biomassepotenzialstudie Hessen – Stand und Perspektiven der energetischen Biomassen-

utzung in Hessen - Materialband", Wiesbaden, 2010

IWU 2011 Institut Wohnen und Umwelt (IWU): "Deutsche Gebäudetypologie –

Beispielhafte Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz

von typischen Wohngebäuden", Darmstadt, 18.11.2011

SolarZentrum Hamburg: Vorstellung des Projekts SolarZentrum

Hamburg und des SolarChecks, Vortrag des SolarZentrum Ham-

burg

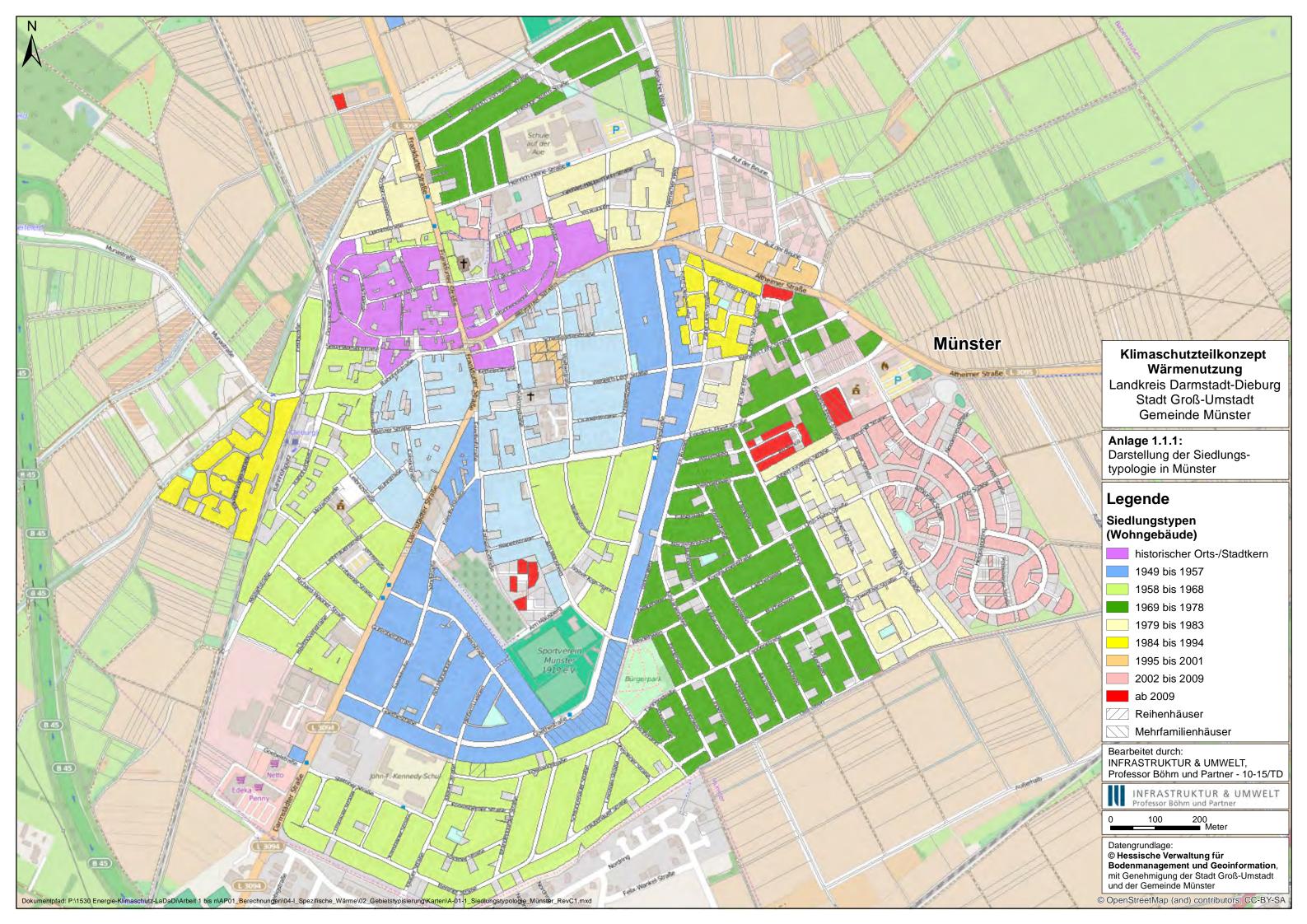
StMUG et al 2011 Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

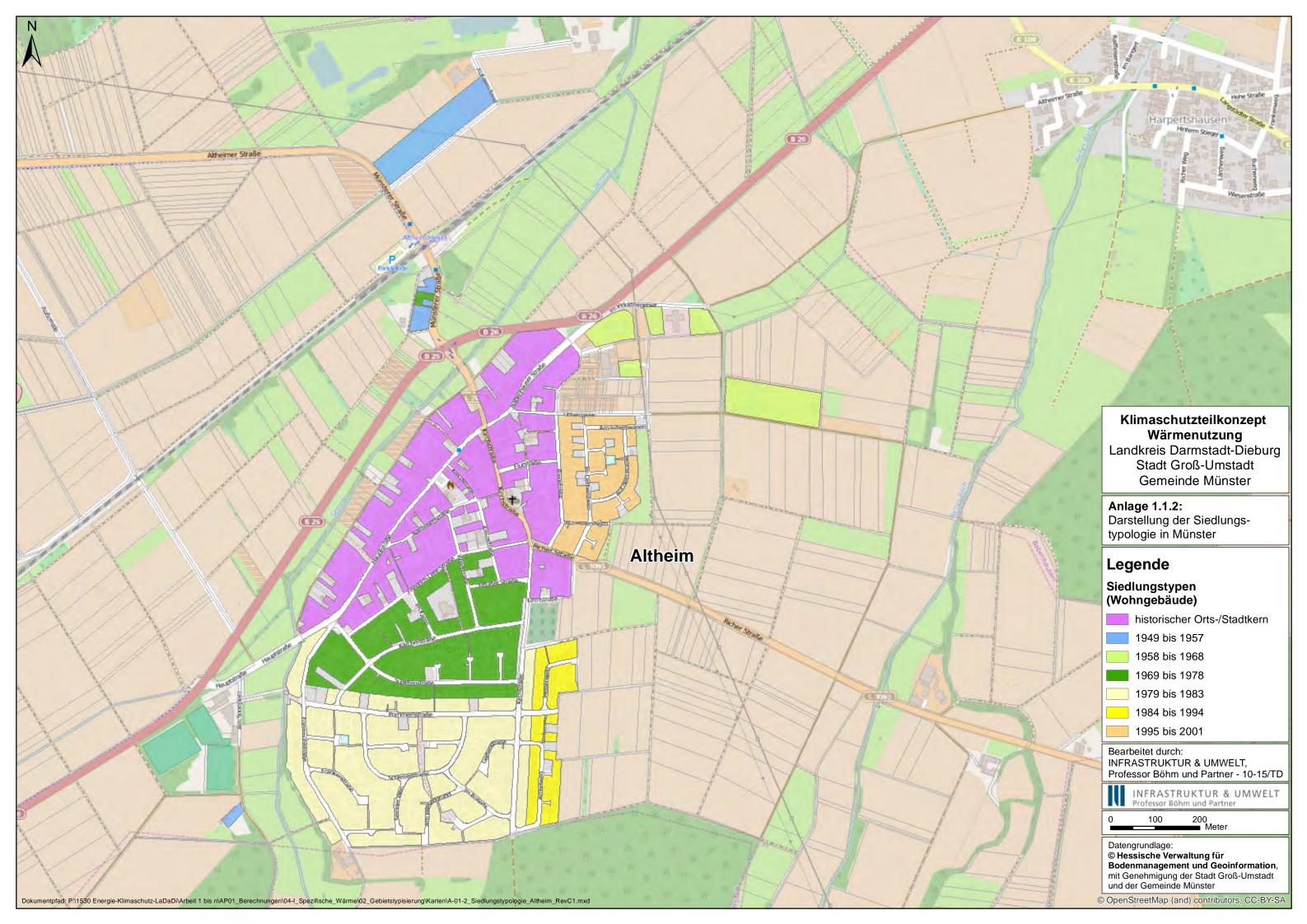
(StMUG), Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie (StMWIVT) und Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern (OBB im StMI);

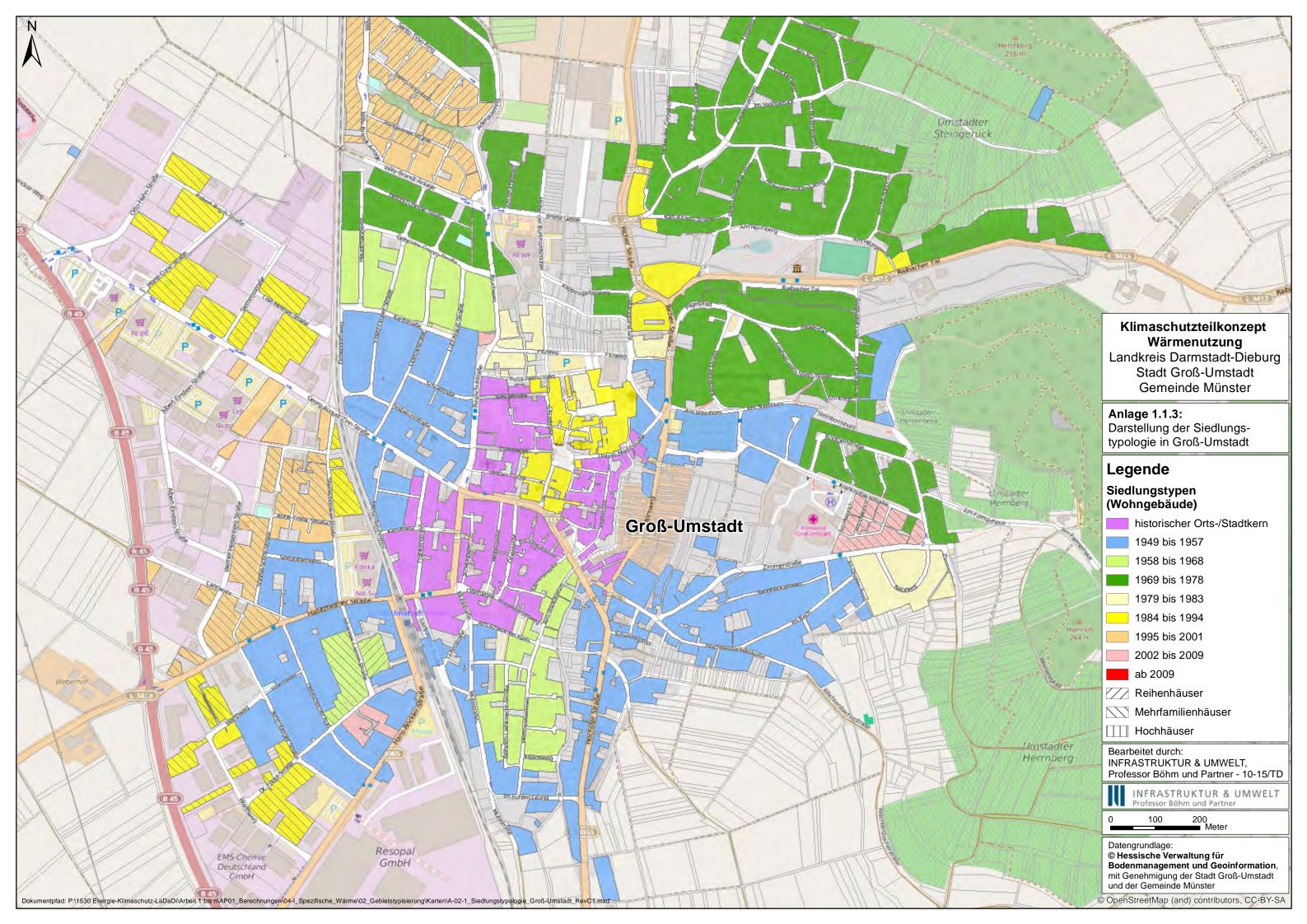
Hrsg.: "Leitfaden Energienutzungsplan", 2011

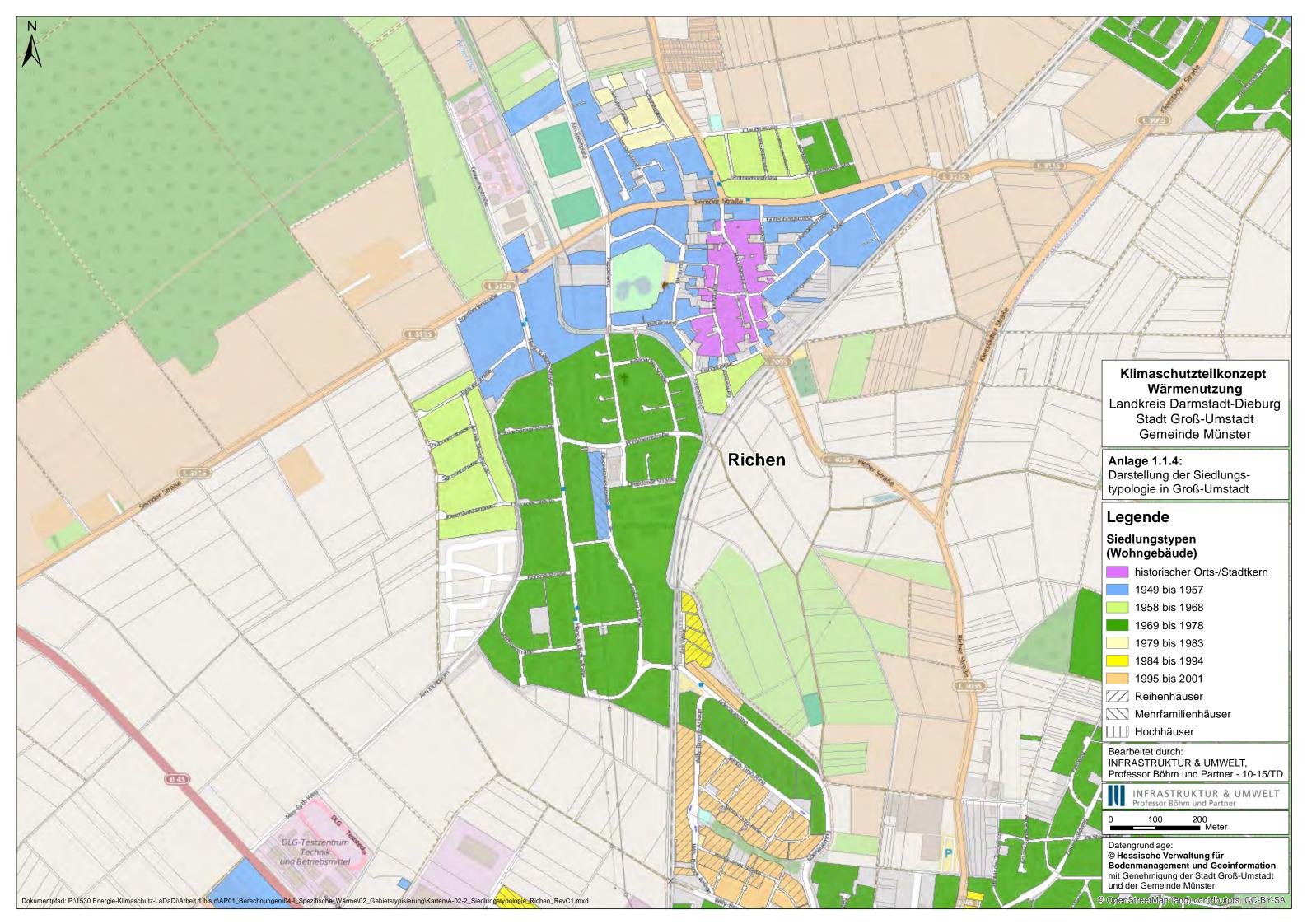
Anlage 1

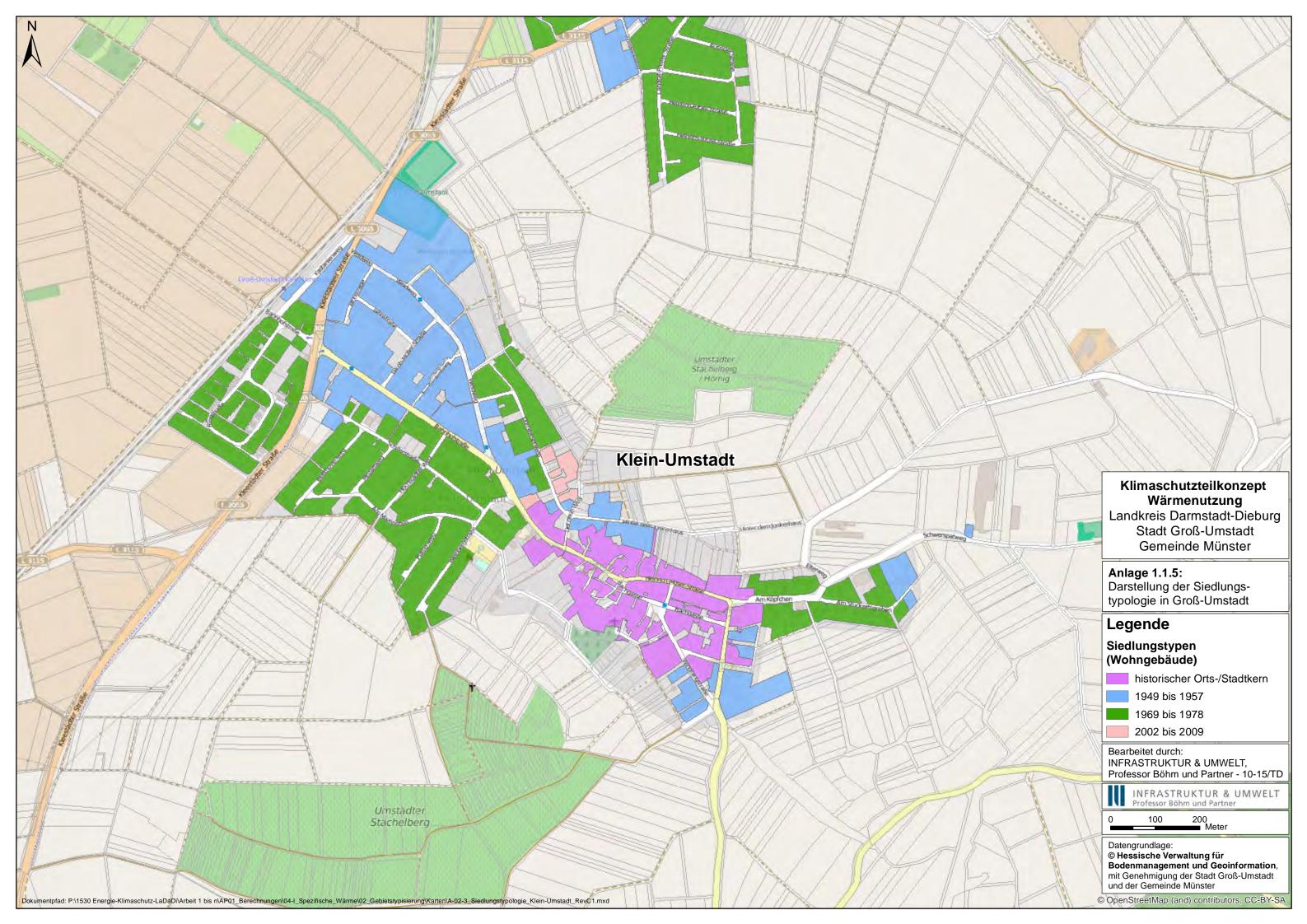
Kartendarstellung Wärmekataster

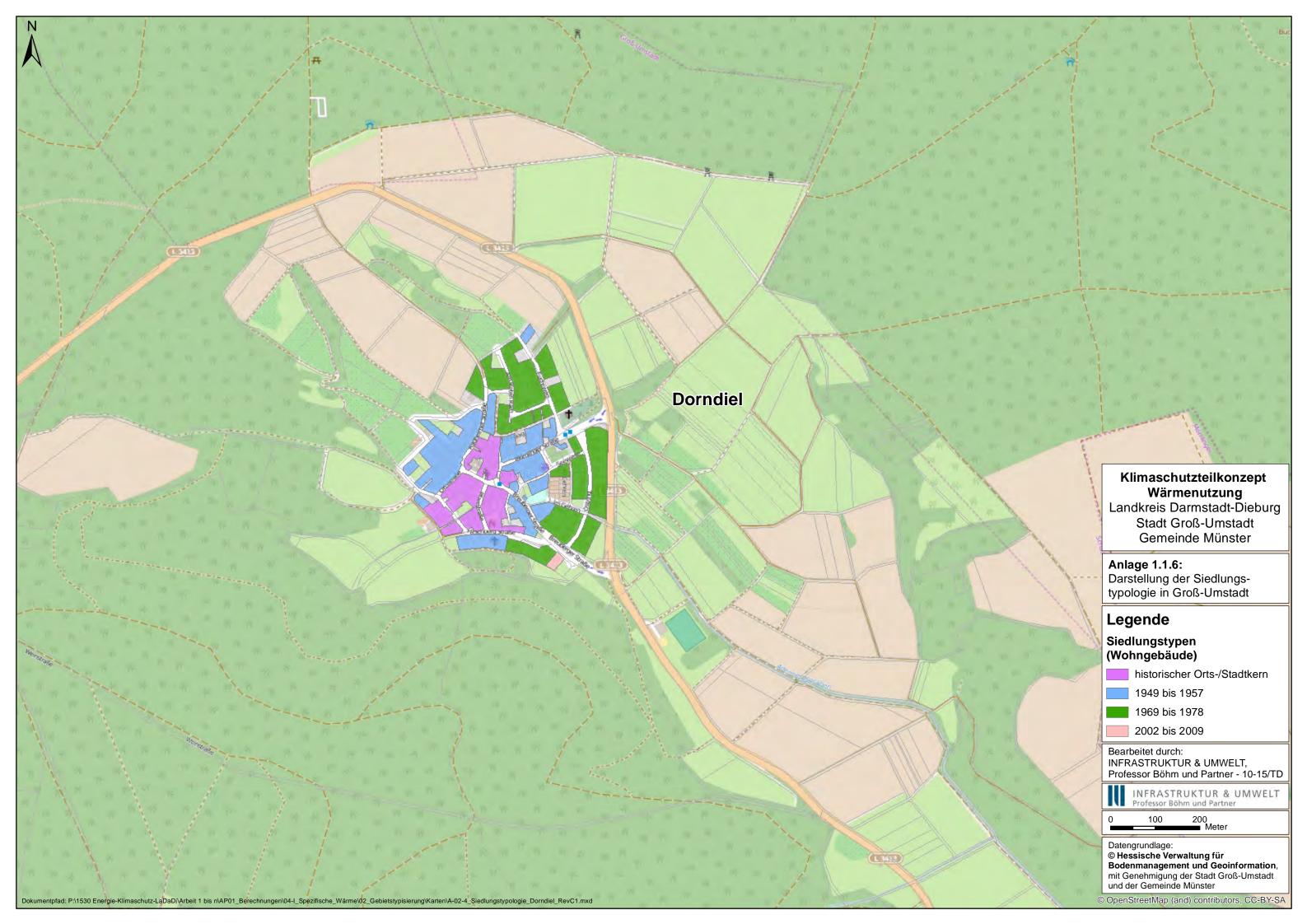


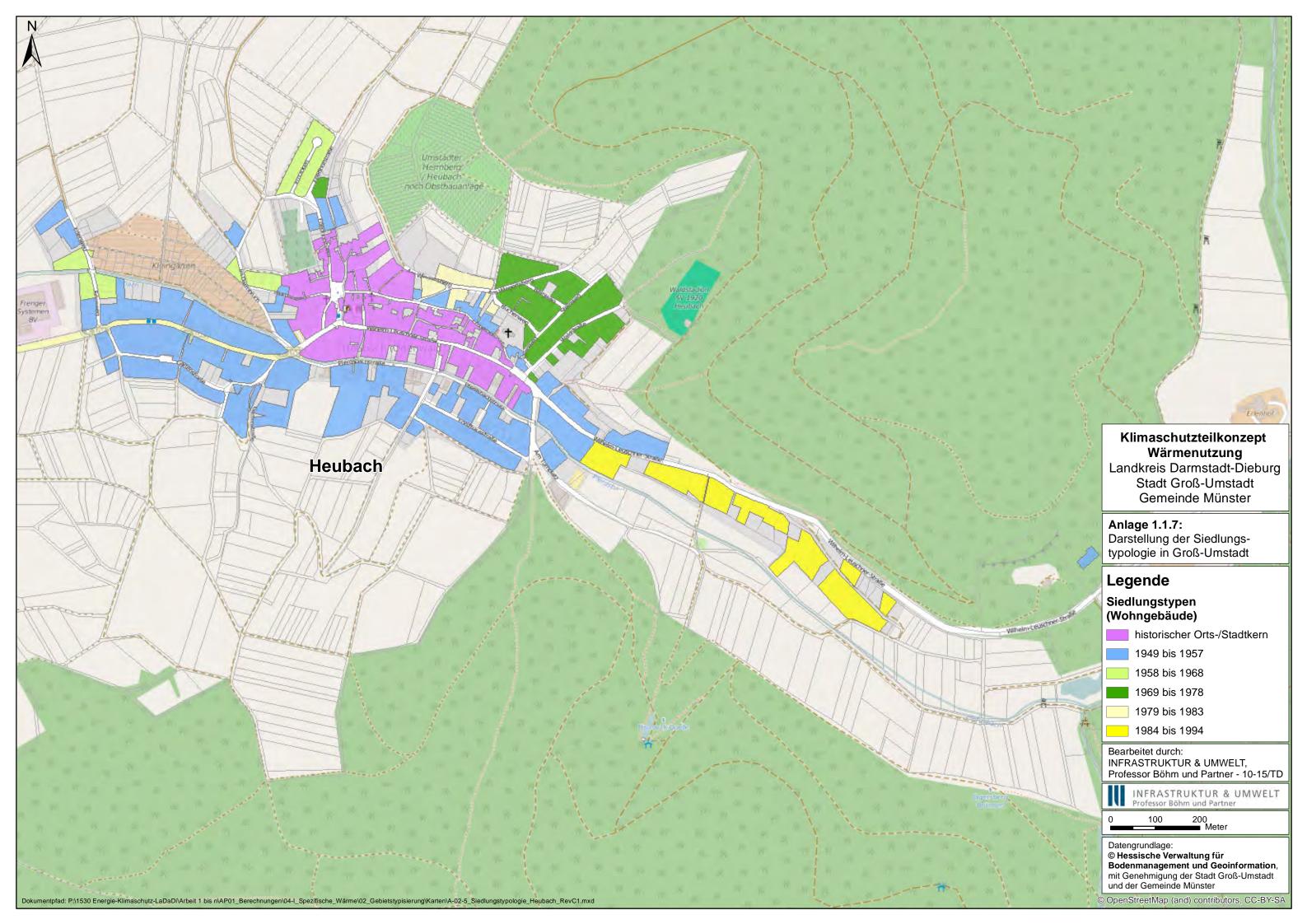


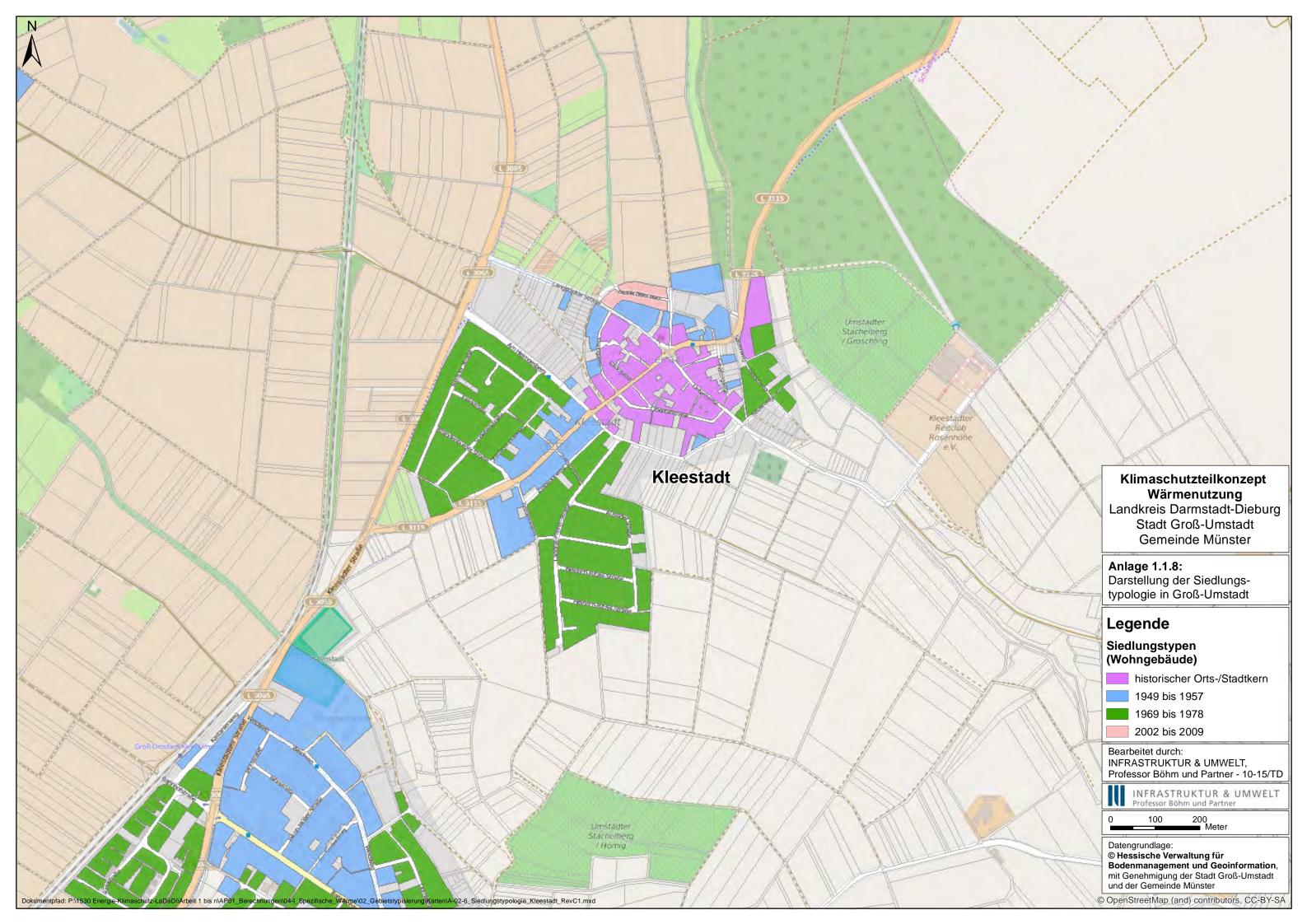


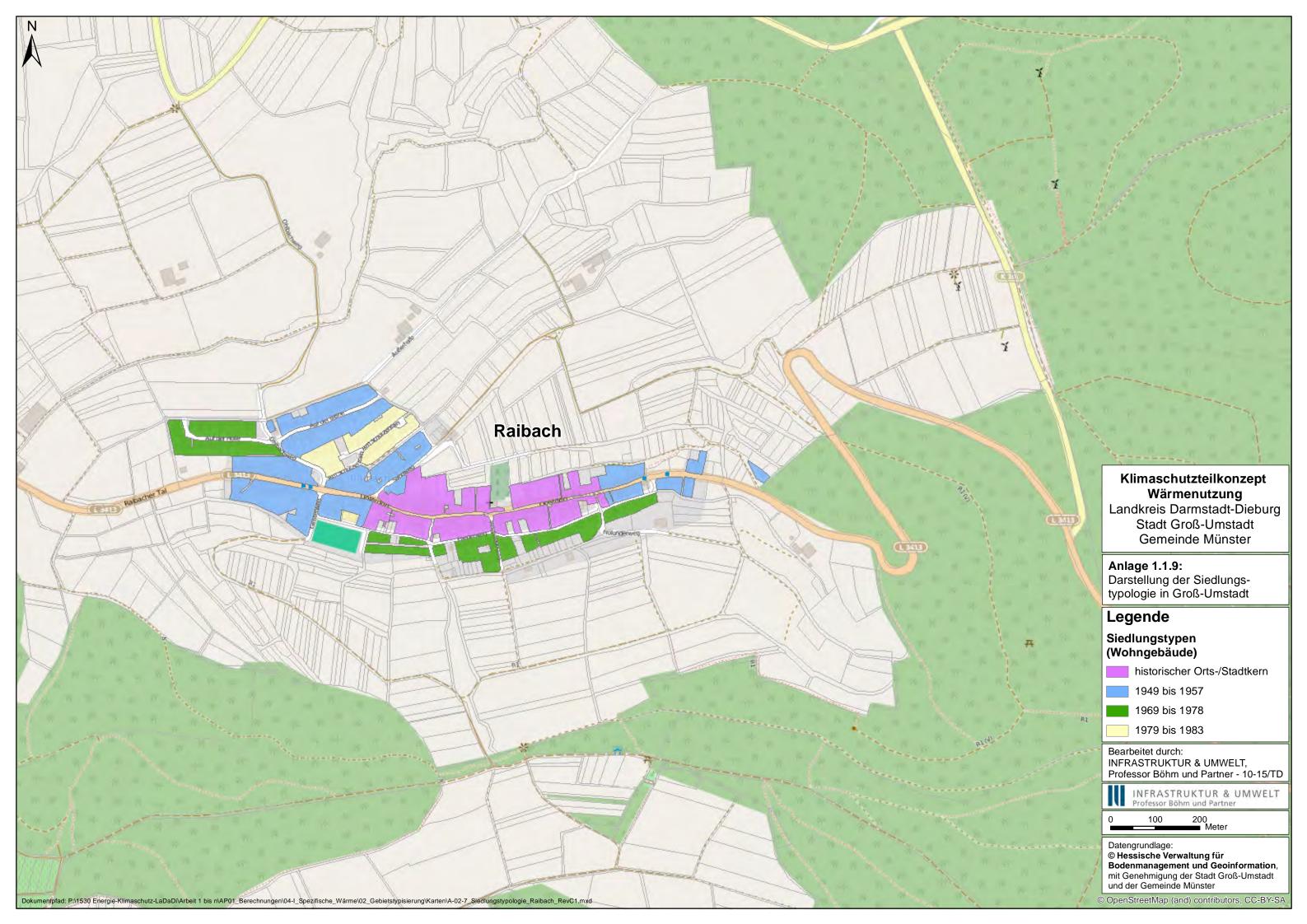


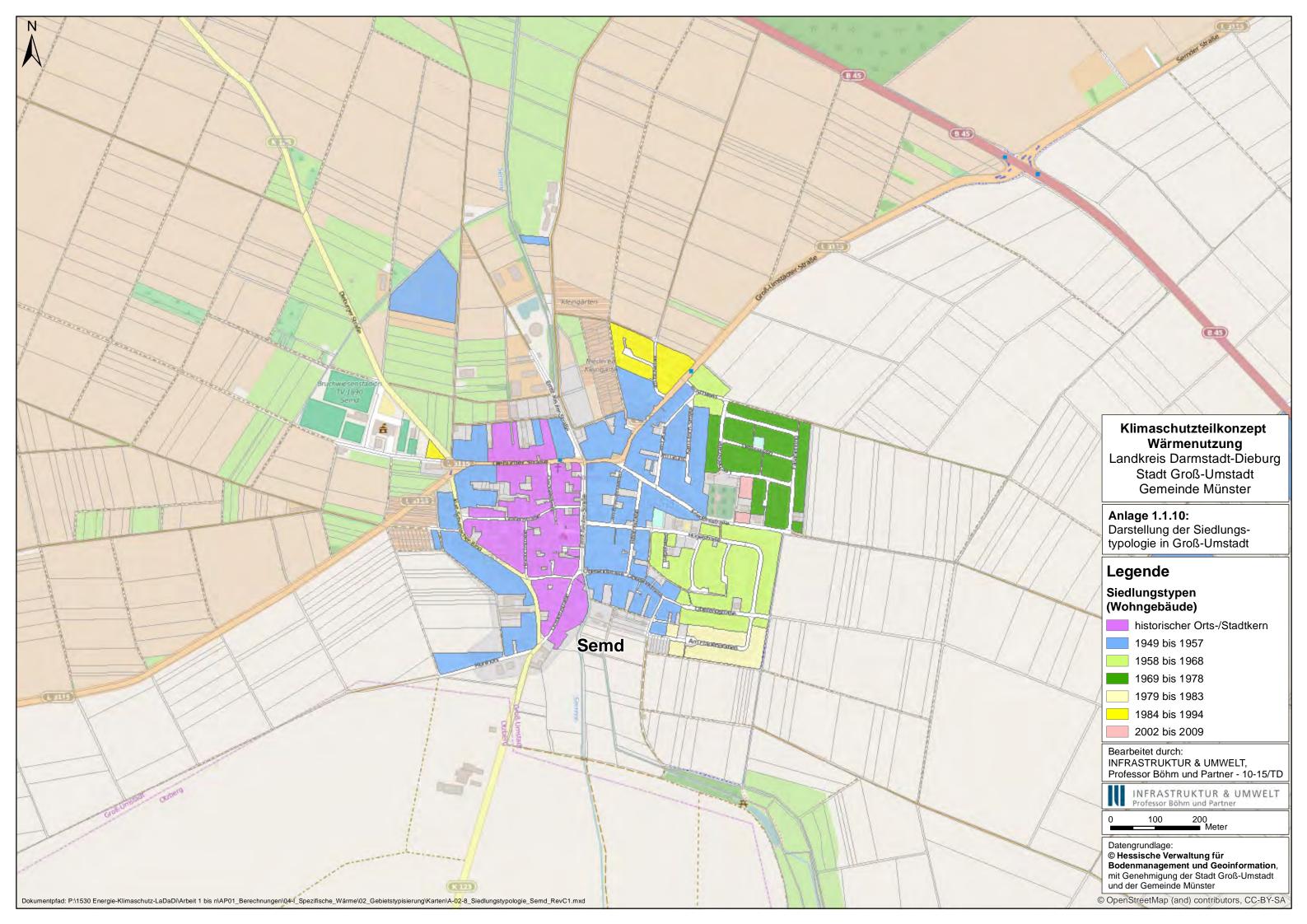


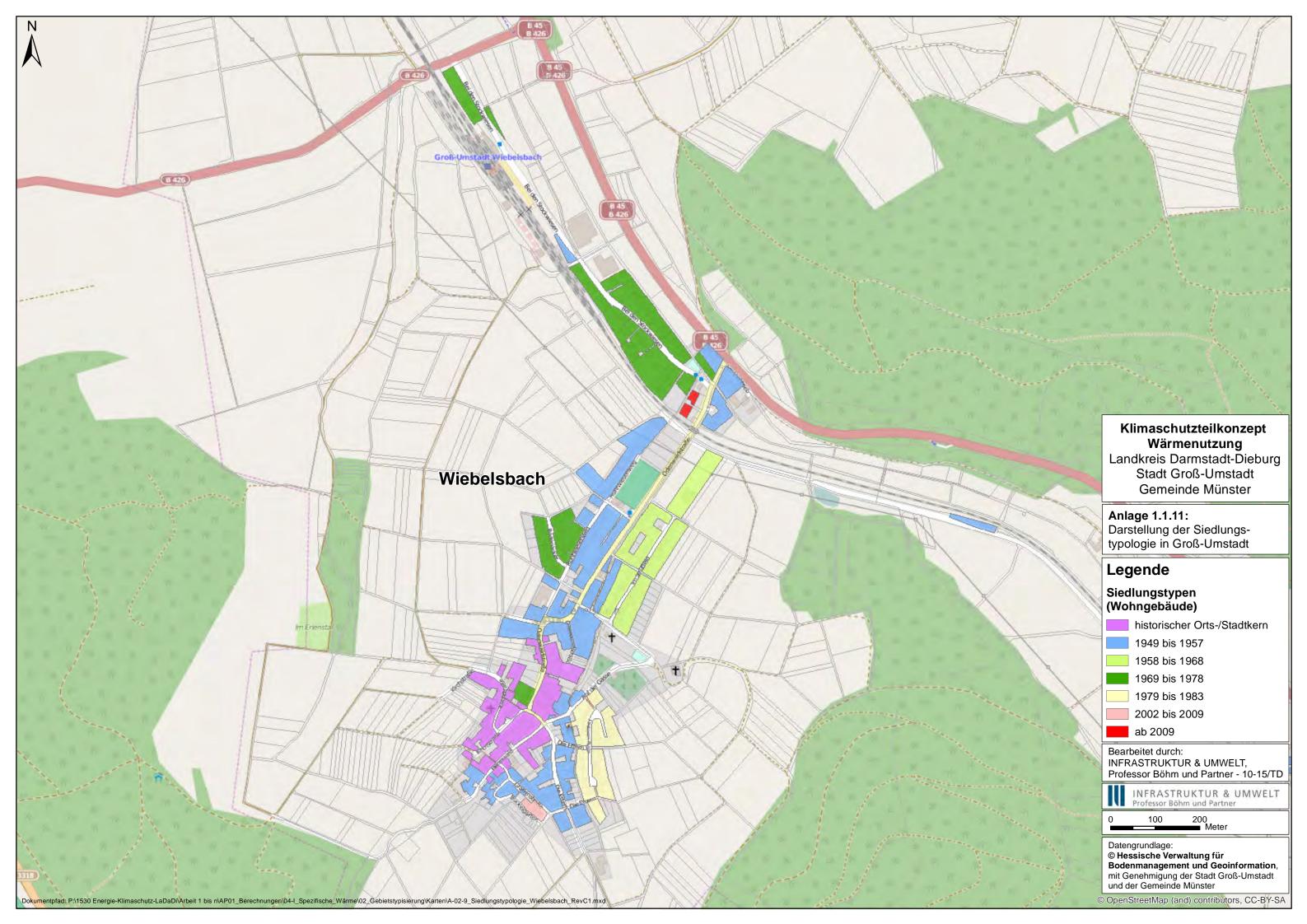


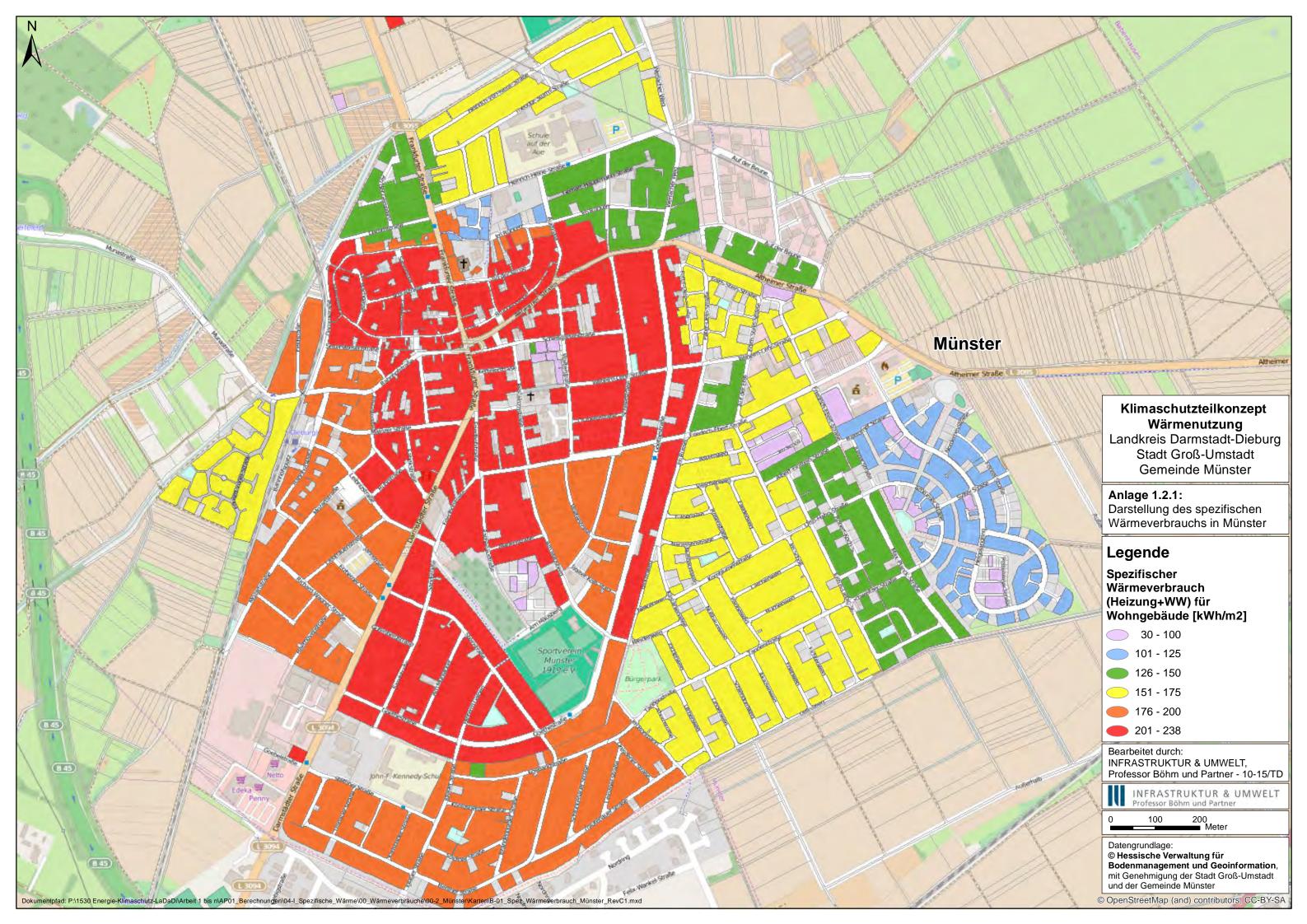


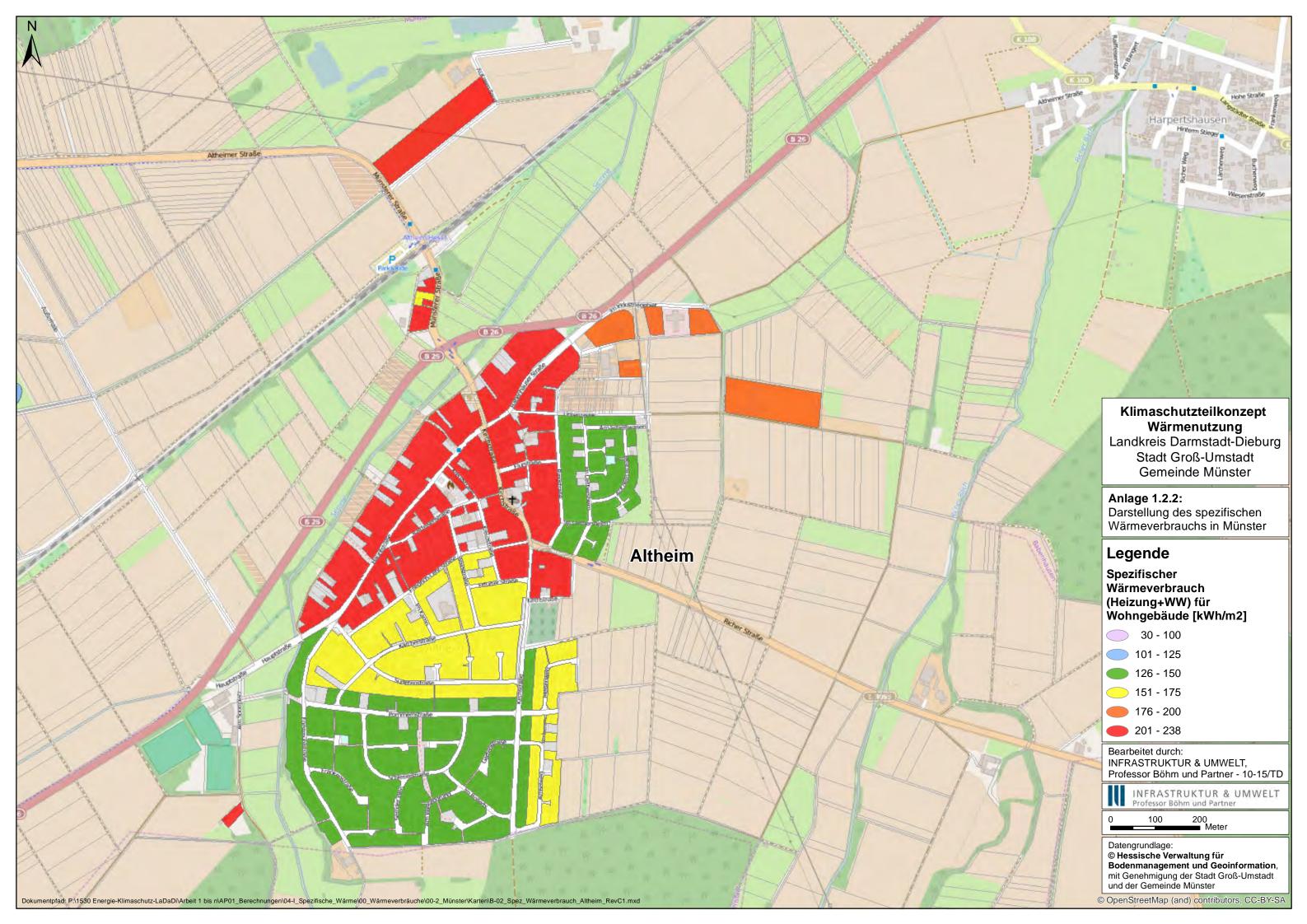


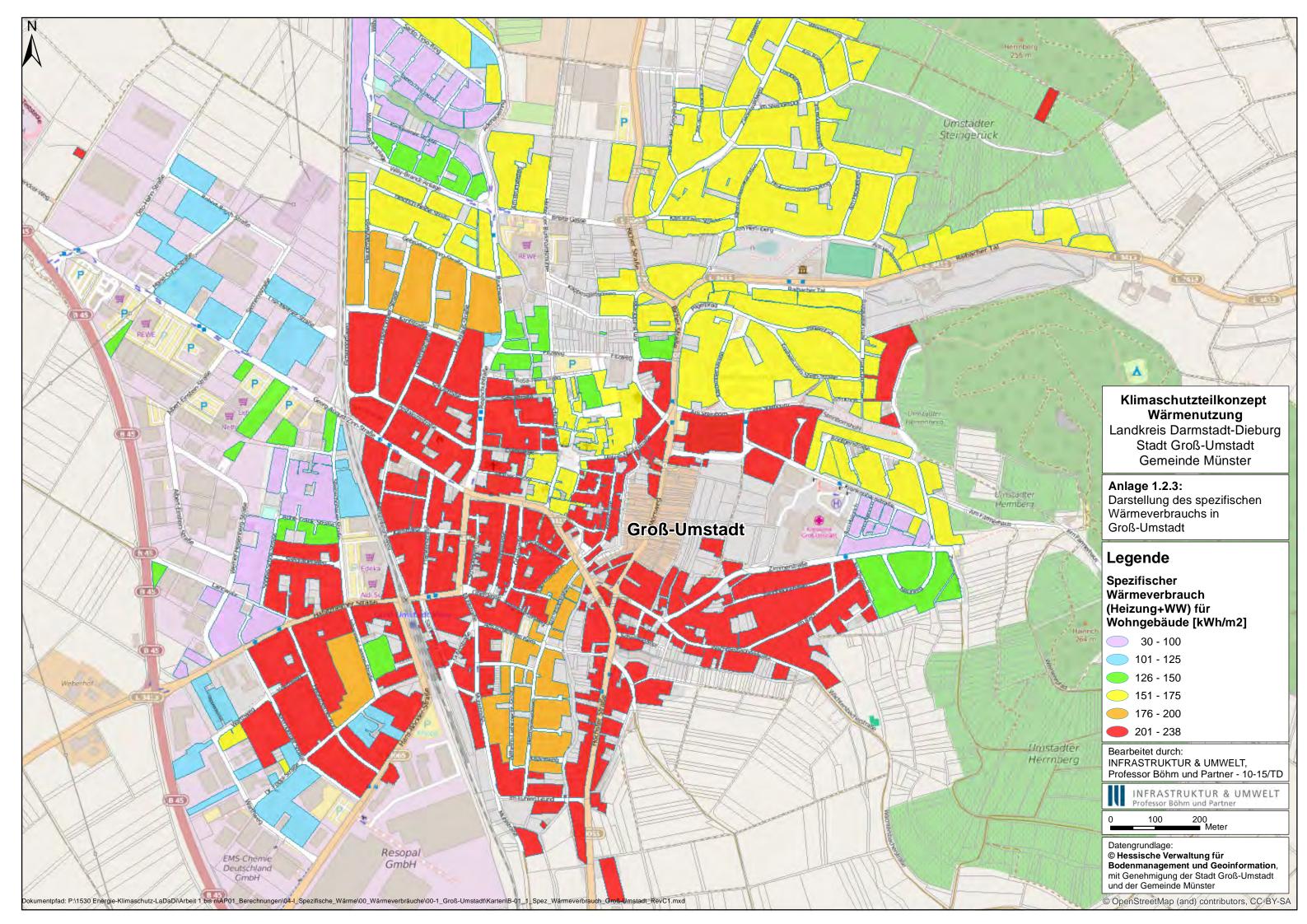


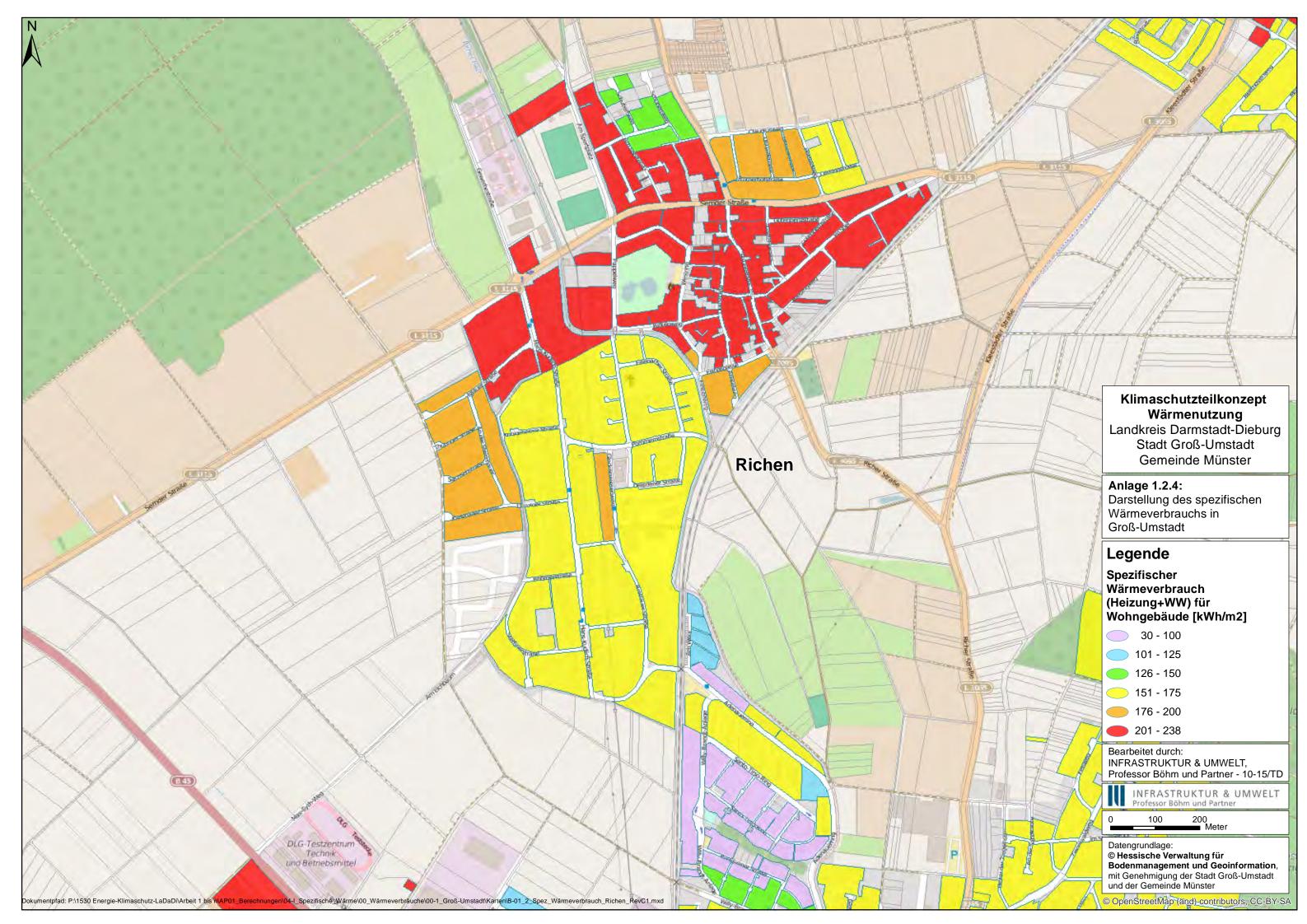


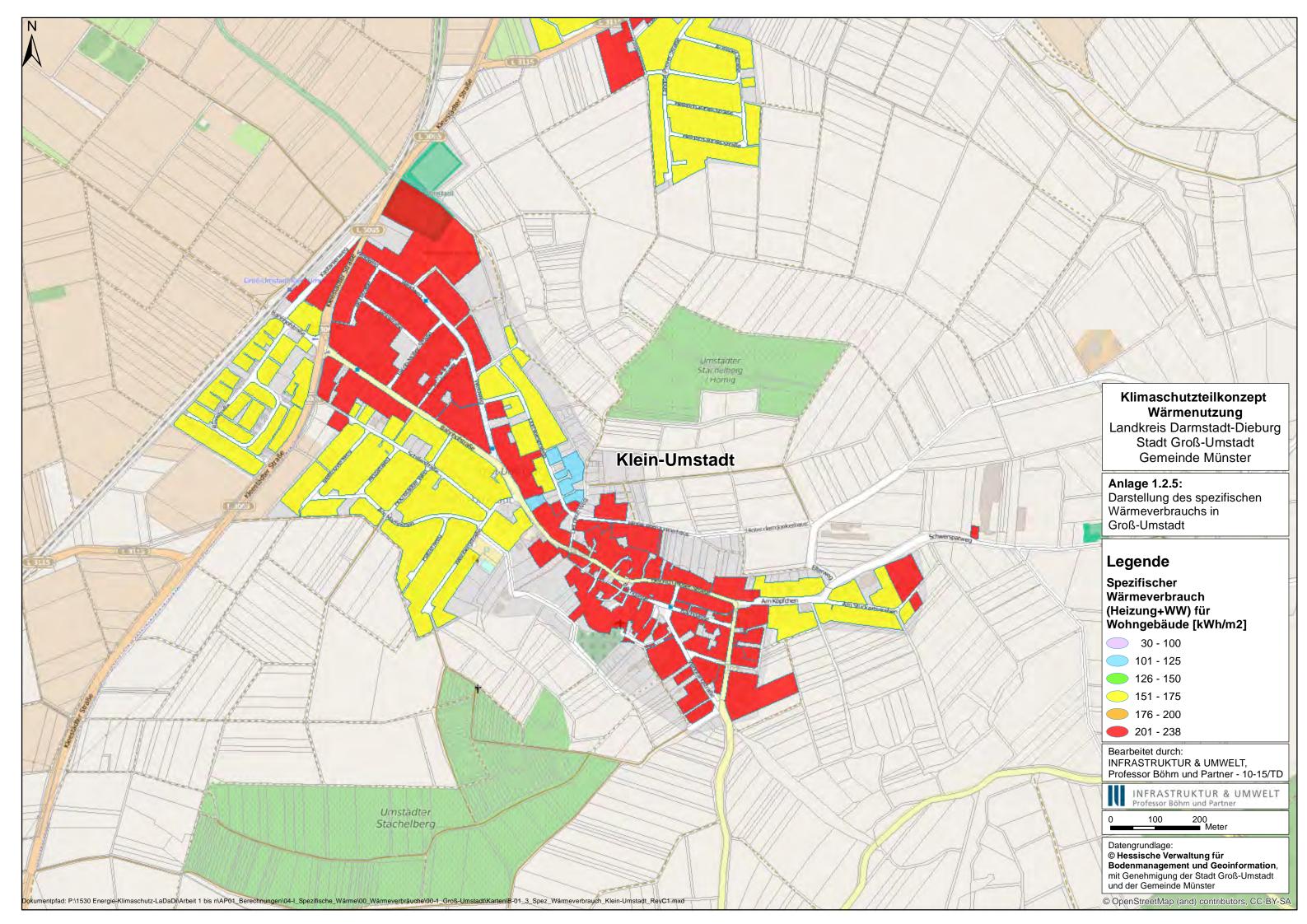


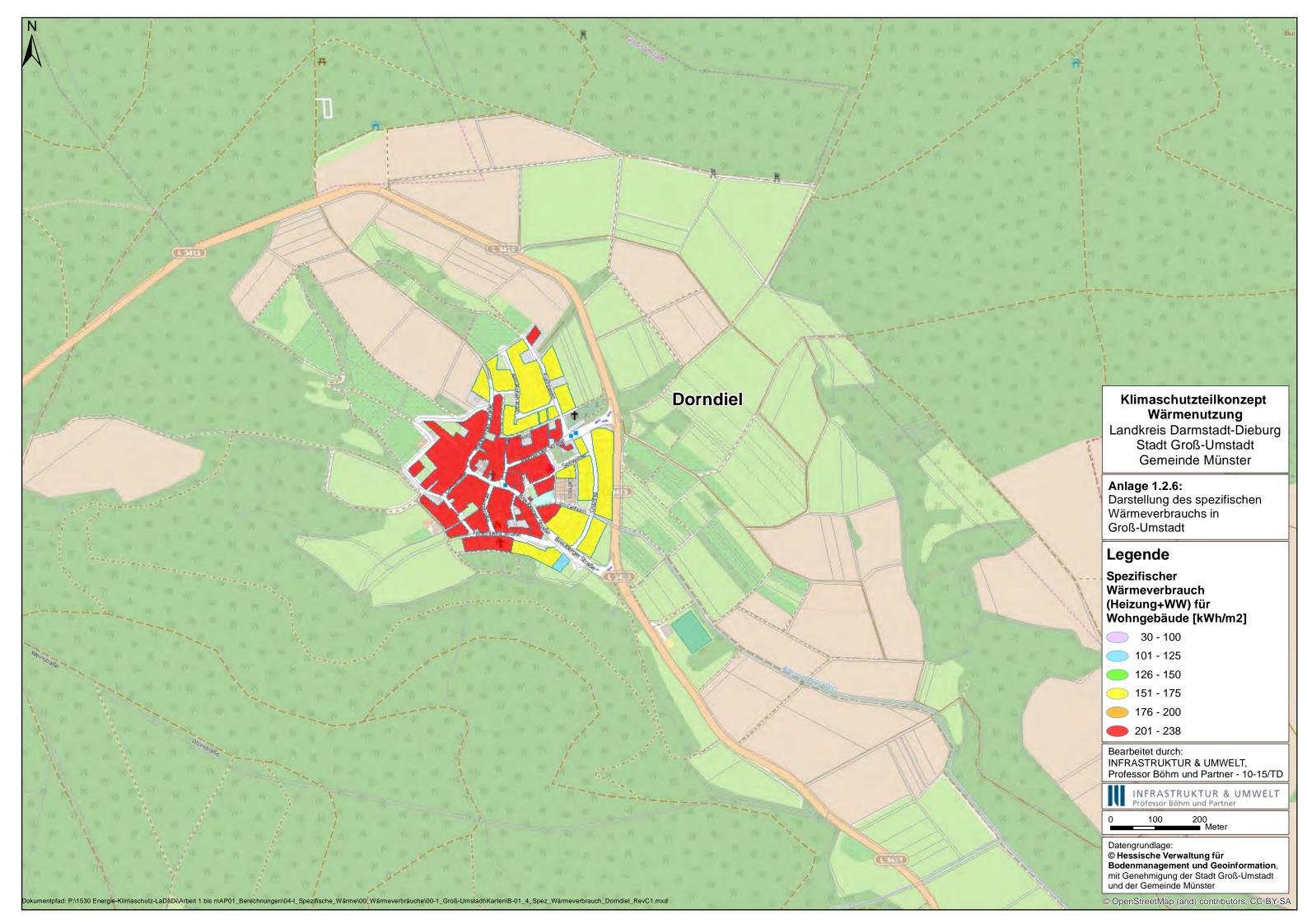


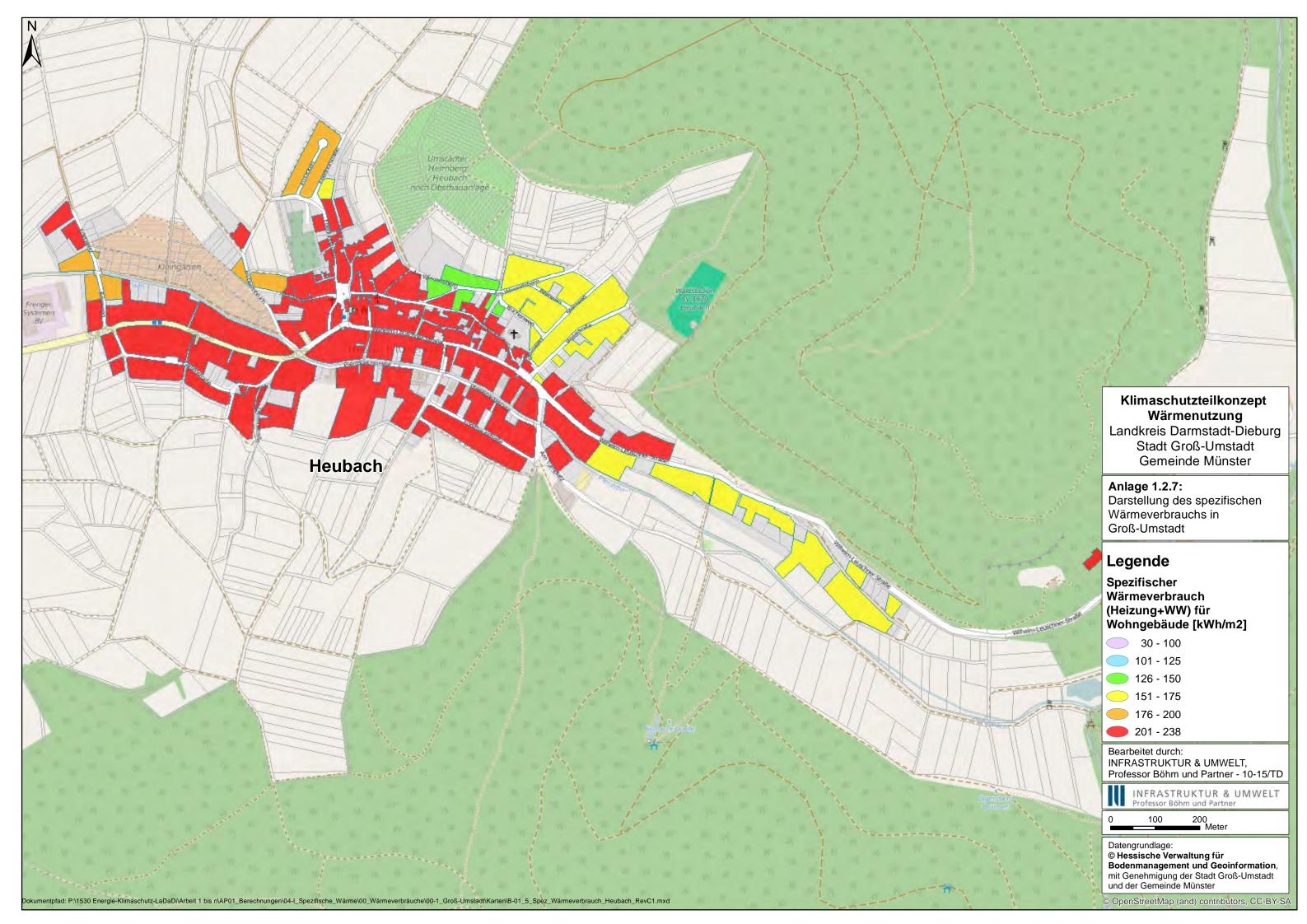


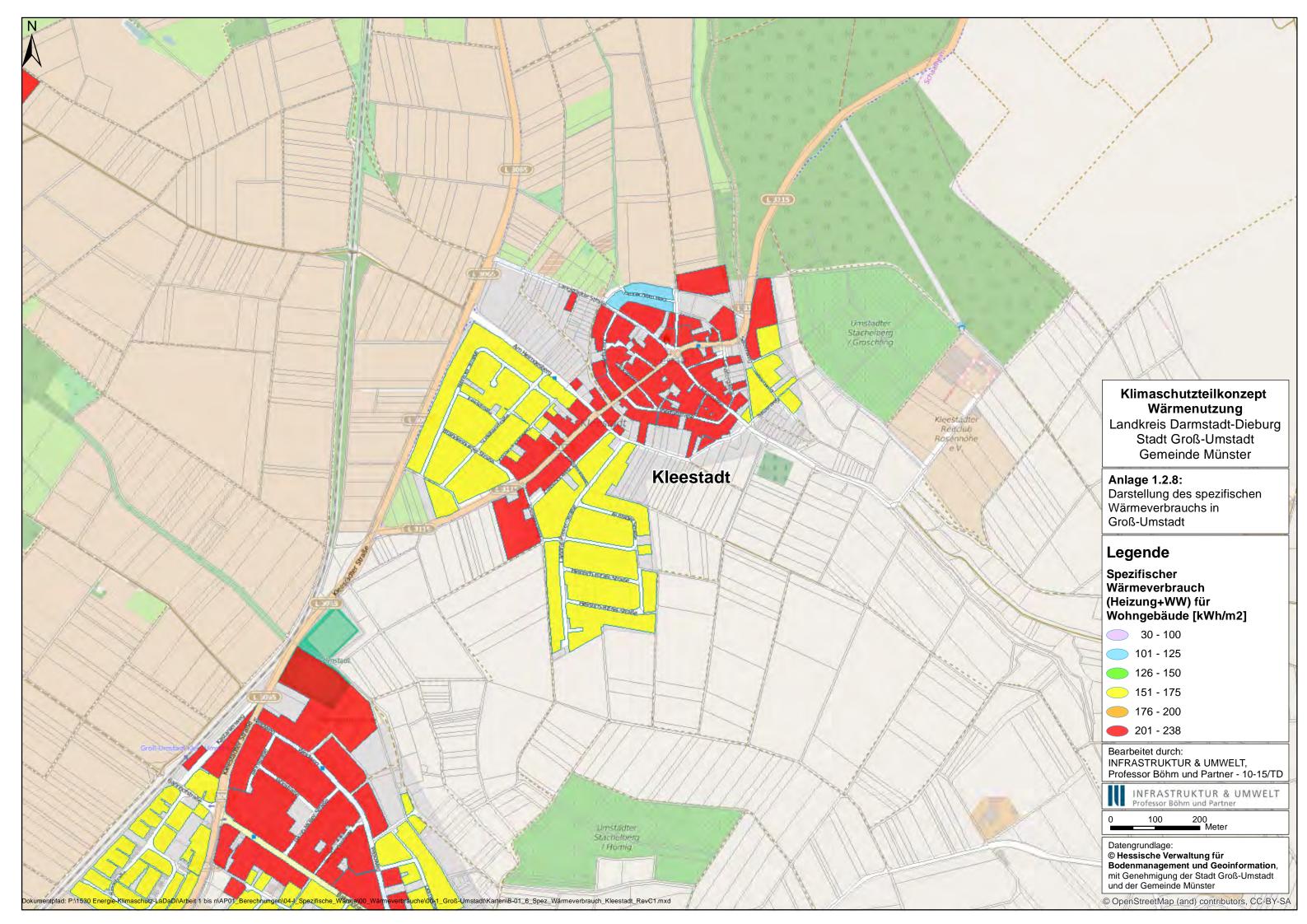


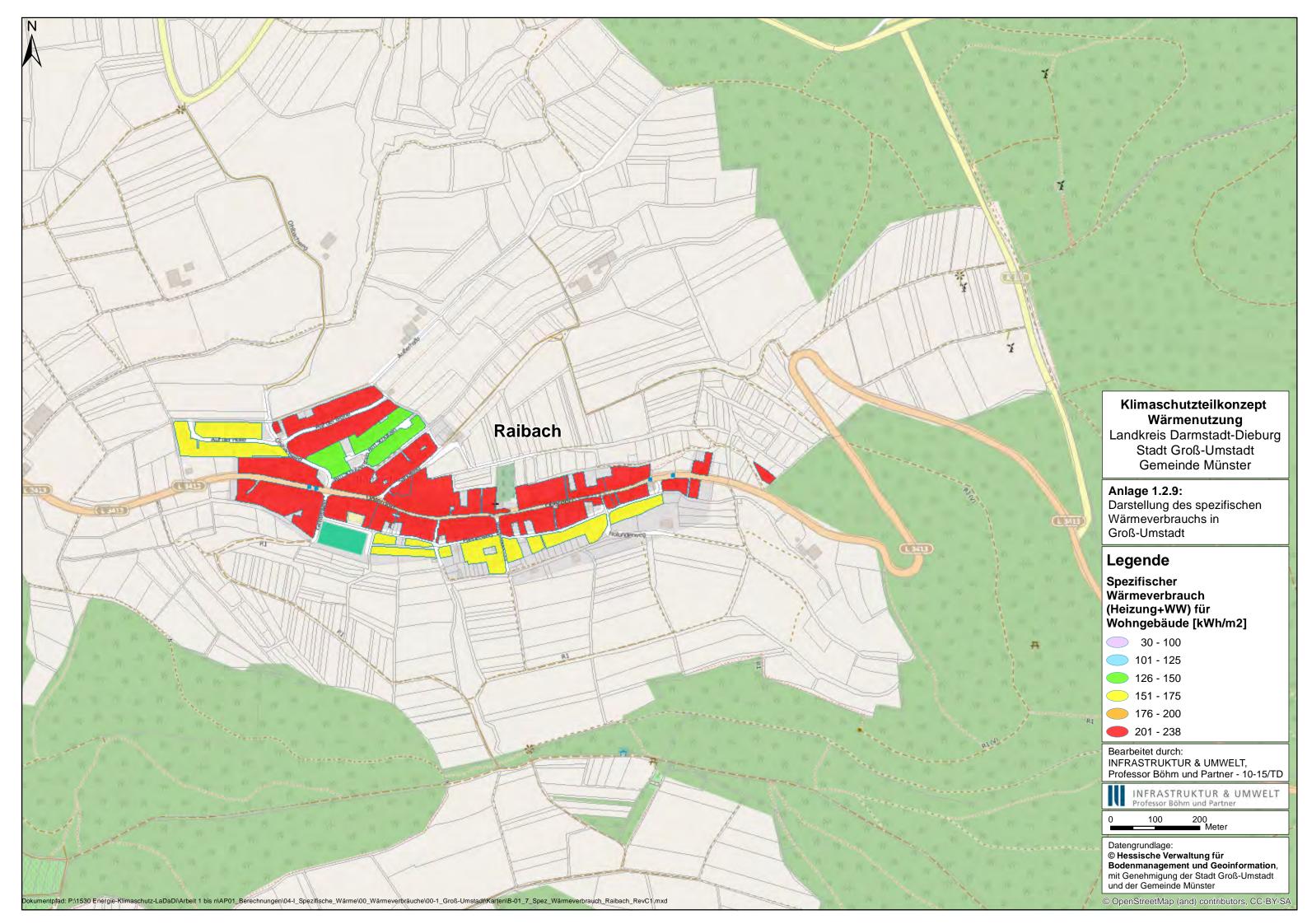


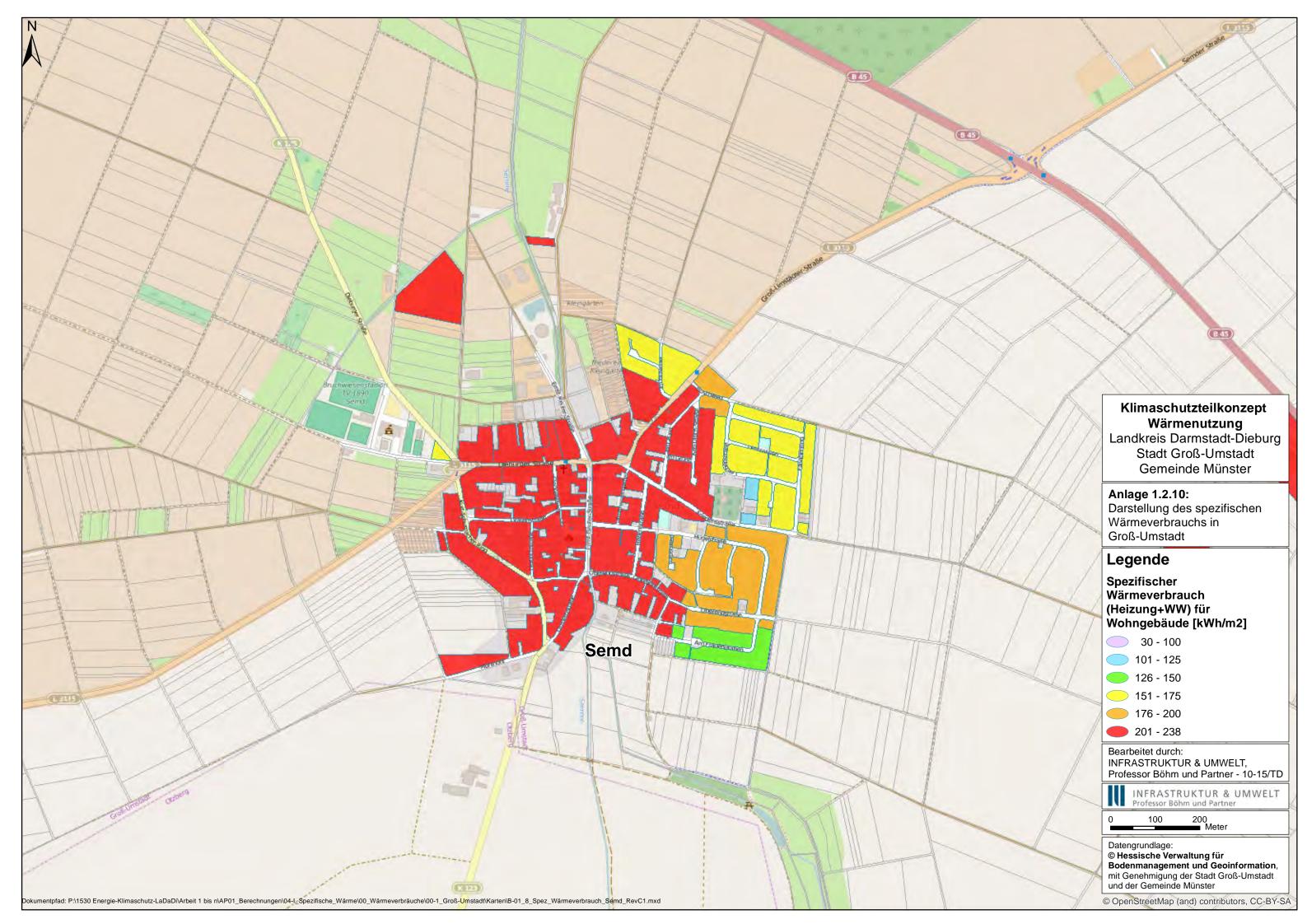


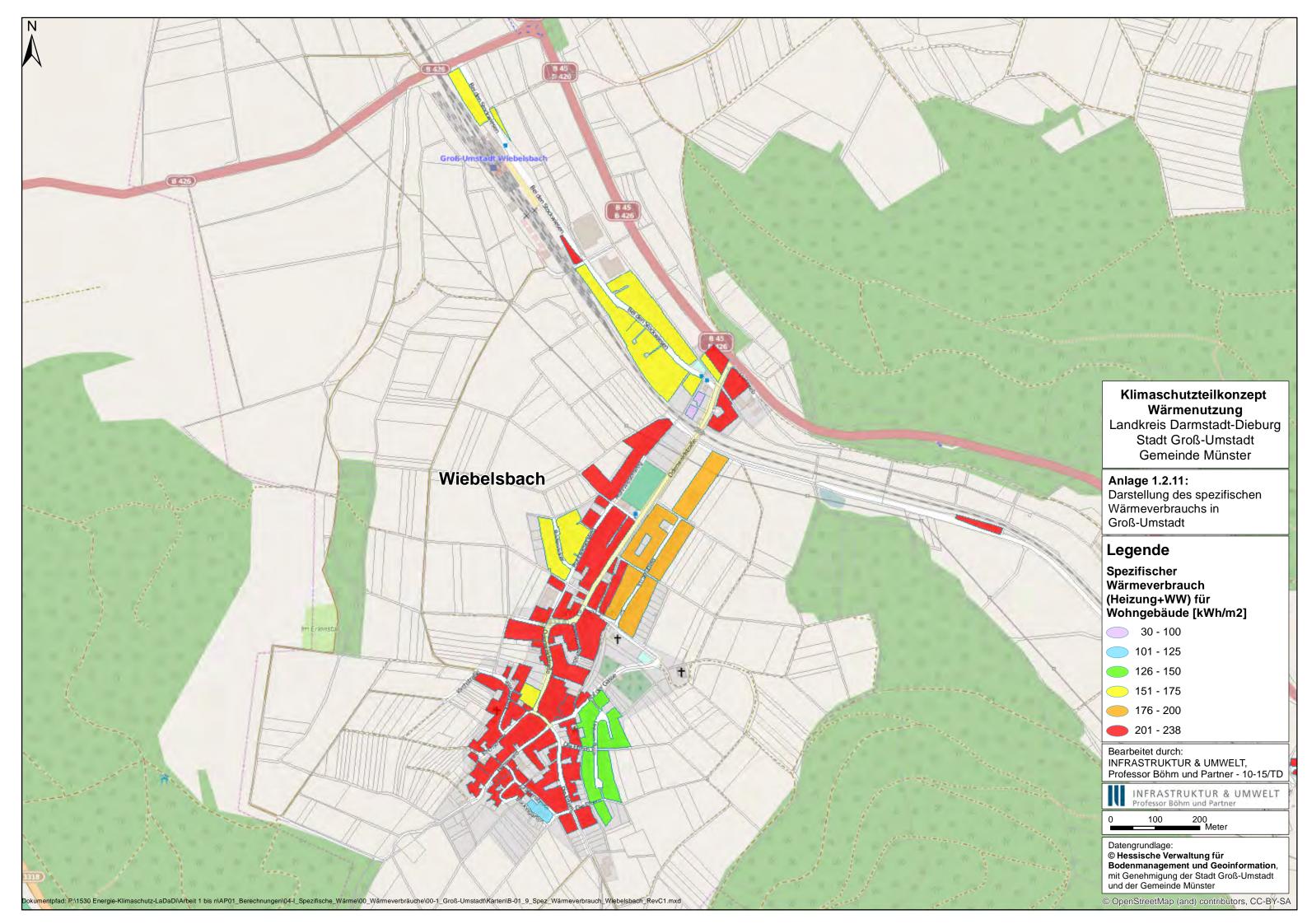


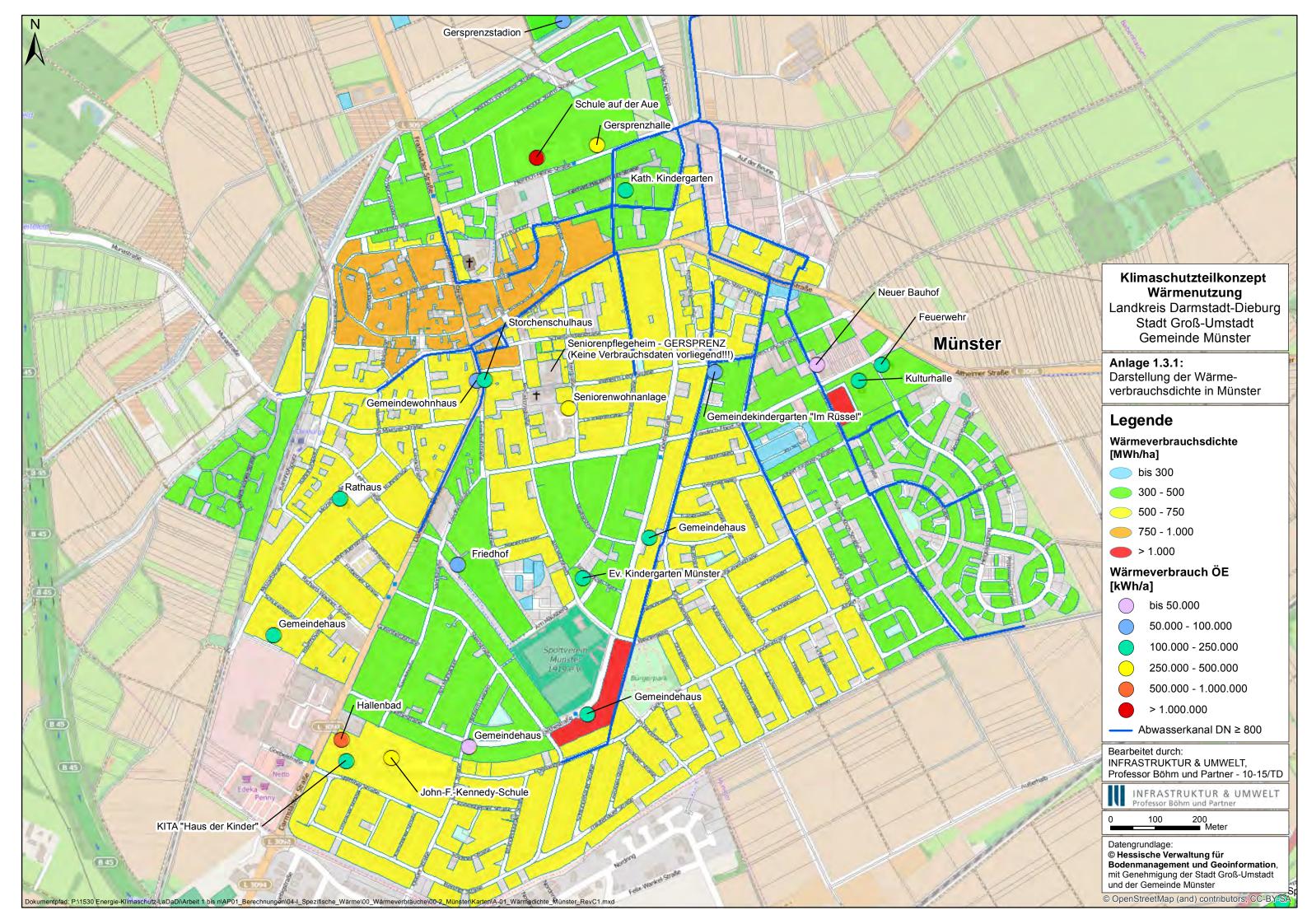


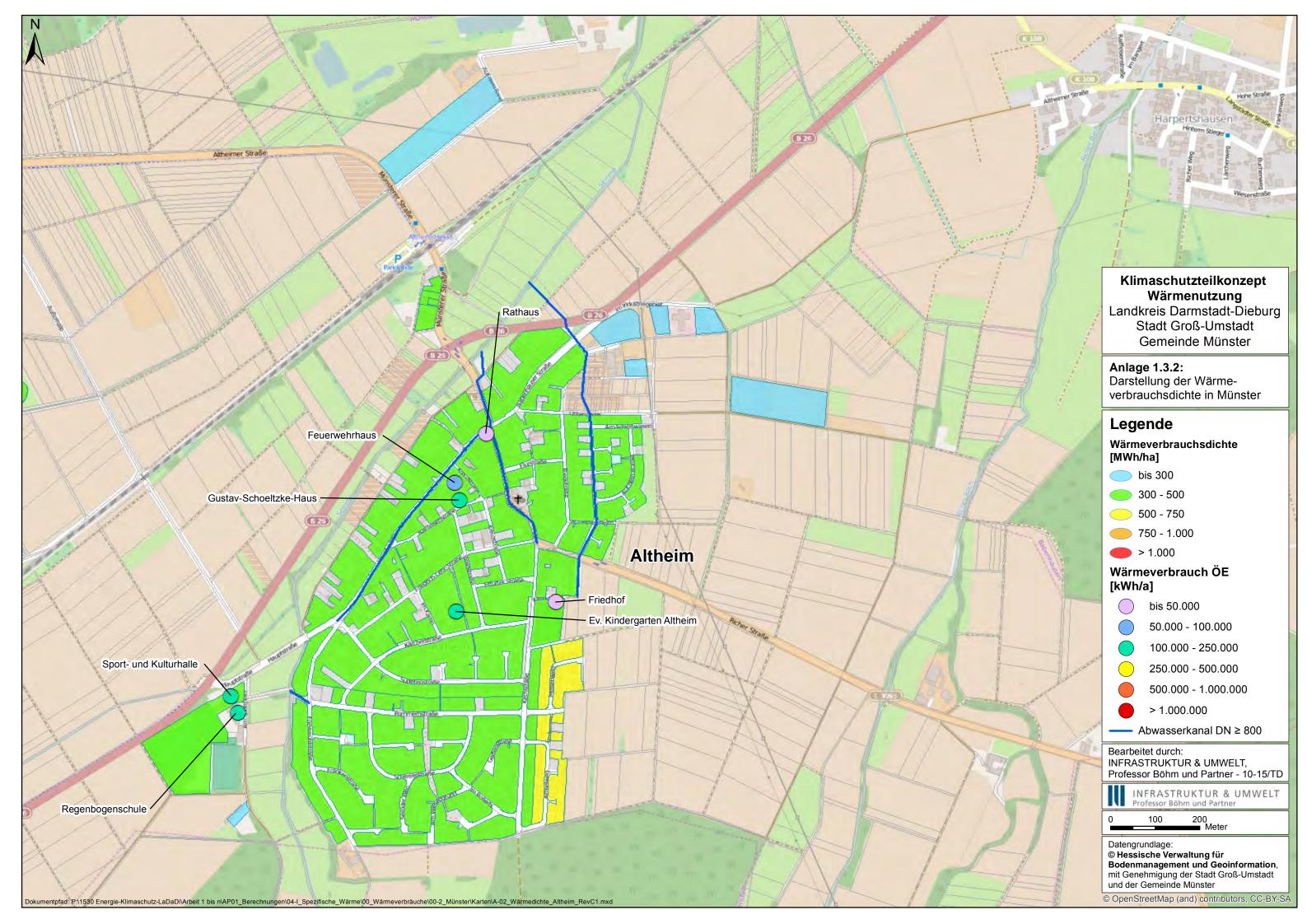


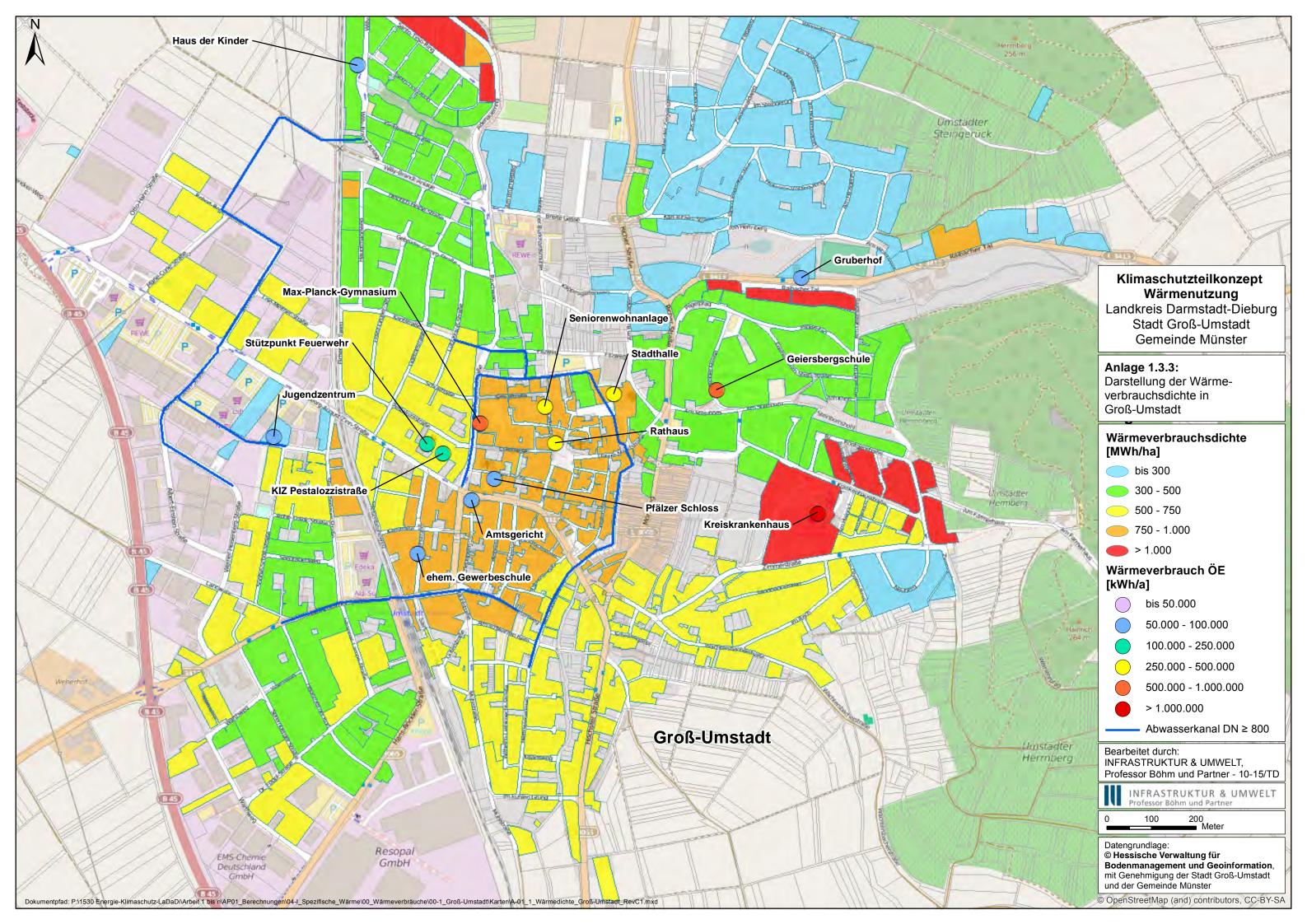


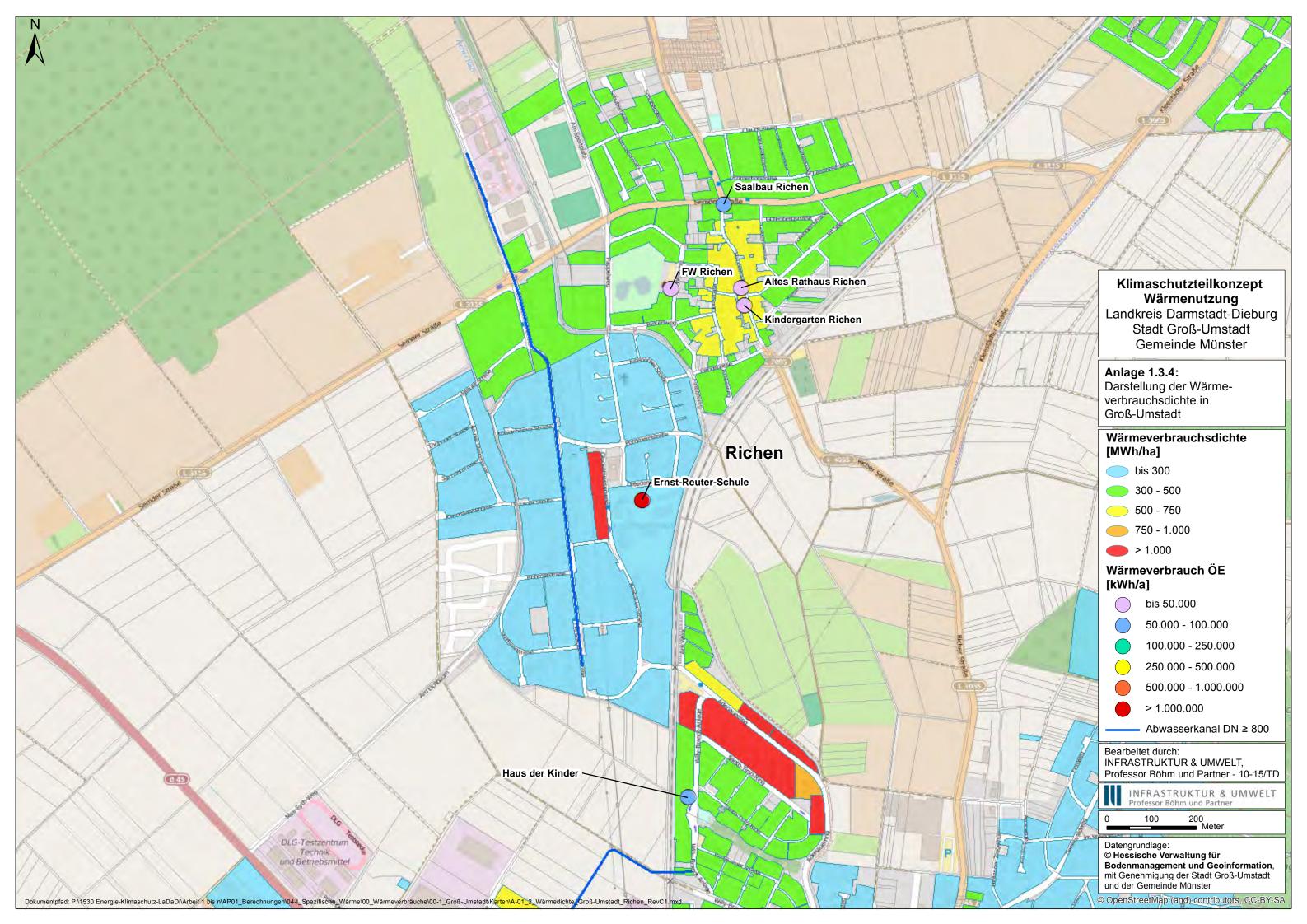


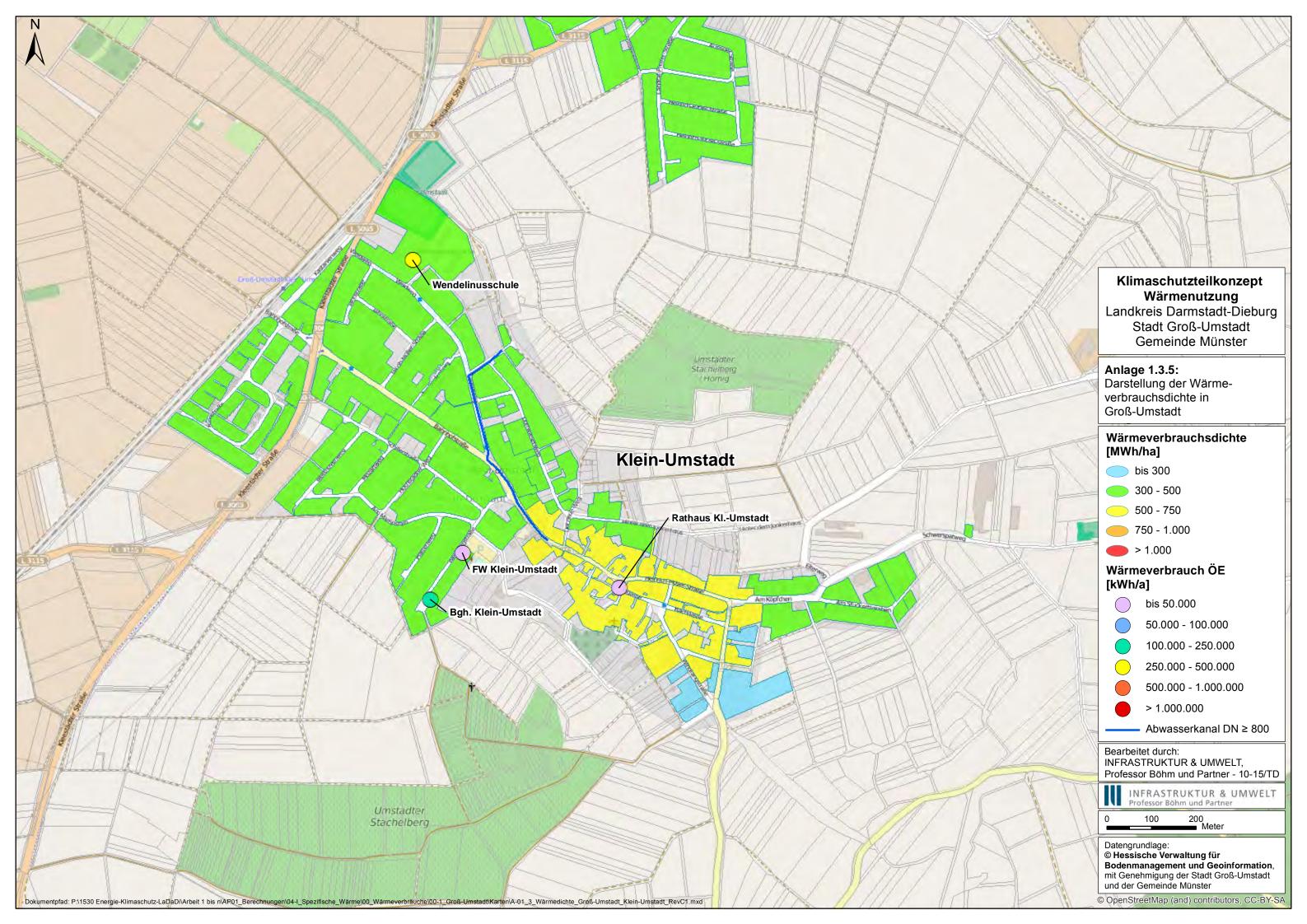


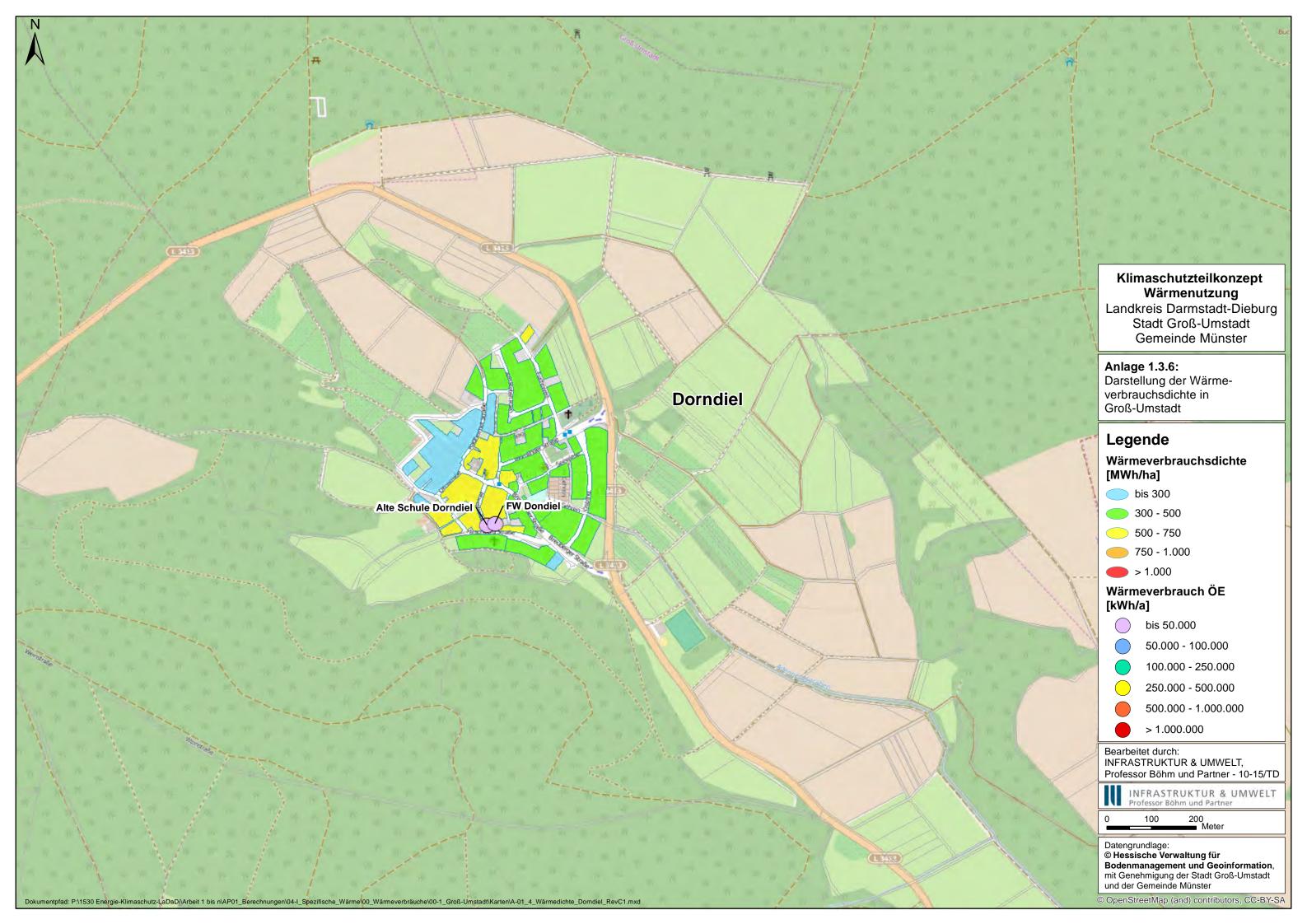


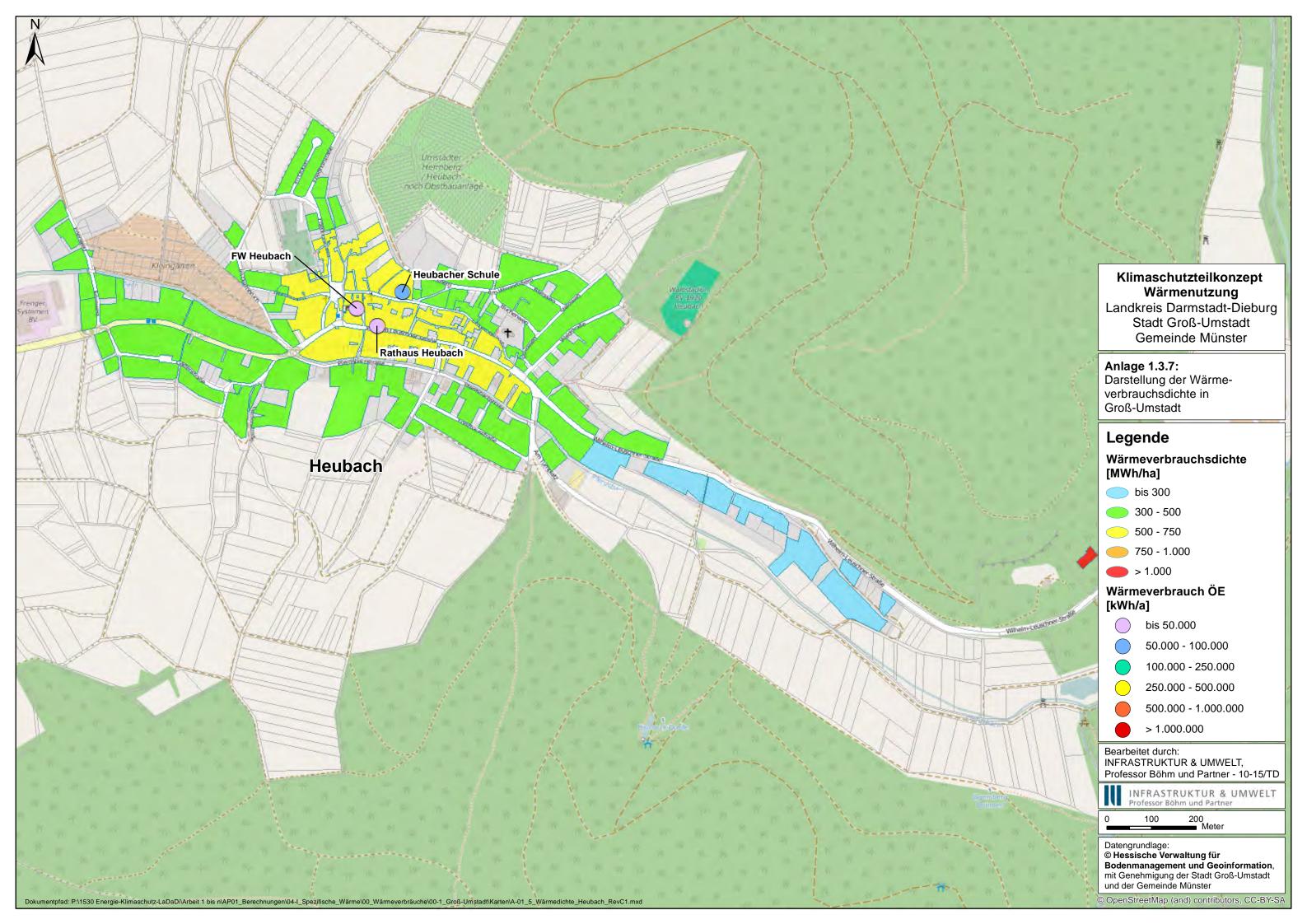


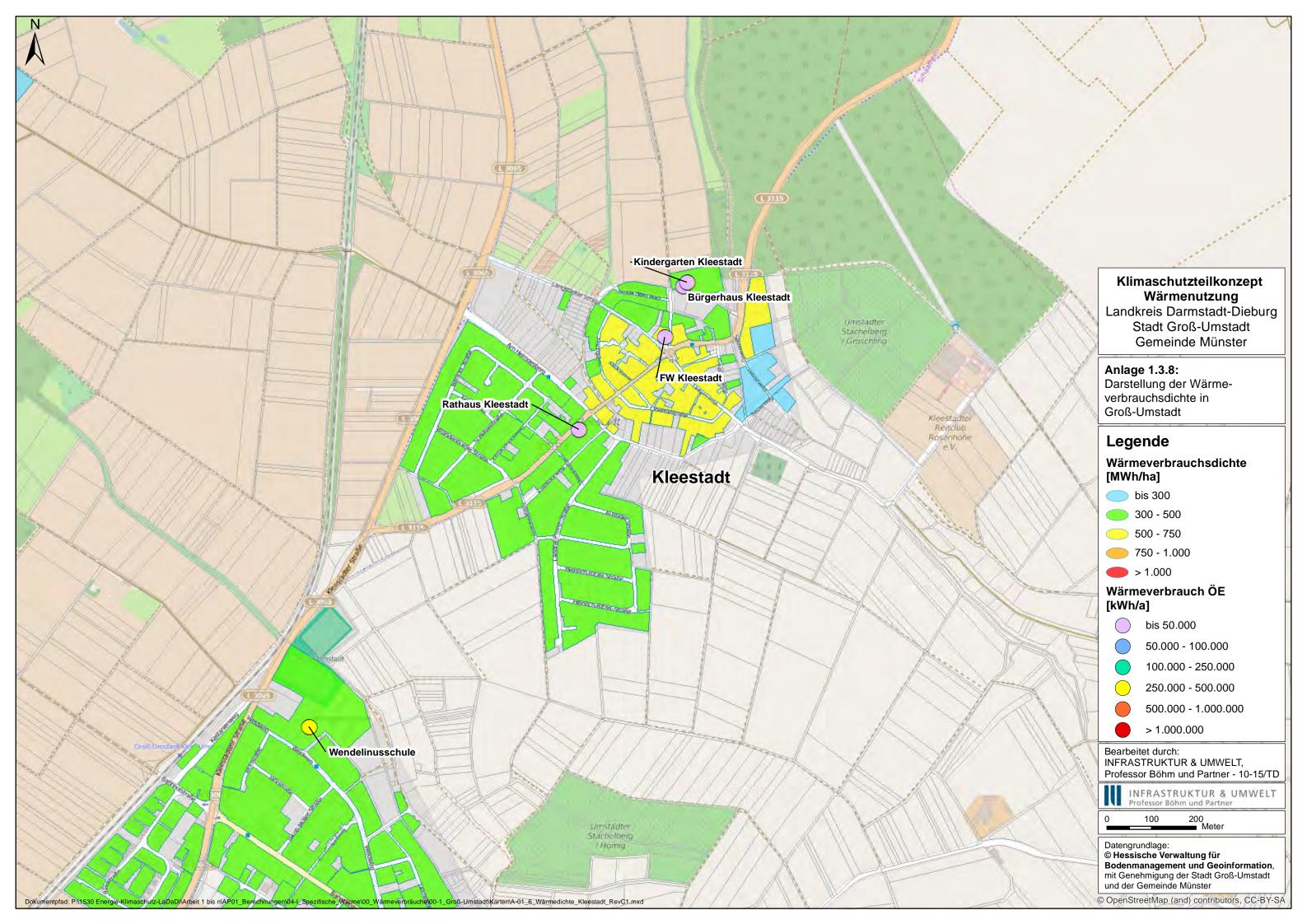


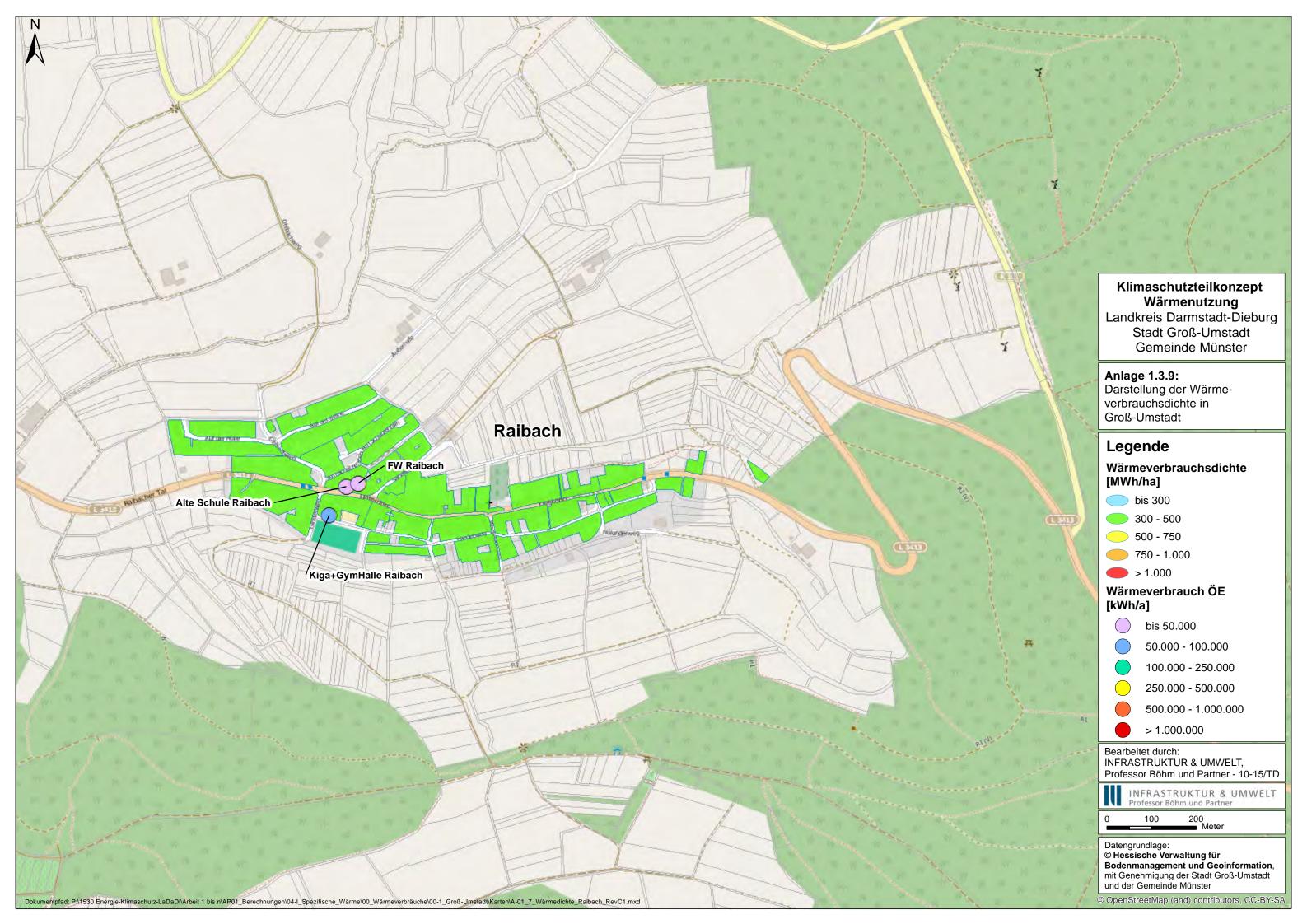


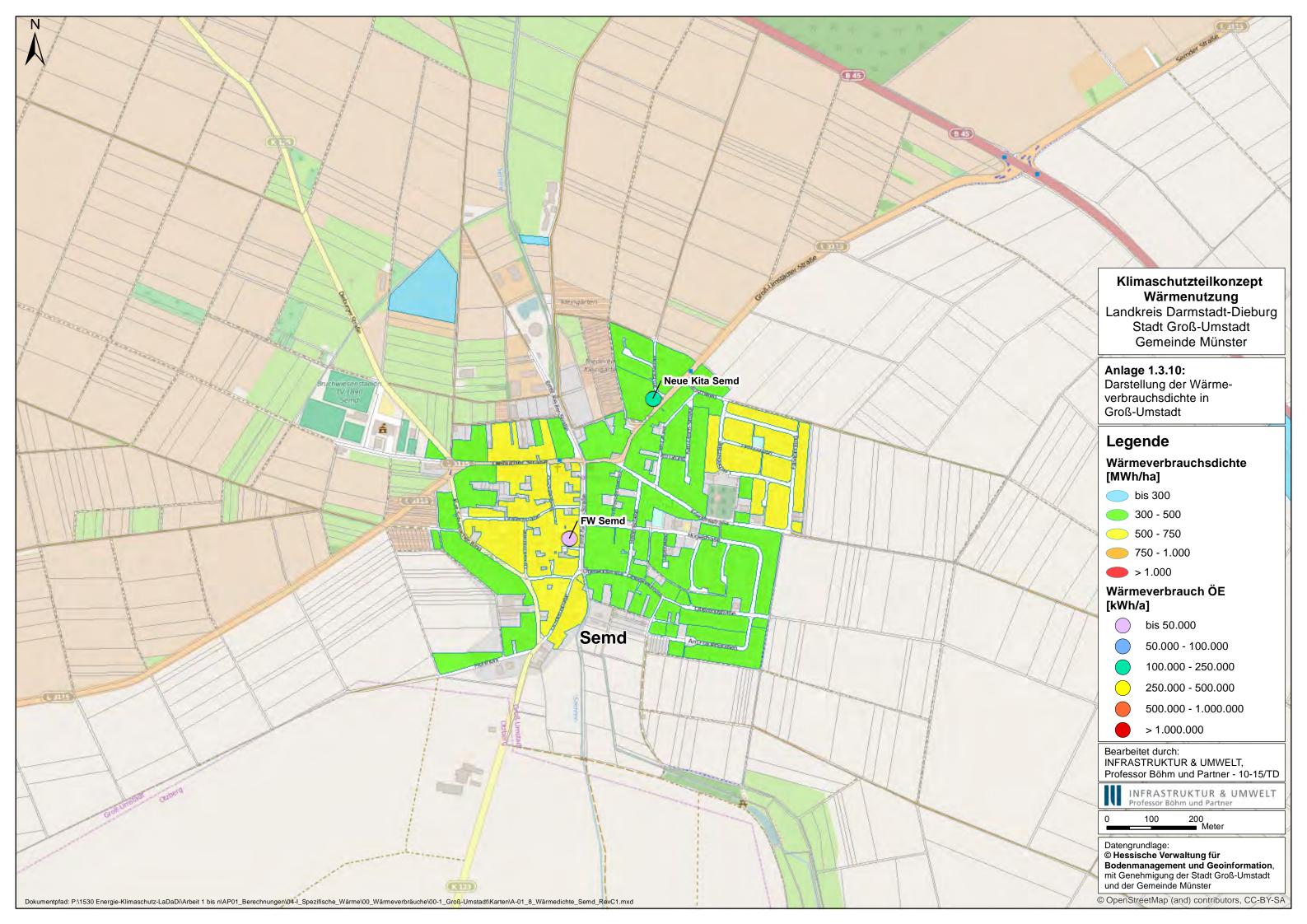


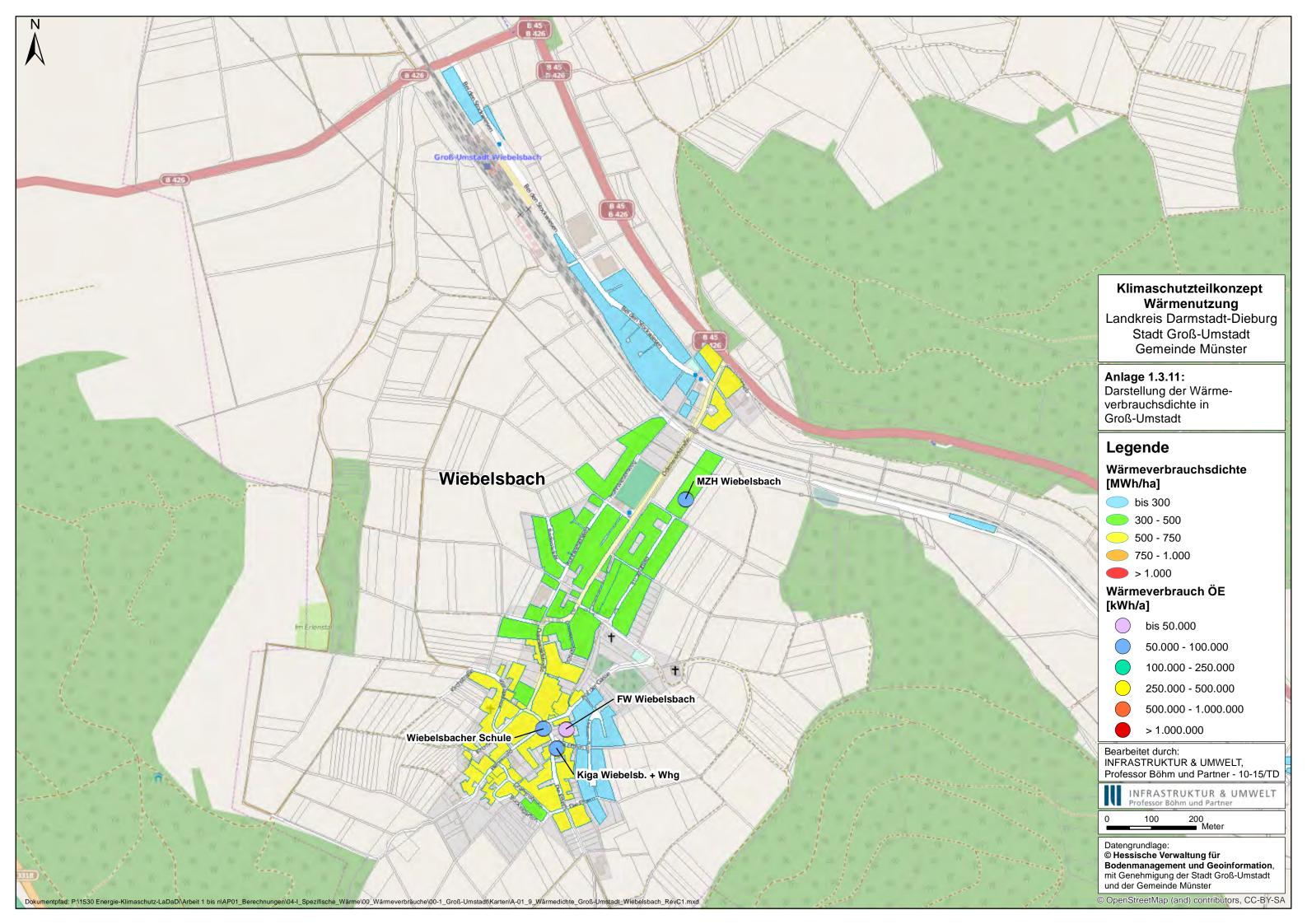


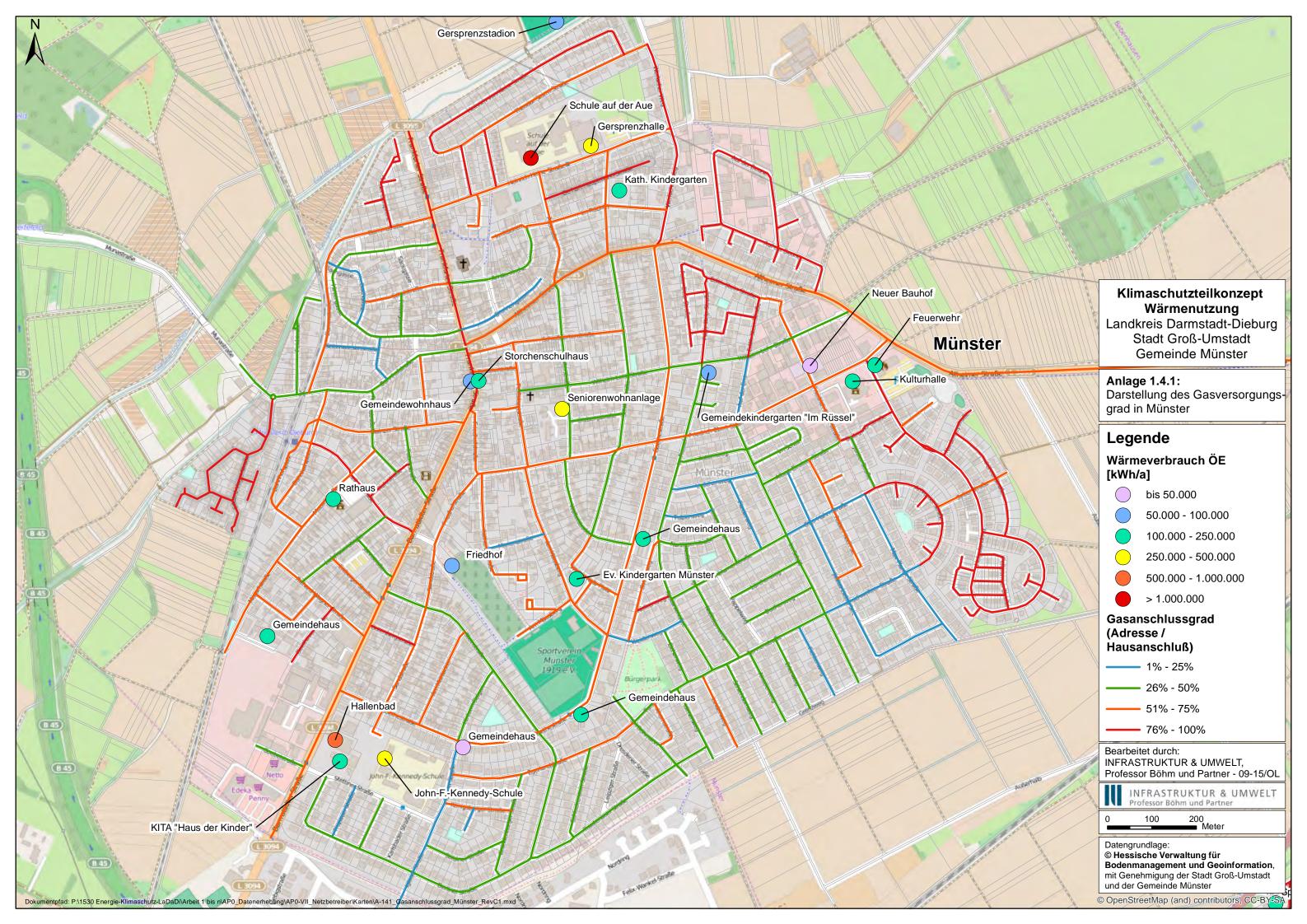


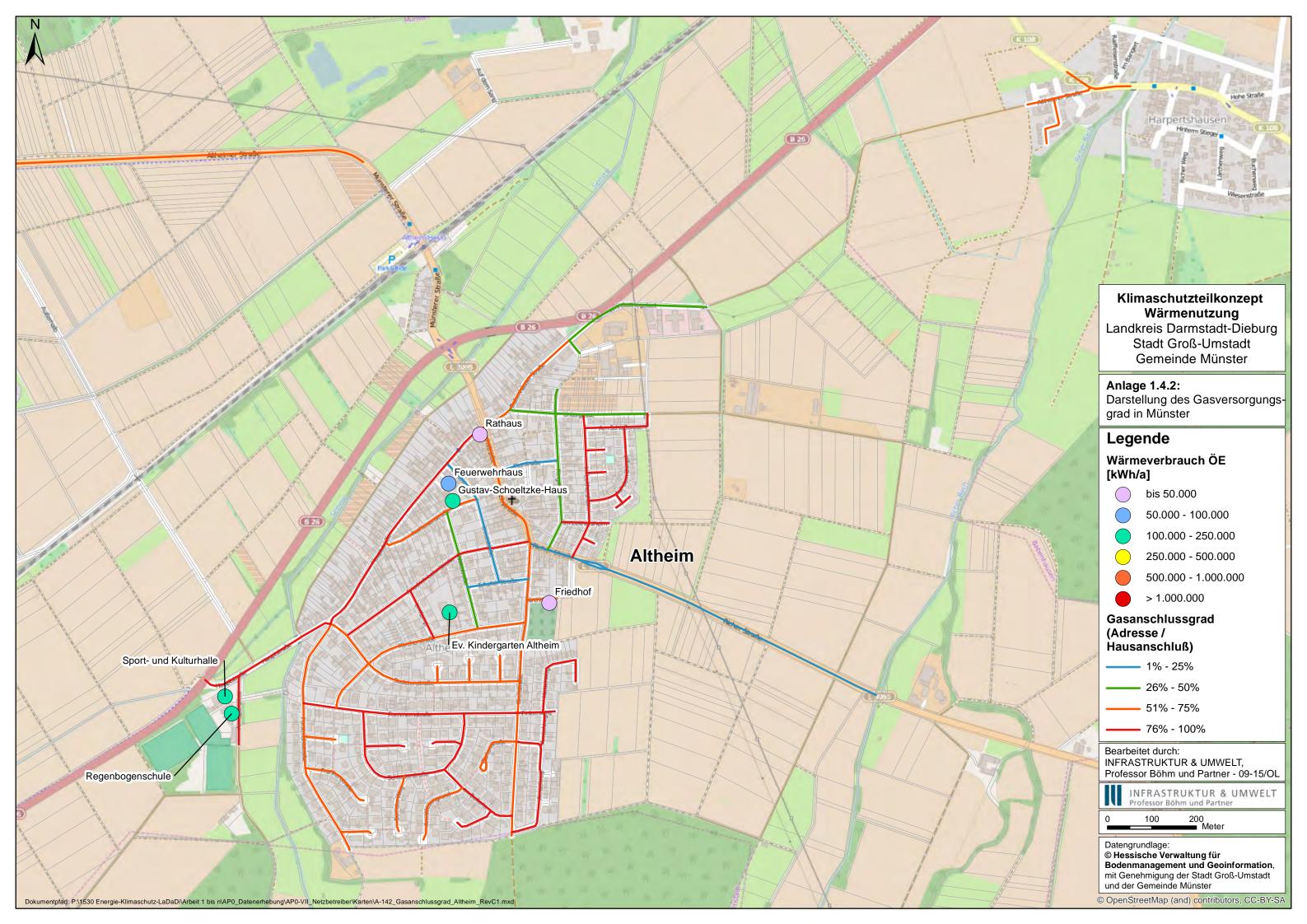


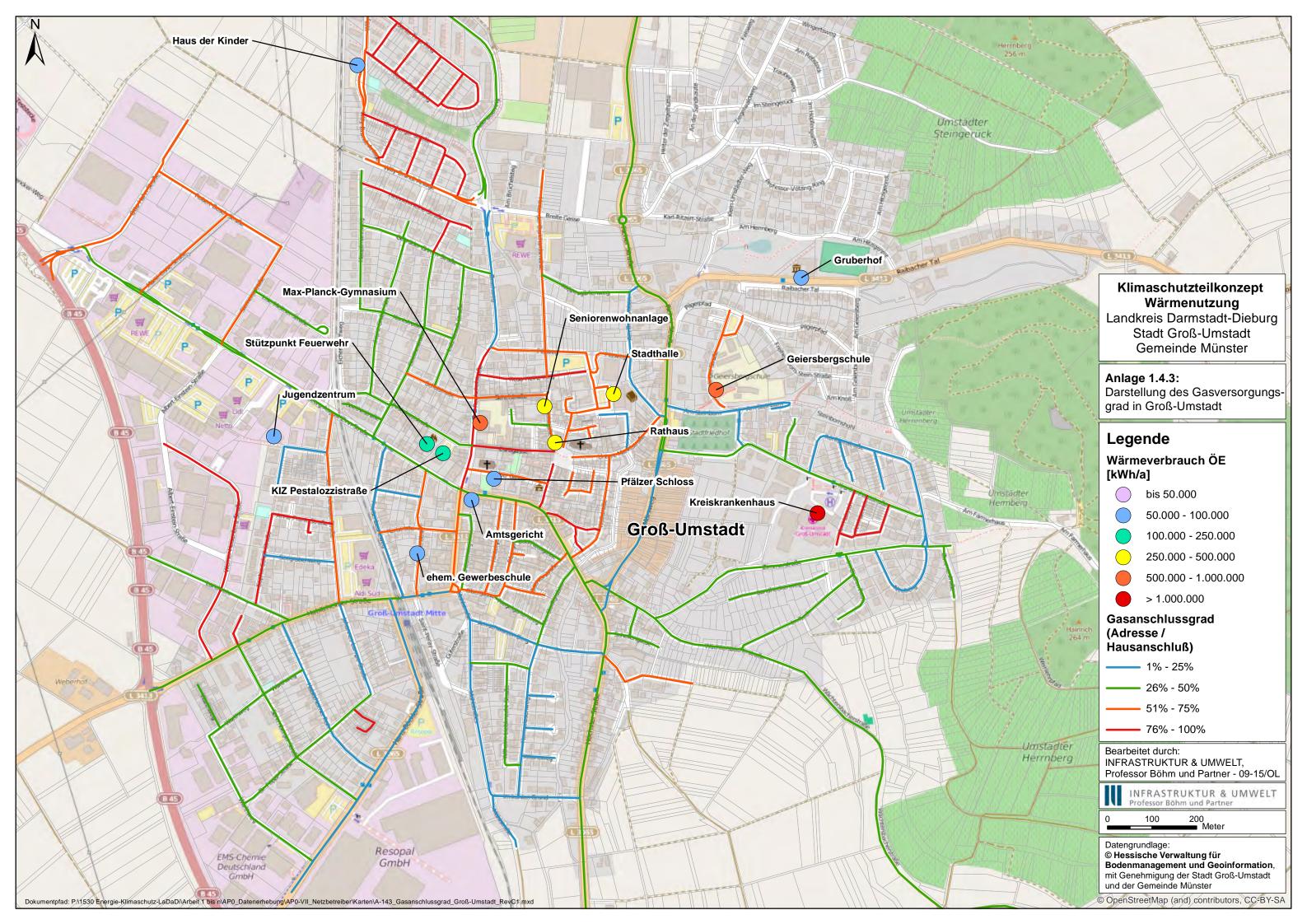




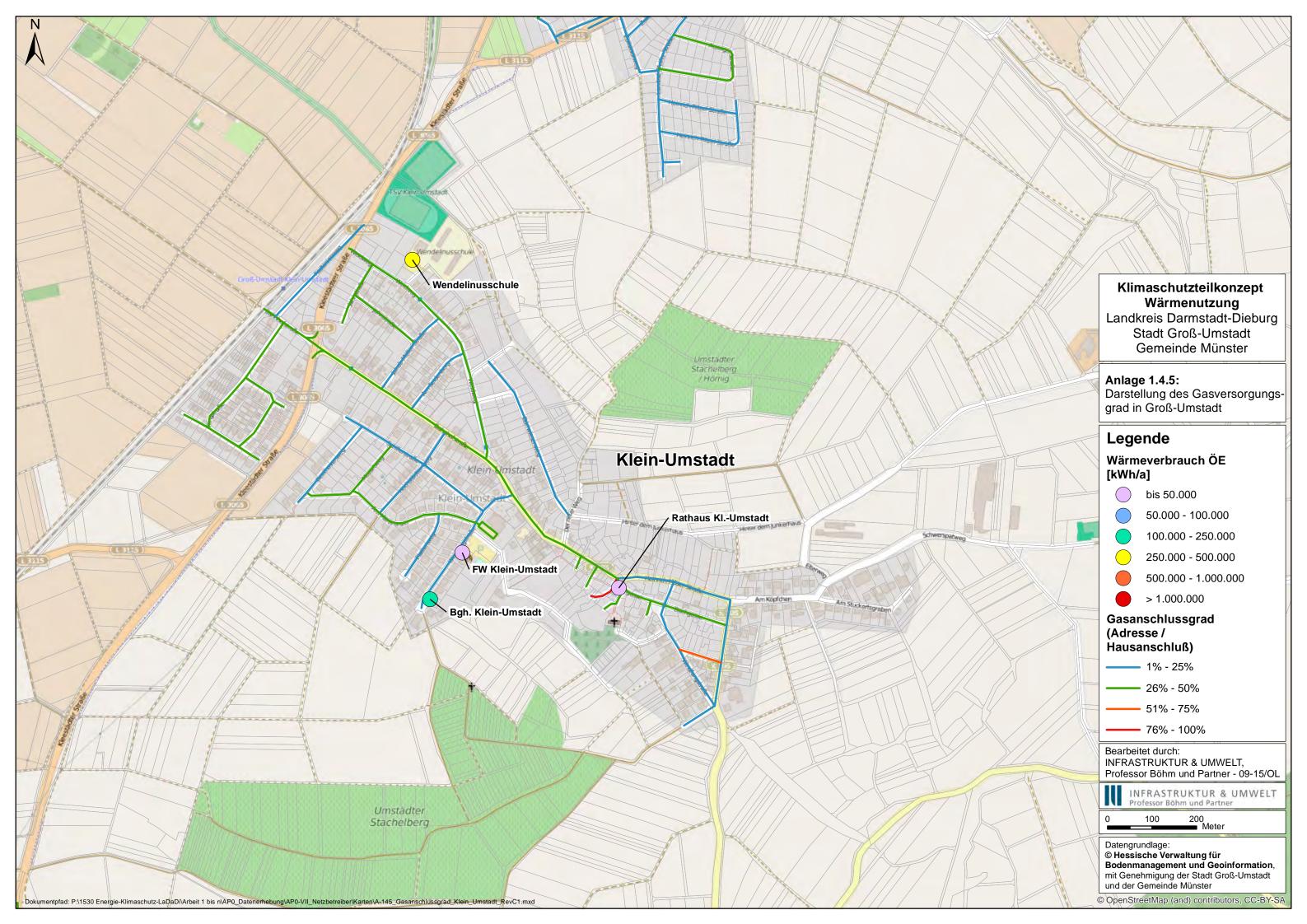


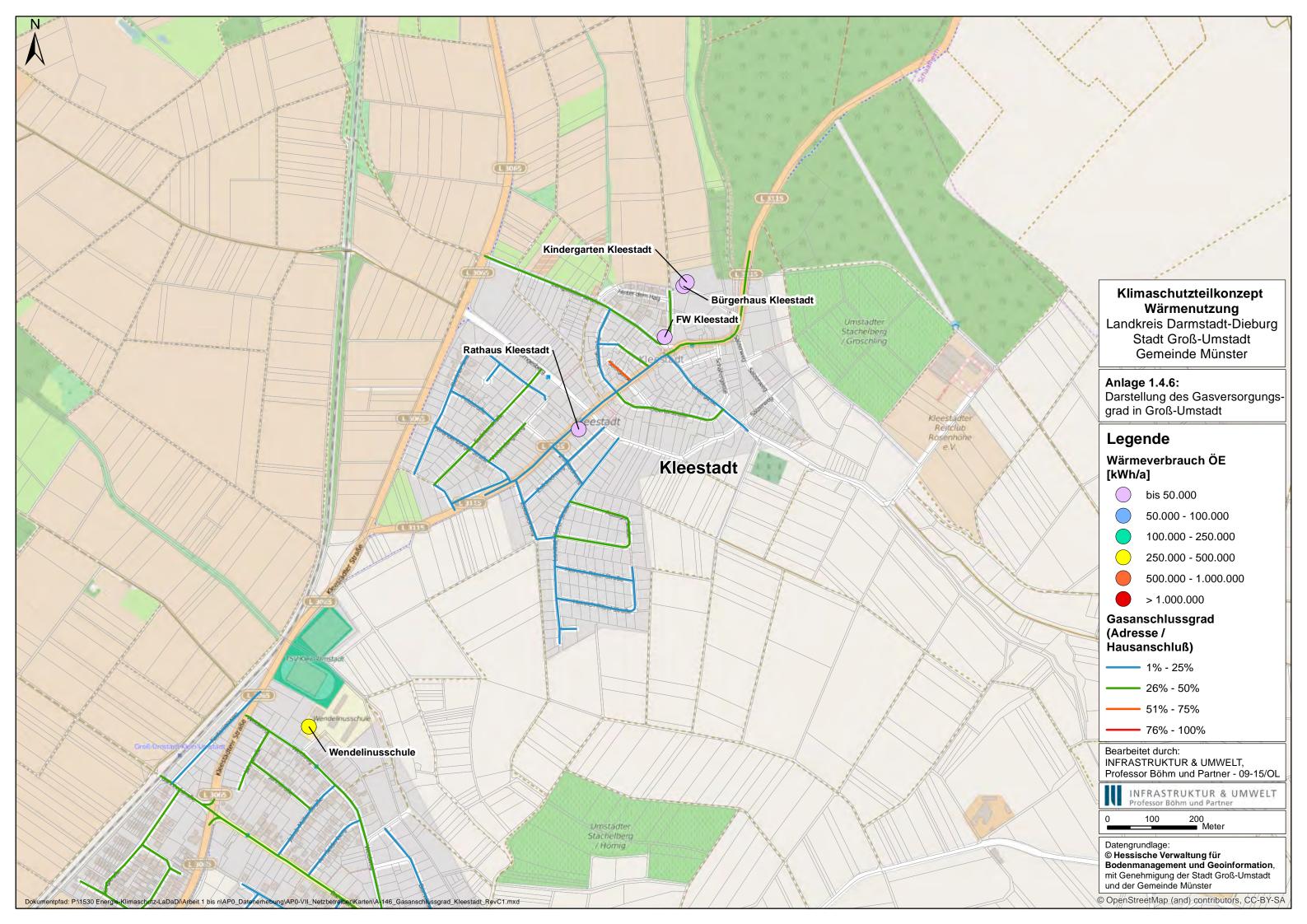


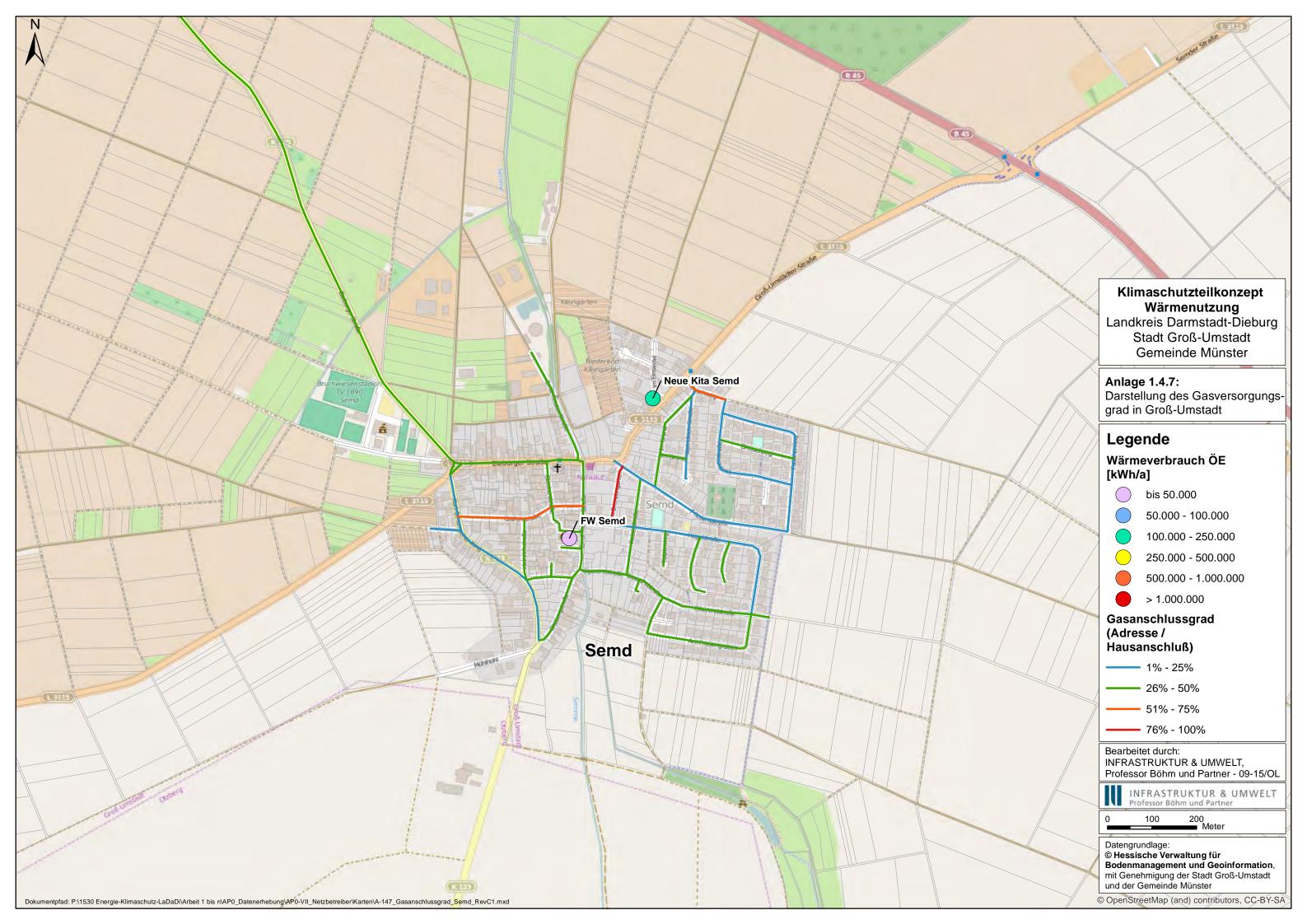


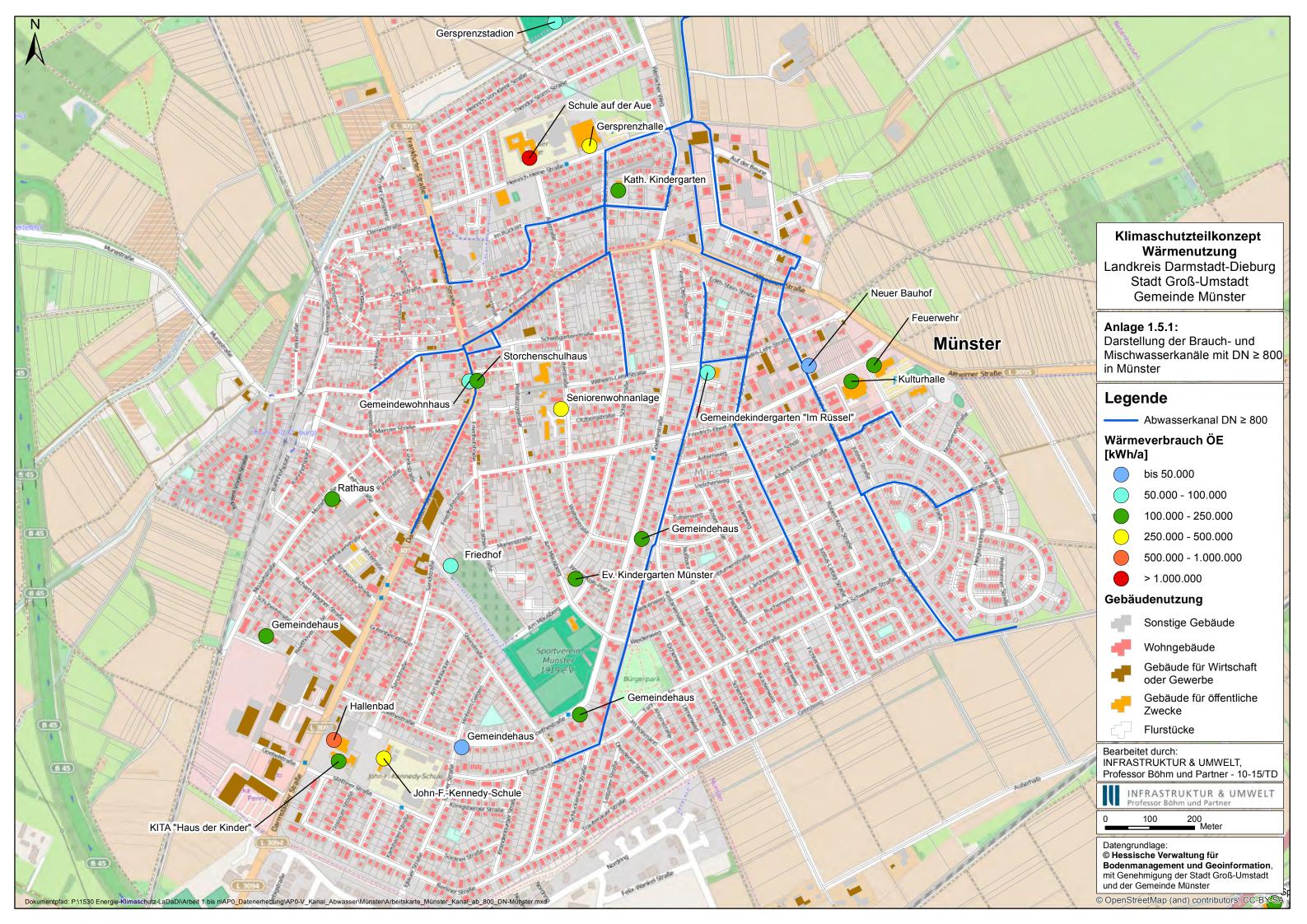


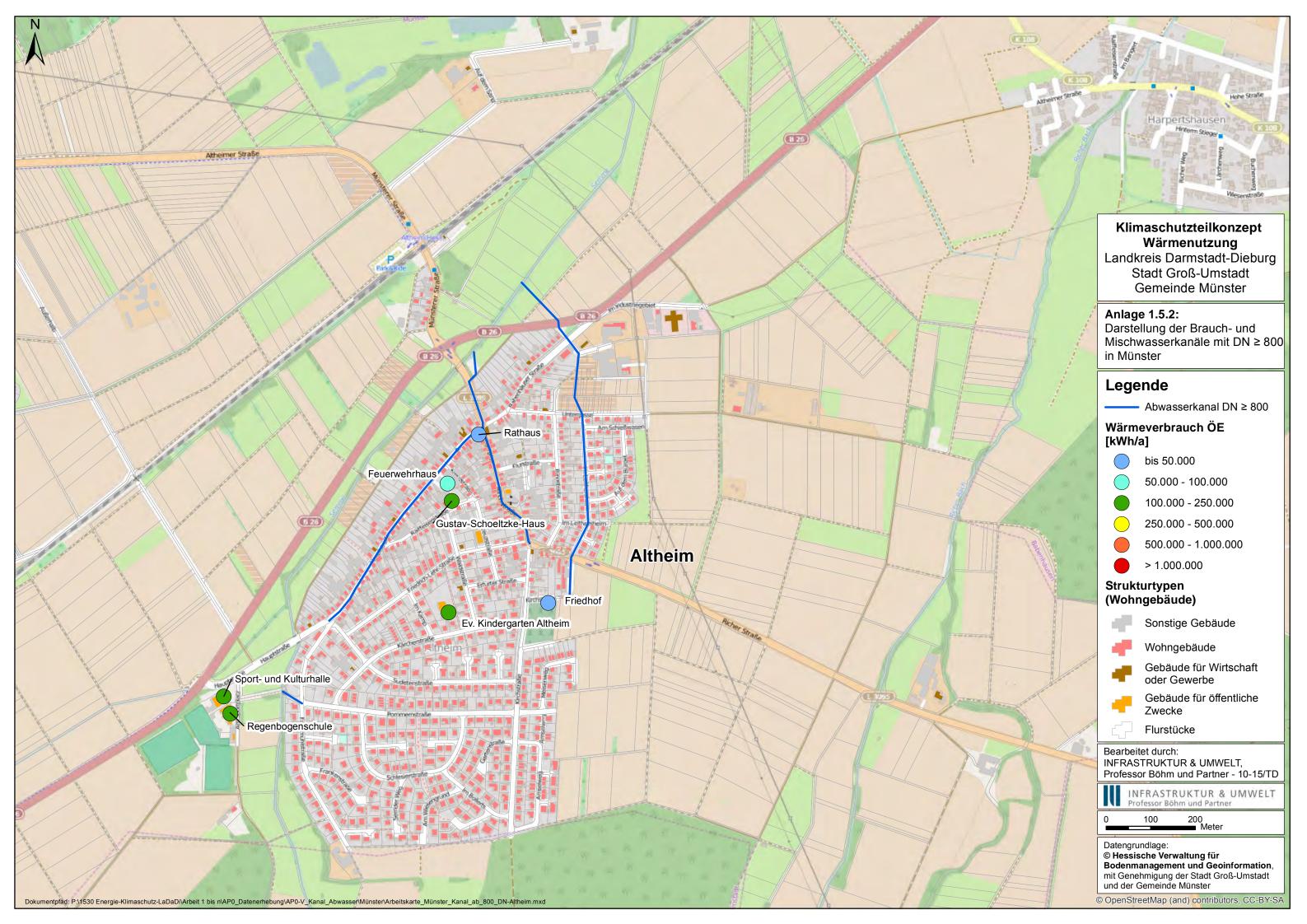


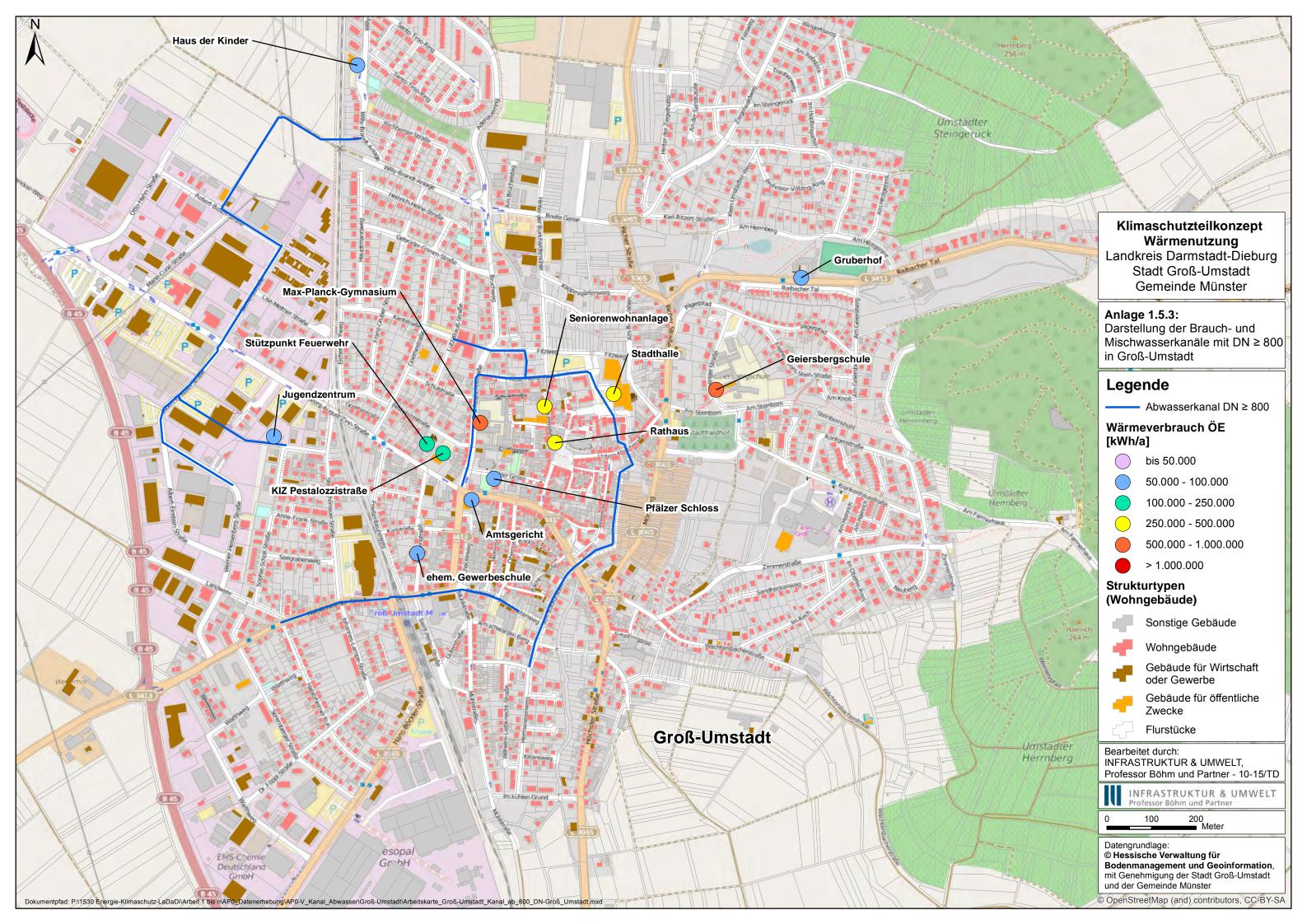


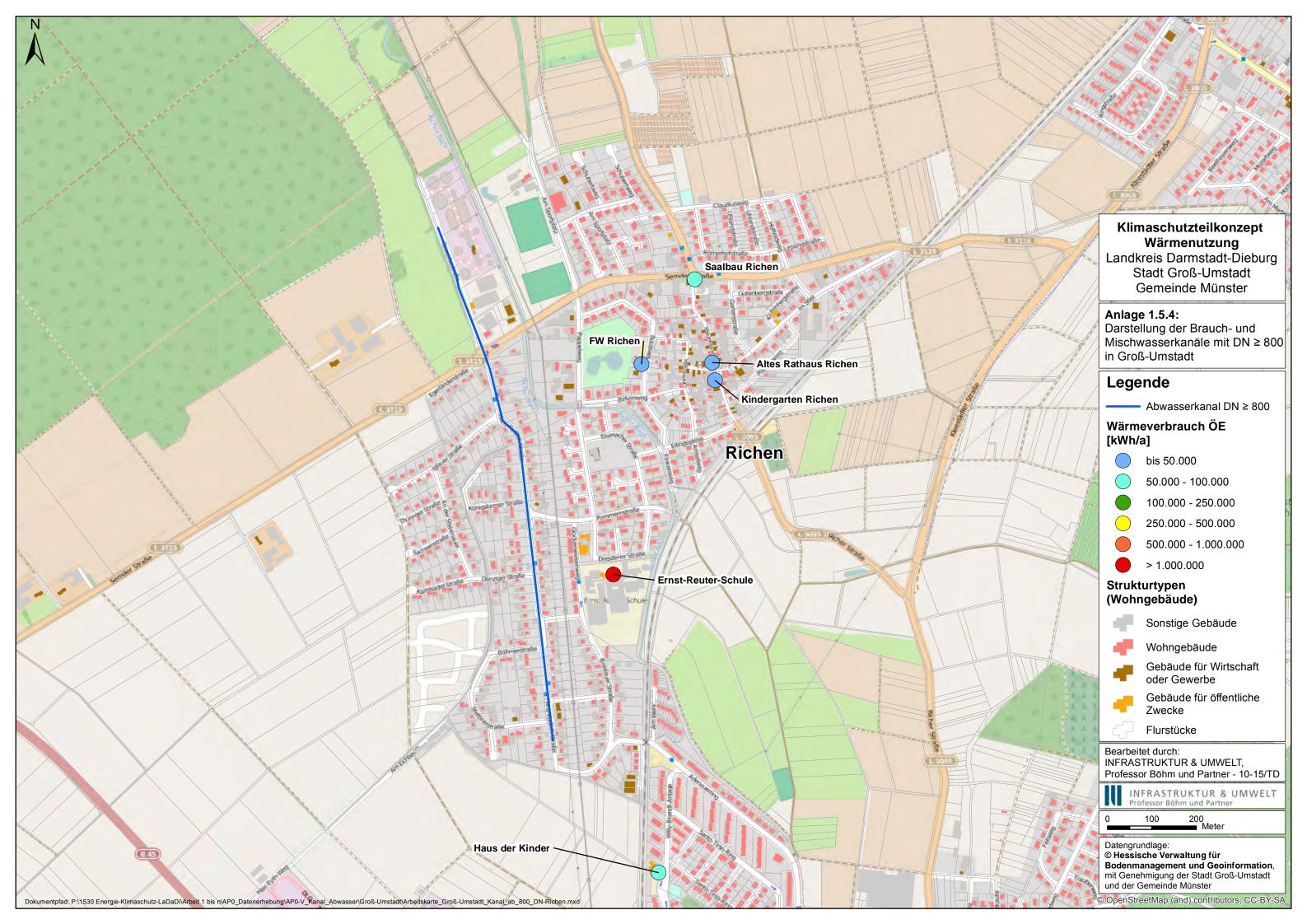


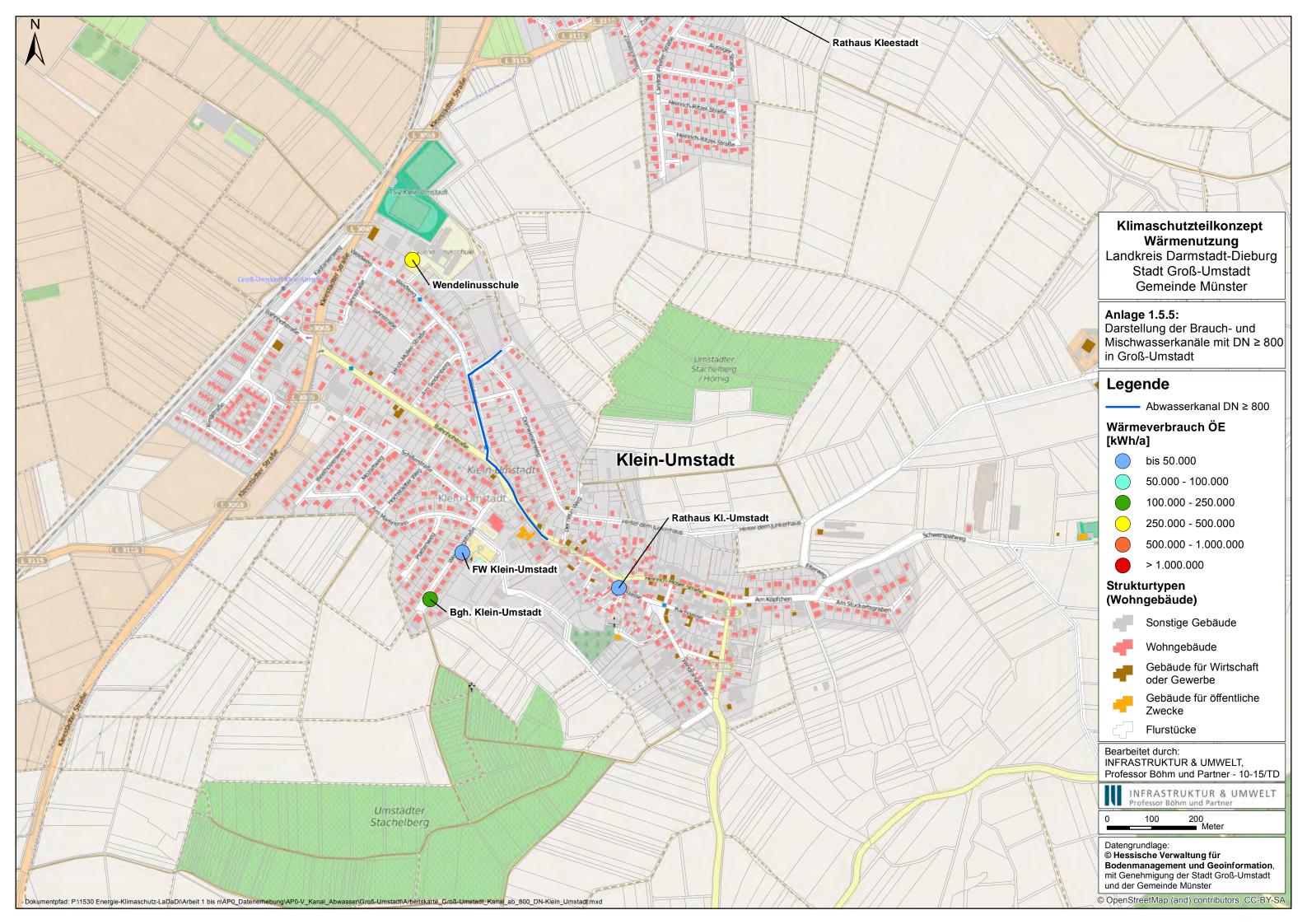












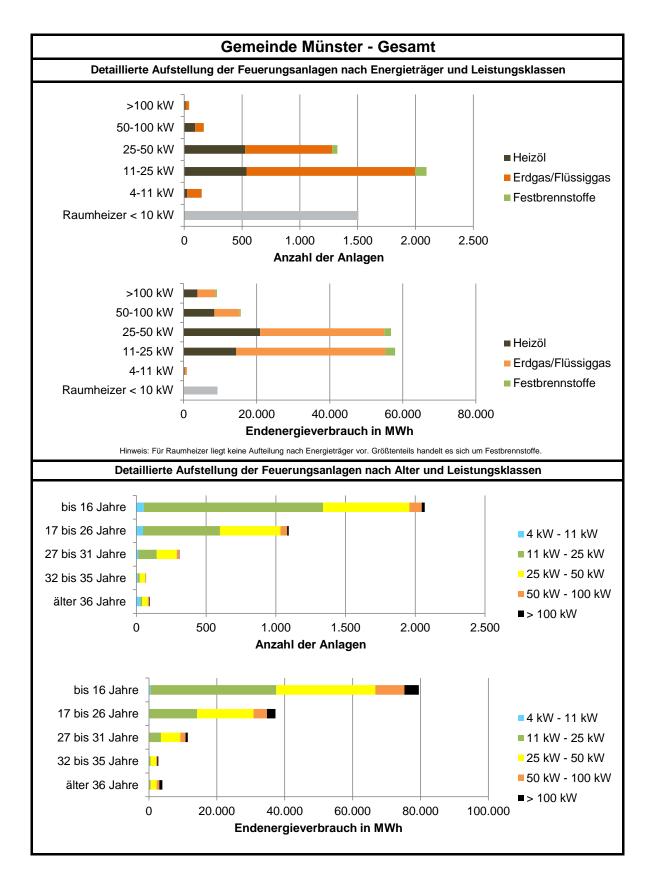
Anlage 2

Wärmesteckbriefe



		ster - Gesar		
Übersicht Wärme			nsteinfegerdatei	n
	Gemeinde - 0	Gesamt		
Wärmeenergieverbrauch gesamt (klimabereinigt)	157.16	9	-	[MWh/a]
davon Heizkessel und Raumheizer aus Schornsteinfegerdaten	149.549	95%	-	[MWh/a] Ante
Einwohner (EW)	14.417	,	-	[EW]
Anzahl der Anlagen davon Heizkessel (Hk)	5.291 3.633		<u>-</u>	[Stk.]
davon Raumheizer (Rh)	1.658		<u> </u>	[Stk.] [Stk.]
Installierte Leistung	121.62			[KW]
davon Heizkessel (Hk)	108.36			[kW]
davon Raumheizer (Rh)	13.264		-	[kW]
Heizkessel je EW	0,25		-	[Hk/EW]
inst. Leistung (Hk) je EW	8		-	[kW/EW]
Raumheizer je EW	0,12		-	[Rh/EW]
inst. Leistung (Rh) je EW	0,92		-	[kW/EW]
23%	Heizöl Erdgas/Flüssiggas Festbrennstoffe kl. Raumheizer)	58%	32%	HeizölErdgas/FlüssiggasFestbrennstoffe (inkl. Raumheizer)
57%	älter 36 Jahre 32 bis 35 Jahre 27 bis 31 Jahre 17 bis 26 Jahre bis 16 Jahre	Endenerg	gieverbrauch nac	■älter 36 Jahre ■32 bis 35 Jahre ■27 bis 31 Jahre
Anzahl der Anlagen nach Leistu 3% 1%		6	everbrauch nach	
25% 32%	■4 kW - 11 kW ■11 kW - 25 kW ■25 kW - 50 kW ■50 kW - 100 kW ■> 100 kW	38%	38%	■4 kW - 11 kW ■11 kW - 25 kW ■25 kW - 50 kW ■50 kW - 100 kW ■> 100 kW

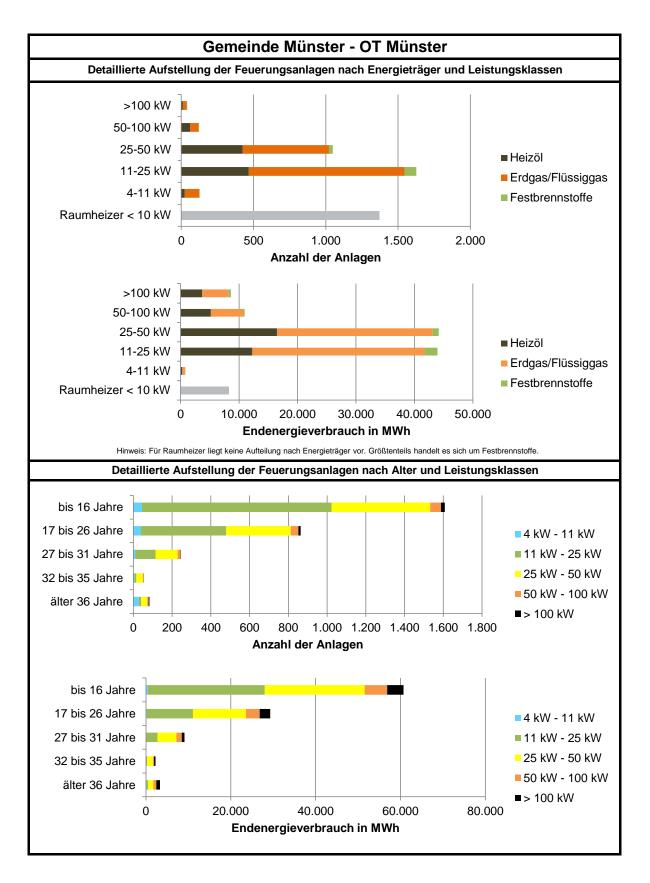






	einde Münst			
Übersicht Wärmes	teckbrief: Auswe	rtung der S	chornsteinfegerdaten	
	Gemeinde - 0	Gesamt	OT Münster	
Wärmeenergieverbrauch gesamt (klimabereinigt)	157.16	9	-	[MWh/a]
davon Heizkessel und Raumheizer aus Schornsteinfegerdaten	149.549	95%	116.667	[MWh/a] Ante
Einwohner (EW)	14.417		11.588	[EW]
Anzahl der Anlagen	5.291		4.338	[Stk.]
davon Heizkessel (Hk)	3.633		2.838	[Stk.]
davon Raumheizer (Rh)	1.658		1.500	[Stk.]
Installierte Leistung	121.62	9	97.561	[kW]
davon Heizkessel (Hk)	108.36	5	85.561	[kW]
davon Raumheizer (Rh)	13.264	1	12.000	[kW]
Heizkessel je EW	0,25		0,24	[Hk/EW]
inst. Leistung (Hk) je EW	8		7	[kW/EW]
Raumheizer je EW	0,12		0,13	[Rh/EW]
inst. Leistung (Rh) je EW	0,92		1,04	[kW/EW]
23% = F6 (inkl	eizöl rdgas/Flüssiggas estbrennstoffe . Raumheizer)	57%	33%	■ Heizöl ■ Erdgas/Flüssigga ■ Festbrennstoffe (inkl. Raumheizer)
Anzahl der Anlagen nach Alters	sklasse	End	denergieverbrauch nach	a Altersklasse
56% 30% =1	alter 36 Jahre 32 bis 35 Jahre 27 bis 31 Jahre 17 bis 26 Jahre bis 16 Jahre	58%	289	■ älter 36 Jahre ■ 32 bis 35 Jahre ■ 27 bis 31 Jahre ■ 17 bis 26 Jahre ■ bis 16 Jahre
Anzahl der Anlagen nach Leistun	gsklasse	Ende	nergieverbrauch nach L	eistungsklasse
24% 35%	■ 4 kW - 11 kW ■ 11 kW - 25 kW ■ 25 kW - 50 kW ■ 50 kW - 100 kW ■ > 100 kW		7% 8% 0% 37%	■4 kW - 11 kW ■11 kW - 25 kW ■25 kW - 50 kW ■50 kW - 100 kW ■> 100 kW

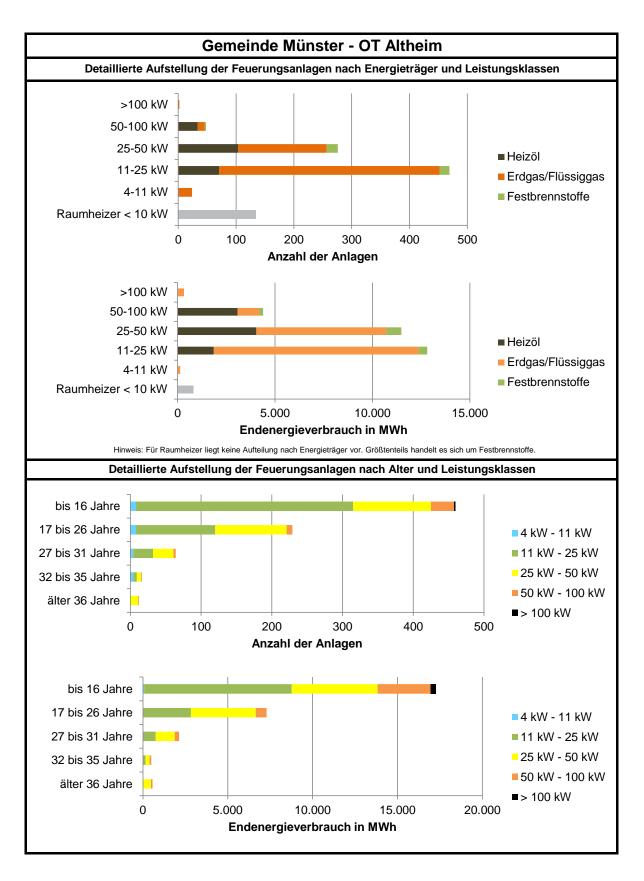






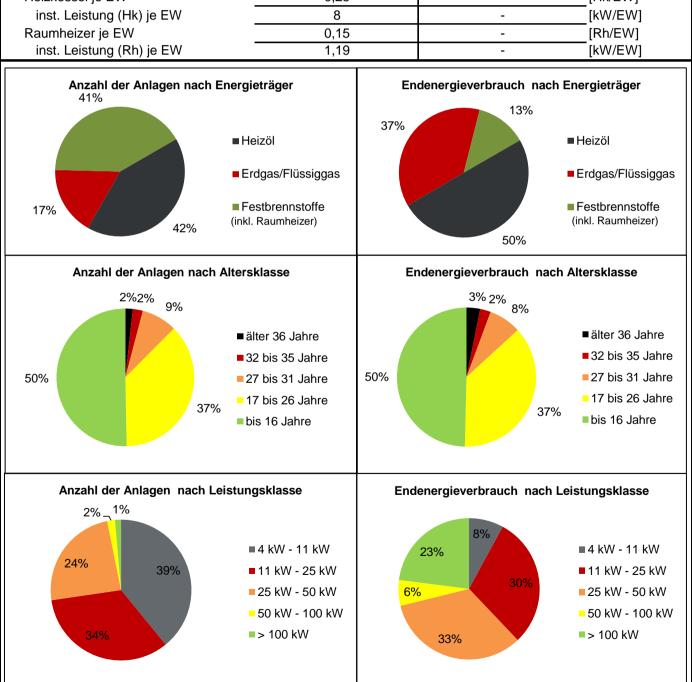
	Semeinde Münst			
Ubersicht Wä	irmesteckbrief: Auswe		_	en
	Gemeinde - C	Sesamt	OT Altheim	
Wärmeenergieverbrauch gesam			-	[MWh/a]
(klimabereinigt)	157.169	9		
davon Heizkessel und Raumh	eizer			
aus Schornsteinfegerdaten	149.549	95%	29.936	[MWh/a] Ante
Einwohner (EW)	14.417		2.545	[EW]
Anzahl der Anlagen	5.291		953	[Stk.]
davon Heizkessel (Hk)	3.633		795	[Stk.]
davon Raumheizer (Rh)	1.658		158	[Stk.]
Installierte Leistung	121.62	9	24.068	[kW]
davon Heizkessel (Hk)	108.36		22.804	[kW]
davon Raumheizer (Rh)	13.264		1.264	[kW]
Heizkessel je EW	0,25		0,31	[Hk/EW]
inst. Leistung (Hk) je EW	8		9	[kW/EW]
Raumheizer je EW	0,12		0,06	[Rh/EW]
inst. Leistung (Rh) je EW	0,92		0,50	[kW/EW]
Anzahl der Anlagen nach	■ Festbrennstoffe (inkl. Raumheizer)	Ende	30%	(inkl. Raumheizer)
2%2% 8%	 älter 36 Jahre 32 bis 35 Jahre 27 bis 31 Jahre 17 bis 26 Jahre bis 16 Jahre 	62%	2%2% 8%	■ älter 36 Jahre ■ 32 bis 35 Jahre 6% ■ 27 bis 31 Jahre ■ 17 bis 26 Jahre ■ bis 16 Jahre
Anzahl der Anlagen nach L	eistungsklasse	Enden	ergieverbrauch nach	Leistungsklasse
28%	■ 4 kW - 11 kW ■ 11 kW - 25 kW ■ 25 kW - 50 kW		43%	■4 kW - 11 kW ■11 kW - 25 kW ■25 kW - 50 kW
	■50 kW - 100 kW	389		■50 kW - 100 kW



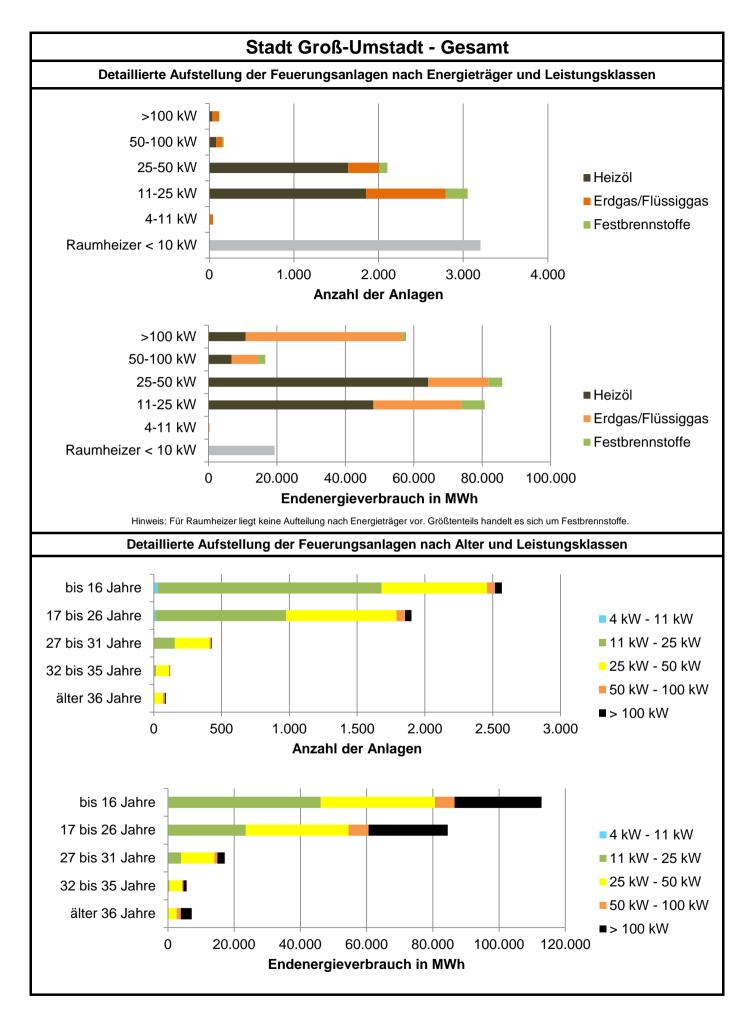




Übersicht Wärmes	teckbrief: Auswe			n
Obersicht Wahlles	Stadt - Ges		iornstennegeraate	
Wärmeenergieverbrauch gesamt (klimabereinigt)	361.086	6	-	[MWh/a]
davon Heizkessel und Raumheizer aus Schornsteinfegerdaten	260.453	72%	-	[MWh/a] Ante
Einwohner (EW)	21.863	3	-	[EW]
Anzahl der Anlagen	8.692		-	[Stk.]
davon Heizkessel (Hk)	5.445		-	[Stk.]
davon Raumheizer (Rh)	3.247		-	[Stk.]
Installierte Leistung	211.04	4	-	[kW]
davon Heizkessel (Hk)	185.06	8	-	[kW]
davon Raumheizer (Rh)	25.976	6	-	[kW]
Heizkessel je EW	0,25		-	[Hk/EW]
inst. Leistung (Hk) je EW	8		=	[kW/EW]
Raumheizer je EW	0,15		-	[Rh/EW]
inst. Leistung (Rh) je EW	1,19		-	[kW/EW]
Anzahl der Anlagen nach Energ	ieträger	Enden	ergieverbrauch nac	h Energieträger
		37%	13%	
■H	eizöl			■Heizöl
■ E	rdgas/Flüssiggas			■ Erdgas/Flüssiggas
17% F	estbrennstoffe			■ Festbrennstoffe

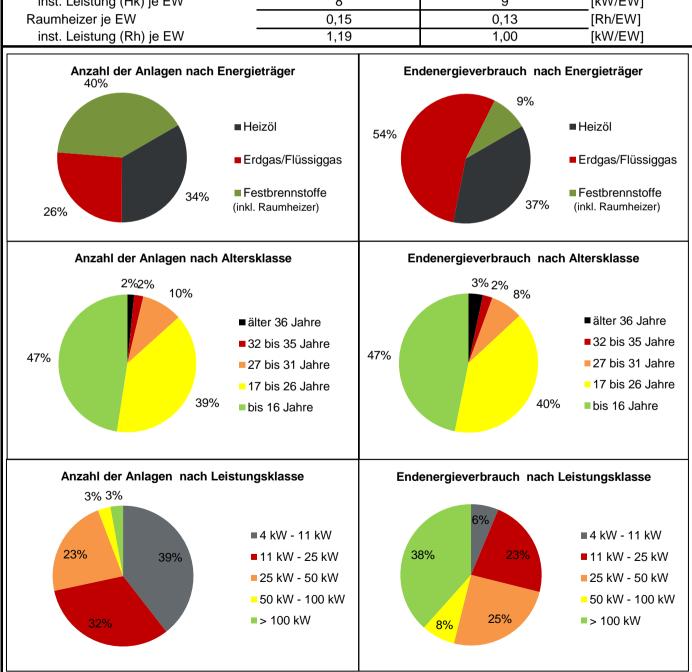




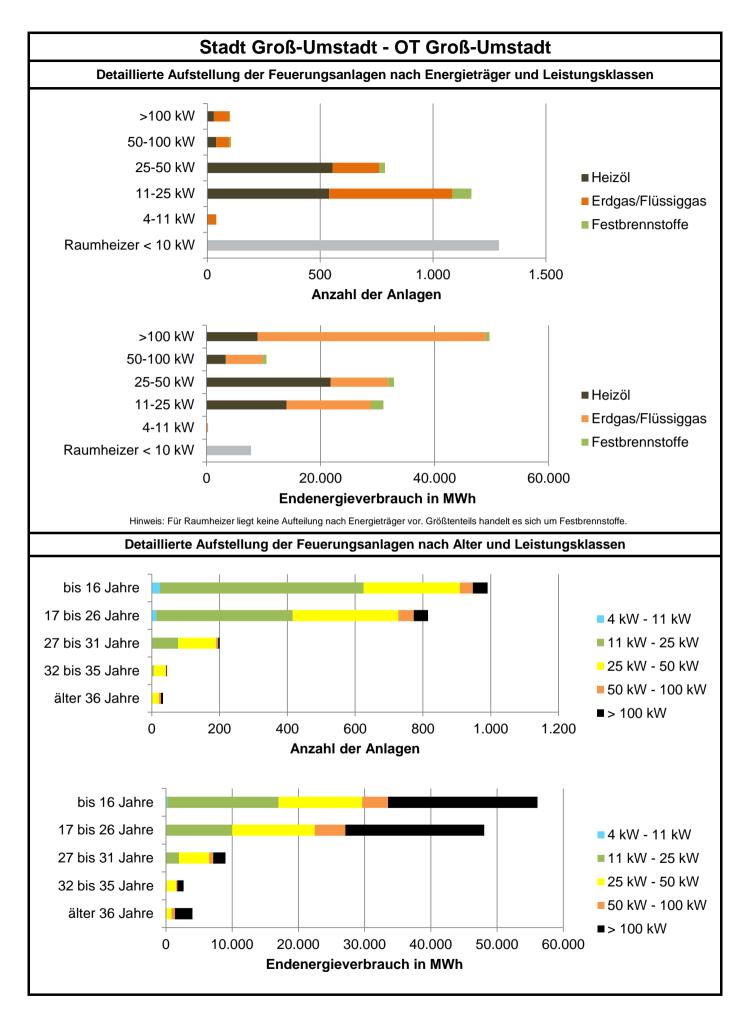




Übersicht Wärmesteckbrief: Auswertung der Schornsteinfegerdaten				
	Stadt - Gesamt	OT Groß-Umstadt		
Wärmeenergieverbrauch gesamt		_	[MWh/a]	
(klimabereinigt)	361.086			
davon Heizkessel und Raumheizer				
aus Schornsteinfegerdaten	260.453 72%	132.147	[MWh/a] Ante	
Einwohner (EW)	21.863	10.653	[EW]	
Anzahl der Anlagen	8.692	3.496	[Stk.]	
davon Heizkessel (Hk)	5.445	2.163	 [Stk.]	
davon Raumheizer (Rh)	3.247	1.333	 [Stk.]	
Installierte Leistung	211.044	104.276	 [kW]	
davon Heizkessel (Hk)	185.068	93.612	 [kW]	
davon Raumheizer (Rh)	25.976	10.664	[kW]	
Heizkessel je EW	0,25	0,20	[Hk/EW]	
inst. Leistung (Hk) je EW	8	9	[kW/EW]	
Raumheizer je EW	0,15	0,13	Rh/EW]	
inst. Leistung (Rh) je EW	1,19	1,00	[kW/EW]	

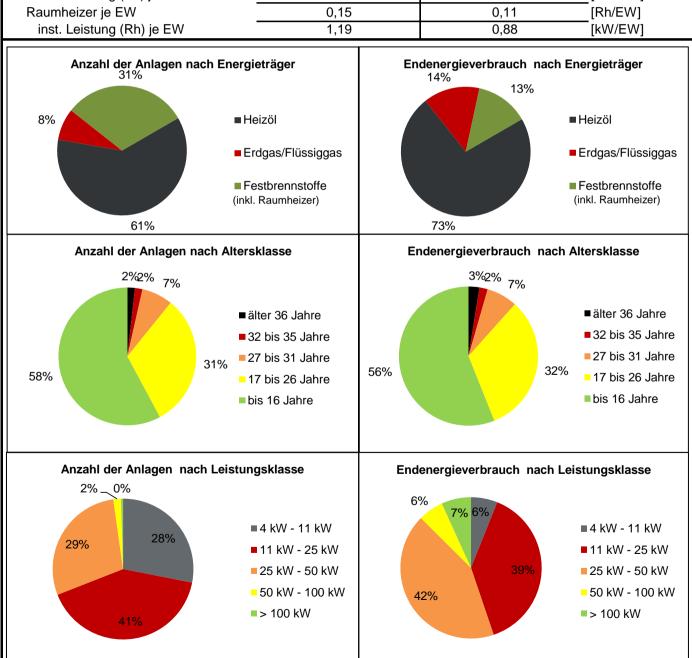




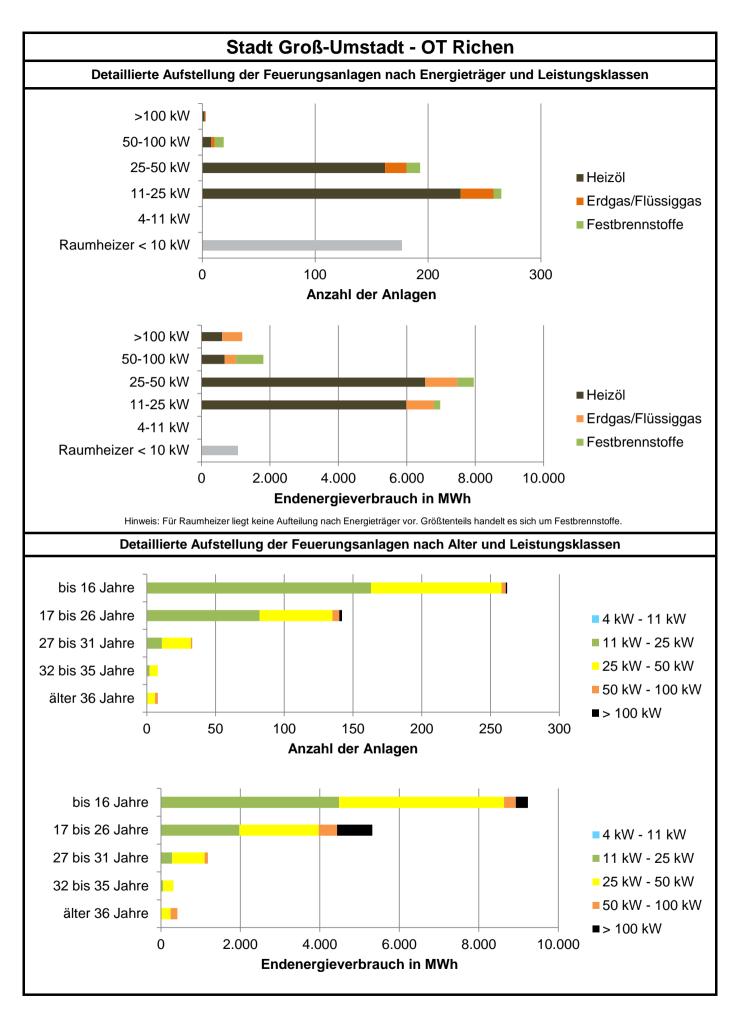




Übersicht Wärmesteckbrief: Auswertung der Schornsteinfegerdaten				
	Stadt - Gesamt	OT Richen		
Wärmeenergieverbrauch gesamt		_	[MWh/a]	
(klimabereinigt)	361.086	-	[IVIVVII/a] ——	
davon Heizkessel und Raumheizer				
aus Schornsteinfegerdaten	260.453 72%	18.994	[MWh/a] Ante	
Einwohner (EW)	21.863	1.605	 [EW]	
Anzahl der Anlagen	8.692	657	[Stk.]	
davon Heizkessel (Hk)	5.445	480	 [Stk.]	
davon Raumheizer (Rh)	3.247	177	[Stk.]	
Installierte Leistung	211.044	15.398	[kW]	
davon Heizkessel (Hk)	185.068	13.982	[kW]	
davon Raumheizer (Rh)	25.976	1.416	[kW]	
Heizkessel je EW	0,25	0,30	[Hk/EW]	
inst. Leistung (Hk) je EW	8	9	[kW/EW]	
Raumheizer je EW	0,15	0,11	[Rh/EW]	
inst. Leistung (Rh) je EW	1,19	0,88	[kW/EW]	

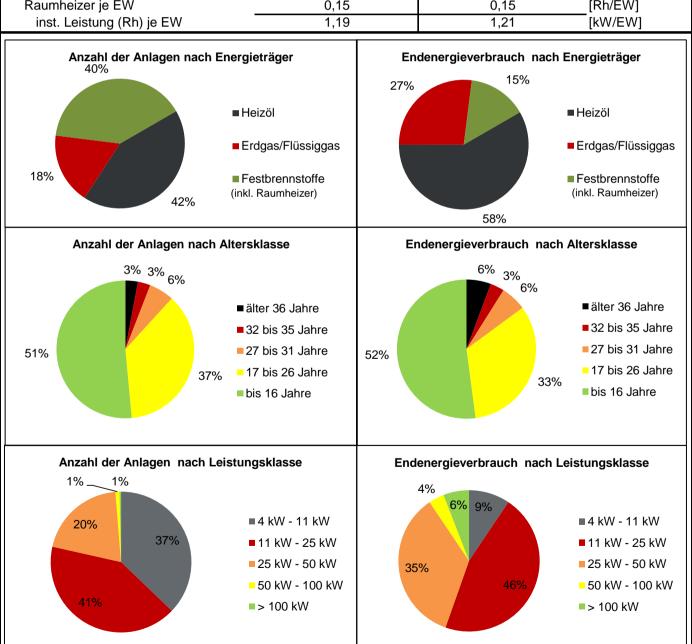




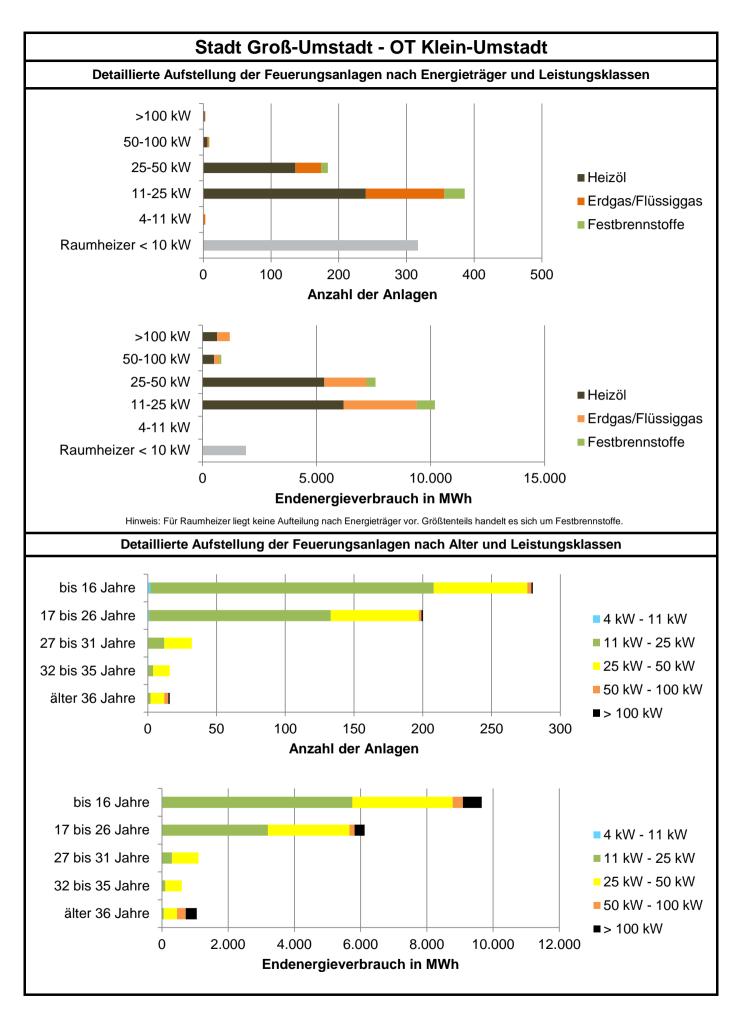




Stadt Groß-Umstadt - OT Klein-Umstadt Übersicht Wärmesteckbrief: Auswertung der Schornsteinfegerdaten				
	Stadt - Gesamt	OT Klein-Umstadt		
Wärmeenergieverbrauch gesamt		_	[M/M/b/o]	
(klimabereinigt)	361.086	-	[MWh/a] —	
davon Heizkessel und Raumheizer				
aus Schornsteinfegerdaten	260.453 72%	21.726	[MWh/a] Antei	
Einwohner (EW)	21.863	2.114	[EW]	
Anzahl der Anlagen	8.692	902	[Stk.]	
davon Heizkessel (Hk)	5.445	582	 [Stk.]	
davon Raumheizer (Rh)	3.247	320	 [Stk.]	
Installierte Leistung	211.044	17.983	 [kW]	
davon Heizkessel (Hk)	185.068	15.423	 [kW]	
davon Raumheizer (Rh)	25.976	2.560	 [kW]	
Heizkessel je EW	0,25	0,28	[Hk/EW]	
inst. Leistung (Hk) je EW	8	7	[kW/EW]	
Raumheizer je EW	0,15	0,15	 [Rh/EW]	
inst. Leistung (Rh) je EW	1,19	1,21	[kW/EW]	

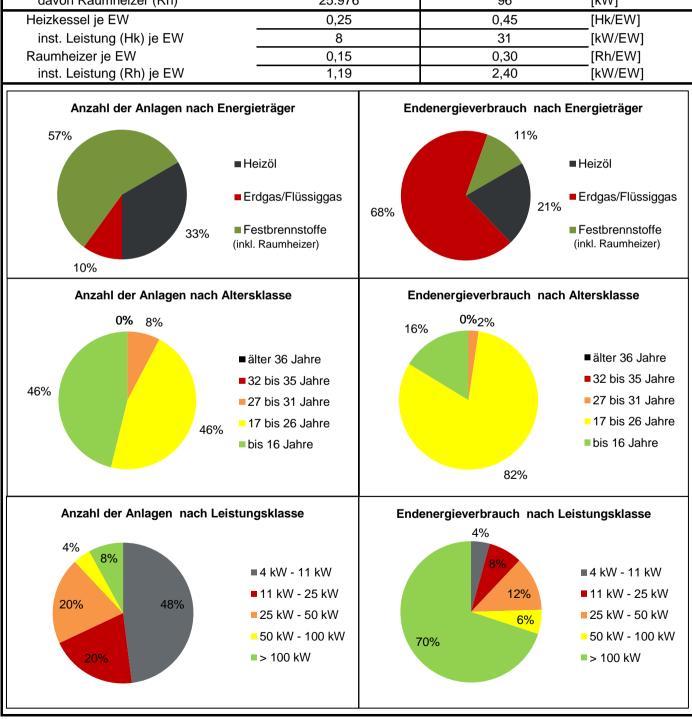




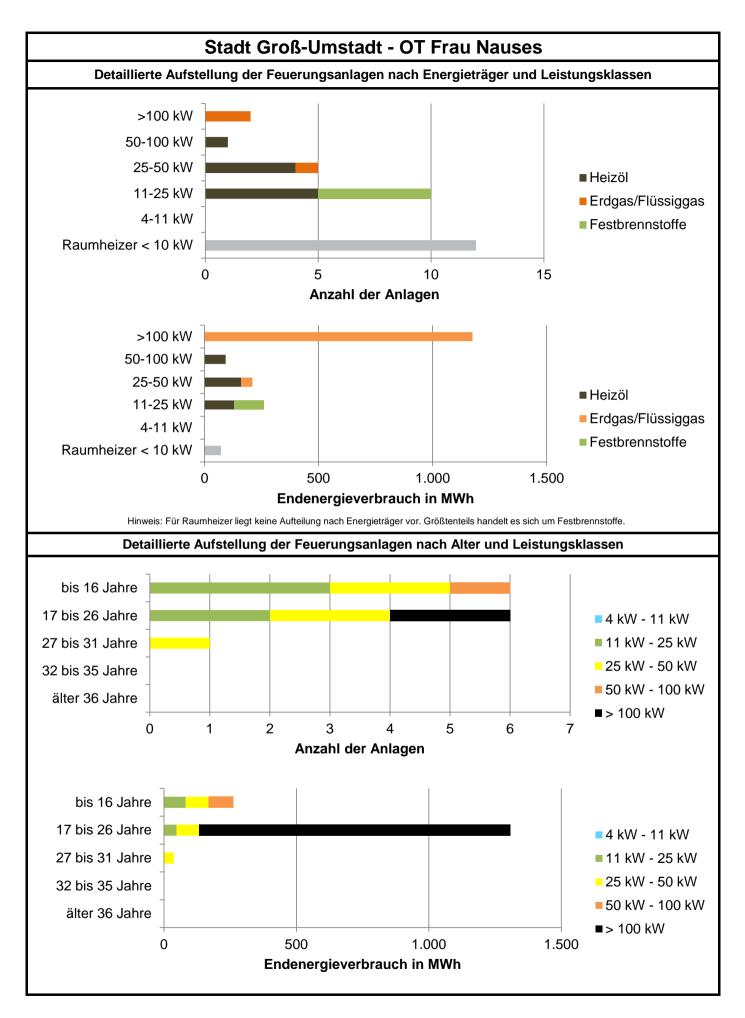




Stadt Groß-Umstadt - OT Frau Nauses Übersicht Wärmesteckbrief: Auswertung der Schornsteinfegerdaten				
	Stadt - Gesamt	OT Frau Nauses		
Wärmeenergieverbrauch gesamt		_	[MWh/a]	
(klimabereinigt)	361.086		[IVIVVII/a] 	
davon Heizkessel und Raumheizer				
aus Schornsteinfegerdaten	260.453 72%	1.812	[MWh/a] Ante	
Einwohner (EW)	21.863	40	[EW]	
Anzahl der Anlagen	8.692	30	[Stk.]	
davon Heizkessel (Hk)	5.445	18	 [Stk.]	
davon Raumheizer (Rh)	3.247	12	 [Stk.]	
Installierte Leistung	211.044	1.324	 [kW]	
davon Heizkessel (Hk)	185.068	1.228	 [kW]	
davon Raumheizer (Rh)	25.976	96	 [kW]	
Heizkessel je EW	0,25	0,45	[Hk/EW]	
inst. Leistung (Hk) je EW	8	31	[kW/EW]	
Raumheizer je EW	0,15	0,30	[Rh/EW]	
inst. Leistung (Rh) je EW	1,19	2,40	[kW/EW]	

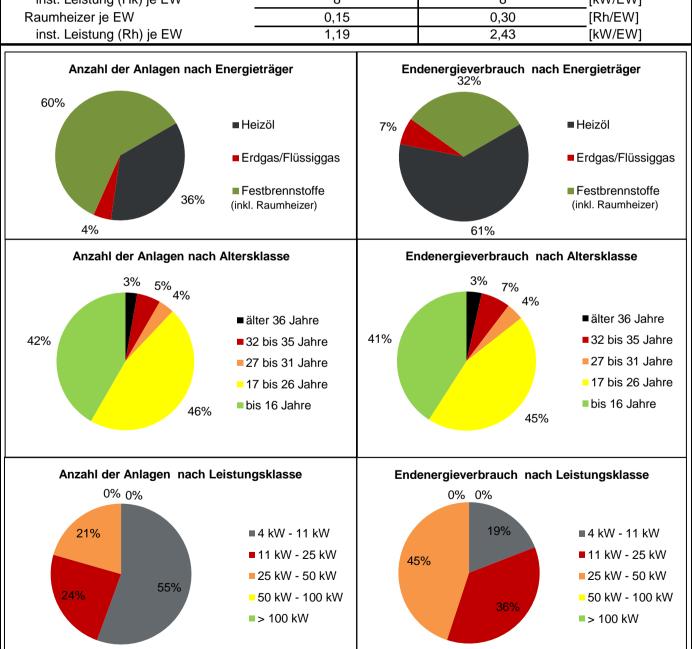




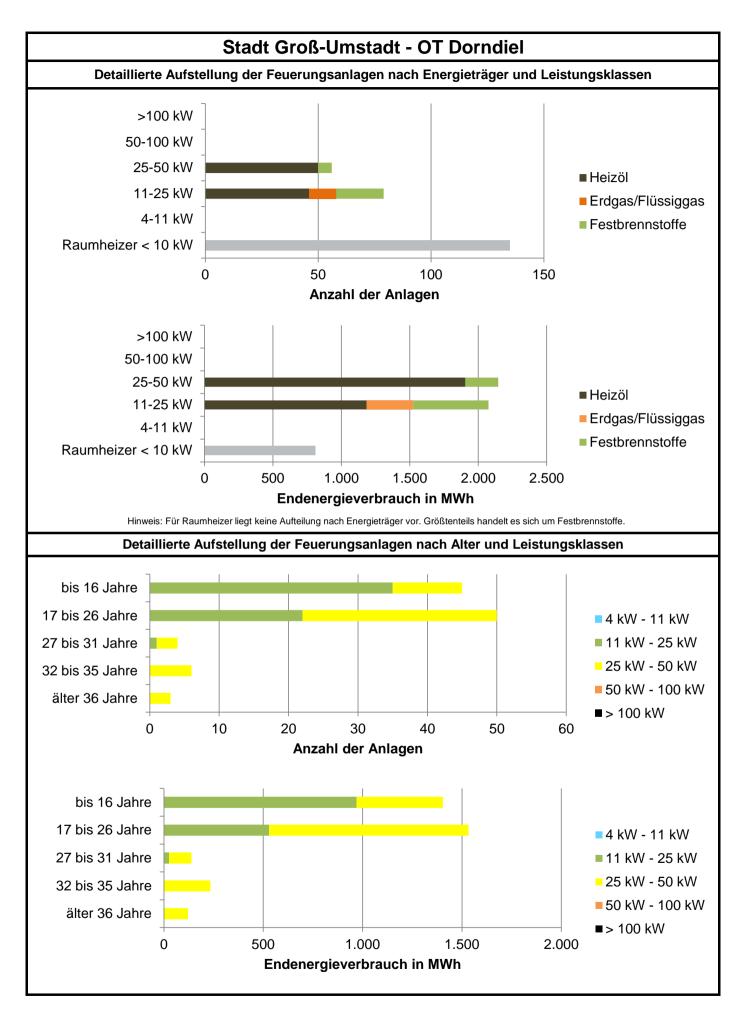




Stadt Groß-Umstadt - OT Dorndiel Übersicht Wärmesteckbrief: Auswertung der Schornsteinfegerdaten				
	Stadt - Gesamt	OT Dorndiel		
Wärmeenergieverbrauch gesamt		_	[M/M/b/o]	
(klimabereinigt)	361.086	-	[MWh/a] ——	
davon Heizkessel und Raumheizer				
aus Schornsteinfegerdaten	260.453 72%	5.032	[MWh/a] Ante	
Einwohner (EW)	21.863	445	 [EW]	
Anzahl der Anlagen	8.692	270	[Stk.]	
davon Heizkessel (Hk)	5.445	135	 [Stk.]	
davon Raumheizer (Rh)	3.247	135	[Stk.]	
Installierte Leistung	211.044	4.449	[kW]	
davon Heizkessel (Hk)	185.068	3.369	 [kW]	
davon Raumheizer (Rh)	25.976	1.080	[kW]	
Heizkessel je EW	0,25	0,30	[Hk/EW]	
inst. Leistung (Hk) je EW	8	8	[kW/EW]	
Raumheizer je EW	0,15	0,30	 [Rh/EW]	
inst. Leistung (Rh) je EW	1,19	2,43	[kW/EW]	

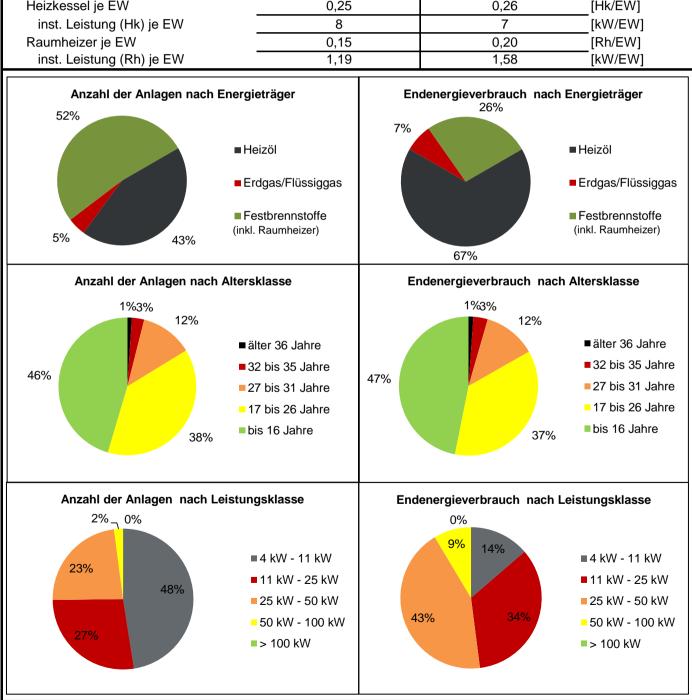




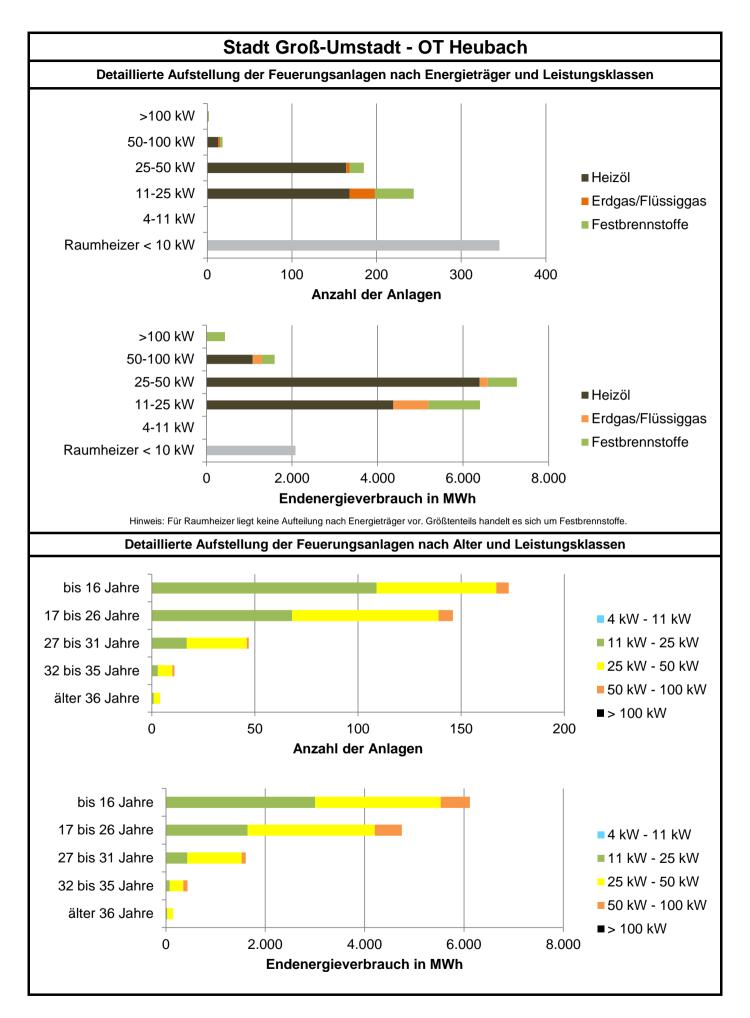




Übersicht Wärmesteckbrief: Auswertung der Schornsteinfegerdaten					
	Stadt - Gesamt	OT Heubach			
Wärmeenergieverbrauch gesamt		_	[MWh/a]		
(klimabereinigt)	361.086		[IVIVVII/a] ——		
davon Heizkessel und Raumheizer					
aus Schornsteinfegerdaten	260.453 72%	17.747	[MWh/a] Ante		
Einwohner (EW)	21.863	1.750	[EW]		
Anzahl der Anlagen	8.692	794	[Stk.]		
davon Heizkessel (Hk)	5.445	449	[Stk.]		
davon Raumheizer (Rh)	3.247	345	[Stk.]		
Installierte Leistung	211.044	15.288	[kW]		
davon Heizkessel (Hk)	185.068	12.528	[kW]		
davon Raumheizer (Rh)	25.976	2.760	[kW]		
Heizkessel je EW	0,25	0,26	[Hk/EW]		
inst. Leistung (Hk) je EW	8	7	[kW/EW]		
Raumheizer je EW	0,15	0,20	[Rh/EW]		
inst. Leistung (Rh) je EW	1,19	1,58	[kW/EW]		



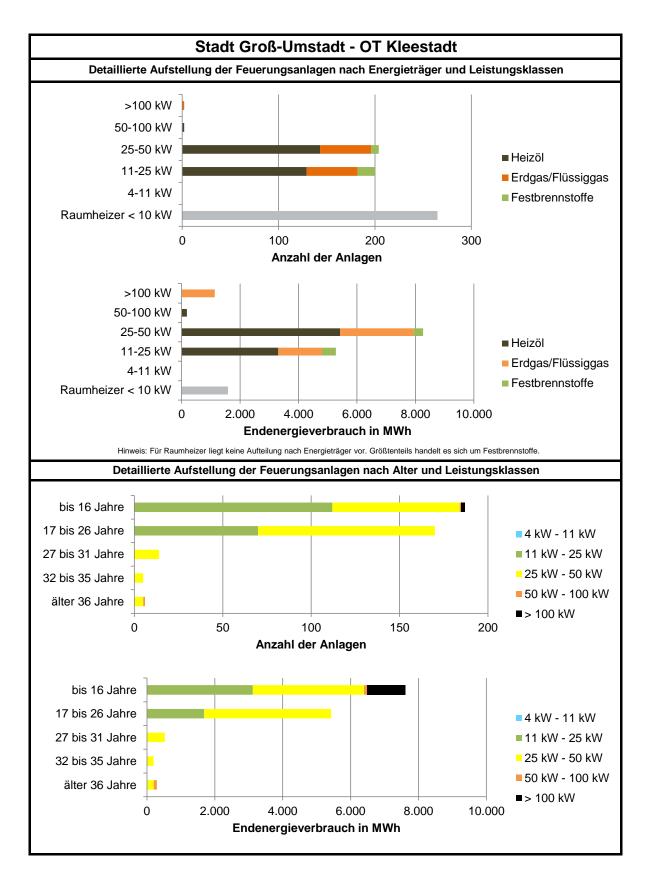






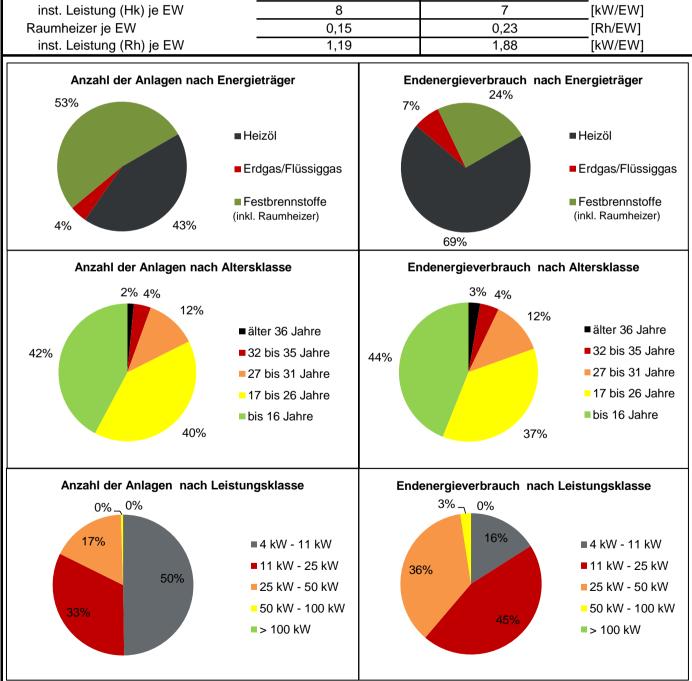
Stadt Groß-Umstadt - OT Kleestadt Übersicht Wärmesteckbrief: Auswertung der Schornsteinfegerdaten				
Übersicht Wärme	steckbrief: Auswe	rtung der Scl	nornsteinfegerdaten	
	Stadt - Ge	samt	OT Kleestadt	
Wärmeenergieverbrauch gesamt (klimabereinigt)	361.08	6	-	[MWh/a]
davon Heizkessel und Raumheizer aus Schornsteinfegerdaten	260.453	72%	16.440	[MWh/a] Ante
Einwohner (EW)	21.863		1.460	[EW]
Anzahl der Anlagen	8.692		673	[Stk.]
davon Heizkessel (Hk) davon Raumheizer (Rh)	5.445 3.247		408 265	[Stk.] [Stk.]
Installierte Leistung	211.04		13.790	[KW]
davon Heizkessel (Hk)	185.06		11.670	[kW]
davon Raumheizer (Rh)	25.976		2.120	[kW]
Heizkessel je EW	0,25		0,28	[Hk/EW]
inst. Leistung (Hk) je EW	8		8	[kW/EW]
Raumheizer je EW	0,15		0,18	[Rh/EW]
inst. Leistung (Rh) je EW	1,19		1,45	[kW/EW]
160/	Heizöl Erdgas/Flüssiggas Festbrennstoffe kl. Raumheizer)	31%	15% 54%	HeizölErdgas/FlüssiggaFestbrennstoffe (inkl. Raumheizer)
2%/ 1% 49%	■älter 36 Jahre ■32 bis 35 Jahre ■27 bis 31 Jahre ■17 bis 26 Jahre ■bis 16 Jahre	54%	2%/-1%/4%	■älter 36 Jahre ■32 bis 35 Jahre ■27 bis 31 Jahre
Anzahl der Anlagen nach Leistu 1% 0%		Endene 1%	ergieverbrauch nach L	J
30% 41%	■4 kW - 11 kW ■11 kW - 25 kW ■25 kW - 50 kW ■50 kW - 100 kW ■> 100 kW	51%	31%	■4 kW - 11 kW ■11 kW - 25 kW ■25 kW - 50 kW ■50 kW - 100 kW ■> 100 kW



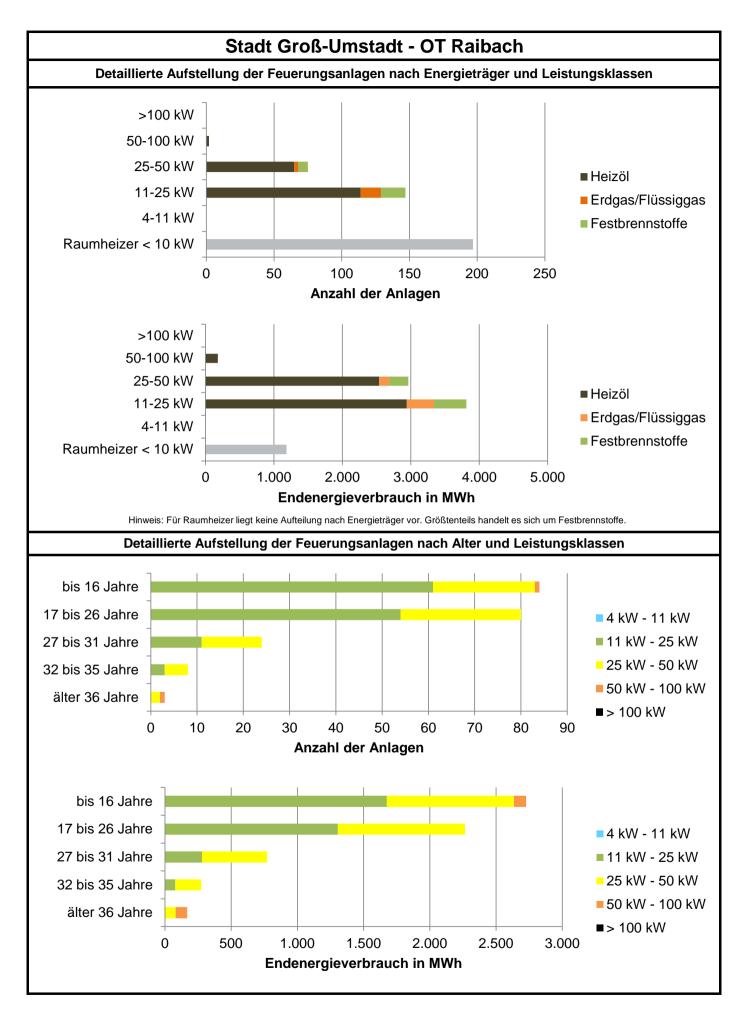




Übersicht Wärmesteckbrief: Auswertung der Schornsteinfegerdaten					
	Stadt - Gesamt	OT Raibach			
Wärmeenergieverbrauch gesamt		_	[MWh/a]		
(klimabereinigt)	361.086	<u>-</u>	[ivivvii/a]		
davon Heizkessel und Raumheizer					
aus Schornsteinfegerdaten	260.453 72%	8.139	[MWh/a] Ante		
Einwohner (EW)	21.863	840	 [EW]		
Anzahl der Anlagen	8.692	421	[Stk.]		
davon Heizkessel (Hk)	5.445	224	 [Stk.]		
davon Raumheizer (Rh)	3.247	197	[Stk.]		
Installierte Leistung	211.044	7.069	[kW]		
davon Heizkessel (Hk)	185.068	5.493	[kW]		
davon Raumheizer (Rh)	25.976	1.576	[kW]		
Heizkessel je EW	0,25	0,27	[Hk/EW]		
inst. Leistung (Hk) je EW	8	7	[kW/EW]		
Raumheizer je EW	0,15	0,23	[Rh/EW]		
inst. Leistung (Rh) je EW	1,19	1,88	[kW/EW]		

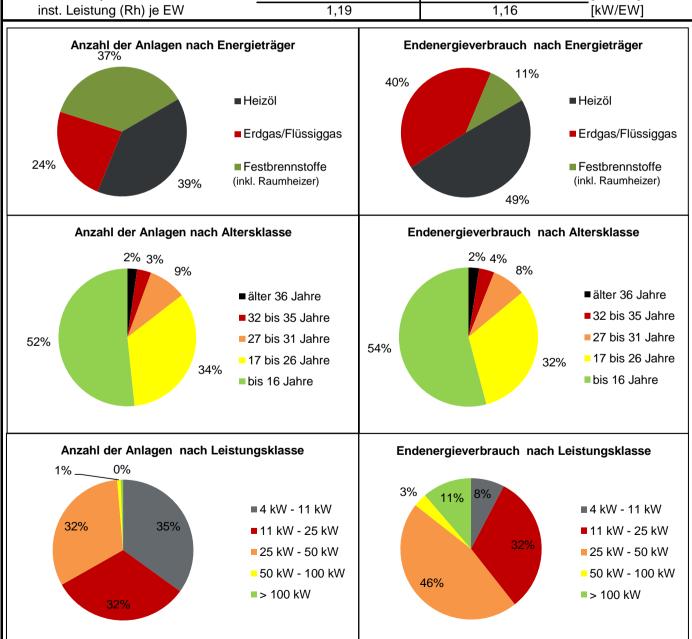




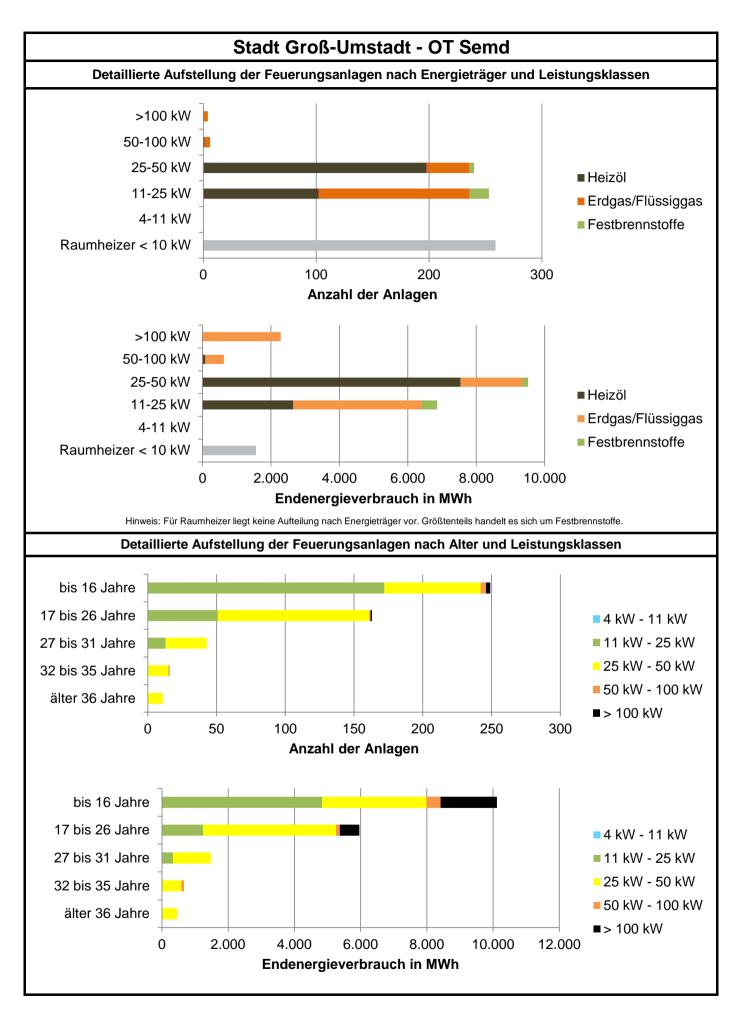




Übersicht Wärmesteckbrief: Auswertung der Schornsteinfegerdaten			
	Stadt - Gesamt	OT Semd	
Wärmeenergieverbrauch gesamt		_	[MWh/a]
(klimabereinigt)	361.086	_	[IVIVVII/A]
davon Heizkessel und Raumheizer			
aus Schornsteinfegerdaten	260.453 72%	20.841	[MWh/a] Ante
Einwohner (EW)	21.863	1.783	 [EW]
Anzahl der Anlagen	8.692	762	[Stk.]
davon Heizkessel (Hk)	5.445	503	[Stk.]
davon Raumheizer (Rh)	3.247	259	[Stk.]
Installierte Leistung	211.044	17.092	[kW]
davon Heizkessel (Hk)	185.068	15.020	[kW]
davon Raumheizer (Rh)	25.976	2.072	[kW]
Heizkessel je EW	0,25	0,28	[Hk/EW]
inst. Leistung (Hk) je EW	8	8	[kW/EW]
Raumheizer je EW	0,15	0,15	Rh/EW]
inst. Leistung (Rh) je EW	1,19	1,16	[kW/EW]



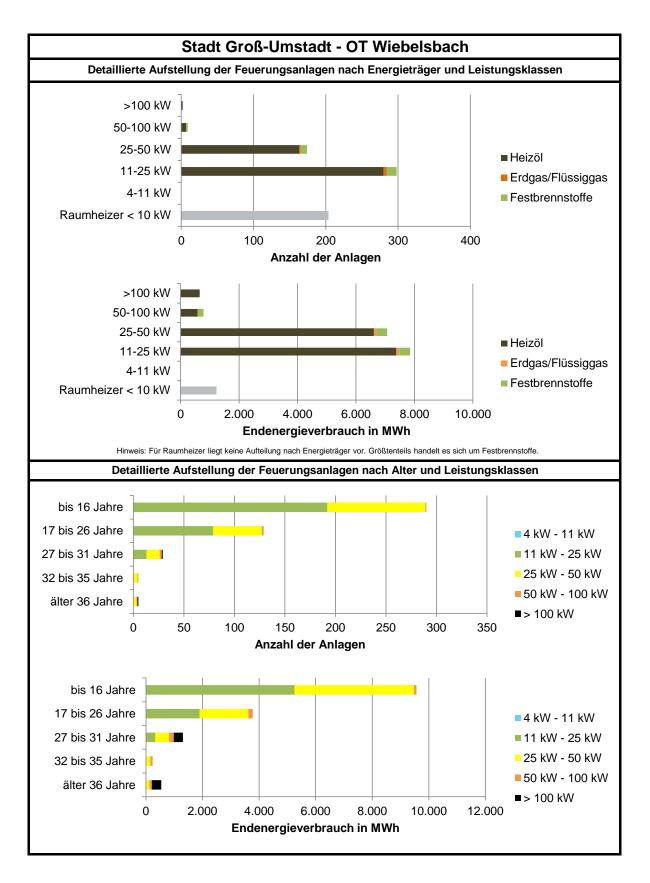






	Groß-Umstadt			
Ubersicht Wärm	esteckbrief: Auswe	rtung der So	chornsteinfegerdaten	1
	Stadt - Ge	samt	OT Wiebelsbach	
Wärmeenergieverbrauch gesamt (klimabereinigt)	361.08	361.086		[MWh/a]
davon Heizkessel und Raumheize aus Schornsteinfegerdaten	er 260.453	72%	17.576	[MWh/a] Ante
Einwohner (EW)	21.863	3	1.173	[EW]
Anzahl der Anlagen	8.692		687	[Stk.]
davon Heizkessel (Hk)	5.445		483	[Stk.]
davon Raumheizer (Rh)	3.247		204	[Stk.]
Installierte Leistung	211.04	4	14.375	[kW]
davon Heizkessel (Hk)	185.06	8	12.743	[kW]
davon Raumheizer (Rh)	25.976		1.632	[kW]
Heizkessel je EW	0,25		0,41	[Hk/EW]
inst. Leistung (Hk) je EW	8		11	[kW/EW]
Raumheizer je EW	0,15		0,17	[Rh/EW]
inst. Leistung (Rh) je EW	1,19	+	1,39	[kW/EW]
Heizöl Erdgas/Flüssiggas Festbrennstoffe (inkl. Raumheizer) Anzahl der Anlagen nach Altersklasse 1% 7% 28% alter 36 Jahre 27 bis 35 Jahre 27 bis 31 Jahre 17 bis 26 Jahre bis 16 Jahre		87% End	lenergieverbrauch nach 4% - 2% 8% 24	■ älter 36 Jahre ■ 32 bis 35 Jahre
Anzahl der Anlagen nach Leist 1% 0% 25% 31%	■4 kW - 11 kW ■11 kW - 25 kW ■25 kW - 50 kW ■50 kW - 100 kW ■> 100 kW	1	nergieverbrauch nach l	■4 kW - 11 kW ■11 kW - 25 kW ■25 kW - 50 kW ■50 kW - 100 kW ■> 100 kW





Anlage 3

Maßnahmensteckbriefe



Maßnahmengruppe:	Übergeordnete Maßnahmen (UM) Strukturen, Leitbilder und Ziele	
Maßnahme	UM 1 Schaffung von Strukturen in Politik und Verwaltung	
Beschreibung	Die Umsetzung energie- und klimapolitischer Maßnahmen ist ein langfristiges Vorhaben, das Strukturen und Verantwortlichkeiten in der kommunalen Politik und Verwaltung benötigt und in das – soweit vorhanden – auch bürgerschaftliches Engagement eingebunden werden sollte. Auf kommunalpolitischer Ebene ist das Thema "Energie und Klimaschutz" in aller Regel bereits durch die Zuständigkeit eines Fachausschusses adressiert. Auf Ebene der Verwaltung sind ebenfalls Aufgaben, Verantwortlichkeiten und Befugnisse definiert worden. Hilfreich ist die Benennung eines/r Energie- und Klimaschutzkoordinators/in. In größeren Kommunen kann darüber hinaus die Einrichtung einer querschnittsbezogenen Arbeitsgruppe sinnvoll sein. Der Aufbau entsprechender Strukturen (und die Zuordnung entsprechender personeller, materieller und finanzieller Ressourcen) sollte durch einen Beschluss der Gremien abgesichert werden.	
Zielgruppe	Kommunen	
Akteure	Initiierung:	Kommunale Verwaltungsspitze und politische Gremien
	Umsetzung:	Kommunalverwaltung
	Mitwirkung:	-
Querbezug zu	-	
Erwartete Kosten	Personalaufwand: je nach Umfang der Tätigkeiten unterscheidet sich auc der erforderliche Personalaufwand	
	Sachkosten: - (sind den jeweiligen Maßnahmen zugeordnet)	
Fördermöglichkeiten	Klimaschutzmanager (BMU)	
Umsetzungszeitraum	kurzfristig fortlaufend	
Erwartete Wirkungen	Energieeinsparung	Keine direkten Wirkungen zuordenbar, die Maßnahme ist aber sehr wichtig für die Umsetzung anderer Maßnahmen.
	CO ₂ -Einsparung	Keine direkten Wirkungen zuordenbar, die Maßnahme ist aber sehr wichtig für die Umsetzung anderer Maßnahmen.
	Reg. Wertschöpfung	Keine direkten Wirkungen zuordenbar.
	Weiche Faktoren	Stärkung der Vorbildwirkung der Kommune



Maßnahmengruppe:	Übergeordnete Maß Strukturen, Leitbild	
Maßnahme	UM 2 Klimaschutzn	nanagement
Beschreibung	Ein weiterer Schritt zur Verankerung des Klimaschutzes in Politik und Verwaltung ist die Einrichtung der Stelle eines Klimaschutzmanagers / einer Klimaschutzmanagerin, die als "Kümmerer" die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes betreut. Die Stelle ist im Rahmen der BMU Klimaschutzinitiative förderfähig. Voraussetzung hierfür ist ein abgeschlossenes Klimaschutzkonzept und ein Beschluss zur Umsetzung des Konzepts sowie zur Einführung eines Controllingsystems. Eine Klimaschutzmanagement-Stelle kann sowohl auf Kreisebene als auch auf Ebene einzelner Kommunen oder eines Zusammenschlusses mehrerer Kommunen sinnvoll sein. Beispielsweise gibt es im Lahn-Dill-Kreis eine Klimaschutzmanagerin der Städte Wetzlar und Solms. Darüber hinaus soll eine Klimaschutzmanagement-Stelle für den Lahn-Dill-Kreis eingerichtet werden. Aufgabe des Klimaschutzmanagements ist es, durch Information, Moderation und Management die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes zu betreuen und das Konzept fortzuentwickeln. Wesentliches Ziel ist es, Klimaschutzaspekte in die Verwaltungsabläufe verstärkt zu integrieren. Der Klimaschutzmanager / die Klimaschutzmanagerin ist gleichzeitig zentraler Ansprechpartner bei der Vorbereitung und Steuerung der Maßnahmen, wie sie im Klimaschutzkonzept entwickelt und durch die Gremien beschlossen worden sind. Die Vernetzung mit den Akteuren ist dabei eine wichtige Voraussetzung. Weitere Aufgaben sind die Zusammenarbeit mit allen Beteiligten der Projekte, den Verwaltungen und die Durchführung regelmäßiger Informations-, Weiterbildungs- und Vernetzungstätigkeiten. Der Klimaschutzmanager / die Klimaschutzmanager / die Klimaschutzmanager in reue Projekte geben.	
Zielgruppe	Kommunen, Kreis	
Akteure	Initiierung:	Kommunen, Kreis
	Umsetzung:	Kommunen, Kreis
	Mitwirkung:	-
Querbezug zu	-	
Erwartete Kosten	Es entstehen Personalkosten in der Größenordnung von ca. 200.000,- Euro über 3 Jahre, die jedoch zu 65 % durch Fördermittel abgedeckt werden können. Somit ist mit zusätzlichen Personalkosten in Höhe von ca. 70.000,- Euro in 3 Jahren auszugehen. Zusätzlich sollten für drei Jahre Sachkosten in der Größenordnung von ca. 10.000 € für die laufende Arbeit des Klimaschutzmanagements (Fortbildung, Reisekosten, etc.) eingestellt werden. Sachausgaben für den Geschäftsbedarf und Literatur sowie Reisekosten für eine gewisse Anzahl von Dienstreisen sind ebenfalls förderfähig. Darüber hinaus sind zur Umsetzung des Maßnahmenkatalogs weitere Mittel für Öffentlichkeitsarbeit, Studien und sonstige Dienstleistungen erforderlich. Diese sind soweit möglich bei den jeweiligen Maßnahmen beziffert. Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit sind im Rahmen einer Klimaschutzmanagement-Förderung mit bis zu 20.000 Euro (insgesamt in 3 Jahren) förderfähig.	
Fördermöglichkeiten	Klimaschutzmanager (BMU), s.o.	

Klimaschutzteilkonzept integrierte Wärmenutzung Landkreis Darmstadt-Dieburg



Umsetzungszeitraum	Mittelfristig, zunächst auf 3 Jahre befristet	
Erwartete Wirkungen	Energieeinsparung	Keine direkten Wirkungen zuordenbar, die Maßnahme ist aber sehr wichtig für die Umsetzung anderer Maßnahmen.
	CO₂-Einsparung	Keine direkten Wirkungen zuordenbar, die Maßnahme ist aber sehr wichtig für die Umsetzung anderer Maßnahmen.
	Reg. Wertschöpfung	Keine direkten Wirkungen zuordenbar.
	Weiche Faktoren	-



Maßnahmengruppe:	Übergeordnete Mat Strukturen, Leitbild	· · ·
Maßnahme	UM 3 Energie- und klimapolitisches Leitbild und Ziele	
Beschreibung	Die übergeordneten Ziele des Bundes und des Landes zur Reduktion der Treibhausgase durch Steigerung der Energieeffizienz und des Einsatzes erneuerbarer Energien müssen gerade im Wärmesektor überwiegend in den Kommunen erreicht werden.	
	Ein kommunales Leitbild und konkrete, auf die spezifische Situation und die Handlungsmöglichkeiten der jeweiligen Kommune ausgerichtete Ziele schaffen Verbindlichkeit und dienen der Kommune als Richtschnur für ihr Handeln und strahlen auf die privaten Haushalte und die lokale Wirtschaft aus. Daher sollen die Kommunen – falls noch nicht vorhanden – solche Leitbilder und Ziele formulieren.	
	Die Formulierung (wenn möglich) messbarer Ziele sollte bezogen auf einzelne Handlungsfelder vorgenommen werden, einen klaren Zeithorizon haben und muss auf der Analyse der Ausgangssituation und der Potenziale zur Energieeinsparung und dem Einsatz erneuerbarer Energiei aufbauen und die Möglichkeiten der jeweiligen Kommune berücksichtigen Auf Grundlage des Leitbildes und der Ziele können Maßnahmen entwicke und ein Handlungsprogramm aufgestellt werden.	
Zielgruppe	Kommunen	
Akteure	Initiierung:	Kommunale Verwaltungsspitze und politische Gremien
	Umsetzung:	Kommunalverwaltung
	Mitwirkung:	-
Querbezug zu	-	
Erwartete Kosten	Personalaufwand: - (im Rahmen der regulären Tätigkeiten abgedeckt) Sachkosten: -	
Fördermöglichkeiten	-	
Umsetzungszeitraum	kurzfristig	
Erwartete Wirkungen	Energieeinsparung	Keine direkten Wirkungen zuordenbar, die Maßnahme ist aber sehr wichtig, da sie den Rahmen für die Umsetzung anderer Maßnahmen setzt.
	CO ₂ -Einsparung	Keine direkten Wirkungen zuordenbar, die Maßnahme ist aber sehr wichtig, da sie den Rahmen für die Umsetzung anderer Maßnahmen setzt.
	Reg. Wertschöpfung	Keine unmittelbare Wertschöpfung gegeben, die Maßnahme initiiert jedoch Umsetzungsmaßnahmen, die der regionalen Wertschöpfung zugutekommen.
	Weiche Faktoren	Fördert die Bereitschaft der Akteure der Stadtgesellschaft Klimaschutzmaßnahmen durchzuführen bzw. zu unterstützen.



Maßnahmengruppe:	Übergeordnete Maßnahmen (UM) Strukturen, Leitbilder und Ziele	
Maßnahme	UM 4 Einbindung bürgerschaftlichen Engagements	
Beschreibung	Soweit in einer Kommune bürgerschaftliches Engagement zu Energie- und Klimaschutzthemen, z.B. durch eine entsprechende Initiative, existiert, ist darüber hinaus zu prüfen, ob und in welcher Form eine Zusammenarbeit zwischen der Kommune und der Initiative möglich ist. Es soll geprüft werden inwieweit dieses bürgerschaftliche Engagement in die Aktivitäten der Kommune eingebunden werden kann. Als Beispiel für ein derartiges Engagement ist der "Energietisch Münster" zu nennen, der sich zum Ziel gemacht hat, Wege für eine nachhaltige Energieversorgung in der Gemeinde aufzuzeigen. Der Energietisch agiert sowohl als Ideengeber und als Initiator für konkrete Projekte als auch als Ansprechpartner für die Bürger und als Vermittler von Informationen. Über diese informelle Zusammenarbeit hinausgehend bieten sich auch "offizielle" Strukturen, bspw. in Form einer "Kommission" gem. § 72 HGO an. Der Kommission sollten neben den in § 72 genannent Mitgliedern (Bürgermeister, weitere Mitglieder des Gemeindevorstands, Mitglieder der Gemeindevertretung) in jedem Fall sachkundige Einwohner und Mitarbeiter der Verwaltung angehören. Aufgabe der Kommission wäre es, die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes zu begleiten und Impulse zur Umsetzung und Fortschreibung zu geben.	
Zielgruppe	Kommunen, Bürger	
Akteure	Initiierung:	Engagierte Akteure (evtl. unterstützt durch die kommunale Verwaltung), kommunalpolitische Gremien
	Umsetzung:	Bürger, Kommunalverwaltung
	Mitwirkung:	Engagierte Akteure, mögl. ein Kommunalvertreter
Querbezug zu	-	
Erwartete Kosten	Personalaufwand: ca	a. 1/2 PM/a
	Sachkosten: -	
Fördermöglichkeiten	-	
Umsetzungszeitraum	kurzfristig fortlaufend	
Erwartete Wirkungen	Energieeinsparung	Keine direkten Wirkungen zuordenbar, die Maßnahme ist aber wichtig für die Umsetzung anderer Maßnahmen.
	CO₂-Einsparung	Keine direkten Wirkungen zuordenbar, die Maßnahme ist aber wichtig für die Umsetzung anderer Maßnahmen.
	Reg. Wertschöpfung	Keine direkten Wirkungen zuordenbar.
	Weiche Faktoren	Fortführung des Dialogprozesses zwischen Bürgern, Politik und Verwaltung.



Maßnahmengruppe:	Übergeordnete Maßnahmen (UM) Vernetzung der Kommunen und des Kreises		
Maßnahme	UM 5 Regelmäßige Vernetzungstreffen auf Steuerungs- und Arbeitsebene zwischen Kreis und den Kommunen		
Beschreibung	Zur Beratung des Kreisausschusses bei der Erarbeitung eines energie- und klimapolitischen Leitbildes und dessen Umsetzung wurde auf Grundlage eines entsprechenden Kreistagsbeschlusses aus dem Jahr 2011 bereits ein "Runder Tisch Energie" gebildet. Der "Runde Tisch Energie" ist das beratende Organ des Kreisausschusses sowie der Verwaltung in zentralen Fragen der Gestaltung und Umsetzung einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Energieversorgung und -erzeugung sowie dem effizienten Umgang mit Energie im Landkreis Darmstadt- Dieburg. Dem "Runden Tisch Energie" gehören unter anderem auch Vertreter und Bürgermeister der kreisangehörigen Kommunen an. Mit dem "Runden Tisch Energie" existiert daher bereits ein Dialoginstrument zwischen Kreis und kreisangehörigen Kommunen auf der "Leitungsebene". Darüber hinaus sollten die Themen Energie und Klimaschutz regelmäßig in den Bürgermeisterdienstversammlungen auf die Tagesordnung gesetzt werden. Neben der Leitungsebene sollte auf "Arbeitsebene" ein regelmäßiger Austausch zwischen Kreis und kreisangehörigen Kommunen sowie zwischen den Kommunen etabliert werden. Hier sollen praktische Er- fahrungen ausgetauscht, konkrete Projekte dargestellt und Anregungen und Anreize für Klimaschutzmaßnahmen geschaffen werden. Erfahrungsaustausch und gegenseitiges Lernen bilden die Grundlagen zur Motivation für eigene Umsetzungsmaßnahmen und ermöglichen damit auch Synergien zu schaffen. Mindestens ein- bis zweimal pro Jahr sollte ein Erfahrungsaustausch über Energie- und Klimaschutzthemen zwischen den auf Arbeitsebene Verantwortlichen in Kreis und kreisangehörigen Kommunen realisiert werden.		
Zielgruppe	Vertreter der kommu	inalen Verwaltungen	
Akteure	Initiierung:	Landkreis Darmstadt-Dieburg	
	Umsetzung:	Landkreis Darmstadt-Dieburg, Kommunen	
	Mitwirkung:	Bürgermeister, Vertreter der kommunalen Verwaltungen	
Querbezug zu	-		
Erwartete Kosten	Personalaufwand: vo	orhandenes Personal	
	Sachkosten/Reiseko	sten: in geringem Umfang	
Fördermöglichkeiten	-	-	
Umsetzungszeitraum	kurzfristig fortlaufend		
Erwartete Wirkungen	Energieeinsparung	Keine direkten Wirkungen, unterstützt aber zahlreiche andere Maßnahmen.	
	CO₂-Einsparung	Keine direkten Wirkungen, unterstützt aber zahlreiche andere Maßnahmen.	



Wertschöpfung	Durch eine verstärkte Vernetzung können die einzelnen Akteure und damit die Region insgesamt profitieren.
Weiche Faktoren	Netzwerkbildung



Maßnahmengruppe:	Übergeordnete Mai Stadt- und Siedlun		
Maßnahme	UM 6 Umsetzung einer energieoptimierten Stadtplanung und Bauleitplanung		
Beschreibung	Bei zukünftigen baulichen Entwicklungen in den Kommunen soll bereits allgemein im Rahmen der Stadtplanung und insbesondere bei Aufstellung der Bauleitpläne das Thema Energie und Klimaschutz von Anfang an miteinbezogen werden. Insbesondere die Bauleitpläne (sowie Vorhabensund Erschließungspläne und städtebauliche Verträge) können wesentliche Festsetzungen für die Nutzung erneuerbarer Energien, effiziente Bauweisen und Energieversorgung setzen. Dazu sind sowohl die entsprechenden Prozessschritte bei der Aufstellung		
		itigen Einbindung der relevanten Aspekte in die ung wie auch einzuhaltende energetische Standards	
	städtebauliche Planu "Energie-Leitpläne" u Pendant zu sonstige	Als fachliche Grundlage für die Einbeziehung energetischer Aspekte in die städtebauliche Planung und Bauleitplanung können entsprechende "Energie-Leitpläne" unterstützend wirken. Ein solcher Plan stellt ein Pendant zu sonstigen fachlichen Plänen der Kommune, z.B. einem Verkehrsentwicklungsplan, dar (s.u.).	
Zielgruppe	Kommunen		
Akteure	Initiierung:	Landkreis Darmstadt-Dieburg	
	Umsetzung:	Kommunen	
	Mitwirkung:	Vertreter der kommunalen Verwaltungen	
Querbezug zu	UM 3 Energie- und klimapolitisches Leitbild und Ziele UM 7 Energie-Leitplan / Wärmeversorgungskonzept		
Erwartete Kosten	Personalaufwand: - (im Rahmen der regulären Tätigkeiten abgedeckt) Sachkosten: -		
Fördermöglichkeiten	-		
Umsetzungszeitraum	kurzfristig einmalig		
Erwartete Wirkungen	Energieeinsparung	Die Maßnahmen trägt zur Energieeinsparung im Gebäudebereich – insb. bei Neubauten – bei. Der Beitrag kann im Rahmen des Konzepts nicht quantifiziert werden.	
	CO₂-Einsparung	Die Maßnahmen trägt zur CO₂-Einsparungen im Gebäudebereich – insb. bei Neubauten – bei. Der Beitrag kann im Rahmen des Konzepts nicht quantifiziert werden.	
	Reg. Wertschöpfung	Wenn durch die Maßnahme verstärkt Effizienzmaßnahmen umgesetzt und erneuerbare Energien genutzt werden, kann das lokale Handwerk davon profitieren.	
	Weiche Faktoren	Verankerung des Themas Energie und Klimaschutz in der Stadt- und Bauleitplanung.	



Maßnahmengruppe:	Übergeordnete Maßnahmen (UM) Stadt- und Siedlungsentwicklung	
Maßnahme	UM 7 Berücksichtigung von Energieeffizienz bei Dorf- und Stadtentwicklung	
Beschreibung	Bei laufenden und zukünftigen Stadtumbauprojekten bzw. Dorferneuerungsprozessen besteht die Möglichkeit im Rahmen von städtebaulichen Förderungen und vorgesehenen Erneuerungsmaßnahmen die Energieeffizienz im Bereich der Gebäude und Energieversorgung deutlich zu verbessern. Daher sollen die laufenden Umbauprozesse eng mit den Zielen und der Umsetzung des Klimaschutzteilkonzepts verzahnt werden.	
	Entwicklungskonzept	ssen geförderten integrierten kommunalen ten (IKEK) kann z.B. die Chance wahrgenommen e Themen als Ziel zu definieren um diese in sog. Leitmausetzen.
	Hierzu sollten Vorschläge und gegebenenfalls Konzepte ausgearbeitet werden, die sich nicht nur auf das Einzelgebäude beziehen. Vielmehr müssen integrierte Konzepte zur Energieeffizienz umgesetzt werden, die die Wärme- und Stromversorgungsstrukturen im Gesamtquartier/-gebiet mit einbeziehen. Eine städtebauliche Aufwertung soll immer mit einer deutlichen Aufwertung der Energieeffizienz verknüpft werden.	
	Ein weiteres Instrument stellt auch das von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) geförderte integrierte Quartierskonzept (432) dar, indem o.g. Aspekte von Beginn an als Ziel definiert werden.	
Zielgruppe	Kommunen	
Akteure	Initiierung:	Landkreis Darmstadt-Dieburg
	Umsetzung:	Kommunen
	Mitwirkung:	Vertreter der kommunalen Verwaltungen
Querbezug zu	UM 3 Energie- und klimapolitisches Leitbild und Ziele UM 6 Umsetzung einer energieoptimierten Stadtplanung und Bauleitplanung	
Erwartete Kosten	Personalaufwand: abhängig davon, in welchem Umfang die Maßnahme umgesetzt wird. Wenn Energie- und Klimaschutzthemen im Rahmen von integrierten kommunalen Entwicklungskonzepten berücksichtigt werden, dann sind zusätzliche Personalkosten für die Bearbeitung dieser Themen zu erwarten. Für die Betreuung der Erstellung eines Quartierskonzepts sind je nach Umfang ca. 1 bis 2 PM einzuplanen.	
	Sachkosten: abhängig davon, in welchem Umfang die Maßnahme umgesetzt wird. Wenn Energie- und Klimaschutzthemen im Rahmen von integrierten kommunalen Entwicklungskonzepten berücksichtigt werden, dann sind keine zusätzlichen Sachkosten zu erwarten. Für die Erstellung eines Quartierskonzepts sind ca. 80.000 € einzuplanen, wovon i.d.R. 65 % förderfähig sind.	
Fördermöglichkeiten	Integrierte kommunale Entwicklungskonzepte (Land Hessen); Integriertes Quartierskonzept (Kreditanstalt für Wiederaufbau)	
Umsetzungszeitraum	mittelfristig	



Erwartete Wirkungen	Energieeinsparung	Keine direkten Wirkungen durch Erstellung des Konzepts; Wenn es aber in der Folge zur Umsetzung von konkreten Einspar- und Effizienzmaßnahmen
		führt, können große Energieeinsparungen realisiert werden.
	CO ₂ -Einsparung	Keine direkten Wirkungen durch Erstellung des Konzepts; Wenn es aber zur Umsetzung von konkreten Einspar- und Effizienzmaßnahmen führt, können große CO ₂ -Einsparungen realisiert werden.
	Reg. Wertschöpfung	Geringe Effekte durch Erstellung des Konzepts an sich; bei Umsetzung des Konzepts sind deutliche Wirkungen zu erwarten: Stärkung der regionalen Wirtschaft v.a. durch verstärkte Bau- bzw. Sanierungsaktivitäten.
	Weiche Faktoren	Schaffung von guten Beispielen, begleitet von Beratung und Öffentlichkeitsarbeit.



Maßnahmengruppe:	Übergeordnete Maßnahmen (UM) Stadt- und Siedlungsentwicklung	
Maßnahme	UM 8 Energie-Leitplan / Wärmeversorgungskonzept	
Beschreibung	Die energetische Sanierung bzw. die effiziente Wärmeversorgung des Gebäudebestands und neuer Siedlungsvorhaben ist eine der größten Herausforderungen bei der Umsetzung des Klimaschutzes. Ein Energie-Leitplan oder ggf. ein eigenständiges Wärmeversorgungskonzept stellen die fachlichen Grundlagen für zielgerichtetes Handeln in der Kommune dar. Dabei geht es um eine Gesamtbetrachtung von Gebäuden, Siedlungs- und Sozialstrukturen, Versorgungstrukturen und Potenzialen für erneuerbare Energien bzw. Kraft-Wärme-Kopplung. Es werden räumlich und inhaltlich Handlungsschwerpunkte, Handlungsmöglichkeiten und konkrete Maßnahmen für die einzelnen Stadtteile bzw. Quartiere identifiziert und festgelegt. Der Plan bzw. das Wärmeversorgungskonzept kann für die gesamte Kommune oder ggf. nur für die Kernstadt und/oder einzelne Stadtteile erstellt werden.	
	Wärmeversorgungskonzepte sind als "Klimaschutzteilkonzepte" im Rahmen der nationalen Klimaschutzinitiative des Bundes förderfähig (bis zu 50 % Zuschuss).	
Zielgruppe	Kommunen	
Akteure	Initiierung:	Landkreis Darmstadt-Dieburg
	Umsetzung:	Kommunen
	Mitwirkung:	Vertreter der kommunalen Verwaltungen
Querbezug zu	UM 5 Umsetzung einer energieoptimierten Stadtplanung und Bauleitplanung	
Erwartete Kosten	Personalaufwand: ca. 1 PM	
	Sachkosten: ca. 30.0	000 € (Gutachten, zu 50 % förderfähig)
Fördermöglichkeiten	Klimaschutzteilkonze	epte (BMU)
Umsetzungszeitraum	mittelfristig einmalig	
Erwartete Wirkungen	Energieeinsparung	Die Maßnahme trägt zur Energieeinsparung im Gebäudebereich – insb. bei Neubauten – bei. Der Beitrag kann im Rahmen des Konzepts nicht quantifiziert werden.
	CO₂-Einsparung	Die Maßnahme trägt zur CO ₂ -Einsparungen im Gebäudebereich – insb. bei Neubauten – bei. Der Beitrag kann im Rahmen des Konzepts nicht quantifiziert werden.
	Reg. Wertschöpfung	Wenn die Maßnahme zu verstärkten Effizienzmaßnahmen und einer stärkeren Nutzung erneuerbarer Energien führt, kann das lokale Handwerk davon profitieren.
	Weiche Faktoren	Schaffung einer fachlichen Grundlage für Stadtplanung und Bauleitplanung.



Maßnahmengruppe:	Übergeordnete Maßnahmen (UM) Stadt- und Siedlungsentwicklung	
Maßnahme	UM 9 Gebäudetypologie / Steckbriefe typischer Gebäude für den Landkreis Darmstadt Dieburg	
Beschreibung	Gebäudetypologien bzw. Energieeinsparsteckbriefe stellen für regionaltypische Gebäude die energetische Ausgangssituation sowie die durch energetische Sanierungsmaßnahmen erreichbaren Einspareffekte (Energie / Kosten) dar. Sie sind damit ein einfaches Informationsinstrument, dass Immobilienbesitzern einen ersten Eindruck über die Einsparpotenziale (und die dazu erforderlichen Maßnahmen und Aufwendungen) gibt. Bei der hessischen Energiespar-Aktion liegt eine Vielzahl von Auswertungen zu den Energiepässen vor, die (in anonymisierter Form) eine geeignete Grundlage zur Erstellung einer Gebäudetypologie für den Landkreis Darmstadt Dieburg darstellen.	
	Zur Kofinanzierung einer derartigen (als Broschüre; Printversion bzw. pdf) gestalteten Gebäudetypologie könnte z.B. Werbeeinnahmen generiert werden. Finanzielle Unterstützung könnten möglicherweise auch die Kreditinstitute im Kreis bieten. Im Hinblick auf Kredit- und Fördermittelberatung könnten die Banken und Sparkassen die Typologie als Informationsmaterial einsetzen.	
Zielgruppe	Hauseigentümer, Ko	mmunen, Energieberater
Akteure	Initiierung:	Landkreis Darmstadt-Dieburg
	Umsetzung:	HESA, externe Dienstleister
	Mitwirkung:	Kommunen
Querbezug zu	-	
Erwartete Kosten	Je nach Umfang ca. 10.000 bis 20.000 Euro für Erstellung der Typologie und Steckbriefe, zusätzlich Druckkosten	
Fördermöglichkeiten	Bank- und Kreditwes	sen
Umsetzungszeitraum	Kurz- bis mittelfristig	
Erwartete Wirkungen	Energieeinsparung	Keine direkten Wirkungen, die Maßnahme trägt aber zur Information und Aufklärung bei und hilft somit, Sanierungsmaßnahmen zu initiieren. Wenn beispielsweise ein Gebäude aus den 60er Jahren mit einer Wohnfläche von 150 m² umfangreich saniert wird, dann sind Einsparungen von 15 bis 20 MWh erreichbar. Das Gesamtpotenzial der betrachteten Kommunen liegt bei etwa 145.000 MWh.
	CO ₂ -Einsparung	Entsprechend der Energieeinsparung können beispielhaft bei einem Einzelgebäude rund 3 bis 4 Tonnen CO₂ eingespart werden. Das Gesamtpotenzial der betrachteten Kommunen liegt bei etwa 35.000 Tonnen.



Reg. Wertschöpfung	Wenn in Folge der Maßnahme Investitionen zur Energieeinsparung umgesetzt werden, fördert das das regionale Handwerk und vermeidet Geldabflüsse in andere Regionen durch reduzierten Bedarf an fossilen Energieträgern. Rund 65 % der investierten Kosten verbleiben Vorort oder in der Region, da vor allem Handwerkskosten anfallen und in der Regel lokale und regionale Handwerksbetriebe für bauliche Maßnahmen beauftragt werden. Bei 150 m² Wohnfläche fallen für eine Sanierung auf EnEV09-Standard ca. 35.000,-Euro energiebedingte Investitionskosten an (unter der Annahme, dass die energetische Sanierung im Zuge einer sowieso anstehenden baulichen
Weiche Faktoren	Sanierung durchgefürht wird). Information und Bewusstseinsbildung.



Maßnahmengruppe:	Kommunales Energ	giemanagement (KE)
Maßnahme	KE 1 Etablierung ba	zw. Fortführung kommunales Energiemanagement
Beschreibung	Öffentliche Liegenschaften wie Verwaltungsgebäude, Kindergärten und Betriebshöfe verbrauchen nicht selten mehr Energie als notwendig wäre. Mit Hilfe eines kommunalen Energiemanagements wird eine energieeffiziente Bewirtschaftung der kommunalen Liegenschaften organisiert. Dazu gehören z. B. Aufgaben wie: Verbrauchserfassung und – kontrolle, Ermittlung von Energiekennwerten und Energiediagnose, technische und organisatorische Betriebsoptimierung, Planung und Umsetzung von Optimierungsmaßnahmen, Energiebewirtschaftung und Vertragswesen, Mitwirkung bei Neubaumaßnahmen, Richtlinien und Standards, Schulung und Kommunikation. Beispiele aus vielen Städten und Gemeinden zeigen, dass durch ein entsprechendes Management nicht nur die Energieverbräuche, sondern auch Kosten deutlich gesenkt werden können. Im Landkreis Darmstadt-Dieburg haben bereits einige Kommunen wie z.B. die Städte Groß-Umstadt und Griesheim ein kommunales Energiemanagement etabliert, das die Verbräuche der Gebäude regelmäßig erfasst. Andere Kreiskommunen verfügen momentan noch nicht über ein Kommunales Energiemanagement. Hier sollte (evtl. initiiert durch den Landkreis) geprüft werden, welche Möglichkeiten zur Nutzung von Synergien die Etablierung eines kommunalen Energiemanagement vorantreiben. Dabei bietet sich ein breites Lösungsspektrum an: von einen intensiven Erfahrungsaustausch zwischen den Kreiskommunen bis hin zum Aufbau gemeinsamer Dienstleistungsstrukturen z.B. nach dem Beispiel der Energieagentur im Landkreis Kassel (siehe http://www.energie2000ev.de/).	
Zielgruppe	Kommunen	
Akteure	Initiierung:	Landkreis Darmstadt-Dieburg
	Umsetzung:	Kommunen
	Mitwirkung:	-
Querbezug zu		Vernetzungstreffen auf Steuerungs- und Arbeitsebene s und den Kommunen
Erwartete Kosten	Zusätzliche Personalkosten und Investitionen in Instrumente für die Datenbearbeitung, gegebenenfalls Kosten für externe Vergabe von Bestandsaufnahmen. Die Kosten werden erfahrungsgemäß durch die eingesparten Energiekosten mehr als refinanziert.	
Fördermöglichkeiten	-	
Umsetzungszeitraum	kurzfristig fortlaufend	
Erwartete Wirkungen	Energieeinsparung	Die Maßnahme ist Grundlage für die Sanierungstätigkeiten in den Städten und Gemeinden und trägt damit dazu bei, dass der Energieverbrauch in den kommunalen Gebäuden und Einrichtungen gesenkt wird.
	CO₂-Einsparung	Die Maßnahme ist Grundlage für die Sanierungstätigkeiten in den Städten und Gemeinden und trägt damit dazu bei, dass die CO ₂ -Emissionen in den kommunalen Gebäuden und Einrichtungen gesenkt wird.



	Reg. Wertschöpfung	-
	Weiche Faktoren	Stärkung der Vorbildwirkung der Stadt



Maßnahmengruppe:	Kommunales Energ	giemanagement (KE)
Maßnahme	KE 2 Verstärkte Umsetzung von Niedrigenergiegebäude-Standards für Neubau und Sanierung öffentlicher Gebäude	
Beschreibung	Durch Festlegung von anspruchsvollen Energiestandards sowohl für Neubau als auch Bestand von öffentlichen Gebäuden sollen nicht nur die CO2-Emissionen dieser Liegenschaften reduziert werden, sondern es soll damit auch die Vorreiterrolle der öffentlichen Hand unterstrichen werden. Das Energieeinsparungsgesetz des Bundes schreibt vor, dass - öffentliche Neubauten ab 01.01.2019 - private Neubauten ab 01.01.2021 als "Niedrigstenergiegebäude" errichtet werden müssen. Verordnungen zur Definition des entsprechenden Standards werden in den kommenden Jahren (bis 2017 bzw. 2019) erlassen. Für die Sanierung von Bestandsgebäuden ergeben sich durch die aktuelle Energieeinsparverordnung für die öffentliche Hand weitgehende Anforderungen, die voraussichtlich weiter verschärft werden. Bereits im Jahr 2014 hat der Landkreis Darmstadt Dieburg die "Leitlinien zum nachhaltigen Bauen" verabschiedet. Diese Leitlinien gelten für alle Neubau- und Sanierungsvorhaben des Da-Di-Werks. Bei Neubauten wird der Passivhausstandard angestrebt, bei Sanierungsmaßnahmen sind Passivhauskomponenten einzusetzen. Generell ist der Landkreis bestrebt KfW55-Standard (oder besser) umzusetzen. Damit hat der Landkreis bereits vorzeitig und über die gesetzlichen Anforderungen hinaus entsprechende Standards für Neubau und Sanierung seines Gebäudebestands gesetzt. Soweit dies noch nicht in den kreisangehörigen Kommune erfolgt ist, wird ihnen empfohlen, entsprechende Richtlinien für ihre Liegenschaften zu beschließen.	
Zielgruppe	Kommunen	
Akteure	Initiierung:	Kommunen, (Landkreis Darmstadt-Dieburg)
	Umsetzung:	Kommunen
	Mitwirkung:	-
Querbezug zu	UM 5 Umsetzung eir Bauleitplanung	ner energieoptimierten Stadtplanung und
Erwartete Kosten	Personalaufwand: - (im Rahmen der regulären Tätigkeiten abgedeckt)	
	Sachkosten: Durch die Umsetzung von Niedrigenergiegebäude-Standards entstehen Mehrinvestitionen, die sich allerdings i.d.R. durch Energieeinsparungen in der Nutzungszeit refinanzieren.	
Fördermöglichkeiten	-	
Umsetzungszeitraum	kurzfristig einmalig	
Erwartete Wirkungen	Energieeinsparung	Die Maßnahme trägt zur Energieeinsparung im Gebäudebereich – insb. bei Neubauten – bei. Im Vergleich zum EnEV-Standard können durch Niedrigenergie- / Passivhaus-Standards bis zu 50 % eingespart werden.



	CO₂-Einsparung	Die Maßnahme trägt zur CO ₂ -Einsparungen im Gebäudebereich – insb. bei Neubauten – bei. Im Vergleich zum EnEV-Standard können durch Niedrigenergie- / Passivhaus-Standards bis zu 50 % eingespart werden.
	Reg. Wertschöpfung	Wenn durch die Maßnahme verstärkt Effizienzmaßnahmen umgesetzt und erneuerbare Energien genutzt werden, kann das lokale Handwerk davon profitieren.
	Weiche Faktoren	Vorbildwirkung des Kreises und der Kommunen wird gestärkt



Maßnahmengruppe:	Kommunales Energ	giemanagement (KE)
Maßnahme		er energetischen Sanierung kommunaler Gebäude und Beschluss eines mehrjährigen ogramms
Beschreibung	Bei vielen kommunalen Liegenschaften gibt es einen Sanierungsstau und der energetische Zustand ist nicht zufriedenstellend. Auch wenn hinsichtlich der Energie- und CO ₂ -Gesamtbilanz die kommunalen Liegenschaften nur ein begrenztes Gewicht haben, so sind sie jedoch auch Aushängeschilder der Kommunen, inwieweit diese den Klimaschutz ernst nehmen und bei sich selbst als eine vorrangige Aufgabe mit umsetzen. Ziel der Maßnahme ist es, die energetische Sanierung kommunaler Gebäude planmäßig fortzuführen und zu verstetigen und dabei insbesondere diejenigen Gebäude in den Fokus zu stellen, die schlechte Energiekennwerte und gleichzeitig einen insgesamt hohen Verbrauch haben. Da die Sanierung des Gebäudebestands mit hohen Investitionen behaftet ist, empfiehlt sich die Aufstellung eines mehrjährigen Handlungsprogramms. Durch ein mehrjähriges Handlungsprogramm werden die energetischen Sanierungsmaßnahmen und die zugehörigen Finanzbedarfe systematisch erfasst und priorisiert. Der förmliche Beschluss eines derartigen Programms (bzw. Sanierungsfahrplans) gibt den Belangen des Energie- und Klimaschutzes in den jeweiligen Haushaltsberatungen ein besonderes Gewicht. Die Aufstellung derartiger Programme bzw. Fahrpläne werden vom Bund (Klimaschutzteilkonzept "Klimaschutz in eigenen Liegenschaften und Portfoliomanagement") und vom Land Hessen (i.R. der Förderung gem. §§	
Zielgruppe	Kommunen	en Energiegesetzes) gefördert.
Akteure	Initiierung:	Kommunen
	Umsetzung:	Kommunen
	Mitwirkung:	
Querbezug zu	<u> </u>	v. Fortführung kommunales Energiemanagement
Erwartete Kosten	Personalaufwand: (im Rahmen der regulären Tätigkeiten abgedeckt) Sachkosten: -	
Fördermöglichkeiten	Förderung gem. des Hessischen Energiegesetz (Land Hessen) Klimaschutzinitiative Bund: Klimaschutzteilkonzept "Klimaschutz in eigenen Liegenschaften und Portfoliomanagement"	
Umsetzungszeitraum	kurzfristig einmalig	
Erwartete Wirkungen	Energieeinsparung	Die Maßnahme trägt zur Energieeinsparung im Bereich der kommunalen Gebäude bei. Der jährliche Energieverbrauch der kommunalen Gebäude könnte in den beiden Kommunen um insgesamt ca. 2.000 bis 3.000 MWh gesenkt werden.
	CO₂-Einsparung	Die Maßnahme trägt zur CO ₂ -Einsparungen im Gebäudebereich bei. Entsprechend der Energieeinsparung könnten ca. 400 bis 600 Tonnen CO ₂ eingespart werden.



	Wertschöpfung	Wenn durch die Maßnahme verstärkt Effizienzmaßnahmen umgesetzt und erneuerbare Energien genutzt werden, kann das lokale Handwerk davon profitieren.
		Verankerung des Themas Energie und Klimaschutz in der Stadt- und Bauleitplanung.



Maßnahmengruppe:	Kommunales Energ	giemanagement (KE)	
Maßnahme	KE 4 Verstärkter Einsatz von Contracting-Lösungen für kommunale Gebäude		
Beschreibung	Durch Contracting-Lösungen bietet sich die Möglichkeit, ohne hohe Investitionen einen Austausch alter Heizungsanlagen umzusetzen und damit den Energieverbrauch zu senken. Die Kommunen und der Kreis selbst sollen dieses Modell künftig verstärkt prüfen und umsetzen. Dienstleister können dabei die Stadtwerke, regionale Energieversorgungsunternehmen oder andere Dienstleistungsunternehmen sein.		
Zielgruppe	Landkreis Darmstad	t-Dieburg, Kommunen, Hauseigentümer	
Akteure	Initiierung:	Landkreis Darmstadt-Dieburg, Kommunen	
	Umsetzung:	Landkreis Darmstadt-Dieburg, Kommunen	
	Mitwirkung:	Regionale Energieversorgungsunternehmen, Dienstleistungsunternehmen, Energiegenossenschaften	
Querbezug zu	-		
Erwartete Kosten	Personalaufwand: - (wird durch regionale Energieversorger bzw. sonstige Dienstleister umgesetzt)		
	Sachkosten: -		
Fördermöglichkeiten	-		
Umsetzungszeitraum	mittelfristig fortlaufend		
Erwartete Wirkungen	Energieeinsparung	Durch den Austausch alter Heizungsanlagen können bis zu 20 % Energieeinsparung (in Einzelfällen auch mehr) realisiert werden. Das Potenzial für den Gesamtgebäudebestand ist damit sehr hoch.	
	CO₂-Einsparung	Entsprechend der Energieeinsparungen können auch bis zu 20 % CO ₂ -Emissionen eingespart werden, wenn alte Heizungsanlagen durch neue, effiziente ersetzt werden. Wenn erneuerbare Energien, wie beispielsweise die Solarthermie genutzt werden, dann sind die Einsparpotenziale noch höher.	
	Reg. Wertschöpfung	Positive Effekte für die beteiligten Unternehmen.	
	Weiche Faktoren	-	



Maßnahmengruppe:	Kommunales Energ	giemanagement (KE)
Maßnahme	KE 5 Hausmeister- und Nutzerschulungen	
Beschreibung	Durch Veränderungen des Nutzungsverhaltens und durch Schulung der Hausmeister können zusätzliche Einsparpotenziale bei den öffentlichen Liegenschaften erschlossen werden, die erheblich sein können. Energieeffizientes Nutzerverhalten und ein optimierter Betrieb der Gebäudetechnik spielen eine wichtige Rolle, um Energieverbräuche um 10 oder mehr Prozent zu reduzieren. Über das kommunale Energiemanagement sind systematische Schulungspakete zu entwickeln, die auf die spezifischen Nutzungen der Gebäude zugeschnitten sind. Die Durchführung dieser Schulungen sollte Bestandteil der Aufgaben des Energiemanagements sein.	
Zielgruppe	Landkreis Darmstadt	-Dieburg, Kommunen
Akteure	Initiierung:	Landkreis Darmstadt-Dieburg, Kommunen
	Umsetzung:	Landkreis Darmstadt-Dieburg, Kommunen
	Mitwirkung:	-
Querbezug zu	KE 1 Etablierung bzv	v. Fortführung kommunales Energiemanagement
Erwartete Kosten	Personalaufwand: einmalig ½ bis 1 PM für die Festlegung von Inhalten und Zusammenstellung von Materialien, fortlaufend etwa ¼ bis ½ PM/a für Durchführung von Schulungen	
Fördermöglichkeiten	Sachkosten: ca. 1.000 €/a für Informationsmaterial	
Umsetzungszeitraum	kurzfristig fortlaufend	
Erwartete Wirkungen	Energieeinsparung	In der Regel lassen sich in der Größenordnung 10 % des Energieverbrauchs durch Verhaltensänderung einsparen. Das bedeutet bezogen auf die betrachteten Kommunen ein Einsparpotenzial von ca. 600 bis 800 MWh.
	CO ₂ -Einsparung	Entsprechend der Energieeinsparung können etwa 160 bis 210 Tonnen CO₂ eingespart werden.
	Reg. Wertschöpfung	Die Kommune profitiert von sinkenden Energieverbräuchen und den damit sinkenden Energiekosten.
	Weiche Faktoren	Information und Bewusstseinsbildung, Stärkung der Vorbildwirkung der Stadt.



Maßnahmengruppe:	Kommunales Energ	giemanagement (KE)
Maßnahme	KE 6 Energieeinspa (z.B. "fifty-fift)	rmodelle an Schulen und Kindertagesstätten y-Modell")
Beschreibung	Durch Beeinflussung des Nutzungsverhaltens können zusätzliche Einsparpotenziale bei Schulen und Kindergärten erschlossen werden, die erheblich sein können. Mit dem Konzept wird an die Kreativität der Nutzer appelliert. Unter Umständen entstehen neue Ideen zur Energieeinsparung. Ein erfolgreiches Motivationsmodell bietet z.B. fifty-fifty. Um Kinder, Erzieher und Hausmeister zu einem sparsamen Umgang mit Energie und Wasser zu motivieren, wird ein finanzielles Anreizsystem eingerichtet. Die Hälfte der eingesparten Betriebskosten für Energie und Wasser erhalten die Schulen/Kindergärten direkt als Prämie im Rahmen ihres Selbstbewirtschaftungsfonds für Anschaffung von Materialien und andere schul-/kindergartenbezogene Ausgaben zur freien Verfügung. Der Landkreis Darmstadt-Dieburg hat vor einigen Jahren ein fifty-fifty-Modell eingeführt, arbeitet aber bereits seit 2008 nicht mehr mit diesem Modell. Zum einen entstehen Ungleichheiten, da bspw. in Passivhäuser kaum Einsparpotenziale verfügbar sind und zum anderen hat sich die Abrechnung und Zuordnung von eingesparten Kosten als sehr schwierig erwiesen. Unabhängig davon wird den Kommunen empfohlen, die Rahmenbedingungen zu prüfen und ggf. entsprechende Einspar-Modelle auf andere kommunale Einrichtungen, insbesondere Kinderbetreuungseinrichtungen zu übertragen. Ggf. sind dabei neben dem fifty-fifty-Modell auch andere Modelle denkbar (z.B. Zuschüsse für Projekttage im Bereich Energie und Klimaschutz)	
Zielgruppe	Schulen, Kindergärte	en o.ä. Einrichtungen
Akteure	Initiierung:	Landkreis Darmstadt-Dieburg, Kommunen
	Umsetzung:	Landkreis Darmstadt-Dieburg, Kommunen
	Mitwirkung:	-
Querbezug zu	AB 8 Klimabildung at AB 9 Spielend Energ	n Schulen giesparen in Kindertagesstätten
Erwartete Kosten	Personalaufwand mi	t vorhandenem Personal abgedeckt
	Sachkosten: abhängig von tatsächlich umgesetzten Projekten, kann nicht pauschal beziffert werden	
Fördermöglichkeiten	Der Bund fördert im Rahmen der nationalen Klimaschutzinitiative die Einbzw. Weiterführung von erprobten Energiesparmodellen, wie zum Beispiel so genannte fifty/fifty-Modelle, an Kindertagesstätten, Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen, Sportstätten und Schwimmhallen. Allerdings ist hierfür eine gewisse Größenordnung erforderlich, so dass dies nur kreisweit bzw. bei einem Zusammenschluss mehrerer Kommunen in Frage kommt. Weiterhin sind die erzielbaren Energieeinsparungen gegen zu rechnen, so dass sich einige Maßnahmen auch selbst tragen können.	
Umsetzungszeitraum	mittelfristig einmalig	



Erwartete Wirkungen	Energieeinsparung	In den beiden betrachteten Kommunen haben Schulen einen großen Anteil am Energieverbrauch der öffentlichen Einrichtungen. Wenn hier Einsparungen erreicht werden können, wirkt sich das auch auf den Gesamtverbrauch der öffentlichen Einrichtungen aus. Nimmt man ein Einsparpotenzial von 3 bis 5 % an, dann könnten in den beiden Kommunen ca. 200 bis 300 MWh eingespart werden (Abschätzung).
	CO ₂ -Einsparung	Entsprechend der Energieeinsparungen könnten ca. 40 bis 75 Tonnen CO₂ eingespart werden.
	Reg. Wertschöpfung	Keine direkten Wirkungen zuordenbar.
	Weiche Faktoren	Information und Bewusstseinsbildung, Multiplikatorwirkung der Kinder.



Maßnahmengruppe:	Beratungsangebote "Energieeinsparung und Effizienz" (Eff)			
Maßnahme	Eff 1 bessere Verne Beratungsang	etzung und Kommunikation vorhandener gebote		
Beschreibung	Im Landkreis Darmstadt-Dieburg gibt es bereits ein vielfältiges Informations- und Beratungsangebot zu Energiethemen. Zu nennen sind insbesondere folgende Angebote:			
		 die Stadt Groß-Umstadt bietet eine kommunale Energieberatung durch eigenes Personal an, 		
	Kommunen	icherzentrale Hessen bietet in Kooperation mit einigen (u.A. Münster) Energieberatungen und ecks vor Ort an,		
	und Handw	z:Klasse GmbH – eine Kooperation zwischen entega erkskammer – berät und unterstützt mit einem Dienstleistungsangebot (bis hin zur Ausschreibung gen),		
	IWU Darms	che Energiesparaktion (HESA; Projektdurchführung: stadt) stellt Privatpersonen vielfältige Informationen zur und unterstützt die Kommunen u.A. durch Vorträge Ilungen.		
	Trotz – oder gerade wegen der Vielfalt – der Angebote erreichen diese Bürgerinnen und Bürger nicht im erwünschten Umfang. Die Beratungsangebote sind zum Teil nicht bekannt oder es ist unklar, zu welchen Themen beraten wird. Ziel ist es darüber hinaus eine bessere Vernetzung der bereits gut etablierten Akteurslandschaft zu erreichen. In einem ersten Schritt sollten – in Zusammenarbeit mit den regionalen Akteuren – diese verschiedenen Beratungsangebote analysiert und darüber beraten werden, ob und wie die Beratungsangebote weiter verbessert und aufeinander abgestimmt werden können. Unabhängig davon sollten die Informationen zum aktuell vorhandenen Angebot so zusammengestellt und aufbereitet werden, dass der Landkreis, die kreisangehörigen Kommunen (und im Idealfall auch die Beratungsorganisationen) auf ihrer Homepage das vorhandene Angeboim Überblick darstellen und so einen einfacheren Zugang ermöglichen (siehe AB 1 "Öffentlichkeitsarbeit").			
Zielgruppe	Gebäudeeigentümer			
Akteure	Initiierung:	Landkreis Darmstadt-Dieburg		
	Umsetzung:	Landkreis Darmstadt-Dieburg		
	Mitwirkung:	Kommunen, regionale Energieversorgungsunternehmen, Finanzierungsinstitute, Handwerk, Energieberater, Schornsteinfeger, Haus & Grund		
Querbezug zu	-			
Erwartete Kosten	Personalaufwand: ca	a. 1 PM/a		
	Sachkosten: im Rahmen der Budgets der Beratungsorganisationen abgedeckt			
Fördermöglichkeiten	-	-		
Umsetzungszeitraum	kurzfristig fortlaufend			
Erwartete Wirkungen	Energieeinsparung	Keine direkten Wirkungen, unterstützt aber zahlreiche andere Maßnahmen.		



CO ₂ -Einsparung	Keine direkten Wirkungen, unterstützt aber zahlreiche andere Maßnahmen.
Reg. Wertschöpfung	Durch eine verstärkte Vernetzung können die einzelnen Akteure und damit die Region insgesamt profitieren.
Weiche Faktoren	Netzwerkbildung



Maßnahmengruppe:	Beratungsangebot	Beratungsangebote "Energieeinsparung und Effizienz" (Eff)	
Maßnahme	Eff 2 Förderung un	Eff 2 Förderung und Ausbau einer niederschwelligen Erstberatung	
Beschreibung	Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Informationsvielfalt in den Medien, insbesondere auch im Internet, ist es sinnvoll eine bürgernahe, niederschwellige Erstberatung anzubieten. Ziel dieser Maßnahme ist es flächendeckende eine niederschwellige Erstberatung in den Kommunen anzubieten, die einen "neutralen" Zugang zum Thema vermittelt, Interesse an konkreten Schritten weckt und insbesondere die weit verbreitete Unsicherheit einer kostenintensiven Komplettsanierung und zu Risiken einer energetischen Sanierung nimmt. Dabei können zum Beispiel folgende Instrumente dauerhaft oder in Form von Kampagnen (s.u.) eingesetzt werden: - Angebot einer kommunalen Energieberatung (Beispiel Groß-Umstadt), - Bewerbung vorhandener Beratungsangebote, wie - Zu-Hause-Beratung (BAFA-gefördert bzw. Angebot der Verbraucherzentrale) - Energiepass Hessen (HESA) - Effizienz:Klasse GmbH, - Schulung ehrenamtlicher Energie-Scouts - Energie-Karawane (s.u.) Die Städte und Gemeinden des Landkreis Darmstadt-Dieburg verbessern in Zusammenarbeit mit weiteren Akteuren die niederschwelligen Erstberatungs-Angebote für Privatpersonen und Unternehmen. Da die Kommunen im Kreis hier sehr unterschiedliche Ausgangslagen haben, ist es nicht sinnvoll, dass alle Kommunen den gleichen Weg gehen. Gleichwohl sollten die Kommunen bei der Entwicklung von Lösungen zusammenarbeiten, um Synergien untereinander und mit den regionalen Beratungsorganisationen zu erzielen (s.o.: Eff 1 "Vernetzung").		
Zielgruppe	Gebäudeeigentüme	r	
Akteure	Initiierung:	Landkreis Darmstadt-Dieburg	
	Umsetzung:	Kommunen	
	Mitwirkung:	Beratungsorganisationen	
Querbezug zu	Eff 1 bessere Verne Beratungsange	tzung und Kommunikation vorhandener ebote	
Erwartete Kosten	Personalaufwand: ca	a. 1 PM/a	
		Sachkosten: ca. 2.000 – 3.000 €/a (z.B. für den Druck von Informationsmaterial)	
Fördermöglichkeiten	-		
Umsetzungszeitraum	Kurz- bis mittelfristig fortlaufend		
Erwartete Wirkungen	Energieeinsparung	Wenn in Folge der Umsetzung der Maßnahme die Sanierungstätigkeit gesteigert wird, können Einsparungen realisiert werden. Wird beispielsweise ein Gebäude aus den 60er Jahren mit einer Wohnfläche von 150 m² umfangreich saniert, dann sind Einsparungen von 15 bis 20 MWh erreichbar. Das Gesamtpotenzial der betrachteten Kommunen liegt bei etwa 145.000 MWh.	



 1	,
CO ₂ -Einsparung	Entsprechend der Energieeinsparung können beispielhaft bei einem Einzelgebäude rund 3 bis 4 Tonnen CO ₂ eingespart werden. Das Gesamtpotenzial der betrachteten Kommunen liegt bei etwa 35.000 Tonnen.
Reg. Wertschöpfung	Wenn in Folge der Maßnahme Investitionen zur Energieeinsparung umgesetzt werden, fördert das das regionale Handwerk und vermeidet Geldabflüsse in andere Regionen durch reduzierten Bedarf an fossilen Energieträgern. Rund 65 % der investierten Kosten verbleiben Vorort oder in der Region, da vor allem Handwerkskosten anfallen und in der Regel lokale und regionale Handwerksbetriebe für bauliche Maßnahmen beauftragt werden. Bei 150 m² Wohnfläche fallen für eine Sanierung auf EnEV09-Standard ca. 35.000,-
Weiche Faktoren	Euro energiebedingte Investitionskosten an (unter der Annahme, dass die energetische Sanierung im Zuge einer sowieso anstehenden baulichen Sanierung durchgefürht wird). Beratung und Information.



Maßnahmengruppe:	Beratungsangebote	e "Energieeinsparung und Effizienz" (Eff)	
Maßnahme	Eff 3 Stärkung der	Konzeptberatung zur schrittweisen Sanierung	
Beschreibung	Für viele private Investoren stellt eine energetische Vollsanierung eine Überforderung dar und hemmt somit die Umsetzungsbereitschaft. Um dennoch energetische Sanierungen anzuregen, sollen Beratungsangebote verstärkt auf Möglichkeiten einer schrittweisen Sanierung eingehen und dazu beraten, wie diese sinnvoll umgesetzt werden kann. Dabei kann insbesondere auf das entsprechende Informationsangebot der HESA zurückgegriffen werden.		
Zielgruppe	Gebäudeeigentümer	r, Wohnungseigentümergemeinschaften	
Akteure	Initiierung:	-	
	Umsetzung:	Kommunen	
	Mitwirkung:	Beratungsorganisationen	
Querbezug zu	Eff 1 bessere Vernet Beratungsange	zung und Kommunikation vorhandener bote	
Erwartete Kosten	Sachkosten: Bei Durchführung einer Kampagne zum Thema fallen entsprechende Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit an (ca. 5.000 bis 10.000 €). Personalkosten: Die eigentliche Beratungsleistung kann über die bereits vorhandenen Beratungskapazitäten abgedeckt werden.		
Fördermöglichkeiten	-	-	
Umsetzungszeitraum	Kurz- bis mittelfristig fortlaufend		
Erwartete Wirkungen	Energieeinsparung	Wenn in Folge der Umsetzung der Maßnahme die Sanierungstätigkeit gesteigert wird, können Einsparungen realisiert werden. Wird beispielsweise ein Gebäude aus den 60er Jahren mit einer Wohnfläche von 150 m² teilsaniert, dann sind Einsparungen von 5 bis 10 MWh erreichbar.	
	CO ₂ -Einsparung	Entsprechend der Energieeinsparung können beispielhaft bei einem Einzelgebäude rund 1 bis 2 Tonnen CO₂ eingespart werden.	
	Reg. Wertschöpfung	Wenn in Folge der Maßnahme Investitionen zur Energieeinsparung umgesetzt werden, fördert das das regionale Handwerk und vermeidet Geldabflüsse in andere Regionen durch reduzierten Bedarf an fossilen Energieträgern.	
		Rund 65 % der investierten Kosten verbleiben Vorort oder in der Region, da vor allem Handwerkskosten anfallen und in der Regel lokale und regionale Handwerksbetriebe für bauliche Maßnahmen beauftragt werden.	
	Weiche Faktoren	-	



Maßnahmengruppe:	Beratungsangebote	e "Energieeinsparung und Effizienz" (Eff)
Maßnahme	Eff 4 aufsuchende Beratung	
Beschreibung	Durch zeitlich und örtlich konzentrierte Energieberatungskampagnen, z.B. nach dem Vorbild "Energiekarawane", kann eine hohe Anzahl von Erstberatungen realisiert werden. Mit diesen Erstberatungen sollen Hauseigentümer auf die Notwendigkeiten, Möglichkeiten und Vorteile von energetischen Sanierungen aufmerksam gemacht werden. Die Erfahrungen aus anderen Kommunen zeigen, dass aus diesen Erstberatungen vielfach intensivere Vollberatungen werden und daraus wiederum konkrete Sanierungen verstärkt initiiert werden können. Da diese Form der "aufsuchenden" Beratung vergleichsweise kostenintensiv ist (für jede Kampagne sind Kosten von 10.000 bis 30.000 Euro einzuplanen) ist ein sorgfältige Vorauswahl der infrage kommenden Quartiere und eine ggf. auf mehrere Jahre angelegte Kampagnen-Planung (für mehrere Quartiere) sinnvoll.	
Zielgruppe	Gebäudeeigentümer	
Akteure	Initiierung:	Landkreis Darmstadt-Dieburg
	Umsetzung:	Kommunen
	Mitwirkung:	Beratungsorganisationen, Energieberater
Querbezug zu	Eff 2 Förderung und	Ausbau einer niederschwelligen Erstberatung
Erwartete Kosten	Personalaufwand: zur Vorbereitung und Organisation einer entsprechenden Kampagne ca. 1 PM Sachkosten: ca. 20.000 €/a (je Aktion, für Honorare, Informationsmaterial etc.)	
Fördermöglichkeiten	-	
Umsetzungszeitraum	mittelfristig wiederkehrend	
Erwartete Wirkungen	Energieeinsparung	Wenn in Folge der Umsetzung der Maßnahme die Sanierungstätigkeit gesteigert wird, können Einsparungen realisiert werden. Wird beispielsweise ein Gebäude aus den 60er Jahren mit einer Wohnfläche von 150 m² umfangreich saniert wird, dann sind Einsparungen von 15 bis 20 MWh erreichbar. Das Gesamtpotenzial der betrachteten Kommunen liegt bei etwa 145.000 MWh.
	CO₂-Einsparung	Entsprechend der Energieeinsparung können beispielhaft bei einem Einzelgebäude rund 3 bis 4 Tonnen CO ₂ eingespart werden. Das Gesamtpotenzial der betrachteten Kommunen liegt bei etwa 35.000 Tonnen.



Reg. Wertschöpfung	Wenn in Folge der Maßnahme Investitionen zur Energieeinsparung umgesetzt werden, fördert das das regionale Handwerk und vermeidet Geldabflüsse in andere Regionen durch reduzierten Bedarf an fossilen Energieträgern. Rund 65 % der investierten Kosten verbleiben Vorort oder in der Region, da vor allem Handwerkskosten anfallen und in der Regel lokale und regionale Handwerksbetriebe für bauliche Maßnahmen beauftragt werden. Bei 150 m² Wohnfläche fallen für eine Sanierung auf EnEV09-Standard ca. 35.000,-Euro energiebedingte Investitionskosten an (unter der Annahme, dass die energetische Sanierung im Zuge einer sowieso anstehenden baulichen
Weiche Faktoren	Sanierung durchgefürht wird).



Maßnahmengruppe:	Beratungsangebot	e "Energieeinsparung und Effizienz" (Eff)	
Maßnahme	Eff 5 Kampagnen zum Thema "Geld und Energiesparen durch optimierte Heizungsanlagen"		
Beschreibung	Alte und/oder schlecht eingestellte Heizungssysteme tragen erheblich zu einem ineffektiven Umgang mit Endenergie um. Vielfach betrifft das insbesondere ölbefeuerte Anlagen, was aus Sicht des Klimaschutzes besonders kritisch ist. Der rechtzeitige Austausch der Heizungsanlagen und die richtige Einstellung der Systeme leistet einen erheblichen und sehr kosteneffektiven Beitrag zur Energieeinsparung und zum Klimaschutz. Dazu sind entsprechende Kampagnen z.B. zu den folgenden Themen durchzuführen: 1. Hydraulischer Abgleich: Durch systematische Öffentlichkeits- und Beratungsarbeit soll erreicht werden, dass für möglichst viele Heizungsanlagen der notwendige hydraulische Abgleich durchgeführt wird. Dadurch kann ohne investiven Aufwand der Energieverbrauch (und damit die		
	Energiekosten)	erheblich gesenkt werden.	
	2. <u>Gezielte Beratung zum Kesseltausch:</u> Im Rahmen des Klimaschutzteilkonzept Wärmenutzung wurde für die beiden Modellkommunen eine umfangreiche Analyse der Heizkesselstatistik anhand der Schornsteinfegerdaten durchgeführt. Die Daten liegen dort auf Ortsteilebene vor. Für die restlichen Kommunen im Kreisgebiet sollten entsprechende Daten (z.B. im Rahmen des geplanten "Integrierten Klimaschutzkonzeptes für den Landkreis Darmstadt-Dieburg und seine Kommunen") erhoben werden. Anhand dieser Daten soll gezielt in den Ortsteilen / Kommunen mit		
		Anlagenbestand zum Austausch der Heizungsanlage	
	3. Kampagne "Contracting": Durch Contracting-Lösungen bietet sich die Möglichkeit, ohne hohe Investitionen einen Austausch alter Heizungsanlagen umzusetzen u damit den Energieverbrauch zu senken. Das eröffnet Möglichkeiten auch für Hausbesitzer mit engem finanziellem Spielraum oder hohe Komfortbedürfnis. In Zusammenarbeit mit Contracting-Dienstleistern kann eine entsprechende Informationskampagne dazu beitragen, dass verstär Heizungsanlagen ausgetauscht werden. Die HESA verfügt über ein großes Angebot an Informations- und Ausstellungsmaterial zum Thema "Energiesparen". Dies können die Kor munen jederzeit abrufen und für eigene Kampagnen einsetzen.		
Zielgruppe	Gebäudeeigentümer	Gebäudeeigentümer	
Akteure	Initiierung:	Landkreis Darmstadt-Dieburg, Kommunen	
	Umsetzung:	Landkreis Darmstadt-Dieburg, Kommunen	
	Mitwirkung:	Handwerkskammer, regionale Energieversorgungsunternehmen, HESA	
Querbezug zu	-		



Erwartete Kosten	Personalkosten: je nach Umfang der umgesetzten Teil-Maßnahmen ca. 1 bis 2 PM für die Vorbereitung und Organisation. Die eigentlichen Beratungsleistungen sind durch die vorhandenen Beratungsangebote abgedeckt. Sachkosten: ggf. Sachkosten für Informationsmaterial / Öffentlichkeitskampagne. Kosten können über Sponsoring gedeckt werden.	
Fördermöglichkeiten	-	
Umsetzungszeitraum	fortlaufend	
Erwartete Wirkungen	Energieeinsparung	Keine direkten Wirkungen zuordenbar, die Maßnahme trägt aber dazu bei, dass verstärkt Sanierungsmaßnahmen umgesetzt werden. Indirekte Wirkungen siehe auch Eff2 bzw. Eff4.
	CO ₂ -Einsparung	Keine direkten Wirkungen zuordenbar, die Maßnahme trägt aber dazu bei, dass verstärkt Sanierungsmaßnahmen umgesetzt werden. Indirekte Wirkungen siehe auch Eff2 bzw. Eff4.
	Reg. Wertschöpfung	Wenn in Folge der Maßnahme Investitionen zur Energieeinsparung umgesetzt werden, fördert das das regionale Handwerk und vermeidet Geldabflüsse in andere Regionen durch reduzierten Bedarf an fossilen Energieträgern. Indirekte Wirkungen siehe auch Eff2 bzw. Eff4.
	Weiche Faktoren	Bewusstseinsbildung: Klimaschutz schont nicht nur die Umwelt, sondern auch den eigenen Geldbeutel.



Maßnahmengruppe:	Beratungsangebot	e "Energieeinsparung und Effizienz" (Eff)	
Maßnahme		nahmen und Erneuerbare Energien bei ugesellschaften	
Beschreibung	Wohnungsbaugesellschaften sind bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen im Gebäudebestand wichtige Akteure, da sie oft über einen großen Gebäudebestand verfügen und dementsprechend viel bewirken können. Ziel der Maßnahme ist es, Sanierungsaktivitäten bei Wohnungsbaugesellschaften zu stärken und hohe Energieeffizienzstandards bei den Sanierungen zu erreichen. Dazu sollen die Kommunen das Gespräch mit Wohnungsbaugesellschaften suchen und gemeinsam mit ihnen Lösungen für eine klimaeffiziente Wärmeversorgung erarbeiten. Objektübergreifende Lösungen sollen dabei stärker in den Fokus rücken.		
	der Information und	n die Kommune die Wohnungsbaugesellschaften bei Sensibilisierung der Mieter unterstützen und somit verändertes Nutzerverhalten fördern.	
Zielgruppe	Wohnungsbaugesel	schaften, Mieter	
Akteure	Initiierung:	Kommunen	
	Umsetzung:	Wohnungsbaugesellschaften	
	Mitwirkung:	Energieberater	
Querbezug zu	-		
Erwartete Kosten	Personalaufwand: ca	a. 1/2 PM/a	
	Sachkosten: ca. 1.000 €/a (z.B. für Informationsmaterial)		
Fördermöglichkeiten	-		
Umsetzungszeitraum	mittelfristig fortlaufend		
Erwartete Wirkungen	Energieeinsparung	Bei der Sanierung eines typischen Mehrfamilienhauses mit einer Wohnfläche von 950 m² aus den 1960iger Jahren können Einsparungen von etwa 80 bis 120 MWh erreicht werden.	
	CO₂-Einsparung	Entsprechend der Energieeinsparung können bei einem einzelnen Gebäude bis zu ca. 23 Tonnen CO ₂ eingespart werden.	
	Reg. Wertschöpfung	Wenn in Folge der Maßnahme Investitionen zur Energieeinsparung umgesetzt werden, fördert das das regionale Handwerk und vermeidet Geldabflüsse in andere Regionen durch reduzierten Bedarf an fossilen Energieträgern. Rund 65 % der investierten Kosten verbleiben Vorort oder in der Region, da vor allem Handwerkskosten anfallen und in der Regel lokale und regionale Handwerksbetriebe für bauliche Maßnahmen beauftragt werden.	
	Weiche Faktoren	Steigerung des Wohnkomforts, sommerlicher Wärmschutz.	



Maßnahmengruppe:	Erneuerbare Energien (EE)	
Maßnahme	EE 1 Förderung de	r Solarthermie
Beschreibung	Durch eine Informationskampagne und die Bereitstellung von Tools zur Abschätzung der Wirtschaftllichkeit soll eine stärkere Nutzung von Solarthermie in Wohn- und gewerblich genutzten Gebäuden erreicht werden.	
	und thematisch konz ungenutztem solarth	einen, breit angelegten Kampagne, sollten räumlich kentrierte Aktionen für Quartiere mit hohem ermischen Potenzial entwickelt werden. Dabei sind im ch insbesondere die Quartiere mit hohem Ein- und eil von Interesse.
	Wohngebäuden (hie	reich sollte der Fokus sowohl bei den Nicht- r insbesondere Handels- und Büroimmobilien; Thema: r auch im Bereich der solaren Prozesswärme-
		ist es, dass der Beitrag der Solarthermie zur eutlich gesteigert wird.
	Neben Anlagen für die Versorgung einzelner Gebäude soll geprüft werden ob und wo verstärkt "große" Solarthermie-Anlagen zum Einsatz kommen könnten. Diese können insbesondere zur Bedarfsdeckung in Wärmenetzen genutzt werden (s.u.). Je nach technischen Gegebenheiten und örtlichen Voraussetzungen könnten die Kommunen hierzu ggf. ein Pilotprojekt initiieren.	
Zielgruppe		r, Wohnungsbaugesellschaften, Unternehmen, allg. Dachflächenpotenzial
Akteure	Initiierung:	Landkreis Darmstadt-Dieburg, Kommunen
	Umsetzung:	Gebäudeeigentümer
	Mitwirkung:	Kommunen, Effizienz:Klasse GmbH, HWK
Querbezug zu	AB 7 Organisation u	nd Durchführung von Kampagnen
Erwartete Kosten	Personalaufwand: ca	a. 0,5 bis 1 PM/a
	Sachkosten: ggf. Kosten für Öffentlichkeitsarbeit / Kampagnen (siehe Maßnahmen AB1 bzw. AB7)	
Fördermöglichkeiten	-	
Umsetzungszeitraum	mittelfristig fortlaufend	
Erwartete Wirkungen	Energieeinsparung	Durch die Solarthermie werden keine Energieeinsparungen im eigentlichen Sinne erzielt, es werden jedoch andere Energieträger zum Teil ersetzt und damit Ressourcen geschont. Die Maßnahme trägt dazu bei, dass entsprechend des AKTIV Szenarios bis zu 6.100 MWh fossile Energieträger in den beiden Kommunen ersetzt werden können.
	CO₂-Einsparung	Die Maßnahme trägt aktiv dazu bei, dass CO ₂ eingespart werden kann. Entsprechend der Einsparung fossiler Energieträger können in den beiden Kommunen bis zu 1.500 Tonnen CO ₂ eingespart werden.



Wertschöpfung	Eine Ankurbelung der Nachfrage nach solarthermischen Anlagen stärkt das lokale Handwerk.
Weiche Faktoren	-



Maßnahmengruppe:	Erneuerbare Energien (EE)	
Maßnahme	EE 2 Systematische Prüfung der Abwasserwärmenutzung	
Beschreibung	Bei Neubau- bzw. Totalsanierungen öffentlicher Gebäude und Gebäude von öffentlichen Wohnungsunternehmen soll die Nutzung von Abwasserabwärme systematisch geprüft und ggf. umgesetzt werden. Im Rahmen des KSTK wurden für die beiden Modellkommunen bereits erste Analysen durchgeführt. Darüber hinaus wurden in der Stadt Groß-Umstadt durch einen Dienstleister die Potenziale ermittelt. - Für Groß-Umstadt konnten dabei aktuell keine umsetzbaren Lösungen identifiziert werden. - Für die Gemeinde Münster ist aktuell ebenfalls kein nutzbares Potenzial erkennbar. Allerdings sollte bei zukünftigen Maßnahmen bei folgenden öffentlichen Einrichtungen die Möglichkeit einer Nutzung der Abwasserwärme in Erwägung gezogen werden: Schule auf der Aue, Gersprenzhalle, Kulturhalle, Feuerwehr.	
Zielgruppe	öffentliche Bauherre	n
Akteure	Initiierung:	-
	Umsetzung:	Kommunen
	Mitwirkung:	öffentlichen Wohnungsunternehmen
Querbezug zu	-	
Erwartete Kosten	Personalaufwand: - (im Rahmen der regulären Tätigkeiten abgedeckt) Sachkosten: -	
Fördermöglichkeiten	-	
Umsetzungszeitraum	mittelfristig fortlaufend	
Erwartete Wirkungen	Energieeinsparung	Momentan gibt es kein nennenswertes Potenzial zur Nutzung der Abwasserwärme. Zukünftig könnte das Thema ggf. eine Rolle spielen, wenn entsprechende öffentliche Gebäude saniert werden. Da hierzu aber keine konkreten Überlegungen vorliegen, kann das Einsparpotenzial im Rahmen des Konzepts nicht quantifiziert werden.
	CO ₂ -Einsparung	Entsprechend der Energieeinsparpotenziale können auch die CO ₂ -Einsparpotenziale momentan nicht quantifiziert werden.
	Reg. Wertschöpfung	Durch die Installation und den Betrieb von Anlagen zur Abwasserwärmenutzung sowie durch den Ersatz fossiler Energieträger wird lokal Wertschöpfung generiert. Eine Quantifizierung ist stark abhängig von den tatsächlich umgesetzten Projekten und kann im Rahmen des Konzepts nicht belastbar erfolgen.
	Weiche Faktoren	-



Maßnahmengruppe:	Erneuerbare Energien (EE)	
Maßnahme	EE 3 Machbarkeitsa	analyse Nahwärmenetze
Beschreibung	Im Rahmen dieser Maßnahme soll die Machbarkeit von Nahwärmenetzen in potenziell geeigneten Gebieten untersucht werden. Hierfür sind entsprechende Gutachter zu beauftragen. Sofern sich geeignete Gebiete finden, sollen sich die Kommunen für die erfolgreiche Umsetzung von Wärmenetzen einsetzen. Insbesondere kommunale Gebäude können Ausgangspunkt für die Errichtung von Nahwärmenetzen sein. Bei der Sanierung bzw. beim Austausch von Heizungsanlagen sowie beim Neubau öffentlicher Gebäude sollen die Möglichkeiten zum Aufbau eines Wärmenetzes geprüft werden. Zur Energieversorgung der Wärmenetze sollen nach Möglichkeit erneuerbare Energien (z.B. Biomasse/Biogas, Solarthermie, Abwasserabwärme,) und Kraft-Wärme-Kopplung eingesetzt werden. Im Rahmen des KSTK wurden für die beiden Modellkommunen bereits erste Analysen durchgeführt. In den folgenden Quartieren ergeben sich interessante Strukturen, die ggf. vertiefend zu untersuchen wären: - Groß-Umstadt (Kernstadt): Kreiskrankenhaus und Umfeld, Altstadt sowie verdichtete Wohnbebauung im Adenauerring - Münster: Wohnbebauung im Bereich verdichtete Goethestraße, alter Ortskern, Bereich Kulturhalle/Feuerwehr/Bauhof (ggf. auch für solare Großanlage interessant); generell sollten derartige Studien bei der Planung von Neubaugebieten erstellt werden	
Zielgruppe	Gebäudeeigentümer	, Unternehmen, Kommunen
Akteure	Initiierung:	Kommunen
	Umsetzung:	Kommunen, Energieversorgungsunternehmen, weitere Unternehmen und ggf. Gebäudeeigentümer
	Mitwirkung:	-
Querbezug zu	EE 1 Förderung der Solarthermie UM 6 Berücksichtigung von Energieeffizienz bei Dorf- und Stadtentwicklung	
Erwartete Kosten	Personalkosten: ca. 0,25 bis 1 PM für die Auswahl potenziell interessanter Gebiete und die Ausschreibung und Betreuung einer entsprechenden Untersuchung. Sachkosten: je nach Umfang ca. 10.000 bis 40.000 € für die Machbarkeitsuntersuchung (Vergabe an Dritte)	
Fördermöglichkeiten	-	
Umsetzungszeitraum	mittelfristig	
Erwartete Wirkungen	Energieeinsparung	Keine direkten Wirkungen durch die Maßnahme. Wenn in Folge der Maßnahme aber Wärmenetze umgesetzt werden, dann ist mit Energieeinsparungen zu rechnen. Die erzielbaren Einsparungen hängen aber stark vom tatsächlichen Projekt ab und können daher nicht pauschal beziffert werden.



	CO ₂ -Einsparung	Keine direkten Wirkungen durch die Maßnahme. Wenn in Folge der Maßnahme aber Wärmenetze umgesetzt werden, dann ist mit CO ₂ -Einsparungen zu rechnen. Die erzielbaren Einsparungen hängen aber stark vom tatsächlichen Projekt ab und können daher nicht pauschal beziffert werden.
	Reg. Wertschöpfung	Möglichkeiten zur Nutzung erneuerbarer Energien und damit zur Steigerung der regionalen Wertschöpfung, da weniger Geld für fossile Energieträger verwendet wird und stattdessen in lokale/regionale Energieträger bzw. auch Handwerksleistungen fließt.
	Weiche Faktoren	-



Maßnahmengruppe:	Erneuerbare Energ	ien (EE)
Maßnahme	EE 4 Verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien (Wärme) und KWK bei öffentlichen Gebäuden und Wohnungsunternehmen	
Beschreibung	Beim Bau und der Sanierung öffentlicher Gebäude und Gebäude von Wohnungsunternehmen soll der Einsatz erneuerbarer Energien und Kraft-Wärme-Kopplung zur Wärmeversorgung systematisch geprüft und ggf. auch über die gesetzlichen Mindeststandards hinaus umgesetzt werden.	
Zielgruppe	öffentliche Bauherre	n
Akteure	Initiierung:	-
	Umsetzung:	Kommunen
	Mitwirkung:	öffentlichen Wohnungsunternehmen
Querbezug zu	KE 3 Fortführung der energetischen Sanierung kommunaler Gebäude / Aufstellung und Beschluss eines mehrjährigen Handlungsprogramms Eff 6 Effizienzmaßnahmen und Erneuerbare Energien bei Wohnungsbaugesellschaften	
Erwartete Kosten	Ggf. entstehen zusätzliche Investitionskosten. Diese können aber nicht pauschal quantifiziert werden, refinanzieren sich i.d.R. aber durch Brennstoffeinsparungen bzw. durch Stromerlöse (bei KWK).	
Fördermöglichkeiten	KfW Förderprogramm Erneuerbare Energien (Premium, Nr. 271)	
Umsetzungszeitraum	kurzfristig fortlaufend	
Erwartete Wirkungen	Energieeinsparung	Die Einsparungen sind abhängig von den tatsächlich umgesetzten Projekten und können nicht pauschal quantifiziert werden.
	CO₂-Einsparung	Die Einsparungen sind abhängig von den tatsächlich umgesetzten Projekten und können nicht pauschal quantifiziert werden.
	Reg. Wertschöpfung	Durch Nutzung erneuerbarer Energien erfolgt eine Steigerung der regionalen Wertschöpfung, da weniger Geld für fossile Energieträger verwendet wird und stattdessen in lokale/regionale Energieträger bzw. auch Handwerksleistungen fließt.
	Weiche Faktoren	Vorbildfunktion der Kommunen und des Kreises



Maßnahmengruppe:	Öffentlichkeitsarbeit, Aktivierung und Beteiligung (AB) allgemeine Öffentlichkeitsarbeit	
Maßnahme	AB 1 Öffentlichkeitsarbeit	
Beschreibung	Ein zentraler Baustein einer erfolgreichen Klimaschutzpolitik ist eine gute und kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit. Ziel der Öffentlichkeitsarbeit ist es, bei Bürgerinnen und Bürgern sowie bei Unternehmen Bewusstsein zu schaffen, zu sensibilisieren, Impulse zu setzen und so zur Umsetzung von Maßnahmen zu motivieren. Als zentrale und aktuelle Informationsquelle der Öffentlichkeitsarbeit soll ein Internetauftritt zum Thema Energie und Klimaschutz aufgebaut werden. Dabei können vielfältige vorhandene Informationsangebote, beispielsweise der Hessischen Energiespar-Aktion, eingebunden und genutzt werden. Neben dem Internetauftritt sollen Informationen regelmäßig in der lokalen Presse erscheinen. Insbesondere im Hinblick auf die Bevölkerungsgruppen, die das Internet nicht (häufig) nutzen ist dies von Bedeutung (s.u.). Darüber hinaus werden Öffentlichkeitskampagnen zu verschiedenen Themenbereichen empfohlen (s.u.). Damit die Öffentlichkeitsarbeit größere Schlagkraft bekommt und um Synergien zu nutzen, sollte der Landkreis nach Möglichkeit auch für die Öffentlichkeitsarbeit in den Kommunen eine unterstützende Rolle einnehmen.	
Zielgruppe	Bürger, Hauseigentü	mer, Wohnungsbaugesellschaften, Unternehmen
Akteure	Initiierung:	Landkreis-Darmstadt-Dieburg, Kommunen
	Umsetzung:	Landkreis-Darmstadt-Dieburg, Kommunen
	Mitwirkung:	HESA, Effizienz:Klasse GmbH, Modernisierungsoffensive, Energieberater
Querbezug zu	Eff 1 bessere Vernetzung und Kommunikation vorhandener Beratungsangebote Eff 2 Förderung und Ausbau einer niederschwelligen Erstberatung	
Erwartete Kosten	Personalaufwand für fortlaufende Öffentlichkeitsarbeit: ca. 1 PM/a; Sachkosten: ca. 3.000 bis 5.000 €/a für fortlaufende Öffentlichkeitsarbeit.	
Fördermöglichkeiten	Wenn über die BMU Klimaschutzinitiative ein/e Klimaschutzmanager/in eingestellt wird, dann sind bis zu 20.000 Euro für bestimmte Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit förderfähig.	
Umsetzungszeitraum	kurzfristig fortlaufend	
Erwartete Wirkungen	Energieeinsparung Keine direkten Wirkungen zuordenbar, die Maßnahme ist aber wichtig für die Umsetzung anderer Maßnahmen.	
	CO₂-Einsparung	Keine direkten Wirkungen zuordenbar, die Maßnahme ist aber wichtig für die Umsetzung anderer Maßnahmen.
	Reg. Wertschöpfung	Indirekt werden Wertschöpfungseffekte erzielt, wenn durch eine motivierende Öffentlichkeitsarbeit Maßnahmen angestoßen werden.
	Weiche Faktoren	Information und Bewusstseinsbildung



Maßnahmengruppe:	Öffentlichkeitsarbeit, Aktivierung und Beteiligung (AB) allgemeine Öffentlichkeitsarbeit			
Maßnahme	AB 2 Organisation von Fachvorträgen und Informationsveranstaltungen			
Beschreibung	Die Themenbereiche Energie und Klimaschutz sind sehr komplex und vielfältig. Hemmnisse oder Probleme in der praktischen Umsetzung von Maßnahmen resultieren oftmals aus unzureichendem Wissen. Daher sollen – initiiert durch den Landkreis – in den Kommunen Fachvorträge und Informationsveranstaltungen zu Themen durchgeführt werden, die die Bevölkerung bewegen und interessieren. Dabei sollen explizit auch negativ besetzte Themen angesprochen werden, wie bspw. die Schimmelproblematik bei unsachgemäßer Sanierung von Gebäuden.			
Zielgruppe	Hauseigentümer, Wo	ohnungsbaugesellschaften, Mieter		
Akteure	Initiierung: Landkreis-Darmstadt-Dieburg			
	Umsetzung:	Kommunen, IHK, HWK, HESA		
	Mitwirkung: regionale Energieversorger, Finanzinstitute, Energieberater			
Querbezug zu	AB 7 Organisation und Durchführung von Kampagnen			
Erwartete Kosten	Personalkosten: ca. 3-5 Personentage für Organisation von Veranstaltungen Sachkosten: ca. 2.000 bis 4.000 Euro für Honorare, Informations- und Werbematerialien und Bewirtung			
Fördermöglichkeiten	-			
Umsetzungszeitraum	kurzfristig, regelmäß	ige Durchführung (z.B. zweimal jährlich)		
Erwartete Wirkungen	Energieeinsparung Keine direkten Wirkungen zuordenbar, die Maßnahme ist aber wichtig für die Umsetzung anderer Maßnahmen.			
	CO ₂ -Einsparung Keine direkten Wirkungen zuordenbar, die Maßnahme ist aber wichtig für die Umsetzung anderer Maßnahmen.			
	Reg. Wertschöpfung Indirekt werden Wertschöpfungseffekte erzielt, wenn durch eine motivierende Öffentlichkeitsarbeit Maßnahmen angestoßen werden.			
	Weiche Faktoren	Weiche Faktoren Information und Bewusstseinsbildung		



Maßnahmengruppe:	Öffentlichkeitsarbeit, Aktivierung und Beteiligung (AB) allgemeine Öffentlichkeitsarbeit			
Maßnahme	AB 3 Kommunikation	on guter Beispiele von Gebäudesanierungen		
Beschreibung	praktische Vorbilder. Sanierungen und du die Ecke" zu finden s zur Sanierung der ei Zum Teil existieren b Kommunikation gute - Internetauft - kontinuierlic (Hessische - (Energiespa Energieeffiz Gerau) - Aktionstage	nitiierung und Bekanntmachung von beispielhaften Sanierungen als braktische Vorbilder. Durch die gezielte Förderung von Muster-Sanierungen und durch Bekanntmachung von Vorbildern, die quasi "um lie Ecke" zu finden sind, sollen Hauseigentümer und Investoren Anreize zur Sanierung der eigenen Gebäude erhalten. Zum Teil existieren bereits gute Beispiele von Bestandssanierungen. Die Kommunikation guter Beispiele kann erfolgen durch: - Internetauftritt / Homepage - kontinuierliche Pressearbeit und/oder Pressepartnerschaft (Hessische Energiespar-Aktion) - (Energiespar) Wettbewerbe z.B. Energieverbrauch reduzieren, Energieeffizienz steigern, EE ausbauen (s. Bsp. Landkreis Groß-Gerau) - Aktionstage (evtl. auch nur beschränkt auf öffentliche Einrichtungen)		
Zielgruppe	Gebäudeeigentümer	, Bauherren, Architekten und Planer		
Akteure	Initiierung:	Landkreis-Darmstadt-Dieburg		
	Umsetzung:	Kommunen		
	Mitwirkung:	rung: HESA		
Querbezug zu	-			
Erwartete Kosten	Im Rahmen der Kost	en für die Öffentlichkeitsarbeit (AB1) abgedeckt.		
Fördermöglichkeiten	-			
Umsetzungszeitraum	mittelfristig fortlaufend			
Erwartete Wirkungen	Energieeinsparung Keine direkten Wirkungen zuordenbar, die Maßnahme ist aber sehr wichtig, da sie die Umsetzung anderer Maßnahmen unterstützt.			
	CO ₂ -Einsparung Keine direkten Wirkungen zuordenbar, die Maßnahme ist aber sehr wichtig, da sie die Umsetzung anderer Maßnahmen unterstützt.			
	Reg. Wertschöpfung Keine unmittelbare Wertschöpfung gegeben, die Maßnahme initiiert jedoch Umsetzungsmaßnahmen, die der regionalen Wertschöpfung zugutekommen.			
	Weiche Faktoren	-		



Maßnahmengruppe:	Öffentlichkeitsarbeit, Aktivierung und Beteiligung (AB) allgemeine Öffentlichkeitsarbeit		
Maßnahme	AB 4 Aufbau von M	edienpartnerschaften	
Beschreibung	Mit den örtlichen bzw. regionalen Printmedien sollen Medienpartnerschaften aufgebaut werden, von der beide Seiten profitieren können: - das Thema Energie- und Klimaschutz ist regelmäßig in der Presse präsent und wird durch lokale / regionale Beispiele und Themen für die Leser nachvollziehbarer und interessanter; - je nach Ausprägung dieser Medienpartnerschaft werden den Medien leicht verwertbare Themen und Beiträge bereitgestellt, - bei entsprechender Ausprägung lassen sich zusätzliche Werbeeinnahmen generieren.		
Zielgruppe	Bürgerinnen und Bür	ger, Gebäudeeigentümer, Unternehmen	
Akteure	Initiierung:	Landkreis-Darmstadt-Dieburg, Kommunen	
	Umsetzung: Landkreis-Darmstadt-Dieburg, Kommunen		
	Mitwirkung:	HESA	
Querbezug zu	AB 1 Öffentlichkeitsarbeit AB 3 Kommunikation guter Beispiele von Gebäudesanierungen		
Erwartete Kosten	Im Rahmen der Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit (AB1) abgedeckt.		
Fördermöglichkeiten	-		
Umsetzungszeitraum	mittelfristig fortlaufend		
Erwartete Wirkungen	Energieeinsparung Keine direkten Wirkungen zuordenbar, die Maßnahme ist aber sehr wichtig, da sie die Umsetzung anderer Maßnahmen unterstützt.		
	CO ₂ -Einsparung Keine direkten Wirkungen zuordenbar, die Maßnahme ist aber sehr wichtig, da sie die Umsetzung anderer Maßnahmen unterstützt.		
	Reg. Wertschöpfung Keine unmittelbare Wertschöpfung gegeben, die Maßnahme initiiert jedoch Umsetzungsmaßnahmen, die der regionalen Wertschöpfung zugutekommen.		
	Weiche Faktoren	-	



Maßnahmengruppe:	Öffentlichkeitsarbeit, Aktivierung und Beteiligung (AB) anlassbezogene Informationen			
Maßnahme	AB 5 Neubürgeransprache			
Beschreibung	Durch die gezielte Ansprache von Neubürgern sollen themenspezifische Angebote insbesondere zur Information und Beratung zu speziellen Dienstleistungen / Dienstleistern zum Mobilitätsangebot in den Kommunen und im Kreis bekannt gemacht und beworben werden. Das Klimaschutzmanagement sollte dabei eine koordinierende Funktion übernehmen, die Umsetzung kann von den Einwohnermeldeämtern übernommen werden, da diese einen direkten Zugang zu den Neubürgern haben. Hierbei können auch die Aktivitäten des "Energietisch Münster" einfließen und ggf. thematisch und inhaltlich ergänzt werden. Auch Wohnungsbaugesellschaften sollen aktiv werden und neue Mieter/innen z.B. auf Beratungsangebote zur Energieeinsparung aufmerksam machen.			
Zielgruppe	Neubürger, Neumiet	er		
Akteure	Initiierung:	Kommunen		
	Umsetzung:	Kommuale Verwaltung		
	Mitwirkung: Wohnungsbaugesellschaften, regionale Energieversorger			
Querbezug zu	AB 6 Zielgerichtete Energieberatung beim Eigentümerwechsel			
Erwartete Kosten	Personalkosten: einmalig ca. 0,5 bis 1 PM für die Zusammenstellung von Informationsmaterial. Danach keine zusätzlichen Kosten, da die Information im Rahmen der regulären Tätigkeiten der Einwohnermeldeämter zu vermitteln sind. Sachkosten: Kosten für den Druck von Informationsmaterial (ca. 500 € je Jahr).			
Fördermöglichkeiten	-			
Umsetzungszeitraum	mittelfristig fortlaufend			
Erwartete Wirkungen	Energieeinsparung Keine direkten Wirkungen zuordenbar, die Maßnahme ist aber sehr wichtig, da sie die Umsetzung anderer Maßnahmen unterstützt.			
	CO ₂ -Einsparung Keine direkten Wirkungen zuordenbar, die Maßnahme ist aber sehr wichtig, da sie die Umsetzung anderer Maßnahmen unterstützt.			
	Reg. Wertschöpfung Keine unmittelbare Wertschöpfung gegeben, die Maßnahme initiiert jedoch Umsetzungsmaßnahmen, die der regionalen Wertschöpfung zugutekommen.			
	Weiche Faktoren -			



Maßnahmengruppe:	Öffentlichkeitsarbeit, Aktivierung und Beteiligung (AB) anlassbezogene Informationen		
Maßnahme	AB 6 Zielgerichtete Energieberatung beim Eigentümerwechsel		
Beschreibung	"Neu-Bauherren" sollten an den Stellen, an denen sie mit der Kommune in Kontakt treten, z. B. Bauamt, Einwohnermeldeamt usw. auf das Thema energetische Sanierung aufmerksam gemacht werden und Hinweise erhalten, welche Beratungsmöglichkeiten am Ort gegeben sind. Entsprechendes sollte auch für die Institutionen gelten, die entweder als Geldgeber oder als Planer von den "Neu-Bauherren" kontaktiert werden. Hierfür könnte auch eine eigene Informationsbroschüre erstellt werden, die jedem "Neu-Bauherren" zugeschickt oder an den oben genannten Stellen übergeben wird. Es könnte beispielsweise in Zusammenarbeit mit lokalen Energieberatern ein kostenfreies oder vergünstigtes Erstberatungsgespräch angeboten werden.		
Zielgruppe	Neu-Bauherren		
Akteure	Initiierung:	Kommunen	
	Umsetzung: Kommuale Verwaltung (z.B. Einwohnermelde- und / oder Bauämter)		
	Mitwirkung:	Energieberater, Finanzierungsinstitute	
Querbezug zu	AB 5 Neubürgeransp	orache	
Erwartete Kosten	Personalkosten: einmalig ca. 0,5 bis 1 PM für die Zusammenstellung von Informationsmaterial. Danach keine zusätzlichen Kosten, da die Information im Rahmen der regulären Tätigkeiten der Bauämter, Einwohnermeldeämter etc. zu vermitteln sind. Sachkosten: Kosten für den Druck von Informationsmaterial (ca. 500 € je Jahr).		
Fördermöglichkeiten	-		
Umsetzungszeitraum	mittelfristig fortlaufend		
Erwartete Wirkungen	Energieeinsparung Keine direkten Wirkungen zuordenbar, die Maßnahme ist aber sehr wichtig, da sie die Umsetzung anderer Maßnahmen unterstützt.		
	CO ₂ -Einsparung Keine direkten Wirkungen zuordenbar, die Maßnahme ist aber sehr wichtig, da sie die Umsetzung anderer Maßnahmen unterstützt.		
	Reg. Wertschöpfung Keine unmittelbare Wertschöpfung gegeben, die Maßnahme initiiert jedoch Umsetzungsmaßnahmen, die der regionalen Wertschöpfung zugutekommen.		
	Weiche Faktoren	-	



Maßnahmengruppe:	Öffentlichkeitsarbe Kampagnen	it, Aktivierung und Beteiligung (AB)	
Maßnahme	AB 7 Organisation und Durchführung von Kampagnen		
Beschreibung	Zentrales Element für der Öffentlichkeitsarbeit sollten gezielte Kampagnen / Aktionen sein, die ggf. gemeinsam mit Projektpartnern (s.o. Vernetzung) durchgeführt werden sollten. Im Rahmen derartiger Kam-pagnen sollten - vor allem geringinvestive / hochwirtschaftliche Maßnahmen aufgezeigt werden und - mit guten Beispielen (wenn möglich aus dem Landkreis gearbeitet werden.		
	Dabei kann untersch über mehrere Jahre,	ieden werden in langfristig angelegte Kampagnen die "messbare" Einspareffekte erzielen sollen, und Kampagnen, die vor allem das Ziel haben, ein Thema	
	ausgerichtet werden übergeordneten The "Erneuerbare Energi	en themenorientiert und zielgruppenspezifisch . Dabei sind je nach Schwerpunktsetzung die menkomplexe "Energiesparen", "Energieeffizienz", en" und ggf. "Suffizienz" zu bedienen. Konkrete n Kampagnen könnten sein:	
	"Suffizienz"	ng der Raumtemperatur um 1°C" (Stichwort) Energiesparen durch optimierte Heizungsanlagen"	
	**	nie: Hol' dir die Sonne ins Haus"	
	Die Kampagnen stellen eine spezielle Form der Öffentlichkeitsarbeit Hier ist von Fall zu Fall zu entscheiden, ob diese Kampagnen nur für einzelne Kommunen oder kreisweit angelegt sein sollten. In jedem Fes sinnvoll, die Kampagnen übergreifend zu planen und zu koordinie damit das Rad nicht jedes Mal von neuem erfunden werden muss. Fesollte der Landkreis nach Möglichkeit für die Arbeit in den Kommune koordinierende und unterstützende Rolle einnehmen.		
Zielgruppe	Bürgerinnen und Bür Schülerinnen und Sc	rger, Unternehmen, Gebäudeeigentümer, chüler	
Akteure	Initiierung:	Landkreis Darmstadt-Dieburg	
	Umsetzung:	Landkreis Darmstadt-Dieburg, Kommunen, IHK, HWK	
	Mitwirkung:	regionale Energieversorger, Finanzinstitute, Energieberater, ggf. Unterstützung durch Medienagenturen	
Querbezug zu	Eff 1 bessere Vernetzung und Kommunikation vorhandener Beratungsangebote AB 1 Öffentlichkeitsarbeit AB 4 Aufbau von Medienpartnerschaften		
Erwartete Kosten	Personalkosten in Abhängigkeit der Kampagne, ggf. externe Unterstützung. Sachkosten: Kosten für die entsprechende Öffentlichkeitsarbeit (Flyer,		
	Plakate, Beileger Tagespresse; ca. 3.000 bis 5.000 € pro Kampagne). Reduzierung der Kosten durch Medienpartnerschaften (AB 4) und Sponsoring möglich.		
Fördermöglichkeiten	gefördert wird, dann	er BMU Klimaschutzinitiative ein Klimaschutzmanager ist die Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit durch in einem gewissen Umfang förderfähig.	

Klimaschutzteilkonzept integrierte Wärmenutzung Landkreis Darmstadt-Dieburg



Umsetzungszeitraum	mittelfristig fortlaufend		
Erwartete Wirkungen	Energieeinsparung	Keine direkten Wirkungen zuordenbar, die Maßnahme ist aber sehr wichtig, da sie die Umsetzung anderer Maßnahmen unterstützt.	
	CO₂-Einsparung	Keine direkten Wirkungen zuordenbar, die Maßnahme ist aber sehr wichtig, da sie die Umsetzung anderer Maßnahmen unterstützt.	
	Reg. Wertschöpfung	Keine unmittelbare Wertschöpfung gegeben, die Maßnahme initiiert jedoch Umsetzungsmaßnahmen, die der regionalen Wertschöpfung zugutekommen.	
	Weiche Faktoren	-	



Maßnahmengruppe:	Öffentlichkeitsarbeit, Aktivierung und Beteiligung (AB) Kampagnen			
Maßnahme	AB 8 Klimabildung an Schulen			
Beschreibung	Im Dialog mit dem Landkreis Darmstadt-Dieburg und den lokalen Akteuren soll erörtert werden, inwiefern die Themen Energie und Klimaschutz verstärkt im Unterricht behandelt werden sollen/können, und wie eine Umsetzung aussehen könnte. Dabei könnten zum Beispiel Exkursionen zu Erneuerbare-Energien-Anlagen angeboten werden. Des Weiteren könnten Schüler energetische Befragungen im eigenen Haushalt durchführen und auswerten. Ein Beispiel hierfür ist das sog. "Energietheater", das von der hessischen Energiespar-Aktion angeboten wird. Hier wird spielerisch die Aufmerksamkeit auf das Thema gelenkt. Die HESA bietet diese Art der Kampagne an und kann jederzeit diesbezüglich angefragt werden.			
Zielgruppe	Schüler und Eltern			
Akteure	Initiierung:	Landkreis Darmstadt-Dieburg		
	Umsetzung:	HESA		
	Mitwirkung: -			
Querbezug zu	-			
Erwartete Kosten	Personalaufwand: ca. 1/2 PM/a			
	Sachkosten: -			
Fördermöglichkeiten	-			
Umsetzungszeitraum	mittelfristig fortlaufend			
Erwartete Wirkungen	Energieeinsparung Die direkten Wirkungen sind vergleichsweise gering und kaum quantifizierbar. Im Fokus stehen die langfristigen Wirkungen, die Kinder tragen das Thema Energiesparen in die Familien und ermöglichen damit Einsparpotenziale durch verändertes Nutzerverhalten. Durchschnittlich können dadurch etwa 10 % Energie eingespart werden.			
	CO ₂ -Einsparung Entsprechend der direkten Energieeinsparungen sind auch die direkten CO ₂ -Einsparungen eher vernachlässigbar und kaum zu quantifizieren. langfristig können durch Verhaltensänderung etwa 10 % CO ₂ -Einsparung erreicht werden.			
	Reg. Keine direkten Wirkungen zuordenbar. Wertschöpfung			
	Weiche Faktoren	Information, Bildung, Kinder als Vorbilder bezüglich energiesparendem Verhalten.		



Maßnahmengruppe:	Öffentlichkeitsarbeit, Aktivierung und Beteiligung (AB) Kampagnen		
Maßnahme	AB 9 Spielend Energiesparen in Kindertagesstätten		
Beschreibung	Bereits in Kindertagesstätten können spielerisch Verhaltensmuster gelernt werden, die sich auf das Thema Energiesparen beziehen (z.B. Richtiges Lüften). Ziel der Maßnahme ist es, dass Kinder in Kindertagesstätten mit dem Thema in Kontakt kommen und sich spielerisch das richtige Verhalten aneignen. Dazu geht die Kommune in Dialog mit den Kindertagesstätten und gibt Hilfestellung bei der Erarbeitung und ggf. Umsetzung von Maßnahmen (z.B. fachliche Beratung der Betreuer durch den Energiebeauftragten).		
Zielgruppe	Kinder und Eltern		
Akteure	Initiierung:	Kommunen	
	Umsetzung:	Kommunen	
	Mitwirkung:	Energieberater, regionale Energieversorger	
Querbezug zu	-		
Erwartete Kosten	Personalaufwand: ca. 1/4 PM/a		
	Sachkosten: -		
Fördermöglichkeiten	-		
Umsetzungszeitraum	kurzfristig wiederkehrend		
Erwartete Wirkungen	Energieeinsparung Die direkten Wirkungen sind vergleichsweise gering und kaum quantifizierbar. Im Fokus stehen die langfristigen Wirkungen, die Kinder tragen das Thema Energiesparen in die Familien und ermöglichen damit Einsparpotenziale durch verändertes Nutzerverhalten. Durchschnittlich können dadurch etwa 10 % Energie eingespart werden.		
auch d vernac langfris		Entsprechend der direkten Energieeinsparungen sind auch die direkten CO ₂ -Einsparungen eher vernachlässigbar und kaum zu quantifizieren. langfristig können durch Verhaltensänderung etwa 10 % CO ₂ -Einsparung erreicht werden.	
	Reg. Wertschöpfung	Keine direkten Wirkungen zuordenbar.	
	Weiche Faktoren Information, Bildung, Kinder als Vorbilder benergiesparenden Verhaltens.		

Anlage 4

Dokumentation der Workshops

Protokoll Nr.	151013-1530-P1		
Projekt:	KSTK Wärme LaDaDi		
Thema/Veranlassung:	Workshop 1 " Potenziale und Handlungsmöglichkeiten einer klimaschonenden Wärmeversorgung in Münster"		
Besprechungsort:	Rathaus Münster, Sitzungssaal		
Besprechungstag:	13.10.2015		
Zeit:	19:30 – 21:30 Uhr		
Teilnehmer:	Siehe Teilnehmerliste		
Tagesordnung:	 Begrüßung Kurze Vorstellungsrunde der Teilnehmer Impulsreferat Fragen zum Vortrag Diskussion Kurze Zusammenfassung / Ausblick Verabschiedung 		
Verteiler:	Teilnehmer		
Ersteller:	IU		
Anlagen:	Teilnehmerliste, Präsentation		

Büro Darmstadt

Julius-Reiber-Straße 17 D-64293 Darmstadt Tel. +49(0)61 51/81 30-0 Fax +49(0)61 51/81 30-20

Büro Potsdam

Gregor-Mendel-Straße 9 D-14469 Potsdam Tel. +49(0)331/505 81-0 Fax +49(0)331/505 81-20

Partne

Dipl.-Ing. Gernod Dilewski Dipl.-Ing. Hans-Jürgen Gräff Dr.-Ing. Peter Heiland Dr.-Ing. Jürgen Neumüller

Amtsgericht Frankfurt PR 1018 Amtsgericht Potsdam PR 33 P

Stadt- und KreisSPK Darmstadt Kto Nr. 11 003 133 BLZ 508 501 50 Postbank Berlin Kto Nr. 620 589 101

BLZ 100 100 10 mail@iu-info.de www.iu-info.de

1 Begrüßung

Bürgermeister Gerald Frank begrüßt die Teilnehmer.

2 Kurze Vorstellungrunde der Teilnehmer

Die Teilnehmer stellen sich kurz vor und formulieren ihre Erwartungen an den heutigen Workshop.

3 Impulsreferat

Herr Dipl.-Ing. Hans-Jürgen Gräff vom Büro INFRASTRUKTUR & UMWELT, Professor Böhm und Partner, Darmstadt stellt die Eckdaten zum Wärmeverbrauch und dessen Deckung in Münster mit Möglichkeiten und Potenzialen zum Ausbau der klimaschonenden Wärmeversorgung dar.

Projekt: KSTK Wärme LaDaDi Protokoll Nr.: 151013-1530-P1





Abbildung 1 Präsentation der Ergebnisse anhand von Arbeitskarten

Die Präsentation befindet sich im Anhang dieses Dokuments.

4 Fragen zum Vortrag

Im Anschluss des Vortrags wurden Fragen beantwortet.

- Ist die Versorgung von Gas durch Power-to-Gas (Produktion von Gas aus Strom, mittels elektro-chemischen Prozess) äquivalent zur "normalen" Gasversorgung?
 - Power-to-Gas bildet keine Alternative zur aktuellen Versorgung, da das System, aufgrund des geringen Wirkungsgrades wirtschaftlich, momentan nicht nutzbar ist.
- 2. Sind in der Karte zum spezifischen Wärmeverbrauch (kWh/m²*a) der Wohngebäude, Sanierungen an Gebäuden mit berücksichtigt?
 - Der Sanierungsgrad der Gebäude wird bei der Ableitung des spezifischen Wärmeverbrauchs je m²*a über plausible Annahmewerte berechnet. Eine Darstellung von detaillierten Sanierungsmaßnahmen einzelner Gebäude ist in der generalisierten Karte zum spezifischen Wärmeverbrauch nicht abgebildet, wurde aber somit bei den Annahmen berücksichtigt.

Projekt: KSTK Wärme LaDaDi Protokoll Nr.: 151013-1530-P1



5 Diskussion

Weitere Fragen und Wortmeldungen führten zu einer Diskussion in der Stärken, Schwächen, Handlungsschwerpunkte und Maßnahmen bzw. Ideen zu Lösungsansätzen besprochen wurden. Hieraus lassen sich folgende Statements ableiten:

- Generell sollte bei neuen Baugebietsausweisungen die Möglichkeit zum Aufbau von Wärmenetzlösungen im Vorfeld geprüft (und mit ggf. vorhandenen Bauträgern intensiv erörtert) werden.
- Daraus folgt, dass ähnlich wie verkehrliche Aspekte konzeptionelle Überlegungen zur Strom- und Wärmeversorgung frühzeitig in die Planung zu integrieren sind; dazu wäre für die Gesamtgemeinde ein entsprechendes Fachkonzept sinnvoll.
- Solarthermie: Es sollte darüber nachgedacht werden eine Wärmeversorgung über Großanlagen herbeizuführen, da diese meist effizienter als "Kleinlösungen" für einzelne Wohngebäude sind; größere Anlagen könnten z.B. in Nahwärmenetze einzuspeisen, oder für größere öffentliche Einrichtungen eine sinnvolle Lösung sein.
- Öffentliche Gebäude sollten weiter saniert werden (Vorbildfunktion der Gemeinde) und diese Sanierungsprojekte sollten beispielhaft in der Öffentlichkeit darstellt werden, um mit gutem Beispiel voran zu gehen und so Bürger zu motivieren.
- Es sollte das Energiemanagement in der Kommune intensiviert werden.
- Informationen zu Förderprogrammen sollten stärker und besser zugänglich beworben werden, da eine Sanierungssteigerung in den Haushalten kaum ohne Förderung zu erreichen ist.
- Es sollte nach einer Möglichkeit gesucht werden, wie vorhandene Erst-Beratungsangebote (insbesondere der "Energiepass Hessen" (Hessische Energiespar-Aktion)), genutzt werden können; eine Bezuschussung bzw. ein Sponsoring einer entsprechenden Aktion wird angeregt.
- Die Kommune sollte ihre Möglichketen bei einem Eigentümerwechsel eines Gebäudes gezielt zur Information über sinnvolle Maßnahmen zur energetische Sanierung (und vorhandene Beratungs- und Förderangebote) gezielt nutzen.
- Es wird angeregt zu pr
 üfen, ob die Kommune Hilfestellung dabei leisten kann, Investitionen von Eigenheimbesitzern f
 ür z.B. eine neue Heizungsanlage b
 ündeln zu k
 önnen, um
 über eine Sammelbestellung Kosten zu sparen.
- Ortsansässige Handwerker in Münster sollten aktiv angesprochen werden um diese verstärkt in die Aktivitäten zur energetischen Sanierung einzubinden.

Projekt: KSTK Wärme LaDaDi Protokoll Nr.: 151013-1530-P1



 Das Bewusstsein zur Notwendigkeit und zu Möglichkeiten der Einsparung und Energieeffizienz in privaten Haushalten ist zu steigern (verstärkte Öffentlichkeitsarbeit).



Abbildung 2 Darstellung der eingebrachten Vorschläge

6 Kurze Zusammenfassung/ Ausblick / Verabschiedung

Nach der Diskussion fasst Herr Gräff die Ergebnisse kurz zusammen und weist daraufhin das diese in den Maßnahmenkatalog des WN LaDaDi mit einfließen.

Bürgermeister Gerald Frank lädt zu einem weiteren Fach-Workshop

"Energieeffizienz Gebäude" am Mittwoch 4.11.2015, um 13:30 bis ca. 17:00 im Kreishaus Darmstadt Kranichstein, Jägertorstraße 207, Besprechungsraum 2010c

ein und verabschiedet die Teilnehmer.



Klimaschutzteilkonzept Wärmenutzung Landkreis Darmstadt-Dieburg Stadt Groß-Umstadt Gemeinde Münster

Workshop "Potenziale und Handlungsmöglichkeiten einer klimaschonenden Wärmeversorgung in Münster" am 13.10.2015 in Münster

Nr.	Name	Organisation	E-Mail	Unterschrift
1	Herr BM Gerald Frank	Gemeinde Münster		
2	Herr Jan Stemme	Gemeinde Münster		
3	Herr Norbert Schewe	Gemeinde Münster		Plus
4	Frau Elisabeth Happel	Gemeinde Münster		
5	Herr Gerhard Dahms	Gemeinde Münster		
6	Herr Jürgen Müller	SPD – Fraktion Gemeinde Münster		
7	Herr Edmund Galli	SPD – Fraktion Gemeinde Münster		J. 11
8	Herr Frank Landscheidt	SPD – Fraktion Gemeinde Münster		Lands droid
9	Herr Wolfgang Stühler	ALMA-Fraktion Gemeinde Münster		78. Nr. 23
10	Herr Julian Dörr	ALMA-Fraktion Gemeinde Münster		
11	Herr Michael Mierzowski	Gemeinde Münster		
12	Frau Tania Appel	Gemeinde Münster	ė.	TRY
13	Frau Gioia Meyer	Gemeinde Münster		9. They



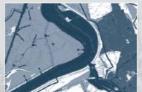
Klimaschutzteilkonzept Wärmenutzung Landkreis Darmstadt-Dieburg Stadt Groß-Umstadt Gemeinde Münster

Workshop "Potenziale und Handlungsmöglichkeiten einer klimaschonenden Wärmeversorgung in Münster" am 13.10.2015 in Münster

				<u> </u>
Nr.	Name	Organisation	E-Mail	Unterschrift
14	Herr Siegfried Freihaut	Stadt Groß-Umstadt		J. M
15	Herr Hans-Jürgen Gräff	INFRASTRUKTUR & UMWELT Professor Böhm und Partner		file
16	Herr Oliver Loem	INFRASTRUKTUR & UMWELT Professor Böhm und Partner		Vlame
17	Herr Heinz Willi Dubbel	Energietisch – Gemeinde Münster		Gold
18	Herr Heiko Huther	Energietisch – Gemeinde Münster		le lestres
19	Herr Dierk Kallendorf	Energietisch – Gemeinde Münster		0.4//
20	Frau Elke Müller	Agenda 21 - Gemeinde Münster		Ellen Tilles
21	Herr Friedel Seib	Agenda 21 – Gemeinde Münster	,	Fleet
22	Ewin Widuse			and the same of th
23	WOLFGANG STUHLER	ALMA		lo both
24	Reinhold Neumann	CDO		L. William
25	Lulias Neuroth	14		1 keiroll
26		4		0

KREATIV DENKEN | FLEXIBEL PLANEN | ZUVERLASSIG UMSETZEN







Klimaschutzteilkonzept Wärmenutzung

Landkreis Darmstadt-Dieburg
Stadt Groß-Umstadt
Gemeinde Münster

Workshop "Potenziale und Handlungsmöglichkeiten einer klimaschonenden Wärmeversorgung in Münster"

13.10.2015



Tagesordnung

KSTK Wärmenutzung LaDaDi

- 1. Begrüßung
- 2. Kurze Vorstellungsrunde
- 3. Impulsreferat
- 4. Fragen zum Vortrag
- 5. Diskussion
- 6. Kurze Zusammenfassung und Ausblick
- 7. Verabschiedung

- 1. Begrüßung
- 2. Kurze Vorstellungsrunde
- 3. Impulsreferat
- 4. Fragen zum Vortrag
- 5. Diskussion
- 6. Kurze Zusammenfassung und Ausblick
- 7. Verabschiedung

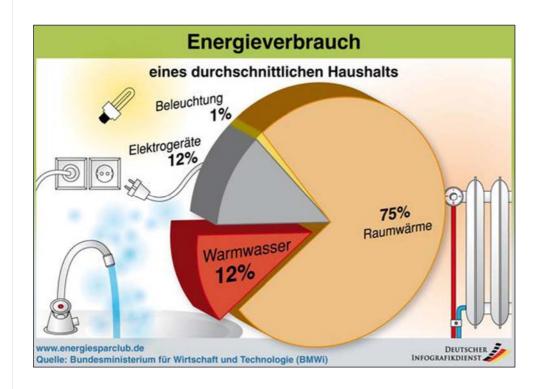


3

Tagesordnung

KSTK Wärmenutzung LaDaDi

- 1. Begrüßung
- 2. Kurze Vorstellungsrunde
- 3. Impulsreferat
- 4. Fragen zum Vortrag
- 5. Diskussion
- 6. Kurze Zusammenfassung und Ausblick
- 7. Verabschiedung



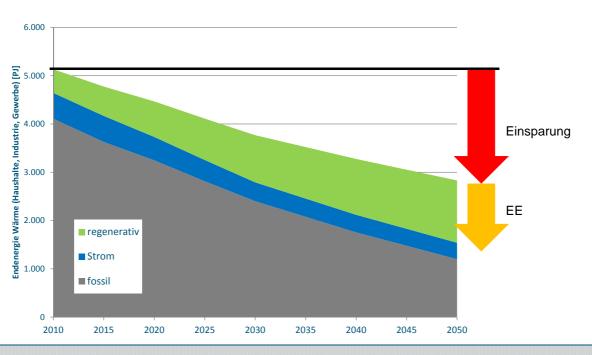


5

EinordnungZiele der Bundesregierung für den Gebäudesektor gegenüber 2008

KSTK Wärmenutzung LaDaDi

Bis 2050: 80% weniger Primärenergieverbrauch!



Wärmeverbrauch Gesamt nach Verbrauchergruppen



Wärmeverbrauch 2014 in Münster nach Verbrauchssektoren

4%

24%

Spezifischer Wärmeverbrauch je Einwohner (2013)

Haushalte

7.300 kWh/EW

Wirtschaft

2.500 kWh/EW

Ø Deutschland (2013)

72%

7.200 kWh/EW

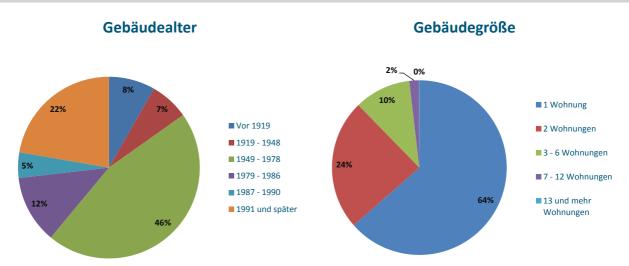
9.400 kWh/EW

INFRASTRUKTUR & UMWELT Professor Böhm und Partner

7

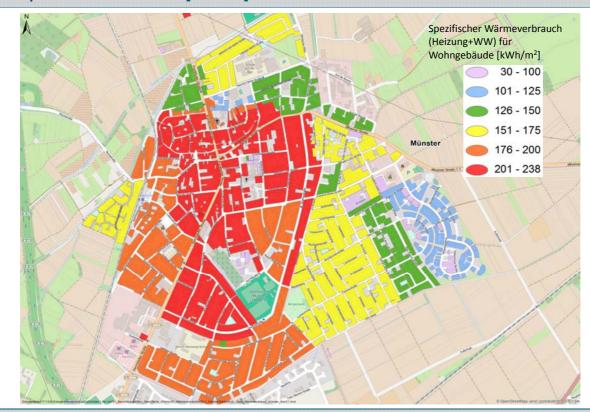
Energiebestandsanalysen Gebäudestrukturdaten

KSTK Wärmenutzung LaDaDi



Vergleichswerte

	Münster	Deutschland
Wohnfläche m² pro Einwohner	46,0	43,6
Endenergieverbrauch Wärme [kWh/m²]	175	163

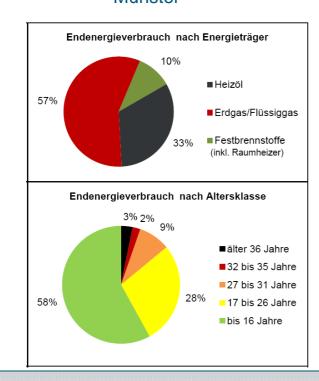


INFRASTRUKTUR & UMWELT Professor Böhm und Partner 9

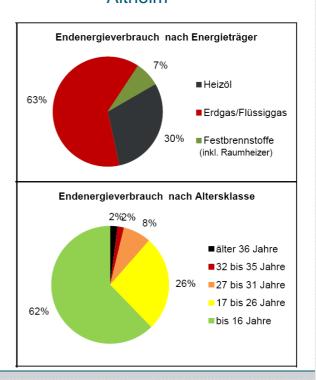
EnergiebestandsanalysenWärmesteckbriefe: Auswertung Feuerungsanlagen

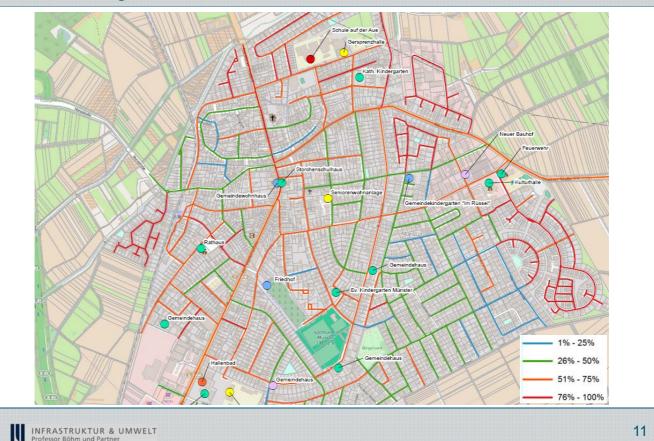
KSTK Wärmenutzung LaDaDi

Münster



Altheim



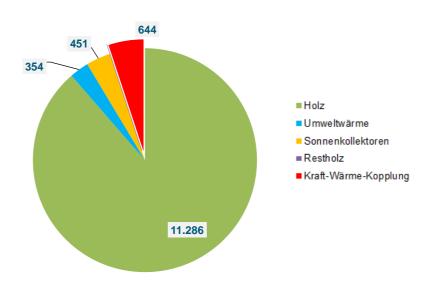


Energiebestandsanalysen Wärmebedarf / Bedarfsdeckung durch EE und KWK

KSTK Wärmenutzung LaDaDi

Deckungsbeitrag

Erneuerbare Energien **ca. 10%** (incl. KWK: 11 %) (bundesweit EE ca. 10 %)



Status Quo Solarthermie/Biomasse

nur	BAFA-geförderte Anlage	en
-----	------------------------	----

	Münster (Hessen)	Groß-Umstadt	Mainhausen
Bevölkerung insgesamt am 31.12.2014	14.417	21.823	9.006
Solarthermie			
Anzahl Anlagen	187	357	127
Kollektorfläche (m²)	1.406	2.733	1.040
spez. Kollektorfläche (m²/1000 EW)	97,5	125,2	115,5
Anzahl Anlagen je 1000 EW	13,0	16,4	14,1
Biomasseanlagen			
Anzahl	37	159	16
Leistung kW	862	3.304	267
spez. Leistung (kW/ 1000 EW)	59,8	151,4	29,6
Anzahl Anlagen je 1000 EW	2,6	7,3	1,8

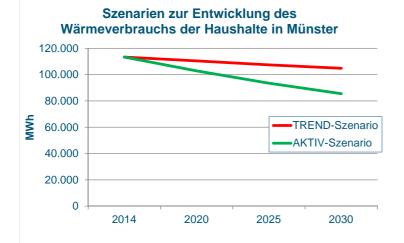
INFRASTRUKTUR & UMWELT Professor Böhm und Partner

13

Potenzialanalyse Energieeinsparung

KSTK Wärmenutzung LaDaDi

Potenzialanalyse zur Reduktion des Wärmeverbrauchs in privaten Haushalten – Beispiel Münster



TREND-Szenario

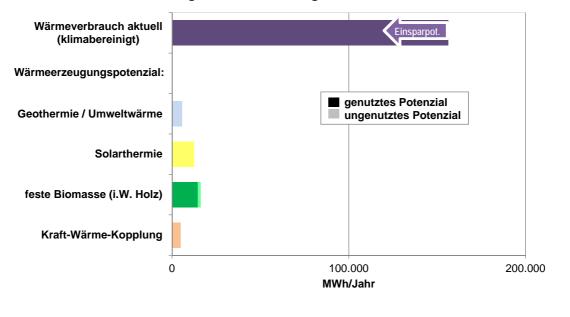
- Sanierungsquote durchschnittlich ca. 0,75 %
- (Ersatz-)Neubau ab 2020 ca. 25 % unter EnEV09 Standard
- → bis 2030 -7 % gegenüber 2014

AKTIV-Szenario

- Sanierungsquote durchschnittlich ca. 2,5 %
- (Ersatz-)Neubau ab 2020
 ca. 50 % unter EnEV09 Standard
- → bis 2030 -25 % gegenüber 2014

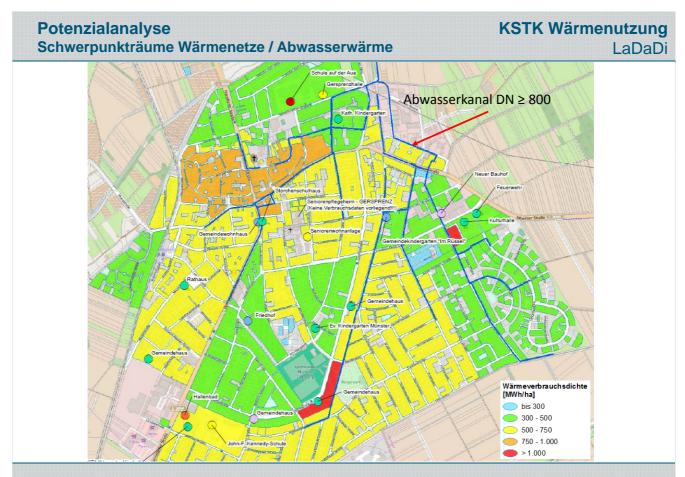
INFRASTRUKTUR & UMWELT Professor Böhm und Partner

Potenziale zur Nutzung erneuerbarer Energien / KWK in Münster





15



Abwasserwärmenutzung Münster

- Abwasserwärme für Münster grundsätzlich interessant, da oberflächennahe Geothermie aufgrund der mangelnden Eignung aus wasserwirtschaftlicher und hydrogeologischer Sicht sehr eingeschränkt ist
- etliche relevante Haltungen (zumindest bezüglich Mindestdurchmesser) vorhanden
- aktuell kein nutzbares Potenzial erkennbar
- bei Neubaugebieten (insbes. "Am Mäuseberg") sowie Modernisierung/Sanierung
 ö.E. im (Kulturhalle, Feuerwehr) in Erwägung ziehen

INFRASTRUKTUR & UMWELT Professor Böhm und Partner

17

KREATIV DENKEN | FLEXIBEL PLANEN | ZUVERLASSIG UMSETZEN







Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit Haben Sie noch Fragen?

Julius-Reiber-Straße 17 D-64293 Darmstadt

Phone +49 (0) 61 51/81 30-0 Fax +49 (0) 61 51/81 30-20





Protokoll Nr.	151104-1530-P1		
Projekt:	KSTK Wärme LaDaDi		
Thema/Veranlassung:	Workshop 2 "Energieeffizienz Gebäude"		
Besprechungsort:	Kreishaus Darmstadt-Kranichstein, Jägertorstraße 207, Besprechungsraum 2010c		
Besprechungstag:	04.11.2015		
Zeit:	13:30 – 16:00 Uhr		
Teilnehmer:	Siehe Teilnehmerliste		
Tagesordnung:	1. Begrüßung		
	2. Klimaschutzteilkonzept integrierte Wärmeversorgung		
	- Ablauf, Inhalte, erste Ergebnisse		
	3. Impulsreferate		
	 Werner Eicke-Hennig (Hessische Energie- spar-Aktion) Siegfried Freihaut (Stadt Groß-Umstadt) 		
	4. Diskussion		
	5. Zusammenfassung		
	6. Verabschiedung		
Verteiler:	Teilnehmer		
Ersteller:	IU		
Anlagen:	Teilnehmerliste, Präsentationen (IU, Eicke-Hennig, Freihaut)		

Büro Darmstadt

Julius-Reiber-Straße 17 D-64293 Darmstadt Tel. +49(0)61 51/81 30-0 Fax +49(0)61 51/81 30-20

Büro Potsdam

Gregor-Mendel-Straße 9 D-14469 Potsdam Tel. +49(0)331/505 81-0 Fax +49(0)331/505 81-20

Partne

Dipl.-Ing. Gernod Dilewski Dipl.-Ing. Hans-Jürgen Gräff Dr.-Ing. Peter Heiland Dr.-Ing. Jürgen Neumüller

Amtsgericht Frankfurt PR 1018 Amtsgericht Potsdam PR 33 P

Stadt- und KreisSPK Darmstadt Kto Nr. 11 003 133 BLZ 508 501 50 Postbank Berlin Kto Nr. 620 589 101

BLZ 100 100 10 mail@iu-info.de www.iu-info.de Projekt: KSTK Wärme LaDaDi Protokoll Nr.: 151104-1530-P1



1 Begrüßung

Herr Rinnenbach begrüßt die Teilnehmer. Nach dem Ausscheiden von Frau Rupp stellen sich Frau Girschick und Herr Rinnenbach als Vertreter des Landkreises kurz den Anwesenden vor.

2 Klimaschutzteilkonzept integrierte Wärmeversorgung

Herr Dipl.-Ing. Hans-Jürgen Gräff vom Büro INFRASTRUKTUR & UMWELT, Professor Böhm und Partner, Darmstadt (IU) ordnet das Projekt in die Aktivitäten auf Landes- und Bundesebene ein und gibt einen Überblick über Ablauf und Inhalte des Projektes. Er stellt die Eckdaten zum Wärmeverbrauch und dessen Deckung für die Stadt Groß-Umstadt und die Gemeinde Münster dar.

3 Impulsreferat

Werner Eicke-Hennig (Leiter Hessische Energiespar-Aktion)

Die Hessische Energiespar-Aktion (HESA) ist ein Projekt des Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung und wird von der Institut Wohnen und Umwelt (IWU), GmbH, Darmstadt durchgeführt (s.a. http://www.energiesparaktion.de).

Herr Eicke-Hennig zeigte auf, welche Möglichkeiten einer stetigen Bürgerinformation für die Energieeinsparung bestehen, und welche Unterstützung die HESA dabei geben kann. Das bestehende Angebot der HESA reicht von Ausstellungen, über unterstützende Pressearbeit bis hin zu Veranstaltungen in Schulen und kann von den Kommunen aktiv genutzt werden.

Herr Eicke-Hennig betont, dass eine erfolgreiche Arbeit in den Kommunen auf Lange Sicht angelegt sein muss. Ein kommunales Leitbild und kommunale Ziele unterstützen dabei die Arbeit der Verwaltung. Darüber hinaus betont er, dass die Ansprache und die Beratung der Bürger zum Thema "energetische Gebäudsanierung" nicht mit dem "erhobenen Zeigefinger" erfolgen sollte sondern darauf ausgerichtet sein muss dafür zu werben, dass ohnehin anstehende Sanierungs- und Erneuerungsmaßnahmen auch für Maßnahmen zur Energieeinsparung genutzt werden.

Siegfried Freihaut (Stadt Groß-Umstadt)

Herr Freihaut ist bei der Stadt Groß-Umstadt für das Energiemanagement der Kommune zuständig und betreut die Bürger in seiner Tätigkeit als Energieberater. Er stellt am Beispiel einer Familie, die er bereits seit dem Jahr 2000 berät und unterstützt, den Erfolg einer schrittweisen Sanierung dar. Mit sukzessiv durchgeführten energetischen Sanierungsmaßnahmen wurde der Energieverbrauch eines Einfamilienhauses um ca. 80 % gesenkt.

Herr Freihaut hebt die Bedeutung eines bürgernahen und niederschwelligen Beratungsangebotes hervor.

Die Präsentationen von Herrn Eicke-Hennig und Herr Freihaut befinden sich im Anhang dieses Protokolls.

Projekt: KSTK Wärme LaDaDi Protokoll Nr.: 151104-1530-P1



4 Diskussion

Im Anschluss an die o.g. Impulsreferate werden die Inhalte diskutiert. Dabei werden insbesondere folgende Aspekte angesprochen:

- Im Hinblick auf das Thema "Beratung und Information" wird die Bedeutung "guter Beispiele" betont.
- Die anwesenden Vertreter der kreisangehörigen Kommunen machen deutlich, dass das Thema Energie und Klimaschutz meist im Tagesgeschäft mit abgewickelt werden muss. Um das Thema in den Kommunen kontinuierlich weiter vorantreiben zu können, würden die Kommunen weitere Hilfestellungen und/oder Unterstützungsleistungen des Kreises begrüßen.
- Beratung und Ansprache der Bürger muss deren Lebenssituation berücksichtigen. Gerade ältere Mitbürger scheuen aus nachvollziehbaren Gründen vor größeren Maßnahmen und Investitionen mit langen Amortisationszeiten zurück.
- Fehlende finanzielle Anreize (teils auch durch mangelnde Information zu Förderungen) hemmen die Umsetzung energetischer Sanierungsmaßnahmen.
- Die häufig in der Beratung empfohlene "Komplettsanierung" schreckt auch interessierte Eigentümer eher ab. Hier sollte das Modell der anlassbezogenen und schrittweisen Sanierung (s.o.) stärker in den Fokus gerückt werden.
- Das Thema "Gebäudeenergieeffizienz" muss ständig ins Bewusstsein der Bevölkerung gerufen werden. Hierzu ist eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit notwendig, unterstützt durch
 - Internetauftritt
 - Broschüren
 - Informationsveranstaltungen
 - Pressearbeit
 - Kampagnen
- Die Bedeutung eines bürgernahen und niederschwelligen Beratungsangebotes wird betont.
- Der Vorschlag einer "anlassbezogenen Information", wie z.B. die Übergabe von Informationsmaterialien zur energetischen Gebäudesanierung/ Energieeinsparung bei einem Eigentümerwechsel oder an Neubürger, wird überwiegend als sinnvoll (und für die Kommunen machbar) angesehen. Da die Stadt-/Gemeindeverwaltung über einen Eigentümerwechsel informiert werden muss, hat sie somit die Möglichkeit gezielte Informationen (ohne personellen Mehraufwand) an Neueigentümer und oder Neubürger zu verteilen.
 - Die Erstellung derartiger Informationsmaterialen sprengt aber in der Regel die Möglichkeiten der Kommunen.
- Das Ausstellungs- und Informationsmaterial der HESA wird in einigen Kommunen im Kreis bereits intensiv genutzt. Dies sollte beibehalten und auch in anderen Kommunen genutzt werden.
- Kreis und Kommunen sollten ihre Vorbildfunktion intensivieren und regionale bzw. ortsansässige Unternehmen (z.B. Caparol) – auch im Sinne einer Kofinanzierung von Aktivitäten noch stärker einbinden.
- Es wird darüber berichtet, dass das kostenlose oder vergünstigte Angebot des Energiepass Hessen der HESA, häufig sehr schleppend läuft. Herr Gräff berichtet von guten Erfahrungen in Zusammenhang mit der Erstellung eines Quartierskonzeptes in Griesheim (und der entsprechenden begleitenden Presse- und Öffentlichkeitsarbeit). In einem anderen Beispiel

Projekt: KSTK Wärme LaDaDi Protokoll Nr.: 151104-1530-P1



wurden sehr hohe Teilnahmequoten durch einen Wettbewerb und die Auslobung einer Preisverleihung (gesponsert durch ein Stadtwerk) erreicht.

- Neben einem breit angelegten, "niederschwelligen" Erstberatungsangebot, sollten in den Kommunen die Arbeit verstärkt in räumlichen Schwerpunkten und/oder mit Kampagnen erfolgen. Durch das Instrument der "energetischen Quartierssanierung" (Quartierskonzepte gefördert durch die KfW) und/oder Aktionen wie z.B. "Klimakarawane" kann in besonders relevanten Teilgebieten einer Kommune intensiver gearbeitet werden.
- Die Beratung von Seiten des Handwerks wird teilweise kritisch bewertet. Häufig sind Beratung und Angebote verschiedener Betriebe und Gewerke sehr unterschiedlich, so dass der Gebäudeeigentümer tendenziell bei ihrer Entscheidung verunsichert werden. Die Handwerkskammer ist bestrebt durch ihr Fort- und Weiterbildungsangebot das Beratungsangebot kontinuierlich zu verbessern.

Darüber hinaus trägt die Handwerkerschaft über die Effizienz:Klasse, eine Kooperation der Handwerkskammer Frankfurt Rhein-Main und der entega, zu einem umfassenden und abgestimmten Beratungs- und Dienstleistungsangebot bei (siehe: http://www.effizienz-klasse.de).

Der Landkreis Darmstadt Dieburg hat 2014 "Leitlinien zum nachhaltigen Bauen" verabschiedet. Diese Leitlinien gelten für alle Neubau- und Sanierungsvorhaben des Da-Di-Werks. Bei Neubauten wird der Passivhausstandard angestrebt, bei Sanierungsmaßnahmen sind Passivhauskomponenten einzusetzen. Generell ist der Landkreis bestrebt KfW55-Standard (oder besser) umzusetzen.

Die Sanierungsaktivitäten des Landkreises sind nicht ohne weiteres als Beispiel für Privathaushalte geeignet, da aus unterschiedlichen Gründen, Sanierungen (z.B. von Schulbauten) häufig als Komplettsanierungen durchgeführt werden. Gleichwohl sollten die Aktivitäten des Landkreises als "gute Beispiele" kommuniziert werden.

Eine Idee zur besseren Einordnung und Kommunikation dieser energieeinsparenden Aktivitäten bei Sanierung und Neubau der Kreisliegenschaften, wäre z.B. ein Interview mit der HESA und dem Landkreis (hier evtl. der Landrat, indem auf die Sanierungsaktivitäten der Kreisimmobilien, insbesondere der Schulen und die damit verbundenen energetischen Einsparungszahlen hingewiesen und die Übertragbarkeit für die Kommunen und Privathaushalte diskutiert wird.

- folgende weitere Vorschläge wurden gemacht:
 - Abwrackprämie für alte Heizanlagen
 - Erstellung einer Gebäudetypologie für den Landkreis

5 Verabschiedung

Herr Gräff weist darauf hin, dass die Anregungen der Diskussion ins Klimaschutzteilkonzept einfließen und in Form von Maßnahmen aufbereitet werden.

Herr Rinnenbach bedankt sich für die Teilnahme und intensive Diskussion aller Beteiligten des heutigen Workshops. Im Hinblick auf den Projektablauf teilt er den Teilnehmern mit, dass die Fertigstellung des Klimaschutzteilkonzepts Wärmenutzung für Ende Dezember 2015 geplant ist.

Fach-Workshop "Energieeffizienz Gebäude" am Mittwoch, 4. November 2015

Name	Instutition	Unterschrift
Christel Fleischmann	Landkreis Darmstadt-Dieburg	
Hans-Peter Hörr	Stadt Griesheim	
Erik Hornung	Gemeinde Mühltal	26
Gerald Frank	Gemeinde Münster	
Gioia Meyer	Gemeinde Münster	g see
Michael Mierzowski	Gemeinde Münster	X
Tania Appel	Gemeinde Münster	
Heinz Willi Dubbel	Gemeinde Münster	andred
Dierk Kallendorf	Gemeinde Münster	0.4//
Edmund Galli	Gemeinde Münster	& Jo. fell
Roland Trippel	Gemeinde Schaafheim	of Jeff.
Marion Sund	Gemeinde Seeheim-Jugenheim	
Thomas Schattner	ENTEGA AG	Migh !
Peter Werner	Insitut Wohnen und Umwelt GmbH	72.4

Norbert Stang	Effizienz:Klasse	1 forg
Caroline Will	Effizienz:Klasse	
Jürgen Hein-Benz	e-Netz Südhessen GmbH & Co. KG	his her
Christopher Sperling	Energiegenossenschaft Odenwald eG	
Matthias Eberling	Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main	
Jens Rothermel	Da-Di-Werk	Materia C
Dr. Tamara Eschler	Landkreis Darmstadt-Dieburg	lecho
Roswitha Flemming	Landkreis Darmstadt-Dieburg	of temp
Andreas Rinnenbach	Landkreis Darmstadt-Dieburg	yum ha
Christine Girschick	Landkreis Darmstadt-Dieburg	Gisc
Hans-Jürgen Gräff	Infrastruktur & Umwelt	field
Oliver Loem	Infrastruktur & Umwelt	form
Siegfried Freihaut	Stadt Groß-Umstadt	
Hiltrud Knöll	Stadt Groß-Umstadt	U.
Werner Eicke-Henning	Hessische Energiesparaktion	W. Echo_y.
Dennis Wrago	handhreis Darmsfadt - Dieburg	Wrage

KREATIV DENKEN | FLEXIBEL PLANEN | ZUVERLASSIG UMSETZEN





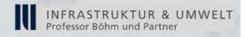


Klimaschutzteilkonzept Wärmenutzung

Landkreis Darmstadt-Dieburg
Stadt Groß-Umstadt
Gemeinde Münster

Workshop "Energieeffizienz Gebäude"

04.11.2015



Tagesordnung

KSTK Wärmenutzung LaDaDi

- 1. Begrüßung
- 2. Klimaschutzteilkonzept integrierte Wärmeversorgung
 - > Ablauf, Inhalte, erste Ergebnisse
- 3. Impulsreferate
 - Werner Eicke-Hennig (Hessische Energiespar-Aktion)
 - Siegfried Freihaut (Stadt Groß-Umstadt)
- 4. Diskussion
- 5. Zusammenfassung
- 6. Verabschiedung

- 1. Begrüßung
- 2. Klimaschutzteilkonzept integrierte Wärmeversorgung
 - Ablauf, Inhalte, erste Ergebnisse
- **Impulsreferate**
 - Werner Eicke-Hennig (Hessische Energiespar-Aktion)
 - Siegfried Freihaut (Stadt Groß-Umstadt)
- 4. Diskussion
- 5. Zusammenfassung
- 6. Verabschiedung



3

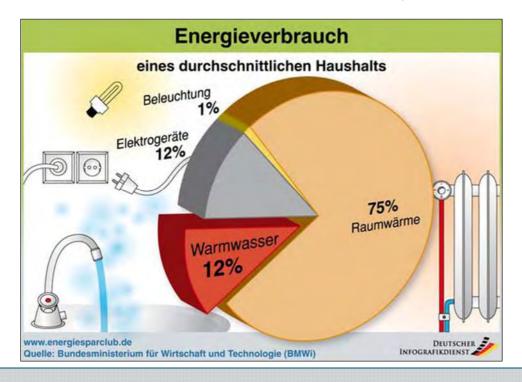
Vorgegebene Bausteine eines Klimaschutzkonzeptes

KSTK Wärmenutzung LaDaDi

- 1. Energie- und CO₂-Bilanz
 - Wo stehen wir?
- Identifikation spezifischer Potenziale (Einsparung / Effizienz / Erneuerbare Energien)

- Was können wir erreichen?
- 3. Maßnahmenkatalog:
 - Was / Wer / Wieviel / Wann?
- 4. Akteursbeteiligung: aktive Einbeziehung der Bürger, der Gewerbetreibenden, der Politik und Verwaltung
 - Was wollen wir erreichen?
 - Was wollen wir dazu beitragen?
- 5. Konzept für die Evaluation und Controlling des Umsetzungsprozesses
 - Wie erfahren wir, was wir erreicht haben?
- 6. Konzept zur Öffentlichkeitsarbeit
 - Wie können wir die Akteure in der Umsetzungsphase erreichen?

Anteil Raumwärme/Warmwasser: Bundesrepublik gesamt ca. 35% (29 % + 6 %)

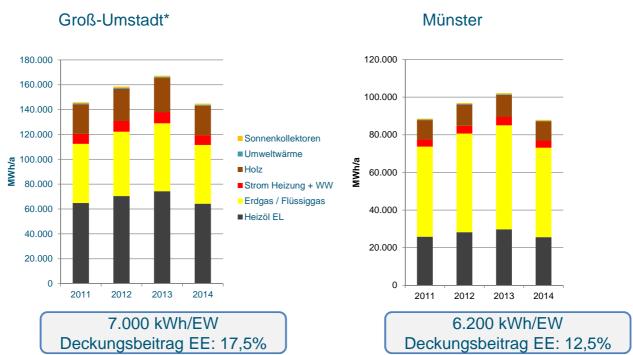


INFRASTRUKTUR & UMWELT Professor Bohm und Parfner

5

Energiebestandsanalysen Wärmebedarf / Bedarfsdeckung 2010 - 2014 KSTK Wärmenutzung LaDaDi

Wärmeverbrauch der Haushalte nach Energieträgern



Status Quo incl. Benchmarks (Solarthermie/Biomasse)

	Groß-Umstadt	Münster (Hessen)	Mainhausen	Bundes- republik*
Solarthermie				
spez. Kollektorfläche (m²/1000 EW)	125,2	97,5	115,5	ca. 160 - 170
Anzahl Anlagen je 1000 EW	16,4	13,0	14,1	ca. 19
Biomasseanlange				
spez. Leistung (kW/ 1000 EW)	151,4	59,8	29,6	
Anzahl Anlagen je 1000 EW	7,3	2,6	1,8	

* Quelle: BSW-Solar; abzügö. nicht geförderter Anlagen (ca. 20 – 30% des . Anlagenbestands)



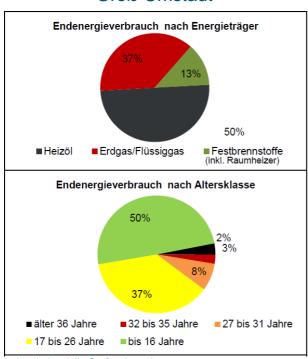
7

Energiebestandsanalysen Wärmesteckbriefe

KSTK Wärmenutzung LaDaDi

■ Festbrennstoffe (inkl. Raumheizer)

Groß-Umstadt*



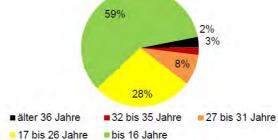
Endenergieverbrauch nach Altersklasse

■ Erdgas/Flüssiggas

Münster

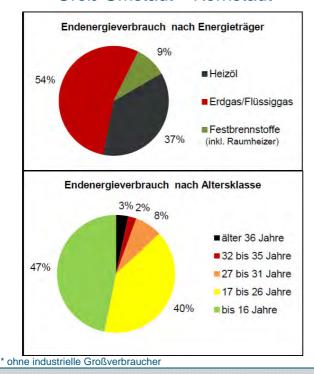
Endenergieverbrauch nach Energieträger

10%

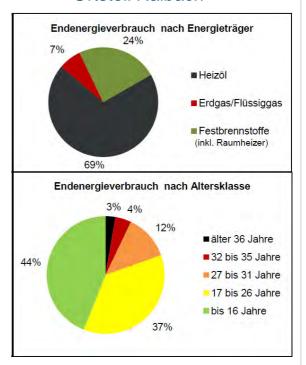


ohne industrielle Großverbraucher

Groß-Umstadt - Kernstadt*



Ortsteil Raibach



INFRASTRUKTUR & UMWELT Professor Bohm und Partner 9

Einordnung

Ziele der Bundesregierung für den Gebäudesektor gegenüber 2008

KSTK Wärmenutzung

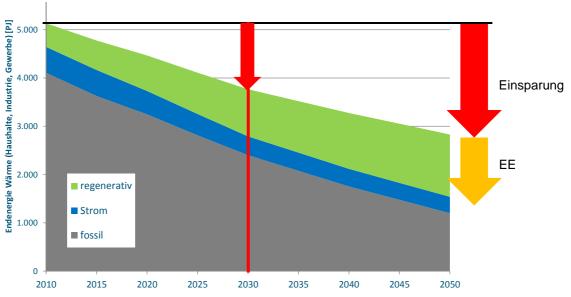
LaDaDi

Bis 2050: Zwischenziel bis 2020:

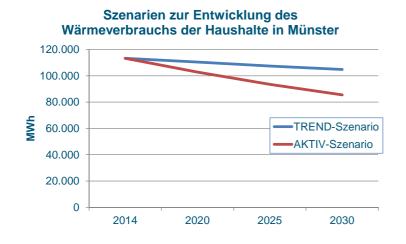
=> bis 2030:

80% weniger Primärenergieverbrauch! 20% weniger Endenergieverbrauch

ca. 25 – 30% weniger Endenergieverbrauch Verdoppelung des Beitrags EE



Potenzialanalyse zur Reduktion des Wärmeverbrauchs in privaten Haushalten – Beispiel Münster



TREND-Szenario

- Sanierungsquote durchschnittlich ca. 0,75 %
- (Ersatz-)Neubau ab 2020
 ca. 25 % unter EnEV09 Standard
- → bis 2030 -7 % gegenüber 2014

AKTIV-Szenario

- Sanierungsquote durchschnittlich ca. 2,5 %
- (Ersatz-)Neubau ab 2020
 ca. 50 % unter EnEV09 Standard
- → bis 2030 -25 % gegenüber 2014

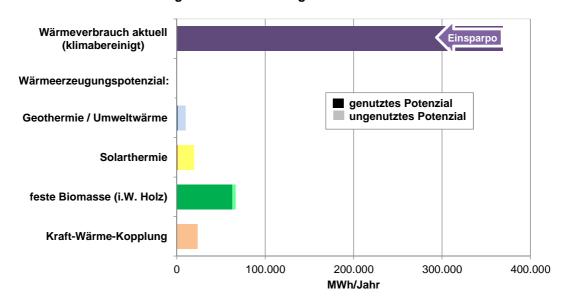


11

Potenzialanalyse Erneuerbare Energien / KWK für Wärmezwecke KSTK Wärmenutzung

LaDaDi

Potenziale zur Nutzung erneuerbarer Energien / KWK in Groß-Umstadt



- 1. Begrüßung
- 2. Klimaschutzteilkonzept integrierte Wärmeversorgung
 - > Ablauf, Inhalte, erste Ergebnisse
- 3. Impulsreferate
 - Werner Eicke-Hennig (Hessische Energiespar-Aktion)
 - Siegfried Freihaut (Stadt Groß-Umstadt)
- 4. Diskussion
- 5. Zusammenfassung
- 6. Verabschiedung



13

Tagesordnung

KSTK Wärmenutzung LaDaDi

- 1. Begrüßung
- 2. Klimaschutzteilkonzept integrierte Wärmeversorgung
 - > Ablauf, Inhalte, erste Ergebnisse
- 3. Impulsreferate
 - Werner Eicke-Hennig (Hessische Energiespar-Aktion)
 - > Siegfried Freihaut (Stadt Groß-Umstadt)
- 4. Diskussion
- 5. Zusammenfassung
- 6. Verabschiedung

Fragestellungen

Schritt 1:

- was läuft gut / was läuft schlecht?
- was sind die hauptsächlichen Hemmnisse und Barrieren?
- worauf sollte man sich im Landkreis konzentrieren?

Schritt 2:

- was ist zu tun?
- Wer ist gefragt?
 - welche Schritte k\u00f6nnen die Gemeinden unternehmen?
 - welche Hilfestellungen, kann der Landkreis und/oder weitere Akteure geben?

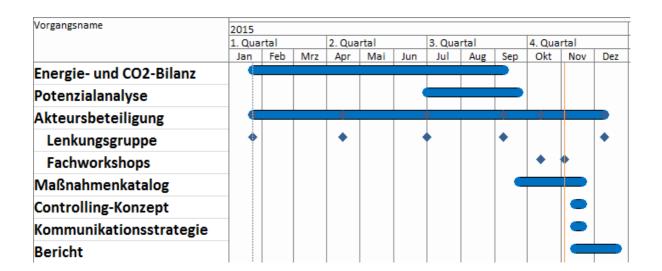


15

Tagesordnung

KSTK Wärmenutzung LaDaDi

- 1. Begrüßung
- 2. Klimaschutzteilkonzept integrierte Wärmeversorgung
 - > Ablauf, Inhalte, erste Ergebnisse
- 3. Impulsreferate
 - Werner Eicke-Hennig (Hessische Energiespar-Aktion)
 - Siegfried Freihaut (Stadt Groß-Umstadt)
- 4. Diskussion
- 5. Zusammenfassung
- 6. Verabschiedung



INFRASTRUKTUR & UMWELT Professor Bohm und Partner 17

KREATIV DENKEN | FLEXIBEL PLANEN | ZUVERLASSIG UMSETZEN







Vielen Dank für Ihre Mitwirkung!

Julius-Reiber-Straße 17 D-64293 Darmstadt

Phone +49 (0) 61 51/81 30-0 Fax +49 (0) 61 51/81 30-20





www.energieland.hessen.de www.energiesparaktion.de



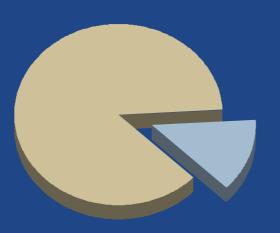
Hessische Energiespar-Aktion





87 % der Wohngebäude im Landkreis DA-DI sind Einfamilien-, Zweifamilien- und Reihenhäuser

Ein-/Zweifamilienu. Reihenhäuser 63.559



Mehrfamilienhäuser 9.522

Riedhaus Bj.1951: Energetisch komplett saniert mit 50 % Einsparung



Hessische Energiespar-Aktion





Die hessische Wohngebäudetypologie Hilfen für eine gemeindliche Typologie





- Energiesparmöglichkeiten
- an typischen hessischen Wohngebäuden

Einfamilienhäuser



Reihenhäuser









an typischen hessischen Wohngebäuden

kleine Mehrfamilienhäuser



große Mehrfamilienhäuser



Hochhaus





- Ein klares Einsparziel
 - Raumwärme
 - Stromeinsparung

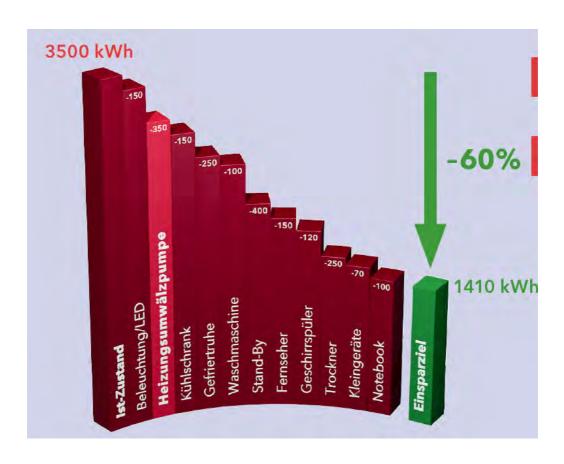
Unser Ziel in Hessen: Das 10-Liter-Haus im Altbau



6 Schritte zum Energiesparhaus im Bestand



Ihr Stromsparplan — Mittel gegen steigende Strompreise









Die Energiekarte für jede Gemeinde



... für jeden Beratungsfall, Vortragsabend, Haushalt

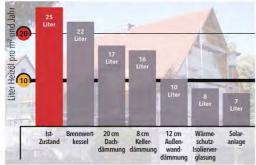






Typische Einsparraten für ein Einfamilienhaus

Für ihr Haus berechnen wir die konkrete Einsparung für jeden Schritt im »Energiepass Hessen«: Ihre hessischen Energieberater in der »Hessischen Energiespar-Aktion«



* Übrigens gibt es 5.515 Ein-, Zweifamilien- und Reihenhäuser in Mörfelden-Walldorf, das sind 81 % aller Wohngebäude.

Klimaschutz Mörfelden-Walldorf Jetzt starten statt warten

6 Schritte zum Energiespar-Haus

Beste Qualität für Altbauten in Mörfelden-Walldorf



Beste Qualität zahlt sich durch eingesparte Heizkosten von selber zurück. Das ist der große Vorteil von Energiespar-Maßnahmen. Wer dagegen nichts tut, zahlt weiter steigende Heizkosten in voller Höhe.

So erreichen Sie uns: »Energie- und Klimaschutzbüro«, Telefon: 06105/938-893 u. -400, E-Mail: energie-und-klimaschutz@moerfelden-walldorf.de, Internet: www.moerfelden walldorf.de/energie-und-klimaschutz

In Kooperation mit der »Hessischen Energiespar-Aktion«, einer Initiative des Hessischen Ministeriums für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.



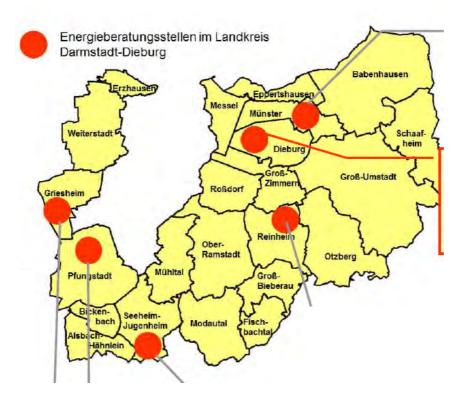
Hessische Energiespar-Aktion







Verbraucherzentrale: Energieberatungsstandorte Da-Di



Hessische Energiespar-Aktion

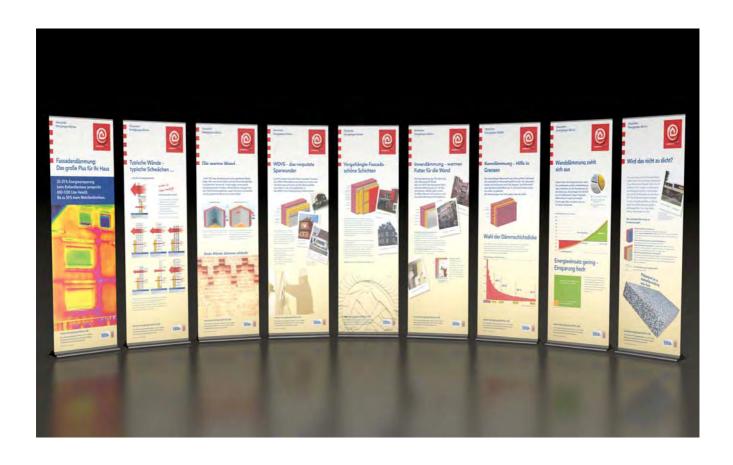




Ausstellungen

- •Energie sparen im
- AltbauFassadendämmung
- Dachdämmung
- Strom sparen im Haushalt

Ausstellung und örtliche Aktion "Fassadendämmung"



Ausstellungen - eine wachsende Zahl





Präsenz in mehr als 50 Rathäusern mit unseren Displays zum "Energiepass"



Ausstellung "Energie sparen im Altbau"







Aktionswoche VR-Bank Bad Hersfeld mit Beratungstagen



Ausstellung in der Gemeinde Kriftel



Hessische Energiespar-Aktion







1. - 4. Klasse

Artikelserie des Regionalpartners "Umweltzentrum Fulda"



Anfragen unter www.energiesparaktion.de

Eigenbeitrag 150 EUR

Hessische Energiespar-Aktion







Artikelserie des Regionalpartners "Umweltzentrum Fulda"



Kooperationspartner: Bad Hersfeld





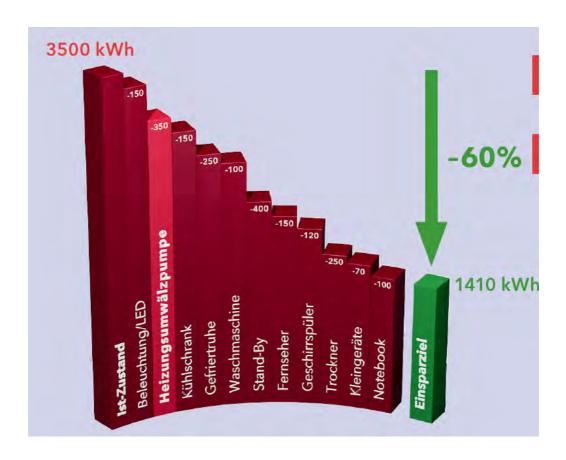


Fuldaer Zeitung

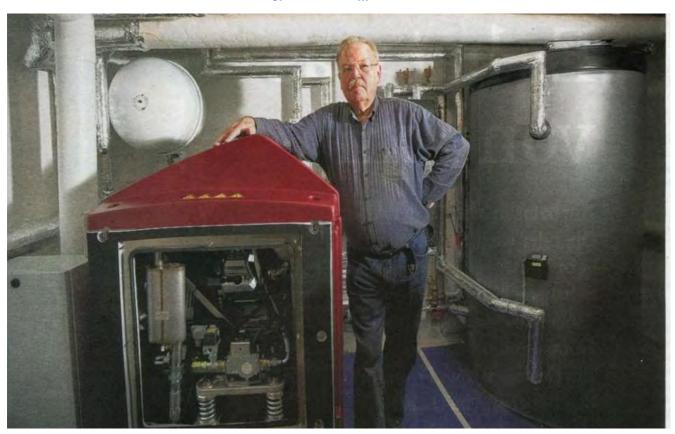


- Stromsparkommune
- Aktion "Stromerzeugende Heizung"
- Windenergie
- Photovoltaik
- BHKW
- Strom sparen

Ihr Stromsparplan – Mittel gegen steigende Strompreise



Strom erzeugen im Heizungskeller: Klein-BHKW für das Einfamilienhaus ab 1 kW_{el}, 3,5 kW_{th}



Hessische Energiespar-Aktion



Aktion "Stromsparende Umwälzpumpe"

Stromspar-Aktion Heizungs-Umwälzpumpen



Flyer für Gemeinden





Vorträge Unterstützung gemeindlicher Aktionen

Vorträge in Gemeinden: Kostenübernahme Referenten





Vom (K)althaus zum Energiesparhaus



Energieberatertag 2011 wieder mit 300 TN





Energiepass Hessen Doppeldisplay für jedes Rathaus

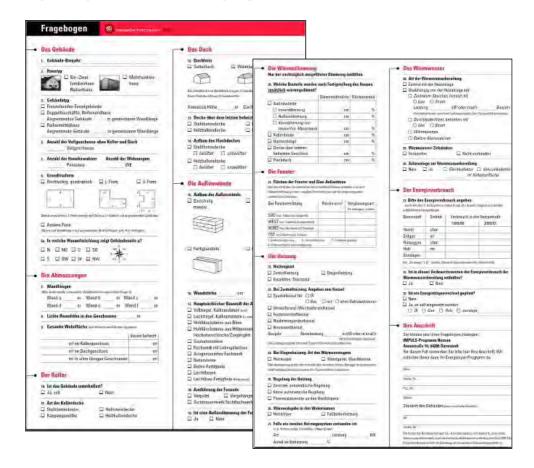
Das Thema in jedes Rathaus — wie hier in Büttelborn



Der Fragebogen: Zwei Stunden, die sich lohnen



Der Fragebogen zum "Energiepass Hessen"



Der neue "Energiepass Hessen" – übersichtlich und attraktiv



Was ist möglich! Was ist zu tun?!

"Energieeffizienz Gebäude" Landkreis Darmstadt Dieburg 4. November 2015

Energieberatung in der Praxis

Erfolgreiche schrittweise energetische Sanierung eines Einfamilienhauses in Groß-Umstadt.

Der Heizenergieverbrauch konnte um 80 % reduziert werden.

Durch die folgenden 5 Sanierungsschritte konnte der jährliche Heizenergieverbrauch des 1959 erstellten Gebäudes von 2500 Liter Heizöl = 25.000 kWh auf 5000 m³ Erdgas = 5000 kWh gesenkt werden:



1

1. Sanierungsmaßnahme im Jahr 2000:

Der alte Ölkessel wurde durch einen energieeffizienten Erdgasbrennwertkessel ersetzt und die zentrale Warmwasserbereitung durch eine Sonnenkollektoranlage

unterstützt.

Investitionskosten: 11.000 €

Zuschuss: 1.000 €

Energieeinsparung: 25 % = 6.250 kWh

PUMPE HEIZUNGSANLAGE WARMWASSERSPEICHER

3

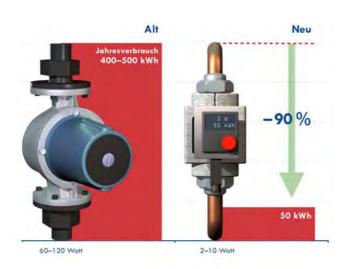
"Energieeffizienz Gebäude" Landkreis Darmstadt Dieburg 4. November 2015

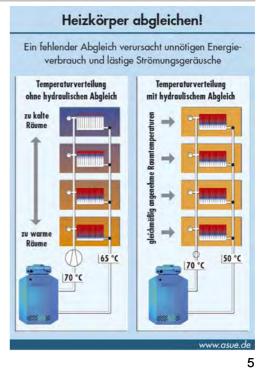
Energieberatung in der Praxis

Brennwerttechnik beste Energieeffizienz bis zu 30% Energieeinsparung. In deutschen Heizungskellern heizen noch rund 4 Millionen alte Heizkessel



Heizungspumpe austauschen, hydraulischen Abgleich durchführen!

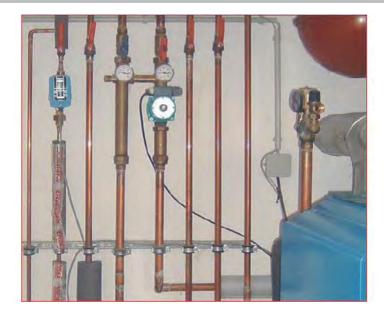




"Energieeffizienz Gebäude" Landkreis Darmstadt Dieburg 4. November 2015

Energieberatung in der Praxis

Unzureichend gedämmte Rohrleitungen, Realität in tausenden Heizungskellern!





"Energieeffizienz Gebäude" Landkreis Darmstadt Dieburg 4. November 2015

Energieberatung in der Praxis

Rohrleitungsdämmung wie sie sein soll!



7

Gesetzliche Anforderung an bestehende Heizkessel für flüssige und gasförmige Brennstoffe:

- 1. Heizkessel, die vor dem 01.10.1978 aufgebaut oder aufgestellt worden sind, dürfen nicht mehr betrieben werden.
- 2. Heizkessel für flüssige und gasförmige Brennstoffe die vor dem 01.01.1985 aufgestellt worden sind dürfen ab dem 01.01.2015 nicht mehr betrieben werden
- 3. Heizkessel die nach dem 01.01.1985 aufgestellt worden sind, dürfen nach Ablauf von 30 Jahren nicht mehr betrieben werden (Heizkessel die älter als 30 Jahre sind).

"Energieeffizienz Gebäude" Landkreis Darmstadt Dieburg 4. November 2015

9

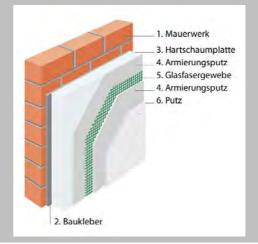
Energieberatung in der Praxis

2 .Sanierungsmaßnahme im Jahr 2002:

Komplette Wärmedämmung des Außenwände inkl. Kellewände durch ein 8 cm starkes Wärmedämmverbundsystem (WDVS).

Investitionskosten: 16.000 €

Energieeinsparung: 20 % = 5.000 kWh



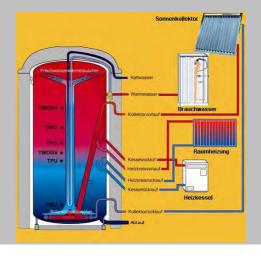
3. Sanierungsmaßnahme im Jahr 2007:

Erweiterung der Sonnenkollektoranlage durch einen weiteren Kollektor und einen Pufferspeicher zur Heizungsunterstützung.

Investitionskosten: 5.500 €

Zuschuss: 800 €

Energieeinsparung: 10 % = 2.500 kWh



11

"Energieeffizienz Gebäude" Landkreis Darmstadt Dieburg 4. November 2015

Energieberatung in der Praxis

4. Sanierungsmaßnahme im Jahr 2011:

Einbau von 3-fach verglasten Wärmeschutzfenstern.

Investitionskosten: 11.000 €

Energieeinsparung: 10 % = 2.500 kWh



5. Sanierungsmaßnahme im Jahr 2013:

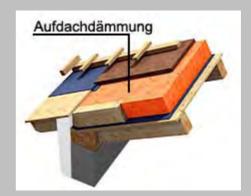
Komplett neues Dach inkl. Wärmedämmung durch eine 16 cm starke

Hochwirksame Aufdachdämmung.

Investitionskosten: 35.000 €

KfW Zuschuss: 3.500 €

Energieeinsparung: 20 % = 5.000 kWh



13

"Energieeffizienz Gebäude" Landkreis Darmstadt Dieburg 4. November 2015

Energieberatung in der Praxis

 Ergänzt wurden diese Maßnahmen durch die Installation einer Photovoltaikanlage auf der Süd- und sogar auf der Nordseite des Daches. Gerade bei bewölktem Himmel (diffuses Licht) erzeugt die Nordanlage höhere Solarstromerträge.

Durch diese Nord- Südausrichtung kann ein großer Anteil (ca. 70%) des Solarstromes im eigenen Gebäude genutzt werden. Der komplette Strombezug der 4-köpfigen Familie aus dem

öffentlichen Stromnetz beläuft sich dadurch auf rund 1200 kWh im

Jahr, üblich sind 4000 kWh.

i H

Über den Dächern von Groß-Umstadt

- In einem Zeitraum von 13 Jahren wurden diese Sanierungsmaßnahmen mit Unterstützung der städtischen Energieberatung durchgeführt.
- Der Energiebeauftragte der Stadt Siegfried Freihaut hat die Familie hierbei umfassend beraten, entsprechende staatliche Fördemittel konnten dadurch genutzt werden.
- Neben den erheblich gesunkenen Energiekosten profitieren die Bewohner auch durch eine bessere Behaglichkeit und einem höheren Wohnkomfort.
- Dieses Beispiel zeigt, dass energetische Sanierungsmaßnahmen auch in mehreren Schritten erfolgreich durchgeführt werden können.
- Aktuelle Heizkosten: 350 € im Jahr!

"Energieeffizienz Gebäude" Landkreis Darmstadt Dieburg 4. November 2015

15

Energieberatung in der Praxis

Das "5 Liter Energiesparhaus" ist Schritt für Schritt machbar!



Zusammenfassung der wichtigsten Sanierungsmaßnahmen



"Energieeffizienz Gebäude" Landkreis Darmstadt Dieburg 4. November 2015

Energieberatung in der Praxis

Wichtige Informationsplattformen:

- www.uba.de
- www.sparpumpe.de
- www.klima-sucht-schutz.de
- www.bafa.de
- www.kfw.de
- www.foerderdatenbank.de
- www.energieland.hessen.de
- www.unendlich-viel-energie.de
- www.dena.de
- www.energiesparaktion.de
- www.co2-online.de
- www.meine-heizung.de
- www.stromerzeugende-heizung.de
- www.zukunft-haus.info/startseite.html
- www.die-hauswende.de

17

Probleme - Schwierigkeiten in der Umsetzung Was ist zu TUN!?

- Transparente, kontinuierliche und verbraucherfreundliche F\u00f6rderung
- "Abwrackprämie" für alte Heizungsanlagen, Heizungspumpen,...
- Die "allein Seligmachende komplett TOP energetische Sanierung" aus dem Fokus nehmen, dies führt oft zu einer Überforderung
- Mehr MUT zum TUN, Einzelmaßnahmen sind sehr gut umsetzbar und leisten einen wichtigen Beitrag
- Am Thema Energie kontinuierlich dran bleiben und das positive zeigen
- Einbindung der regionalen Fachbetriebe, Architekten, Fachplaner "Netzwerkbildung"
- Klare "Anlaufstelle" einer neutralen und "niederschwelligen Erstberatung" anbieten.

"Energieeffizienz Gebäude" Landkreis Darmstadt Dieburg 4. November 2015

19

Energieberatung in der Praxis

Einen kühlen Kopf bewahren und mit Herz und Hand die Energiewende - Wärmewende anpacken.



"WIR SCHAFFEN DAS"

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Gerne begrüße ich Sie zu Ihrer persönlichen Energieberatung im Rathaus Groß-Umstadt

Energieberatung Stadt Groß-Umstadt

Beratungszeit im Rathaus Markt 1, Zimmer 0.09 Dienstags 15.00 – 18.00 Uhr und nach Vereinbarung Tel. 06078.781-214 Email: siegfried.freihaut@gross-umstadt.de

21



Julius-Reiber-Straße 17 D-64293 Darmstadt

Telefon: +49 (0) 61 51/81 30-0 Telefax: +49 (0) 61 51/81 30-20

Niederlassung Potsdam

Gregor-Mendel-Straße 9 D-14469 Potsdam Telefon +49 (0) 3 31/5 05 81-0 Telefax +49 (0) 3 31/5 05 81-20

E-Mail: mail@iu-info.de Internet: www.iu-info.de